

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

5.1 Grundzüge des Systemwechsels in der Ukraine

Die ukrainische Opposition hatte sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg gebildet und schaffte es, die Repressionen der Sowjetmacht zu überstehen, obwohl sich ihre Reihen infolge der Säuberungen der 1950er und 1970er Jahre gelichtet hatten. Die Träger der oppositionellen antisowjetischen Bewegung formierten sich aus der städtischen ukrainischen Intelligenz, die sich als Gegengewicht zu der urbanen russischen Elite verstand. Die Berufsgruppen reichten von Wissenschaftlern über Lehrer, Studenten und Ingenieure und konzentrierten sich auf die Hauptstadt Kiew neben den größeren Städten im Westen, wie Lemberg oder Ternopil.⁹⁷⁸ Die ursprünglichen Forderungen der neuen Elite waren sprachlich-kultureller Natur, die aber stärker politisiert wurden, je mehr sich Perestroika und Glasnost ausbreiteten. Mitte der 1970er Jahre hatten sich einige Gruppen zum ukrainischen Helsinki-Komitee verbunden, das sich den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 verpflichtete. Zwar sprachen sich die Vertreter der Opposition offen gegen die Russifizierung der Ukraine aus, doch extrem nationalistisch eingestellte Kräfte waren in der Minderheit. Aufgrund der Rolle der Ukraine als „kleiner Bruder“ der russischen Sowjetherrschaft wurden die oppositionellen Kräfte der Ukraine auch besonders konsequent verfolgt und waren in den Strafanstalten der Sowjetunion stets überproportional vertreten.⁹⁷⁹ Dies hinderte sie aber offenbar dennoch nicht daran, Ende der 1980er Jahre die Chance auf die Unabhängigkeit der Ukraine zu ergreifen.

Der strukturelle Aufbau des politischen Systems der sowjetischen Ukraine ähnelte dem der anderen Unionsrepubliken, jedoch waren die hiesigen Machtinhaber aufgrund der Sonderstellung der Ukraine in der Sowjethierarchie stärker mit dem Moskauer Zentrum verbunden. Infolgedessen konnten sie einerseits eine feste Position innerhalb ihres Landes und auf der Unionsebene genießen, andererseits waren sie aber strenger an die Vorgaben aus Moskau gebunden. Anfang der 1980er Jahre wurde die Ukraine von oppositionellen Bewegungen in anderen Teilen der Sowjetunion angesteckt. Wichtiger Auslöser war die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, welche schlussendlich das letzte bisschen Vertrauen gegenüber der sowjetischen Führung in der Ukraine zunichtemachte.⁹⁸⁰ Folge war die Herausbildung oppositioneller Bewegungen Mitte der 1980er Jahre.

⁹⁷⁸ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 242-245.

⁹⁷⁹ Ebd. S. 245.

⁹⁸⁰ Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 189.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Allerdings war hier als Merkmal eine sehr starke Position der alten Eliten unter der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) und Nomenklatur unter Leonid Krawchuk zu beobachten.⁹⁸¹ Dieser betonte im Zuge des Systemzerfalls mehrmals, dass die KPU als neue Kraft für die Unabhängigkeit der Ukraine steht. Die Modernisierung der Kommunistischen Partei ging mit einer starken Unterstützung durch alte Wirtschaftsstrukturen aufgrund jahrelanger Korruption und Vetternwirtschaft einher.⁹⁸² Die Vetospieler aus der Wirtschaft hatten verstärktes Interesse daran, dass die KPU an der Macht bleibt. Aus diesen Gründen blieb die KPU auch nach den ersten halbfreien Wahlen am 4. März 1990 stark.⁹⁸³

Wie auch im Baltikum verlief der ukrainische Systemwechsel zuerst über die Herausbildung einer Opposition und den ersten halbfreien Wahlen im Frühjahr 1990. Dennoch unterscheidet sich die Ukraine dadurch, dass hier nicht die Opposition unter Ruch (Narodnyj ruch Ukrainij za perebudovy), sondern die alte Nomenklatur und die KPU faktisch an der Macht blieb – wenngleich in einer äußerlich reformierten Fassung.⁹⁸⁴ Auch die nachfolgenden Entwicklungen führten die Ukraine in eine weniger demokratische Richtung als dies im Baltikum der Fall war: Noch bevor eine neue Verfassung verabschiedet oder gar herausgearbeitet wurde, fanden bereits Präsidentschaftswahlen in zwei Runden (1991 und 1994) sowie die ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 1994 statt. Somit wurde die Ukraine ganze vier Jahre von dem halbfrei gewählten Parlament regiert. Die Verfassung wurde erst Ende Juni 1996 verabschiedet, was auch als letzter formaler Schritt der Demokratisierung gezählt werden kann.

5.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse

5.2.1 Staatsgrenze

Die Grenzziehung zwischen der unabhängigen Ukraine und Russland im Osten verlief zunächst problemlos entlang der während der Sowjetzeit geltenden Grenzen. Mehr Schwierigkeiten gab es im Zuge des Systemwechsels mit den Nachbarn im Westen – Rumänien und Moldau –, der im Jahr 1997 durch einen Vertrag beigelegt wurde.⁹⁸⁵ Russland und Ukraine hatten derartige Grenzstreitigkeiten erst in Bezug auf die Krim, nicht zuletzt aufgrund der Schwarzmeerflotte und der historischen Rolle der Stadt Sewastopol. Ebenso wurden hier die Streitigkeiten (vorerst) im Jahr 1997 mit einem entsprechenden Vertrag beigelegt.⁹⁸⁶ Auch das Budapester Memorandum aus dem Jahr

⁹⁸¹ Bertelsmann Transformations Index (2003). Ländergutachten Ukraine. https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI_2003_Ukraine.pdf (Abgerufen am 13.10.2014)

⁹⁸² Kappeler, Andreas (2012): Russland und die Ukraine: verflochtene Biographien und Geschichten. Wien; Köln; Weimar: Böhlau. S. 256.

⁹⁸³ Ebd.

⁹⁸⁴ Народний Рух України за перебудову (Ukr.).

⁹⁸⁵ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 269; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 110.

⁹⁸⁶ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 106-107.

5.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse

1994, wonach die Ukraine ihre Atomwaffen im Gegenzug für ihre territoriale Integrität aufgab,⁹⁸⁷ gewann spätestens im Jahr 2014 an Brisanz.

Eine gewisse national-identifikative Rolle war mit der Grenzfrage zwischen der Ukraine und Russland verbunden, vor allem in den Regionen des Südostens.⁹⁸⁸ Eine Grenze zwischen den – aus Russlands Sicht – historisch vereinigten Ländern zu ziehen, bedeutete für die russische Führung nebst einem politischem auch ein emotionales Opfer zu bringen.⁹⁸⁹ Hinzu kam noch die Gefahr, ebenfalls aus Sicht Russlands, wonach die Grenze zwischen der Ukraine und Russland nun auch potentiell als Grenze zwischen Ost und West gelten konnte. Für Russland bedeutete dies unter anderem die Gefahr der westlichen militärischen Expansion unter der Flagge der NATO. Wie Michail Gorbatschew im Jahr 1991 prophezeite, könnten diese Gründe bei der Frage nach der Herrschaft über die Krim und den Donbass eine bedeutende Rolle spielen., vor allem unter der Mitwirkung Russlands.⁹⁹⁰ Obwohl offiziell durch den ukrainisch-russischen Vertrag aus dem Jahr 1991 (später konkretisiert im Jahr 1997) geregelt, provozierte Russland wiederholt die Ukraine sowohl hinsichtlich der Krim und der Stadt Sewastopol, als auch in Bezug auf die „russischsprachigen“ Gebiete des Donbass, welche stets zum Interessengebiet Russlands gehörten.⁹⁹¹

5.2.2 Chronologie der Ereignisse

- Auch in der Ukraine, wie schon im Baltikum, fanden die Ereignisse rund um den Zerfall des alten Systems und die Herausbildung der neuen Eliten und Strukturen zwischen der Mitte der 1980er Jahre und dem Anfang der 1990er Jahre statt, wobei hier die Verabschiedung der Verfassung erst sehr spät, im Jahr 1996, erfolgte.⁹⁹²
- Am 26. April 1986 explodierte ein Reaktor im Atomkraftwerk Tschernobyl. Es folgten erste Proteste im Rahmen der Perestroika unter Michail Gorbatschew, der am 11. März 1985 an die Macht kam.
- Im Jahr 1987 wurde der „Ukrainische Kulturologische Club“ gegründet, welcher den Anfang der Perestroika markierte. Es folgten Entlassungen ukrainischer Gefangener aus den sowjetischen Lagern und erste öffentliche Kritik ging durch die Presse.
- Im Jahr 1988: 1000-Jahr-Feier der Taufe der Rus' und dadurch veranlasster erster Auftritt der Ukrainischen Griechisch-katholischen Kirche. Protestbewegungen in den westlichen Oblasten der Ukraine. Verhaftungen im Zuge der Demonstrationen zum Tschernobyl-Jahrestag. Konferenz der ukrainischen mit baltischen und georgischen Oppositionellen in Lemberg.
- Gründung der „Taras-Schewchenko-Gesellschaft für ukrainische Sprache“ im Winter 1988, welche als erste breitere oppositionelle Gruppe in der Ukraine gilt.

⁹⁸⁷ Vgl. hierzu: Ebd. S. 108.

⁹⁸⁸ Ebd. S. 114.

⁹⁸⁹ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 112-113.

⁹⁹⁰ Die Aussage von Michail Gorbatschew übertragen aus: Ebd. S. 114.

⁹⁹¹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zu Orangen Revolution. S. 207-208.

⁹⁹² Die Chronik ist größtenteils entnommen aus: Hausmann, Guido (Hrsg.) (1993): Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates und Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

- Im Juli 1989 fanden Bergarbeiterstreiks im Industriegebiet Donbass statt.
- Am 10. September 1989 wurde die „ukrainische Volksfront“ – die Ruch (Narodnyj ruch Ukrainij za perebudovy) – gegründet. Sie vereinte die zahlreichen „informellen“ oppositionellen Bewegungen und Gruppen.
- Im September 1989 trat der Parteichef der KPU Anatolij Scherbickij zurück und wurde durch Wolodymyr Iwaschko ersetzt.
- Am 1. Januar 1990 wurde Ukrainisch zur offiziellen Staatssprache per Gesetz erklärt.
- Am 21. Januar 1990 erinnerte eine Menschenkette von Lwiw nach Kiew an die Baltische Kette und sollte an die Vereinigung der Westukrainischen Volksrepublik mit der Ukrainischen Volksrepublik im Jahr 1919 erinnern.
- Im März 1990 fanden die ersten halbfreien Parlamentswahlen statt, bei welchen die Opposition zugelassen war und etwa einen Viertel der Sitze im Obersten Sowjet erlangte. Die Mehrheit wurde aber dennoch von der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) und den Vertretern der alten Nomenklatur gestellt.
- Am 16. Juli 1990 beschloss der Oberste Sowjet die Souveränitätserklärung der Ukraine.
- Der Vorsitzende der KPU Iwaschko trat zurück und am 23. Juli 1990 wurde Leonid Krawchuk zum Parlamentspräsidenten gewählt. Die Ereignisse wurden von massenhaftem Mitgliederschwund der KPU sowie der Zerstörung der sowjetischen Symbolik (Lenin-Statuen), vor allem im Westen des Landes, begleitet.
- Im Oktober wurde unter der Führung Leonid Krawchuks der Vorrang der ukrainischen Gesetze vor den sowjetischen beschlossen.⁹⁹³
- Am 19. November 1990 unterzeichneten die Ukraine und Russland einen Vertrag über gegenseitige Kooperation.
- Im Januar/Februar 1991 formierten sich anti-oppositionelle Bewegungen nach Vorbild der Interfronten im Baltikum in den südöstlichen Regionen der Ukraine.
- Im März 1991 fand ein Referendum über den Erhalt der Sowjetunion statt. Die Bürger der Ukraine stimmten mit einer knappen Mehrheit dafür.
- Vom 18. bis 21. August 1991 ereigneten sich ein Putschversuch und dessen Niederschlagung in Moskau, im Zuge dessen sich der ukrainische Parlamentsvorsitzende Leonid Krawchuk zunächst abwartend verhielt.
- Am 24. August 1991 erklärte die Ukraine per Parlamentsbeschluss ihre Unabhängigkeit.
- Am 30. August 1991 wurde die KPU verboten.
- Am 13. Oktober 1991 wurde das Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet, wonach alle Bewohner der Ukraine die Staatsbürgerschaft erlangen konnten.
- Am 1. Dezember 1991 fanden in der Ukraine gleichzeitig das Referendum zur Unabhängigkeit sowie die ersten Präsidentschaftswahlen statt. Alle volljährigen Bürger der Ukraine (nach geltendem sowjetischem Recht) waren wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,2% (31 891 742 Personen) und die Zustimmung bei 90,3%. Die meisten Gegenstimmen fanden sich auf der Krim (40% der dortigen Wähler), die meisten Für-Stimmen in den westlichen Oblasten. Laut Umfragen haben 55% der uk-

⁹⁹³ Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 194.

5.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse

rainischen Russen die Unabhängigkeit unterstützt.⁹⁹⁴ Mit 61,6% wurde zudem Leonid Krawchuk zum ersten Präsidenten gewählt.

- Die Ukraine war im Dezember 1991 (gemeinsam mit Russland und Weißrussland) an der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beteiligt.
- Im Jahr 1992 fanden umfassende Verhandlungen mit Konfliktpotential zwischen Russland und der Ukraine in Bezug auf die in der Ukraine stationierten Atomwaffen sowie die Schwarzmeerflotte auf der Krim statt. Im Mai liefert die Ukraine ihre taktischen Atomwaffen (gemäß der GUS-Vereinbarungen) an Russland. Die Vernichtung der ukrainischen Atomwaffen wird schließlich 1994 in einer trilateralen Vereinbarung mit Russland und den USA beschlossen, gegen Garantie der territorialen Souveränität.
- Nach Protesten auf der Krim sowie einer Ankündigung eines Referendums zur Sezession der Halbinsel gewährte die ukrainische Regierung am 30. Juni 1992 der Krim umfassende Autonomierechte. Dennoch fand im Jahr 1994 ein Referendum statt, bei dem sich die Mehrheit für eine Loslösung von der Ukraine aussprach. Durch Schlichtung des späteren Präsidenten Leonid Kuchma wurde der Konflikt beigelegt und die Krim blieb Teil der Ukraine.
- Im Oktober 1992 trat die Ukraine aus der Rubelzone aus. Ende 1992 wurde die erste halbfreie Regierung unter Ministerpräsident Witold Fokin aufgelöst und an seine Stelle trat Leonid Kuchma. In der Regierung waren erstmals oppositionelle Kräfte vertreten.
- Im September 1992 und im Mai 1993 erfolgten Streiks der Donbasser Bergleute.
- Im Mai 1993 wurde die KPU wieder als legale Partei in der Ukraine zugelassen.
- Im Juli 1993 erklärte das Parlament in Russland Sewastopol zu einer „russischen“ Stadt.
- Am 3. September 1993 einigten sich Russland und die Ukraine zur Nutzung der Schwarzmeerflotte.
- Die ersten freien Parlamentswahlen fanden im März-April 1994 statt, wo die neu formierte KPU sowie die „Unabhängigen“ für den Machtverbleib bei der Nomenklatur sorgten.
- Am 1. Juni 1994 unterzeichnete die Ukraine ein vorläufiges Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU.
- Eine gewisse „Wiederkehr zum Osten“ in der Außen- und Innenpolitik wurde durch die Wahl Leonid Kuchmas zum Staatspräsidenten am 10. Juli 1994 eingeleitet.
- Im Januar 1995 wurde ein Handels- und Wirtschaftsabkommen mit Russland geschlossen.
- Erneut kam es im Jahr 1995 zu Unruhen auf der Krim, diesmal bezüglich der neuen Krim-Verfassung, die von der ukrainischen Zentralregierung aufgehoben wurde. Auch die Autonomie der Krim wurde kurzzeitig gekippt, danach allerdings wieder hergestellt.
- Laut der neuen Verfassung sollte die Krim ein integraler Bestandteil der Ukraine bleiben. Der fertige Text wurde am 31. Mai 1995 vorgestellt, gefolgt von einem „Verfassungsvertrag“ zwischen dem Präsidenten und dem Parlament.

⁹⁹⁴ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 343.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

- Die Verabschiedung der ukrainischen Verfassung erfolgte am 28. Juni 1996 durch die Werchowna Rada (Ukrainisches Parlament).⁹⁹⁵ Diese stellte einen machtpolitischen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren dar. Das politische System war demnach als ein semi-präsidentielles mit einem starken Präsident zu beschreiben, der seine Kompetenzen allerdings mit einem vom Parlament bestätigten Ministerpräsidenten teilte.
- Im September 1996 führte die Ukraine die Hrywna als neue Währung ein.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

5.3.1 Neue, alte und „neu-alte“ politische Kräfte und erste halbfreie Wahlen

Als Michail Gorbatschew seine Perestroika und Glasnost in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vorstellte, war die nationale Frage in der Sowjetunion offiziell für gelöst erklärt. Daher erwartete die sowjetische Führung in Moskau keine Gefahr aus dieser Richtung. Vor allem in der Ukraine ging die zentrale KP-Führung davon aus, dass die Loyalität des Landes, nicht zuletzt aufgrund der strikten Überwachung der nationalistischen Bewegungen, zweifelsfrei gegeben war. Während sich im Baltikum die Opposition zudem immer stärker erhob, schien in der Ukraine bis zum Ende der 1980er Jahre alles noch relativ ruhig zu sein. Dies lag hauptsächlich an dem KPU-Chef Wladimir Scherbickij, der als ein sehr konservativer und „moskautreuer“ Parteiführer galt und keinerlei Ambitionen der Unabhängigkeit oder Souveränität hegte. Durch seine lange Amtszeit von 1972 bis September 1989 verzögerte sich die oppositionelle Tätigkeit der nationalen Gruppierungen in der Ukraine, was einigen Quellen zufolge von Gorbatschew so beabsichtigt war, um die Kontrolle Moskaus über die Ukraine zu sichern.⁹⁹⁶ Während also in Estland der konservative Parteichef Karl Vaino bereits Anfang 1988 durch den national gestimmten Reformler Vaino Väljas ersetzt wurde, was unter anderem bald zu Gesetzen über die Souveränität und Staatssprache führte, musste die Ukraine noch bis Herbst 1989 warten, ehe sie mit Wladimir Iwaschko einen Reformler an die Spitze der KPU gesetzt bekam.⁹⁹⁷

Erste öffentliche Kritiken an der sowjetischen Führung kamen infolge der Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 auf. Aufgrund der Explosion in der Nähe von Kiew (Entfernung 130 km) wurden ca. 1600 Ortschaften mit 1,4 Millionen Einwohnern zum Katastrophengebiet erklärt. Grund zu Protesten gab nicht nur die Katastrophe selbst, sondern zusätzlich deren Verheimlichung seitens der sowjetischen Führung und die verschleppte finanzielle Hilfe für die Opfer und deren Familien.⁹⁹⁸ Ähnlich wie die Pro-

⁹⁹⁵ Bezeichnung auf Ukrainisch: Верховна Рада

⁹⁹⁶ Vgl. hierzu: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 246-247.

⁹⁹⁷ Ebd.

⁹⁹⁸ Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 186-188.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

teste in Estland bezüglich der Phosphor-Minen im Nordosten des Landes im Jahr 1987 führte das Missmanagement der sowjetischen Führung zu Protestbewegungen in der Ukraine.⁹⁹⁹ Die Hauptargumente waren auch hier die von der sowjetischen Führung verursachten Umweltschäden sowie die Ausbeutung des Landes.¹⁰⁰⁰ Folge war die Gründung der Bewegung „Grüne Welt“, die 1990 zur „Partei der Grünen“ wurde.¹⁰⁰¹ Allerdings brachte die Protestbewegung keine Schließung des Kraftwerkes. Es befand sich noch bis zum Jahr 2000 (!) in Betrieb. Daher kann der Protestbewegung in der Ukraine nicht ein vergleichbar hoher Effekt zugeschrieben werden, wie den Phosphor-Protesten in Estland, die letztlich zur Aufgabe der Baupläne führten.¹⁰⁰²

Die oppositionelle Bewegung der 1980er Jahre war national-kultureller Natur und als Fortführung der Bewegung der 1920er sowie 1950er Jahre zu betrachten. Die neuen oppositionellen Intelligenzschichten aus den westukrainischen Städten und aus der Hauptstadt Kiew nutzten die Erinnerung an die Hungersnot der 1930er Jahre und die Aufdeckung der Stalinistischen Repressionen der Vor- und Nachkriegszeit als Quellen der erneuten Mobilisierung. Erste Massendemonstrationen fanden in der Ukraine bereits im relativ frühen Jahr 1988 statt, als die oppositionellen Kräfte in Galizien die Bevölkerung zum Protest inspirieren konnten. Für einige Aktionen dienten die baltischen Staaten als Vorbild: Die Gründung der einheitlichen Oppositionsbewegung, ähnlich den Volksfronten, die in der Ukraine den bereits erwähnten Namen Ruch (Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika) erhielt.¹⁰⁰³ Ebenfalls organisierte die Opposition unter Ruch im Januar 1990 eine Menschenkette, die sich von Lemberg bis Kiew erstreckte.¹⁰⁰⁴ Obwohl die Menschenkette tatsächlich ein Zeichen der Einigkeit im Westen der Ukraine setzte, auch weil die Oppositionsbewegung, anders als im Baltikum, auch Russen und Juden nicht verschmähte, hatte diese Aktion keine so starke Wirkung wie im Baltikum.¹⁰⁰⁵ Grund hierfür war die Tatsache, dass sich die Kette eben nur bis Kiew erstreckte und somit nicht über den Dnepr bis nach Donbass oder gar auf die Krim reichte.¹⁰⁰⁶ Doch genau in diesem Teil des Landes war die Konzentration der potentiell sowjettreuen Bürger am höchsten. Wenn Ruch es geschafft hätte, hier eine vergleichbare Maßnahme zu ergreifen, wäre dies ein starkes Zeichen der gesamtukrainischen antisowjetischen Stimmung gewesen. Um der ukrainischen Oppositionsbewegung allerdings gerecht zu werden, wurden auch im Baltikum die am stärksten russischsprachigen östlichen (in Lettland) und nordöstlichen (in Estland) Teile der Länder nicht in die „Balti Kett“ Aktion miteinbezogen. Wenn man Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum heute fragt, war kaum jemand an der Menschenkette vom 23. August 1989 beteiligt.

⁹⁹⁹ Liivik, Olev (2009): „Fosforiidisõda“ *Estonica Entsüklopeedia Eestist*. Eesti Instituut.

<http://www.estonica.org/et/Fosforiidis%C3%B5da/> (Abgerufen am 15.10.2014)

¹⁰⁰⁰ Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 607.

¹⁰⁰¹ Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 248.

¹⁰⁰² Kasperski, Tatjana/Leuchina Anastasija (2008): *Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. Belarus, Ukraine, Russland, Litauen und Deutschland in vergleichender und beziehungs geschichtlicher Perspektive (1986-2006)*. Podiumsdiskussion und Workshop zum Auftakt des internationalen Forschungsprojektes, Potsdam, 4.-8. November 2008. *Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien* 43-44/2008. 82-85.

¹⁰⁰³ Народний Рух України за перебудову (Ukr.).

¹⁰⁰⁴ Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 250-251.

¹⁰⁰⁵ Kolstø, Pål (2000): *Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states*. S. 177.

¹⁰⁰⁶ Ebd. S. 177-178.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Am 28. Oktober 1989 wurde das Gesetz zu Ukrainisch als Amtssprache von dem letzten ausschließlich von der KPU besetzten Obersten Sowjet (Legislaturperiode 1985 bis 1990) verabschiedet. Zusammen mit Ukrainisch als alleinige offizielle Sprache, wurde auch Russisch als Kommunikationssprache in das Gesetz mit aufgenommen.¹⁰⁰⁷ Damit haben die Eliten der KPU bereits vor den ersten halbfreien Wahlen gezeigt, dass sie sich an dem Modernisierungskurs der Perestroika beteiligen wollen, jedoch keine aggressive Loslösung von der Sowjetunion betreiben. Diesen Grundkurs verfolgte verstärkt Leonid Krawchuk, der Ende der 1980er Jahre zur Führungsfigur der KPU aufstieg. Seine relativ liberale Politikrichtung, die er seit Ende der 1980er Jahre in der Zeitung „*Vechernij Kiew*“ („*Вечерний Киев*“) zum Ausdruck brachte, übertrug sich bis zu den Wahlen im Jahr 1990 auf das gesamte Image der KPU.¹⁰⁰⁸ Dieser Kurs hatte zur Folge, dass die KPU neben der Opposition sich ebenfalls als Modernisierer positionieren konnte und so auch die Stimmen derjenigen auf sich vereinte, die für die Perestroika, aber gegen eine radikale Demokratisierung waren. Dazu gehörten viele Russen bzw. russischsprachige Ukrainer im Osten und Süden des Landes, aus deren Reihen die KPU große Anteile ihrer Wählerschaft schöpfte.

Wie auch im Baltikum konnten die Wahlen zum Obersten Sowjet im März 1990 noch nicht als frei gelten, denn auch hier war die Kommunistische Partei noch quasi in der Machtposition, obwohl diesmal auch die oppositionellen Parteien zugelassen waren. Während der KPU die Möglichkeit der Propaganda offen stand, blieb der Opposition die Nutzung dieses Mittels verwehrt, was eine administrative Hürde im Wahlkampf darstellte. Ebenso wie das Baltikum war auch die Ukraine zum Zeitpunkt der Wahl *de jure* noch Teil der Sowjetunion. Selbst die Souveränitätserklärung erfolgte erst im Juli des Jahres 1990. Aus diesen Gründen konnte die Wahl höchstens als halbfrei gelten, ungeachtet dessen, dass die Opposition zugelassen war.

Zwar konnte Ruch einen vergleichsweise hohen Wahlerfolg erringen, allerdings zeigten sich dabei bedeutende Unterschiede zwischen den Volksfronten in den baltischen Staaten und der Ruch in der Ukraine. Diese offenbarten sich erstmals bei den Wahlen im März 1990. Während in Estland das Kräfteverhältnis des ersten halbfreien Parlamentes etwa 70:30 zugunsten der Opposition ausfiel, erlangte die Ruch in der Ukraine 117 der 450 Sitze.¹⁰⁰⁹ Die Mehrheit ging an die Vertreter der alten Nomenklatur und der KPU. Sie erhielten 239 Sitze, weitere 87 Sitze bekamen die „Unabhängigen“ (Unparteiischen der Nomenklatur), 40 Sitze der Linke Flügel und 78 der Nationalistische Flü-

¹⁰⁰⁷ Закон Украинской Советской Социалистической Республики "Об языках в Украинской ССР" (Ведомости Верховной Рады (ВВР) 1989, N 45, ст.631).

¹⁰⁰⁸ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 24.

¹⁰⁰⁹ Unterschiedliche Quellen machen verschiedene Angaben, wenn es um die genauen Fraktions- und Parteizugehörigkeiten geht. Die Ruch sowie deren Anhänger erhielten demnach etwa zwischen 111 und 125 Sitze. Prozentual bewegt sich der Anteil bei etwa 25%. Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 193; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 250-251.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

gel.¹⁰¹⁰ Damit blieb die Position der alten Eliten und der KPU in der Ukraine auch nach den ersten halbfreien Wahlen relativ stark.¹⁰¹¹

Bedeutende politische Entscheidungen dieses halbfrei gewählten Gremiums waren die Souveränitätserklärung am 16. Juli 1990 sowie die Unabhängigkeitserklärung am 24. August 1991.¹⁰¹² Danach wurde der Oberste Sowjet, bzw. die Oberste Rada der Ukrainischen SSR zur Obersten Rada (Werhowna Rada) der Ukraine umbenannt. Bereits die Souveränitätserklärung wurde im Namen des „ukrainischen Volkes“ verabschiedet, welche einen inklusiven Charakter in Bezug auf alle Bürger der Sowjet-Ukraine hatte.¹⁰¹³ Im Übrigen hat dies Parallelen zur estnischen Souveränitätserklärung, deren Charakter im Jahr 1988 ebenfalls noch inklusiv bzw. ethnisch weniger aufgeladen war als in den Folgejahren. Am 23. Juli 1990 wurde Leonid Krawchuk zum Parlamentspräsidenten und somit quasi zum Staatschef gewählt, womit bereits eine gewisse Orientierung in Richtung Unabhängigkeit einherging. Im November 1990 unterzeichneten Russland und die Ukraine einen Vertrag zur gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und der Grenzen, was der erste wichtige Schritt zur Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion war. Zuvor, im Oktober 1990, hatte die Oberste Rada den Vorrang der Gesetze der Ukrainischen Republik vor den Gesetzen der Sowjetunion beschlossen.¹⁰¹⁴ Für Kontroversen sorgte ein im März 1991 abgehaltenes und von Moskau initiiertes Referendum über die Zukunft der Sowjetunion, wonach sich 70% der Ukrainer für die Erhaltung der UdSSR aussprachen. In derselben Volksabstimmung wurde seitens der ukrainischen Führung allerdings noch eine weitere Frage gestellt, welche die Souveränität der Ukraine zum Gegenstand hatte. Somit haben die Ukrainer gleichzeitig sowohl über den Erhalt der Sowjetunion als auch über die Souveränität der Ukraine abgestimmt. 80% der Wähler haben die Option einer souveränen Ukraine als Teil eines Staatenbundes bejaht.¹⁰¹⁵ Am 30. August 1991 erfolgte das offizielle Verbot der KPU seitens der Obersten Rada. Infolge dessen zerfiel sie in den sozialistischen Flügel, in die Bauernpartei und in „unabhängige“ Kandidaten, die dennoch als Vertreter der alten Nomenklatur galten.

Die Volksabstimmung zu der bereits ausgerufenen Unabhängigkeit erfolgte am 1. Dezember 1991. Die Beteiligung lag bei 84% und die Zustimmung bei 90%.¹⁰¹⁶ Laut Umfragen unterstützte die Mehrheit (ca. 55%) der ukrainischen Russen die Unabhängigkeit. Doch auch hier zeigten die Ergebnisse eine deutliche Ost-West Verteilung: Während in Lwiw und Ternopil die Zustimmung bei ca. 98% lag, war dieser Anteil in Charkiw bei 75% und auf der Krim gar bei 54%.¹⁰¹⁷

¹⁰¹⁰ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. in: Dawisha, Karen (Hrsg.): Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova (Bd. 3). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr. 330-370, S. 340-344.

¹⁰¹¹ Bertelsmann Transformations Index (2003). Ländergutachten Ukraine. https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI_2003_Ukraine.pdf (Abgerufen am 13.10.2014)

¹⁰¹² Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 251-253.

¹⁰¹³ Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 178.

¹⁰¹⁴ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252.

¹⁰¹⁵ Ebd.

¹⁰¹⁶ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 343.

¹⁰¹⁷ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252-253; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 179.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Es scheint, als hätten die ukrainischen Entscheidungsträger an gleichzeitig stattfindenden Entscheidungen Gefallen gefunden: Ebenfalls am 1. Dezember 1991, gleichzeitig mit dem Referendum zur Unabhängigkeit, wurde Leonid Krawchuk mit 61% der Stimmen direkt zum Staatspräsidenten gewählt.¹⁰¹⁸ Sein Gegenspieler Wjacheslaw Chornovyl kam aus den Reihen der Opposition, konnte aber nur 23% der Stimmen auf sich vereinen.¹⁰¹⁹ Mit Krawchuk blieb also ein Repräsentant der alten Elite an der Macht, der zwar als Reformler galt, doch ebenfalls für die Machterhaltung der sowjetischen Herrschaftsstrukturen stand.¹⁰²⁰ Seine zentrale Linie folgte weniger einem radikalen Umbau des bestehenden politischen und ökonomischen Systems, sondern vielmehr dem Erhalt seiner Anhänger – mehrheitlich die Vertreter der KPU sowie der Nomenklatur – und seiner Wähler.¹⁰²¹ Generell wurde er als eine politische Figur betrachtet, die das Land mehr einte, als dass er es spaltete.¹⁰²²

Als letzte Handlung zur Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion wurde am 5. Dezember 1991 die Kündigung des Vertrages zur Bildung der Sowjetunion aus dem Jahr 1922 verabschiedet. Allerdings beteiligte sich die Ukraine als Gründerstaat an der Bildung der GUS am 8. Dezember 1991 und bekräftigte damit ihre weiterhin enge Zusammenarbeit mit Russland.¹⁰²³ Hierin besteht ein wichtiger Unterschied zu den Baltischen Staaten, die sich der Mitgliedschaft in der GUS vehement widersetzen.

5.3.2 Erste freie Parlamentswahlen und die politischen Kräfteverhältnisse

Im März 1994 fanden die ersten freien Parlamentswahlen ohne die quasi-Monopolstellung der KPU statt. Die Proteste der Bergleute von Donbass im Laufe des Jahres 1993 führten zu den vorgezogenen Parlamentswahlen, die eigentlich für März des Jahres 1995 angesetzt waren. Zudem waren die Proteste auch für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Sommer 1994 (statt Ende 1996) verantwortlich.¹⁰²⁴ Die KPU, die im Jahr 1991 offiziell aufgelöst worden war, wurde im Jahr 1993 wieder zugelassen und erhielt prompt 25% (86) der Sitze in der ersten unabhängigen Werchowna Rada. Gemeinsam mit den Sozialisten, die 14 Sitze erhielten, und der „Bauernpartei“ („Селянська партія України“) mit 18 Sitzen bildeten sie den linken Block, dessen Vorsitzender Oleksandr Moroz auch zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde.¹⁰²⁵ Als bleibendes Kuriosum des ukrainischen Parlaments gehörten etwa die Hälfte, nämlich 170 der 336 Mitglieder der Rada keiner Partei an und wurden damit zu den Reihen der „Unabhängigen“ gezählt, welche auch schon in dem ersten halbfrei

¹⁰¹⁸ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 343.

¹⁰¹⁹ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252-253.

¹⁰²⁰ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 24.

¹⁰²¹ Ebd.

¹⁰²² Kolsto, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 181.

¹⁰²³ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 253.

¹⁰²⁴ Ebd. S. 256; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 351-352.

¹⁰²⁵ Ebd.; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

gewählten Parlament präsent waren.¹⁰²⁶ Die „Unabhängigen“ hielten tendenziell eher zu den alten Machthabern als zu der Opposition und stellten daher eine wichtige Ressource für die sich im Zuge der politischen Transformation formierenden „Partei der Macht“ dar.

Ein weiterer Faktor, der zur Unübersichtlichkeit der Machtverhältnisse beitrug und für Behinderung der Arbeit sorgte, war das Wahlrecht. Demnach wurde 1994 in einzelnen Wahlkreisen nach einem direkten Mehrheitswahlrecht gewählt und zwar mit Vorgabe eines Quorums von 50%+1. Bei Nichterfüllung des Quorums wurde die Wahl in diesem Wahlkreis für ungültig erklärt und es folgte die zweite Wahlrunde.¹⁰²⁷ Aufgrund dieser Regelung wurde in einigen Wahlkreisen noch bis Herbst des Jahres 1994 gewählt, was im Grunde bedeutete, dass die Rada beinahe ein halbes Jahr in unvollständiger Zusammensetzung tagte. So kamen im Laufe des Jahres 1994 noch 72 Kandidaten dazu, drei dieser Kandidaten traten ab, zwei verstarben und einer, Leonid Kuchma, wurde zum Präsidenten der Ukraine gewählt.¹⁰²⁸

Auch die Parteizugehörigkeiten sorgten bisweilen für Unordnung und fehlende Eindeutigkeit bei den Machtverhältnissen. Insgesamt haben es bei den ersten freien Parlamentswahlen 15 Parteien (von den aufgestellten 28) nebst den besagten „Unabhängigen“ in die Rada geschafft, wofür ganze fünf Wahlgänge gebraucht wurden. Neben den bereits erwähnten „Unabhängigen“ und dem linken Block, erhielt die Opposition mit Ruch 20 Sitze und die Republikaner mit 9 Sitzen (neben kleineren Parteien) etwa 10% der Sitze.¹⁰²⁹ Hinzu kamen nationale Kräfte mit dem Kongress der Ukrainischen Nationalisten, welcher mit 5 Sitzen die meisten Stimmen des gesamten nationalen Lagers erhielt. Kleinere Parteien, mit häufig liberaler Ausrichtung, kamen mit vereinzelt Sitzen hinzu.¹⁰³⁰ Die Mehrheit der KPU mit dem Links-Bündnis der Sozialisten und der „Unabhängigen“ ließ die ukrainische Politik zunächst in eine Richtung steuern, die als „Russlandnah“ bzw. „prorussisch“ zu bezeichnen ist. Das brachte die Wähler aus dem Osten und Süden, die mehrheitlich die genannten Kräfte unterstützten, in die Position der „Gewinner“.¹⁰³¹

Die geographische Verteilung der Stimmen zeigte eindeutig, dass die Wähler der „Unabhängigen“ im ganzen Land verteilt waren. Hinzu kommt, dass die „unabhängigen“ Kandidaten sowohl im Osten als auch im Westen des Landes beinahe immer die Mehrheit in ihren Wahlkreisen erhielten. Konkurrenz bereitete den „Unabhängigen“ verstärkt die KPU im Osten und Ruch mit den Republikanern im Westen des Landes. In den Oblasten des Donbass sowie auf der Krim erhielten die Kommunisten der

¹⁰²⁶ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 352.

¹⁰²⁷ ЗАКОН УКРАЇНИ Про дострокові вибори Верховної Ради України і Президента України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1993, N 40, ст.388).

¹⁰²⁸ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 351-356; vgl. Історія українських виборів. Історія українських виборів (1990 р., 1994 р., 1998 р.). 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. (Abgerufen am 15.04.2014).

¹⁰²⁹ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 352.

¹⁰³⁰ Ebd. S. 351-356; vgl: Історія українських виборів. Історія українських виборів (1990 р., 1994 р., 1998 р.). 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. (Abgerufen am 15.04.2014).

¹⁰³¹ Vgl. hierzu: Bischof, Henrik (1994): Die Ukraine. Zeit der Unabhängigkeit. Studie zur Außenpolitik 64/1994. Friedrich-Ebert-Stiftung/Abteilung Außenpolitikforschung, November. S. 16.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

KPU sogar mehr Stimmen als die „Unabhängigen“.¹⁰³² Kiew bildete eine Ausnahme – hier erhielten die Kommunisten gar keine Stimmen und die Sitze wurden zwischen den „Unabhängigen“, Ruch und den Republikanern verteilt.¹⁰³³

Prinzipiell zeigten die ersten freien Parlamentswahlen dreierlei Erkenntnisse: Erstens sorgte das Wahlrecht für keine klaren Machtverhältnisse, aber für eine Menge Chaos. Die Rada konnte erst Ende des Jahres 1994 in vollständiger Besetzung tagen. Zweitens entpuppte sich die wieder zugelassene KPU nach wie vor als Favoritin der ostukrainischen Bevölkerung, wodurch sich eine gewisse Sowjet-Affinität in diesen Regionen zeigte. Im Westen des Landes erhielten die Kommunisten beinahe keine Sitze, Stimmen fielen hingegen verstärkt oppositionellen, liberalen und nationalistischen Kräften zu.¹⁰³⁴ Im Südosten gab es für die Letztgenannten wiederum nur sehr wenige bis gar keine Stimmen. Dass die KPU dennoch stärkste Fraktion, hinter den „Unabhängigen“, wurde, zeigte die große Bedeutung des russischsprachigen Ostens und Südens für die politische Kräfteverteilung im Land. Interessant wäre die Antwort auf die Frage gewesen, wen der Osten dann gewählt hätte, wenn die KPU verboten geblieben wäre. Vermutlich wären in dem Fall die Sozialisten an die Stelle der KPU getreten bzw. die „Unabhängigen“ hätten noch mehr Sitze erhalten. Drittens blieben die „Unabhängigen“ stärkste „Kraft“ und besiegelten damit die Machtstellung der alten Nomenklatur im ersten frei gewählten Parlament. Anders als die KPU, genossen die „Unabhängigen“ die Unterstützung des gesamten Landes, weswegen es hier kein Ost-West- bzw. Ukrainisch-Russisch-Gefälle zu beobachten war. Wenn man bedenkt, dass die Folgejahre die Stellung der Funktionäre noch bestärkten und der Ukraine das beinahe unüberwindbare Problem eines sehr korrupten und paternalistischen politischen und wirtschaftlichen Systems bescherten, so waren alle Regionen bei der ersten Parlamentswahl dafür verantwortlich.

5.3.3 Präsidentschaftswahlen im Jahr 1994

Obwohl es auch zu den Präsidentschaftswahlen noch keine verfassungsrechtlichen Regelungen gab, wurde am 26. Juni 1994 (erste Runde) ein neuer Präsident gewählt. Aus der ersten Runde traten zwei Kandidaten – Leonid Krawchuk als amtierender Präsident und Leonid Kuchma – als Herausforderer hervor, die sich am 10. Juli 1994 zur Stichwahl stellten. Mit einer Mehrheit von 52,14% gegenüber 45,06% der Wählerstimmen siegte Leonid Kuchma. Die Wahlbeteiligung hatte in der zweiten Runde noch höher gelegen als in der ersten – bei 71,63% der Wahlberechtigten.¹⁰³⁵ Kuchma gewann dabei 14 der insgesamt 27 Oblaste, wobei darunter auch die bevölkerungsstarke Ostukraine mit Donezk und Luhansk, ebenso wie der Rest des Südostens mit der Krim waren. Alle westlichen Oblaste votierten für Krawchuk. Damit wurden die Stimmen der Zentralukraine ausschlaggebend für den Ausgang der Wahl, von welchen Tschernihiw, Sumy,

¹⁰³² Ebd.

¹⁰³³ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 351-356.

¹⁰³⁴ Bischof, Henrik (1994): Die Ukraine. Zeit der Unabhängigkeit. S. 16-17.

¹⁰³⁵ Ebd. S. 16-17.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

Poltawa und Kirowohrad für Kuchma stimmten. Bedeutend war ebenfalls, dass die Oblaste, welche in der ersten Runde für den Kandidaten der Sozialisten Oleksandr Moroz stimmten, sich nun für Kuchma entschieden. Da die Opposition unter Ruch zugunsten Krawchuks auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatte, wurde er als der oppositionelle Kandidat dargestellt, welcher im Westen und in Kiew von der Wählerschaft erwartet wurde. Die in der ersten Runde konkurrierenden Kandidaten Kuchma und Moroz hatten ihre Stimmen aus dem Osten und Süden bezogen, wobei beide für enge Beziehungen zu Russland, geregelter Partnerschaft zu Krim und ukrainisch-russische Zweisprachigkeit auftraten. Als einzigen Unterschied befürwortete Moroz für die unabhängige Ukraine ein parlamentarisches gegenüber den Kuchma'schen semi-präsidentiellen System.¹⁰³⁶ Im Endeffekt entschieden die Stimmen der Zentralukraine die Wahl, aus welcher der Kandidat, der von russischsprachigem Südosten favorisierte wurde, hervorging. Damit hatte sowohl das Parlament als auch das Präsidialamt während der Jahre 1994 bis 1999 eine „pro-russische“ Führung.

5.3.4 Repräsentation in der Übergangszeit und politisches Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung

In den Jahren des politischen Umbruchs erschwerte die unübersichtliche und durcheinander geratene Parteienlandschaft der Ukraine die Herausbildung einer solchen Opposition, die genügend Wählerstimmen auf sich hätte vereinen können, um der KPU und den alten Eliten die Stirn zu bieten. Der Anteil der alten Nomenklatur war in den neuen ukrainischen Elitekreisen zwar niedriger als im postsowjetischen Russland, mit etwa 40% der Eliten (z.B. betrug der vergleichbare Anteil in Russland 75%), doch im Verhältnis zum Baltikum wiederum, in dem bis Mitte der 1990er Jahre fast keine Apparatschiks mehr an der Macht waren, ist dieser Prozentsatz hoch. Während des Verbots der KPU zwischen 1991 und 1993 spalteten sich die ehemaligen Mitglieder, so dass nach der erneuten Zulassung nur etwa 4% in die Partei zurückkehrten.¹⁰³⁷ Insgesamt zählte die Parteilandschaft in den 1990er Jahren etwa 100 Parteien und Gruppierungen. Mit den Jahren und der Änderung des Wahlrechts war ein Rückgang der Anzahl der Parteien zu verzeichnen, die alten Seilschaften blieben aber überwiegend erhalten.

Der wichtigste Verdienst der ukrainischen KPU gegenüber sich selbst (ihre Parteiführung unter Leonid Krawchuk hatte rechtzeitig erkannt, dass die KPU sich ebenfalls systemkritisch und reformistisch geben muss), bestand in der Beibehaltung ihrer Wählerschaft. Hinter der Besonderheit der „Unabhängigen“ unter den Kandidaten verbarg sich die alte Nomenklatur, die zum Teil während des Verbotes aus der KPU ausgetreten waren bzw. in der Zeit deren Verbotes „ohne Partei“ dastanden und später nicht mehr eintreten wollten bzw. mussten. Diese waren überwiegend entweder alte Funktionäre der KPU oder aber ehemalige sowjetische Wirtschaftsfunktionäre, Leiter von Fabriken und anderen Industriebetrieben, hauptsächlich aus dem industrialisierten und russischsprachig geprägten Osten. Es verwundert nicht, dass die Unabhängigen in der Frakti-

¹⁰³⁶ Ebd. S. 17.

¹⁰³⁷ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 30-31.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

onsbildung mehrheitlich zu den vertrauten Kräften, also der KPU oder später zu der Machtpartei des Präsidenten tendierten. Dadurch konnten alte Eliten noch lange nach der formalen Unabhängigkeit an der Macht verbleiben und die alten Wirtschaftsstrukturen beibehalten.¹⁰³⁸

Während der Übergangsphase beeinflussten diverse Faktoren die „Modernisierung“ der alten Eliten. Erstens betonte der neue Vorsitzende der KPU Leonid Krawchuk im Zuge des Systemzerfalls wiederholt, dass die KPU als neue Kraft für die Unabhängigkeit der Ukraine steht, womit er der Opposition ihre Daseinsberechtigung vorwegnahm. Fortan blieb der Letzteren nichts anderes übrig, als sich verstärkt nationalen Slogans hinzuwenden, welche aber mit dem Verlust der Stimmen aus dem Südosten des Landes einhergingen. Obwohl Leonid Krawchuk selbst aus dem Westen der Ukraine stammte, wehrte er sich anfangs dagegen, die nationale Frage der ukrainischen Bevölkerung als „Volk“ aufkommen zu lassen.¹⁰³⁹ Krawchuk gelang es, die nationalen Parolen des Westens – welche er ab 1990 zunehmend in seine politische Rhetorik einbaute – mit der Idee der Einigkeit und der Unabhängigkeit „für alle“ und Reformversprechen im Osten die Stimme der Mehrheit auf sich zu vereinen.¹⁰⁴⁰ Die „Modernisierung“ der Partei ging zudem Hand in Hand mit einer starken Unterstützung durch alte Wirtschaftsstrukturen aufgrund jahrelanger Korruption und Vetternwirtschaft.¹⁰⁴¹ Aus diesem Grunde hatten die Vetospieler aus der Wirtschaft verstärktes Interesse daran, dass die KPU an der Macht bleibt. Dabei spielte auch die Unabhängigkeit der Ukraine von Russland eine bedeutende Rolle: Mit den alten Strukturen an der Macht und ohne die Aufsicht aus Moskau konnte die Wirtschaftselite im Grunde nach Belieben agieren, es mussten zunächst keine Reformen befürchtet werden und die Aufteilung der sowjetischen wirtschaftlichen Infrastruktur unter den späteren Oligarchen konnte ungehindert vorangetrieben werden. Ökonomische Reformen standen erst mit dem zweiten Präsidenten Leonid Kuchma im Jahr 1994 auf der Tagesordnung.¹⁰⁴²

Trotz des formalen Fortbestehens der alten Eliten gab es auch im ukrainischen Osten neue Kräfte: In Donezk hat die Union der Industriellen und Unternehmer der Ukraine im November des Jahres 1992 die Ukrainische Arbeiterpartei gegründet. Eine Reihe weiterer Parteien und Bündnisse wurden in den Jahren zwischen den ersten halbfreien und den ersten freien Wahlen gegründet.¹⁰⁴³ Die „Neue Ukraine“, ein mitte-links orientiertes Bündnis, ebenfalls Anfang der 1990er Jahre gegründet, wurde zur hauptsächlichen Trägerin des späteren Präsidenten Leonid Kuchma.¹⁰⁴⁴ Auf der Krim wurde im Jahr 1992 die Partei der Ökonomischen Wiederauferstehung (PEVK) gegründet.¹⁰⁴⁵ Neben der alten KPU repräsentierte auch diese neue Linke Opposition den russischsprachigen Ost- und Südteil und stand für den Verbleib in der Konföderation unter der Sowjetuni-

¹⁰³⁸ Ebd. S. 32.

¹⁰³⁹ Ebd. S. 24.

¹⁰⁴⁰ Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 179-181.

¹⁰⁴¹ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 259.

¹⁰⁴² Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 25; 32; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 340-344.

¹⁰⁴³ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 36-37.

¹⁰⁴⁴ Ebd.

¹⁰⁴⁵ Ebd.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

on. Etwas später wurden auch immer wieder regional basierte Parteien gegründet – solche wie „Hromada“ von Pawlo Lazarenko in Dnipropetrowsk, die in dieser Oblast im Jahr 1998 die Mehrheit der Stimmen erzielte.¹⁰⁴⁶

Für die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine bedeutete der Verbleib an der Macht der „reformierten“ alten Eliten, dass sie sich zunächst relativ wenige Sorgen um das Aufkommen ukrainisch-nationalistischer Tendenzen machen mussten. Damit war im Grunde die Kontinuität des sozioökonomischen Status und der politischen Repräsentation garantiert. Im Westen des Landes waren dagegen auch nationalistische Tendenzen spürbar, welche von entsprechenden politischen Kräften vertreten wurden. Die Frage nach der Rolle der ukrainischen Sprache war in dieser Hinsicht durchaus bedeutend.¹⁰⁴⁷ Allerdings versuchte Ruch in ihren Anfängen nicht nur die westlichen Regionen anzusprechen, sondern wandte sich formell an alle Bürger der Ukraine, ungeachtet der Muttersprache oder der Nationalität.¹⁰⁴⁸ Wie auch Taras Kuzio schrieb, hätte eine ukrainisch-nationalistische Grundlage in den Anfängen des Systemwechsels für die Ruch nicht ausreichend politische Relevanz auf zentralstaatlicher Ebene generieren können. Dafür war das politische Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu groß.¹⁰⁴⁹ Dies hinderte die Ruch jedoch nicht daran, mit der Zeit eine „nationalisierende“ Rhetorik anzueignen.

Die Ruch, seit Dezember 1992 als Partei registriert, bildete damit, zusammen mit neuen nationalistischen Kräften mit Orientierung auf die West-Ukraine, die politische Opposition.¹⁰⁵⁰ Aus den Reihen der Ruch entstanden die Ukrainische Republikanische Partei, die Demokratische Partei der Ukraine und die bereits erwähnten Grünen.¹⁰⁵¹ Diese Kräfte vermochten es, die Bevölkerung im Westen für sich zu gewinnen. In den östlichen, südlichen und zentralen Teilen des Landes hatten sie dagegen beinahe keine Wähler. Insgesamt genossen die national-demokratischen Kräfte die Unterstützung von etwa einem Drittel der gesamten ukrainischen Bevölkerung.¹⁰⁵² Die Oblaste, aus welchen die demokratische Opposition unter Ruch die meisten Stimmen erhielt waren die westlichen Lwiw, Iwano-Frankiwsk, Ternopil, Wolhynien sowie die Hauptstadt Kiew. Ebenso zum oppositionellen Lager gehörte der Kongress der Nationalen Demokratischen Kräfte (KNDS), die Leonid Krawchuk unterstützte und ebenfalls der Ruch entstammte.¹⁰⁵³ Die Repräsentation der gesamten Bevölkerung erstreckte sich während der Übergangsjahre somit über die alte Nomenklatur, mit einer breiten Basis im Osten und Süden der Landes über Ruch, die die Mehrheit der Stimmen im Westen bis hin zu extremen Polen, wie Nationalisten und Kommunisten binden konnte, die aber keine breite Unterstützung genossen.

¹⁰⁴⁶ Ott, Alexander (1998): Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/Aktuelle Analysen BIOst 16/1998. S. 4-5.

¹⁰⁴⁷ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 32.

¹⁰⁴⁸ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 190.

¹⁰⁴⁹ Vgl. hierzu: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 29.

¹⁰⁵⁰ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 316; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism S. 340.

¹⁰⁵¹ Демократична партія України; Українська республіканська партія (Ukr.). Vgl hierzu: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 251.

¹⁰⁵² Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 30-31.

¹⁰⁵³ Ebd. S. 33.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Mit der „Modernisierungsstrategie“ ist den alten Eliten in der Ukraine ein einmaliger Schachzug gelungen – sie schafften den Übergang aus dem autokratischen in das neue – noch nicht demokratische – System, ohne dass sie sich von ihren Ämtern trennen mussten.¹⁰⁵⁴ Selbst das zwischenzeitliche Verbot der KPU konnte daran nichts ändern. Insofern blieb in der Ukraine eine gewisse repräsentative Kontinuität vorhanden, indem die Menschen nach wie vor ihre Machträger wählen konnten. Eine gewisse Nationalisierung der Rhetorik war indes nicht zu vermeiden, vor allem als es um die Etablierung der Eigenständigkeit der Ukraine als Staat ging. Doch die genannte repräsentative Kontinuität, mit dem erklärten Ziel die „ausbeuterische“ zentrale Kontrolle aus Moskau zu beenden, zügelten die ethnisch-nationale Radikalisierung der Stimmung und machten die Eigenstaatlichkeit zur Lösung der Probleme für alle Bürger der Ukraine, ungeachtet der nationalen bzw. ethnischen Zugehörigkeit.¹⁰⁵⁵ Dass selbst der russischsprachige Donbass mit im Boot war als es um die Unabhängigkeit ging, zeigten die Streiks der Bergarbeiter im Jahr 1989 – obwohl deren Zielsetzung zunächst sozioökonomischer Natur war.¹⁰⁵⁶ Bis dahin galten die Donbasser Kumpels als treue Gefolgsleute der Moskauer Führung. Nun hatten sich die Arbeiter jedoch organisiert und stellten sowohl wirtschaftliche als auch soziale und politische Forderungen an die Kiewer Führung, was die Gefolgschaft der zentralisierten sowjetischen Führung noch mehr schmälerte.¹⁰⁵⁷

Somit stellte sich bis zum Unabhängigkeitsreferendum Ende 1991 eine gewisse Einigkeit der südöstlichen und der westlichen ukrainischen Regionen ein. Auch die Sprache „auf dem Podium“ (wie Pål Kolstø es formulierte) war nicht mehr zwangsläufig nur Ukrainisch, sondern zunehmend auch Russisch.¹⁰⁵⁸ Die Entscheidung im Referendum zur Unabhängigkeit sollte damit als Stimme gegen die Sowjetherrschaft und gegen den Kommunismus verstanden werden, wofür es im Westen national-patriotische und im Südosten polit-ökonomische Gründe gab. In jedem Fall waren von beiden Seiten enorme Erwartungen an die Unabhängigkeit und den neuen Präsidenten Leonid Krawchuk gesetzt.¹⁰⁵⁹

Die ethnisch-nationale Verteilung unter den Mitgliedern der KPU zeigte durch die gesamte Sowjetherrschaft hindurch stets eine Überrepräsentation der ethnischen Russen. Ende der 1980er Jahre hatte sich der Anteil der Russen auf etwa 67% eingependelt, was im Umkehrschluss bedeutet, dass etwa 30% der KPU-Mitglieder ethnische Ukrainer waren.¹⁰⁶⁰ Hieraus lässt sich ableiten, dass das ethnisch-nationale Verhältnis zwischen Russen und Ukrainern in den Führungsgremien ähnlich (70:30) gewesen sein dürfte. Allerdings ist aus ersichtlichen Gründen ungewiss, wie viele der Ukrainer sich als Russen ausgegeben haben, um beruflich bevorzugt zu werden. Da Ukrainer allerdings als „fast“ so titular galten wie Russen – in der Rolle der Ukraine als „kleiner Bruder“ bzw.

¹⁰⁵⁴ Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 194.

¹⁰⁵⁵ Vgl. hierzu: Ebd. S. 192.

¹⁰⁵⁶ Ebd. S. 190-191.

¹⁰⁵⁷ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 248.

¹⁰⁵⁸ Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 178.

¹⁰⁵⁹ Ebd. S. 179-180.

¹⁰⁶⁰ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 197.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

als „kleine Schwester“ in der Sowjet-Hierarchie – war eine solche beruflich bedingte künstliche „Selbststufung“ beinahe überflüssig.¹⁰⁶¹

Während die westukrainische Opposition in den ersten Jahren des Überganges, noch vor den ersten halbfreien Wahlen, eine relativ starke repräsentative Position innehatte, wurden die KPU bzw. die Vertreter der alten Nomenklatur immer stärker. Schließlich dominierten die bevölkerungsstarken ostukrainischen – und überwiegend russischsprachigen – Oblaste die oberen Etagen der repräsentativen Organe, was sich bis Ende der 1990er Jahre weiter verstärkte.¹⁰⁶² Beinahe alle Ministerpräsidenten seit der Unabhängigkeit kamen aus dem Osten des Landes, darunter Witold Fokin, Yukhim Zvygalskij, Pawlo Lazarenko, Walerij Pustovoytenko.¹⁰⁶³

Im ersten frei gewählten Parlament hatten etwa 70% der Repräsentanten aus dem Osten des Landes eine Parteizugehörigkeit im linken Lager – Kommunisten, Sozialisten oder andere pro-russische bzw. anti-nationalistische Parteien bzw. Gruppierungen.¹⁰⁶⁴ Von den 91 Vertretern der KPU in der Werchowna Rada kamen 74 aus den südöstlichen Oblasten der Ukraine. Nach den nächsten Parlamentswahlen hatten die Kommunisten ihre Fraktion sogar noch vergrößert – durch die überwiegende Unterstützung der Wähler aus dem Südosten.¹⁰⁶⁵ Die KPU schrieb die Einführung des Russischen als Staatssprache in das Parteiprogramm, was von vielen russischen bzw. russischsprachigen Wählern wahrgenommen und unterstützt wurde. Ganze 85% der Donbasser Wähler fanden diesen Punkt im Jahr 1994 bedeutend. Ebenso standen ökonomische und ideologische Aspekte, neben weiterer Zusammenarbeit mit Russland, auf dem Programm der KPU – ausnahmslos Themen, mit welchen sich im russischsprachigen Südosten punkten ließ. Ruch bzw. die Parteien aus dem oppositionellen Lager konnten im Südosten der 1990er Jahre keine Erfolge erzielen. So entstand bereits zwischen den Jahren 1993 und 1994 eine Spaltung der politischen Repräsentation auf der geopolitischen bzw. ethnisch-nationalen und sprachlichen Basis, welche erstmals im Jahr 2004 ihre Kulmination fand.

Spätestens 1994 hatte die *policy* von Leonid Krawchuk ausgedient – der Südosten war berechtigterweise vom Ausbleiben der ökonomischen Reformen und der immer tiefer werdender ökonomischer Krise enttäuscht. Statt Investitionen zu tätigen, wurden staatliche Betriebe „unter der Hand“ verkauft, verschenkt und verscherbelt, ohne dass der Lebensstandard der Bevölkerung sich erhöht hätte.¹⁰⁶⁶ Vor allem der russischsprachige Südosten war davon betroffen, wovon auch die erneuten Streiks der Donbasser Bergarbeiter im Jahr 1993 zeugen. Gleichzeitig war die Einigkeit mit der ukrainischen nationalen Bewegung verloren gegangen, die vor dem Referendum 1991 noch stark war: Im Jahr 1994 haben nur noch 24% der Bürger im Südosten angegeben erneut für die Unabhängigkeit stimmen zu wollen.¹⁰⁶⁷ Hinzu kam die Unzufriedenheit mit den zuneh-

¹⁰⁶¹ Im Russischen sind die Länder Russland und Ukraine (so wie die meisten anderen Länder) weiblichen Geschlechtes, deswegen wird Russland häufig als „Mutterland“ bezeichnet und die Ukraine folglich als „Schwester“. (Anm. d. A.). Vgl. Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 199-200.

¹⁰⁶² Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 191.

¹⁰⁶³ Ebd.

¹⁰⁶⁴ Ebd. S. 192.

¹⁰⁶⁵ Ebd.

¹⁰⁶⁶ Ebd. S. 181.

¹⁰⁶⁷ Ebd.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

ment national-basierten Aussagen des Präsidenten und seiner politischen Führung. Während Krawchuk noch im Jahr 1991 in der „Prawda“ zitiert wurde – er bezeichnete die ukrainischen Russen als indigene Bevölkerung, welche nicht mit der russischen Bevölkerung im Baltikum verglichen werden durfte – wurden gegen Ende seiner Amtszeit zunehmend Aussagen für die Wiederaufbau der ukrainischen Nation basierend auf der Sprache und der Abstammung vernommen.¹⁰⁶⁸ Während diese Rhetorik ihm im Westen des Landes zu Stimmen verhalf, verlor er im Südosten massiv an Unterstützung. Davon profitierte Leonid Kuchma, der in allen Oblasten des Südostens – wie bereits erwähnt – die Mehrheit erzielte und damit als Sieger aus der Wahl hervorkam. Obwohl Krawchuk in Lwiw im Jahr 1994 ganze 94% der Stimmen erhielt (im Vergleich zu 15% im Jahr 1991), konnten die bevölkerungsstarken Oblaste des russischsprachigen Ostens den Sieg für Kuchma garantieren.¹⁰⁶⁹ Hierin zeigte sich erstmals die volle politische Stärke der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung, die mit ihren Stimmen „ihren“ Kandidaten zum Sieg brachte.

In den Jahren zwischen den Präsidentschaften Krawchuks und Kuchmas entstand das politische Gewicht der sogenannten „Partei der Macht“, welche sich im Grunde aus der alten Nomenklatur und den Alt-Kommunisten zusammenbaute und generell den Präsidenten unterstützte. Regional wurde die „Partei der Macht“ im Osten des Landes durch verschiedene Gruppierungen vertreten, unter anderem die bereits genannte Arbeiterpartei in Donezk sowie die regionalen Machtparteien auf der Krim und in Dnipropetrowsk. All diese Parteien des Südostens wurden von ehemals hohen Funktionären der KPU geführt.¹⁰⁷⁰ Die KPU blieb zwar bestehen, wurde aber in den späten Jahren des Kuchma-Regimes zunehmend zur Gegenspielerin für dessen „Partei der Macht“.¹⁰⁷¹ Durch die unübersichtlichen Zugehörigkeiten und Loyalitäten sorgte diese immer wieder für jede Menge Verwirrung in den eigenen Reihen. So konnten in der „Partei der Macht“ Vertreter beinahe aller politischen Richtungen gefunden werden, so gab es linke, rechte und zentristische Flügel, allein die extremen linken oder rechten waren nicht zu finden. In jedem Fall hatten die meisten Mitglieder der „Partei der Macht“ eine ähnliche Sicht auf die Funktionsweise des neuen unabhängigen ukrainischen Staates und deren Rolle darin. Hauptmerkmale waren Stagnierung, Klientelismus, politische und ökonomische Korruption und Vetternwirtschaft gepaart mit Reformunfähigkeit und -unwilligkeit sowie Populismus. Also war gegenseitige Kritik der Präsidenten Kuchma und Krawchuk in Wahrheit die Kritik an derselben „Partei der Macht“, die zum Teil durch die „Unabhängigen“ und zum Teil durch die Demokratische Volkspartei (Народно-демократическая партия (НДП)) sowie „Neue Ukraine“ repräsentiert wurde.¹⁰⁷² Nach seiner Wahl zum Präsidenten baute Kuchma die „Partei der Macht“ systematisch aus und unterstützte dabei deutlich den Kurs der Annäherung zur GUS und gute Beziehungen zu Russland. Gleichzeitig versuchte er auch die Beziehungen zum Westen zu verbessern, was später eine „multivektorale Außenpolitik“ genannt wurde. Letztlich wurden aber sowohl die Vernachlässigung grundlegender ökonomischer Reformen sowie

¹⁰⁶⁸ Ebd. S. 186-187.

¹⁰⁶⁹ Ebd.

¹⁰⁷⁰ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 36-37.

¹⁰⁷¹ Simon, Gerhard (2008): Die politische Krise in der Ukraine. Ukraine-Analysen 49. 2-6, S. 6.

¹⁰⁷² Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 32-34.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

der Verbleib der alten Eliten und deren Gepflogenheiten für die „Partei der Macht“ zum Verhängnis, was schließlich Leonid Kuchma die Basis im Südosten des Landes kostete.

Was die nationale Frage anging, wusste Leonid Kuchma bereits bei seiner Wahl zum Präsidenten um ihre Wirkung auf seine damalige Anhängerschaft bzw. um ihre Spaltungskraft in Bezug auf die gesamte ukrainische Bevölkerung. Obwohl er anfangs auf die Erhebung des Russischen zum Status der „offiziellen“ Sprache pochte, welche seiner Auffassung nach den Status des Ukrainischen als Staatssprache nicht anfechten würde, ließ er spätestens bei der Erarbeitung der Verfassung davon ab.¹⁰⁷³ In der Tat schlich sich in den Folgejahren der Präsidentschaft Kuchmas ein gewisser Grad der Ukrainisierung der Eliten ein – inklusive des Präsidenten selbst, der als russischsprachiger Ukrainer aus Dnipropetrowsk angefangen hat Ukrainisch zu lernen und seine Reden auf Ukrainisch zu halten – was anfangs nicht der Fall war.¹⁰⁷⁴ Generell haben die ehemaligen „Nomenklaturchiks“, die sich aktiv in die Idee des ukrainischen Nationsprojektes der westukrainischen Intelligenzschichten eingenistet haben, munter ihre eigene Ukrainisierung fortgeführt.¹⁰⁷⁵ Die „ukrainisierenden“ Töne schlugen sich im Folgenden in der Wortwahl einiger Parlamentarier nieder: Im September 1994 hat Mykhaylo Kosiv, der Vorsitzende des Komitees für Kulturelle Angelegenheiten als Antwort auf die Forderung Kuchmas nach Russisch als „offizielle“ Sprache, beteuert, dass die Ukraine das Land der Ukrainer ist. Die hier lebenden Russen seien demnach nicht als Ukrainer, sondern explizit als Russen zu betrachten.¹⁰⁷⁶ Solche Meinungen häuften sich zum Teil – und verursachten eine Radikalisierung der national-ethnischen Stimmung, in der Anfang der 1990er Jahre eigentlich keine Radikalisierung zu verzeichnen war. Denn die richtige Antwort auf die Rolle der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine – was prinzipiell von der repräsentativen Seite gewährleistet wurde – war diese als Teil der ukrainischen Nation zu verstehen. Jeder Versuch der Teilung auf national-ethnischer oder sprachlicher Basis wurde im Südosten sofort als Angriff des nationalen Selbstverständnisses dieses Teils der ukrainischen Bevölkerung wahrgenommen. Die „Ukrainisierung“ Kuchmas haben die Wähler im Südosten als Affront gegen ihre Russischsprachigkeit verstanden, was sich bei den Präsidentschaftswahlen 1999 niederschlug, als sich der Osten gegen Kuchma stellte.

5.3.5 Fazit: „Nationale Frage“ und Gratwanderung zwischen Nation und Staat während der Demokratisierungsphase

Die Besonderheit der ukrainischen Transformation war von Anfang an die Abhängigkeit der neuen Eliten von vielen Faktoren und Akteuren und nicht nur der „eigenen“ Wählerstimmen. Während in den baltischen Staaten die neuen Kräfte unter der Anführung der Volksfronten sich bereits von Anfang auf die Unterstützung der neuen Titelnationen verlassen konnten, im Übrigen auch aufgrund der relative Apathie der

¹⁰⁷³ Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 187-188.

¹⁰⁷⁴ Ebd. S. 188.

¹⁰⁷⁵ Ebd. S. 182; 187-188.

¹⁰⁷⁶ Ebd. S. 179.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Russen, war dieser Weg in der Ukraine weniger eindeutig. Dies lag hauptsächlich an der gemischten Identität der gesamtukrainischen Bevölkerung, wo eine ethnisch-national geprägte Transformation und der Aufbau eines national-ukrainisch begründeten Staates für Missstimmung gesorgt hätte. Aus dem Grund mussten sich die neuen Anführer – allen voran die „erneuerte“ KPU und die neuen Präsidenten Krawchuk und Kuchma – auf möglichst viele Faktoren stützen. Hierdurch ging aber ein großes Stück Handlungsfreiheit und Entschlossenheit verloren, da viele Interessen auf einmal befriedigt werden mussten, um überhaupt einen unabhängigen Staat aufbauen zu können.

Nationale Einheit und ethnisch-nationale Stabilität standen dabei über den grundlegenden ökonomischen Reformen. Demokratische Erfolge blieben anfangs ebenfalls auf der Strecke, weil die alte Elite mit den vorhandenen Netzwerken mehrheitlich die Macht behielt, was den Zugang neuer politischer Kräfte erschwerte.¹⁰⁷⁷ Hinzu kam die nationalisierende Rhetorik der Opposition, welche vom russischsprachigen Teil des Landes nicht angenommen wurde – daher die breite Unterstützung der „reformierten“ KPU bzw. später der „Partei der Macht“. Unter der Prämisse der innerstaatlichen Einheit und Stabilität zeigte die Dynamik des Systemwechsels in der Ukraine somit einen fließenden Übergang von den alten zu den neuen Eliten. Tatsächlich wäre ein erfolgreicher Übergang von der sowjetischen Diktatur zu einer – zumindest im Ansatz – Demokratie ohne die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit im Lande nicht möglich gewesen. Doch weshalb funktionierte in Estland der Aufbau einer Demokratie unter national-exklusiven *policy* und in der Ukraine nicht? Dieser Frage geben folgende Faktoren von Taras Kuzio zu bedenken: Der Systemwechsel wurde in beiden Ländern zwischen alten und neuen Eliten ausgehandelt, doch im Vordergrund des ukrainischen Falls stand die innerstaatliche Stabilität, was die ethnisch-nationale Frage beinhaltete. Ökonomische Reformen wurden in der Ukraine erst später durch den zweiten Präsidenten Leonid Kuchma auf die Tagesordnung gerufen. Wären ökonomische Reformen bereits durch Leonid Krawchuk eingeleitet worden, hätten die sogenannten „Roten Direktoren“ der großen ukrainischen Betriebe zusammen mit den Vertretern der „alten“ Systemeliten den Präsidenten zum Fall gebracht, so Taras Kuzio. Krawchuk musste sich auf die Unterstützung der Wirtschaftselite berufen, weshalb er Reformen auch hinausshob.¹⁰⁷⁸ Die Opposition der nationalen und demokratischen Kräfte unter Ruch konnte auch keine ernsthafte Gefährdung der „alten“ Systemeliten darstellen, hauptsächlich weil ihnen dazu die Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung fehlte, daher musste sie sich mit den alten Eliten einigen. Der zweite Präsident Kuchma konnte sich dagegen auf die Kraft seiner „Partei der Macht“ verlassen nebst der Unterstützung der Mehrheit der russischsprachigen Regionen – wobei ihm auch seine eigene Vergangenheit als Funktionär der alten Wirtschaftselite in die Hände spielte. In Estland konnten alte Systemeliten dagegen durch rasche ökonomische Modernisierung ausgeschaltet werden.

An diese Ausführungen knüpfen die Faktoren von Paul D’Anieri, der die politische Stärke der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine zu erklären versucht: Seiner Auffassung entsprechend war die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine geo-

¹⁰⁷⁷ Kuzio, Taras (1998). Ukraine: state and nation building. S. 21.

¹⁰⁷⁸ Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 23-26.

5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

graphisch zu stark konzentriert, so dass die Gefahr einer Sezession Anfang der 1990er Jahre im Falle einer stark nationalisierten Politik zu groß gewesen wäre.¹⁰⁷⁹ Angesichts dieser Machtposition, so D'Anieri, mussten sich der schwache ukrainische Staat bzw. seine national-konservativen Kräfte dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung fügen. Mehr sogar, seine Position wurde durch eine aktive Kanalisierung bzw. Vertretung in der Politik gestärkt.¹⁰⁸⁰ So gesehen wäre der „baltische“ Weg für die Ukraine nicht gangbar gewesen – zu groß war die Gefahr einer innerstaatlichen, ethnisch-national bedingten Auseinandersetzung, die unter anderem durch die bereits vorhandene politische Vertretung der russischsprachigen Bevölkerung gegeben war.

5.3.6 Die ersten zwei Phasen des Systemwechsels und die Indikatoren der Integration in der Ukraine

Der Übergang vom autoritären System fand in der Ukraine durch die Abhaltung der ersten halbfreien Wahlen im Laufe des Monats März im Jahr 1990 statt. Dabei erzielte die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) die überwiegende Mehrheit der Sitze. Die oppositionelle Ruch – das ukrainische Pendant der baltischen Volksfronten – bekam 26% der Sitze in der ersten halbfreien Werhowna Rada. Dieses Gremium verabschiedete am 24. August 1991 die ukrainische Unabhängigkeitserklärung, die am 1. Dezember 1991 durch ein Referendum zur Unabhängigkeit mit einer Zustimmung von 90% bei einer Wahlbeteiligung von 84% bestätigt wurde. Schätzungsweise stimmte etwa die Hälfte der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine für ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Am 1. Dezember 1991 wurden erste Präsidentschaftswahlen abgehalten, bei den Leonid Krawchuk per Direktwahl zum Präsidenten gewählt wurde. Seine Zugehörigkeit zur KPU hinderte ihn nicht daran, die Mehrheit der Wählerstimmen in der Westukraine zu bekommen und damit die Wahl für sich zu entscheiden. Obwohl der institutionelle Aufbau noch keine Verfassung hervorgebracht hatte, fanden im März und April des Jahres 1994 erste freie Parlamentswahlen statt. Wenig später, am 10. Juli 1994, wurde Leonid Kuchma per Direktwahl zum Präsidenten gewählt. Obwohl auch er Mitglied der KPU war, erhielt er, anders als sein Vorgänger, die Mehrheit seiner Wählerstimmen in der Ostukraine. Damit zeigte sich die Konzentration der Wählerinteressen auf Personen und wenige Sachthemen bzw. die allgemeine Orientierung der Kandidaten, was später zur Herausbildung der „Partei der acht“ führte. Der Staatsaufbau wurde sowohl seitens der KPU und der Opposition unter Ruch als auch seitens der Präsidentschaftskandidaten auf innerstaatliche Einigkeit und wenig ethnisch-national begründete Radikalisierung bezogen. Damit einher ging auch die Verabschiedung des inklusiven Gesetzes zur Staatsbürgerschaft am 13. Oktober 1991, mit dem alle Bewohner die ukrainische Staatsbürgerschaft erlangen konnten. Die repräsentative Position der russischsprachigen Bevölkerung blieb damit unverändert bzw. stark. Die Institutionalisierung wurde erst

¹⁰⁷⁹ D'Anieri, Paul (2009): *Ethnic Tensions and State Strategies: Understanding the Survival of the Ukrainian State*. in: Kuzio, Taras (Hrsg): *Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution*. (Bd. 23,1: special issue). Abingdon: Routledge, Taylor & Francis. 5-30, S. 13-14.

¹⁰⁸⁰ D'Anieri, Paul (2009): *Ethnic Tensions and State Strategies: Understanding the Survival of the Ukrainian State*. S. 15.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

am 28. Juni 1996 mit der Verabschiedung der Verfassung durch die Werhowna Rada abgeschlossen.

Die Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen die Kontinuität der assimilierten bzw. mehrfachintegrierten Position der russischsprachigen Bevölkerung in beinahe allen Dimensionen. Politisch blieb der Zugang zu Wahlen und politischen Ämtern bestehen, auch die Grundrechte waren stets garantiert. Sprachkenntnisse der ukrainischen Sprache wurden wichtiger, je weiter sich die Ukraine weg vom Sowjetsystem bewegte. Doch auch hier stellte Russischsprachigkeit der Kandidaten, beispielsweise für das Präsidentsamt, wenige Schwierigkeiten – man betrachte Leonid Kuchma – und zementierte so die fortwährende Bedeutung der russischen Sprache in der Ukraine. Die „teilweise“ Segmentierung in der sozialen Dimension war bereits vor dem Systemübergang vorhanden und blieb bestehen. Ähnlich verhält es sich mit russisch- und ukrainischsprachigen Schulen (wird später näher erläutert) und dem Zugang zum Arbeitsmarkt in der strukturellen Dimension. Eine „umgekehrte“ Assimilierung seitens der Titularnation war in allen Dimensionen zu beobachten, wobei diese im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung kontinuierlich zugunsten eines ukrainischen Nationalbewusstseins abnahm. Die integrative Position der russischsprachigen Bevölkerung in den ersten zwei Phasen des Systemwechsels ist als stark assimiliert bzw. mehrfachintegriert zu bezeichnen.

5.4 Rechtliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine

5.4.1 Gesetz zur Staatsbürgerschaft – Inklusion als politisches Ziel

Der inklusive Charakter des neuen ukrainischen Staates wurde durch das Gesetz zur Staatsbürgerschaft am 13. Oktober 1991 untermauert. Dieses Gesetz ermöglichte jedem sowjetischen Staatsbürger, der zum Zeitpunkt des 24. August 1991 im Land wohnhaft war, die ukrainische Staatsbürgerschaft.¹⁰⁸¹ Das ukrainische Gesetz galt als außerordentlich liberal, was hauptsächlich mit den Anforderungen an die Sprachkenntnisse des Ukrainischen zusammenhängt. Diese waren mit „ausreichend für Kommunikation“ für die überwiegende Mehrheit der Antragsteller zumutbar, denn selbst russischsprachige Bewohner, die im Alltag wenig Ukrainisch verwendeten, konnten eine solche Anforderung erfüllen. Das Gesetz stellte auch keine sonstigen Restriktionen bezüglich sozialer, ethnischer, politischer, linguistischer, sexueller oder Rassenzugehörigkeit, was weitaus liberaler als die Staatsbürgerschaftsgesetze vieler anderen Staaten war.¹⁰⁸² Im Vergleich zu Estland und Lettland stellte die Ukraine also kein ethnisch oder national exklusives System auf, obwohl das Gesetz dennoch einen Primat des Ukrainischen beabsichtigte.

¹⁰⁸¹ Das Gesetz wurde im Jahr 2001 neu verabschiedet, wodurch sich die zentralen Bestimmungen allerdings nicht änderten: ЗАКОН УКРАЇНИ Про громадянство України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 2001, N 13, с.65) vgl. auch: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 93; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 343.

¹⁰⁸² Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 16.

5.4 Rechtliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine

Mit der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft wurde seitens der ukrainischen Führung eine Reihe von Zielen verfolgt. Erstens sollte durch die Akzeptanz aller ethnisch-nationalen Gruppen eine gemeinsame Identität dem unabhängigen Ukrainischen Staat gegenüber erzeugt werden. Zweitens sollte keiner aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Drittens sollte vermieden werden, dass die Loyalität der russischsprachigen bzw. von Russen besiedelten Regionen sich in Richtung Russland wendet.¹⁰⁸³ Letztlich sollte mit der Gesetzgebung den kritischen Stimmen aus dem In- und Ausland (vorwiegend aus Russland), die von einer massiven Ukrainisierung bzw. von der Verdrängung der russischsprachigen Bevölkerung auf Grundlage nationalistischer Parolen gesprochen haben, begegnet werden.¹⁰⁸⁴ Unter anderem sollte damit die Annahme der russischen statt der ukrainischen Staatsbürgerschaft vermieden werden.¹⁰⁸⁵ Die Ziele bezogen sich somit auf die im Land lebenden Russen bzw. an die russischsprachige Bevölkerung, die damit von der Sowjet-Mentalität entfernt werden sollte. Dafür mussten wiederum möglichst wenige Hürden aufgestellt werden, damit sich diese Bevölkerungsgruppe mit der Ukraine als Heimat identifizierte. Restriktionen in Form von Sprachregelungen oder Ähnlichem hätten die Loyalität von Anfang an untergraben, was mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu gesellschaftlichen Konflikten geführt hätte. Dies entspricht der politischen Linie des ersten halbfreien Parlaments und der Führung unter Leonid Krawchuk. Ein Ausschluss der Russen oder der russischsprachigen Ukrainer hätte eine massenhafte Annahme der russischen Staatsbürgerschaft mit sich ziehen können – was in Estland hingenommen wurde. Eine große Anzahl der russischsprachigen Staatsbürger hätte in der Ukraine wiederum, unter Berücksichtigung der politischen Nähe zu Russland, zu einem bedeutenden Problem der Staatsloyalität werden können.

5.4.2 Die Gesetzgebung zur Sprache

Das Gesetz zur Sprache aus dem Jahr 1989 definierte Ukrainisch als einzige Staatssprache, räumte Minderheitensprachen und insbesondere Russisch eine besondere Stellung als Nationalsprache ein. Demnach konnte Russisch weiter als Kommunikationssprache verwendet werden, ebenso wurde die offizielle Dokumentation auf beiden Sprachen vorgeschrieben. Die Bildung sollte ebenso in der Minderheitensprache möglich sein, wobei sowohl Ukrainisch als auch Russisch in allen staatlichen Schulen als Pflichtfach galten.¹⁰⁸⁶ Das Gesetz räumte jedem Bürger das Recht ein, in Ämtern und sonstigen öffentlichen Einrichtungen auf die Nationalsprache zurückgreifen zu können, was somit die Nutzung des Russischen im Alltag so gut wie gar nicht beeinträchtigte.¹⁰⁸⁷ Am 1. November 1991 verabschiedete die Rada die „Deklaration der Rechte der Nationalitäten der Ukraine“, die den Gebrauch der russischen Sprache ausdrücklich erlaubte. Ebenfalls waren Russen durch das im Jahr 1992 verabschiedete Minderheitenschutzgesetz sowie

¹⁰⁸³ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 92-93.

¹⁰⁸⁴ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 208.

¹⁰⁸⁵ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 92-93.

¹⁰⁸⁶ Закон української радянської соціалістичної республіки. Про мови в Українській РСР (Відомості Верховної Ради УРСР (ВВР), 1989, Додаток до N 45, ст.631).

¹⁰⁸⁷ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 209.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

durch die Verfassung von 1996 geschützt, die ihre Sprache als Minderheitensprache schützte.¹⁰⁸⁸

Die gesetzliche Stellung der russischen Sprache hat in der Ukraine für kontinuierliche Diskussionen und politische Auseinandersetzungen gesorgt. Linke Parteien bzw. Repräsentanten in den russischsprachigen Regionen haben traditionell die Aufwertung des Status des Russischen immer wieder in ihren politischen Programmen aufgenommen. Dagegen haben die national-konservativen Kräfte mit der Anhängerschaft im Westen des Landes immer wieder für ein verschärftes Sprachregime in der Ukraine geworben. Tatsächlich stellen die gesetzlichen Regelungen zur Sprache einen größeren Zankapfel der ukrainischen Gesellschaft dar als die Staatsbürgerschaft – man könnte in diesem Fall von einem „Primat der Sprache“ sprechen. Während im Baltikum die Sprache im Zuge der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft gewissermaßen als Ausschlusskriterium instrumentalisiert wurde, wurde in der Ukraine ein solcher Weg nicht eingeschlagen. Einerseits hätte die Sprache hier wahrscheinlich nicht den exklusiven Effekt gehabt – doch gerade aufgrund der engen Verwandtschaft wurde die Gesetzgebung zur Sprache immer wieder zum Politikum.

Im Sommer 2012 wurde unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs das Gesetz zu den „Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik“ verabschiedet.¹⁰⁸⁹ Dieses Gesetz ist im Folgenden als das Gesetz zu den „regionalen Sprachen“ in die Geschichte eingegangen, denn es garantierte Gebietskörperschaften (Oblast, Stadt etc. ebenso wie die Autonome Republik Krim) mit mehr als 10% anderssprachiger Bevölkerung das Recht, die jeweilige Sprache als offizielle regionale Sprache einzuführen.¹⁰⁹⁰ Entsprechend haben zwölf Oblaste des Südostens (inklusive der Stadt Sewastopol) sowie die Hauptstadt Kiew Russisch als zweite offizielle Sprache eingeführt, zusätzlich Krimtatarisch auf der Krim sowie Ungarisch in Transkarpatien und Rumänisch in der Oblast Tscherniwzi. Die Verabschiedung des Gesetzes war von Protesten der westlichen ukrainischen Regionen begleitet, welche dennoch zur Zeit der Verabschiedung keine Folgen mit sich zogen. Erst im Zuge der Krise des Jahres 2014 wurde die Abschaffung des Gesetzes in die Werhowna Rada eingebracht und mit einer Mehrheit von 232 Stimmen verabschiedet.¹⁰⁹¹ Jedoch wurde das Gesetz aufgrund des Vetos des stellvertretenden Präsidenten Oleksandr Turtschinow nicht gekippt.¹⁰⁹² Die Entscheidung über die Abschaffung des Gesetzes gilt als einer der wichtigsten Faktoren, welche für die Eskalation der politischen Lage im Südosten der Ukraine verantwortlich waren. Denn obwohl das Gesetz in Kraft blieb, wurde der Akt der Abschaffung seitens der betroffenen russischsprachigen Regionen als Affront der „anderen“ – ukrainischen – Seite wahrgenommen. Dies zeigt, wie die symbolische Wirkung der Sprache in der Ukraine zu einem handfesten politischen

¹⁰⁸⁸ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 270-271.

¹⁰⁸⁹ ЗАКОН УКРАЇНИ Про засади державної мовної політики (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2013, № 23, ст.218).

¹⁰⁹⁰ ЗАКОН УКРАЇНИ Про засади державної мовної політики (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2013, № 23, ст.218) Розділ I (Стаття 5.; Стаття 7.).

¹⁰⁹¹ Верховна Рада України: Поіменне голосування про проект Закону про визнання таким, що втратив чинність, Закону України "Про засади державної мовної політики" (№1190) - за основу та в цілому. http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan_gs09/ns_arh_golos?g_id=389507&n_skl=7 (Abgerufen am 03.05.2014).

¹⁰⁹² Украинская правда: „Турчинов ветеу рішення ВР про скасування закону про мови“ 28.02.2014. <http://www.pravda.com.ua/news/2014/02/28/7016703/> (Abgerufen am 03.05.2014).

5.4 Rechtliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine

Konflikt führen konnte, wenn es um die Gesetzgebung und den offiziellen Status der Sprache ging. Taras Kuzio führte 2009 an, dass die fortwährenden Zugeständnisse des ukrainischen Staates gegenüber den russischsprachigen Regionen im Grunde für den Zusammenhalt des Landes notwendig waren – in der Tat ging der Zusammenhalt verloren, sobald die Rechte auf die Sprache den russischsprachigen Regionen per Gesetz abgesprochen wurden.¹⁰⁹³

5.4.3 Die ukrainische Verfassung

Die Verabschiedung der Verfassung erfolgte erst am 28. Juni 1996, womit die Ukraine als letzter Staat des postsowjetischen Blocks sich von der alten sowjetischen Verfassung trennte.¹⁰⁹⁴ Die neue Verfassung stellte einen machtpolitischen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren dar, wobei sich Präsident Leonid Kuchma und die Werchowna Rada gegenüberstanden.¹⁰⁹⁵

Im Grunde hat Kuchma im Jahr 1995 angedroht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen einzuberufen, wenn die Verfassung nicht zustande kommen würde. Somit kam die Verfassung als Kompromiss unter dem Diktat des Präsidenten unter enormem Zeitdruck zustande. Die letztlich getroffene Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien gab dem Präsidenten umfassendes Recht, zum Beispiel den Premierminister (mit Zustimmung des Parlaments) abzulösen bzw. eigene Institutionen zu schaffen bzw. per Dekret zu regieren. Ebenso konnte der Präsident in bestimmten Fällen das Parlament auflösen sowie gesamtukrainische Referenden einberufen.¹⁰⁹⁶ Das Parlament, welches auf vier Jahre gewählt wurde, konnte die legislative Tätigkeit ausüben, welche es aber mit dem Präsidenten in Fällen von Dekreten teilte, ebenso wie den Premierminister bestätigen, Minister vorschlagen und dem Kabinett das Misstrauen aussprechen.¹⁰⁹⁷ Durch die gewisse Abhängigkeit vom Präsidenten und dem Parlament kam dem Premierminister verfassungsrechtlich eine eher schwache Rolle zu – die Tätigkeit als „oberstes Organ der vollziehenden Gewalt“ – war zudem schlecht beschrieben, so dass die genauen Zuständigkeiten unklar blieben.¹⁰⁹⁸ Durch diese verfassungsrechtliche Stellung sicherte sich der Präsident eine außerordentlich starke Stellung im politischen System der Ukraine – nach Auffassung von Matthew Shugart und John Carey war dies ein klarer Fall eines präsidentiell-parlamentarischen Systems.¹⁰⁹⁹

Wichtige Klausel in Bezug auf die regionale Verteilung der Bevölkerung war der Grundsatz der Zentralstaatlichkeit, welcher mit der Unantastbarkeit der Grenzen ein-

¹⁰⁹³ Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 18.

¹⁰⁹⁴ КОНСТИТУЦІЯ УКРАЇНИ (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, № 30, ст. 141).

¹⁰⁹⁵ Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 340-344.

¹⁰⁹⁶ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 105-107.

¹⁰⁹⁷ Ebd.

¹⁰⁹⁸ Ebd. S. 108.

¹⁰⁹⁹ Vgl. hierzu: Shugart, Matthew Soberg/Carey, John M. (1992): Presidents and assemblies: constitutional design and electoral dynamics. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.; auch zitiert in: Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 108-109.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

herging.¹¹⁰⁰ Ebenso beinhaltete die Verfassung ein separates Kapitel über die Krim und deren Zugehörigkeit zum ukrainischen Staatsgebiet.¹¹⁰¹ Die Verfassung garantierte alle Rechte und Freiheiten und beinhaltete eine Klausel zur Gleichheit der Staatsbürger und deren Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat, ohne Unterscheidung von Herkunft, Rasse, Konfession (o.ä.). Ukrainisch wurde als einzige Staatssprache definiert, doch die explizite Nutzung, Schutz und Entwicklung anderer Sprachen, darunter Russisch, wurde mit der Verfassung zugelassen.¹¹⁰²

Im Laufe der Jahre gab es einige Versuche, die Verfassung zu ändern, unter anderem von Leonid Kuchma, Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch. Bisweilen sorgten diese Reformen für Unmut in der Bevölkerung, als in einigen Fällen die präsidentiellen Kompetenzen (2003 und 2004) verringert wurden und diese Änderungen dann wieder rückgängig gemacht wurden (2010).¹¹⁰³ Die Stärkung des Parlaments durch die Verfassung aus dem Jahr 2004 stieß allerdings auf die inneren Konflikte zwischen dem Präsidenten Juschtschenko und der Premierministerin Julia Timoschenko, welche die gesamte Arbeit der Regierung lähmten. Im Jahr 2010 hat Wiktor Janukowitsch nach seiner Wahl zum Präsidenten mittels Heranziehung des Ukrainischen Verfassungsgerichtes eine Annullierung der Verfassungsreform von 2004 bewirkt, was im Grunde erneut das stark präsidentielle System der ersten Verfassung von 1996 wieder herstellte.¹¹⁰⁴ Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklungen kam es im Jahr 2014 zu Protesten – Wiktor Janukowitsch hatte seine Kompetenzen so weit ausgedehnt, dass sich ein Teil der Bevölkerung in ihren Rechten beschnitten sah. Die Majdan-Proteste richteten sich deswegen unter anderem gegen die Abschaffung der Verfassungsreform des Jahres 2004, welche nach der Amtsenthebung Janukowitschs Anfang 2014 auch wieder in Kraft trat.¹¹⁰⁵

5.4.4 Fazit: Gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

Die ukrainische Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft sowie die Verfassung, aber auch die Gesetzgebung zur Sprache können allgemein als inklusiv bezeichnet werden. Weder wurden Klauseln eingebaut, welche es erlaubt hätten, die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung im „baltischen“ Stil von der Staatsbürgerschaft auszuschließen, noch hatte die Verfassung Unterscheidungen bezüglich angeborener oder erworbener Staatsbürgerschaft inne. Damit hatten sich die Gesetzgeber nicht nur ein inklusives Modell der Nation zu Herzen genommen. In der Tat waren die Loyalität und die Akzep-

¹¹⁰⁰ Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 219.

¹¹⁰¹ Конституція України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, № 30, ст. 141),

¹¹⁰² Конституція України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, № 30, ст. 141) Розділ I; Розділ II.

¹¹⁰³ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 132-133.

¹¹⁰⁴ Luchterhandt, Otto (2010): Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte. Ukraine-Analysen 80. 2-6, S. 5-6.

¹¹⁰⁵ Andreas Umland: „Planänderung in der Ukraine: Absage der Präsidentschaftswahlen, Wechsel zum parlamentarischen System, Errichtung einer Konsensdemokratie“ ukraine-nachrichten.de 02.05.2014 http://ukraine-nachrichten.de/plan%C3%A4nderung-ukraine-absage-pr%C3%A4sidentschaftswahlen-wechsel-parlamentarischen-system-errichtung-einer-konsensdemokratie_3996 (Abgerufen am 04.05.2014).

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

tanz der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine seitens der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung wichtigen Motivatoren für diese Art der rechtlichen Inklusion. Jegliche exklusive *policy* der Staatsbürgerschaft hätte in einer Protestwelle geendet und womöglich auch eine Reaktion von Seite Russlands provoziert. Im Vergleich zum Baltikum kommt hier womöglich tatsächlich die zahlenmäßige Stärke der russischsprachigen Bevölkerung zur Geltung, aber auch ihre ununterbrochene Mitwirkung im Gesetzgebungsprozess. Allein die Normenbildung zur Sprache sorgte für Kontroversen, obwohl Russisch im Gesetz gesondert aufgeführt war und auch einen quasi-Sonderstatus in der ukrainischen Verwaltung hatte. Insofern kann zusammengefasst werden, dass die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine auf keiner gesetzlichen Ebene im neuen unabhängigen ukrainischen Staat benachteiligt wurde.

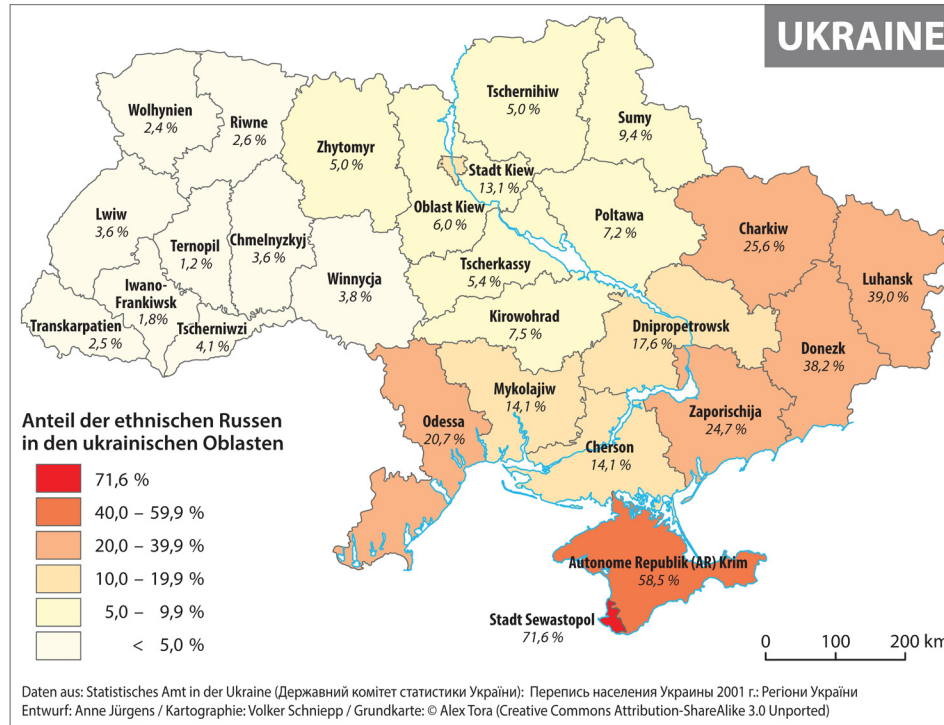
5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

5.5.1 Regionale Teilung der Ukraine

In der Literatur, Forschung und dem allgemeinen Diskurs ist es üblich, die Ukraine in vier grobe Regionen aufzuteilen – Westen, Zentrum, Osten und Süden, wobei die Halbinsel Krim öfter als ein Sonderfall unabhängig vom Süden betrachtet wird. Die Aufteilung der Oblaste erfolgt grob nach dem folgenden Schema: Die Großregion „Westen“ umfasst die Oblaste Chmelnyzkyj, Iwano-Frankiwsk, Lwiw, Riwne, Ternopil, Transkarpatien, Tscherniwzi, Wolhynien. Die Großregion „Zentrum“ umfasst die Oblaste Kiew, Kirowohrad, Poltawa, Tscherkassy, Tschernihiw, Zhytomyr, Winnycja. Die Großregion „Osten“ umfasst die Oblaste Charkiw, Dnipropetrowsk, Donezk, Luhansk, Sumy (wobei diese Oblast auch zum Zentrum gezählt werden kann), Zaporischija. Die Großregion „Süden“ umfasst schließlich die Oblaste Cherson, Mykolajiw und Odessa. Hinzu kommt die Autonome Republik (AR) Krim mit der Stadt Sewastopol sowie die separat gezählte Hauptstadt Kiew.¹¹⁰⁶

¹¹⁰⁶ Vgl. hierzu: Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. Kollektive Erinnerung und politische Zukunftsorientierung der Bevölkerung. in: Jordan, Peter (Hrsg.): Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht. 709-740, S. 739-740.

Karte 2. Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den ukrainischen Oblasten.¹¹⁰⁷



¹¹⁰⁷ Daten aus: Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.: Регионы Украины. Entwurf: Anne Jürgens / Kartographie: Volker Schniepp / Grundkarte: © Alex Tora (Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported).

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Die Differenzen in den ukrainischen Regionen liegen bereits in ihrer sehr unterschiedlichen Geschichte und vor allem ihrer heterogenen Auslieferung den Nachbarn aus dem Osten und Westen begründet. Die Gebiete der westlichen Ukraine mit Galizien gehörten beinahe 400 Jahre zu Polen-Litauen, danach 150 Jahre zu Österreich und noch zwei Jahrzehnte zu Polen, so dass ihre Geschichte als Bestandteil des russischen Einflussgebietes erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann. Nicht zuletzt deshalb wurde diese Region über die Jahrzehnte der Sowjetherrschaft zum Epizentrum der ukrainischen nationalen Bewegung als Gegenbewegung zur pro-russischen Linie. Das heutige Zentrum der Ukraine auf dem rechten Dnepr-Ufer hatte im 14. und 15. Jahrhundert zu Polen-Litauen gehört, kam aber nach den Teilungen Polens zu Russland und war Teil der 1920 errichteten Ukrainischen SSR. Polen-Litauen besaß auch die linksufrigen Gebiete des Dnepr, doch diese waren bereits nach 1654 Teil von Russland und damit auch Kiew, den Russland auch bis heute als Wiege ihrer Kultur sieht. Interessanterweise gehörten die südlichen Steppengebiete lange Zeit keiner Großmacht und waren Land der Kosaken und anderer kleiner ethnischen Gemeinden, bis Russen, Ukrainer und Tataren sie im später 18. Jahrhundert besiedelten.¹¹⁰⁸ Danach waren diese Gebiete stets Einflüssen aus Russland ausgesetzt. Der Osten mit dem Donbass-Becken ist die Region, welche am längsten unter der Herrschaft Russlands war und nicht zuletzt aufgrund der Grenzlage zu Russland auch bis heute stark russifiziert ist.¹¹⁰⁹ Die Geschichte der Krim beinhaltet die Herrschaft der Osmanen und später Russlands und schließlich der Sowjetunion, seit 1954 als Teil des ukrainischen Staatsgebietes. Die zwei zuletzt genannten Regionen bilden die Ballungsräume der „russischsprachigen“ Ukraine, wozu zusätzlich noch die südliche Ukraine zählt. Die Unterscheidung in „links- und rechtsufrige“ Ukraine auf Grundlage des Dnepr-Laufes ist im ukrainischen bzw. dem russischen Sprachgebrauch im Übrigen geläufiger als die Unterscheidung zwischen der Ost- und Westukraine der westlichen Fachliteratur.¹¹¹⁰ Mit der so definierten „rechtsufrigen“ Ukraine werden Gebiete westlich des Dnepr (also Teile der oben definierten Zentral- und Westukraine) und mit der „linksufrigen“ Ukraine die Gebiete östlich des Dnepr (also entsprechend der Ost- und Südukraine) bezeichnet. Geographisch sind die Gebiete zwar nicht genau deckungsgleich, wohl aber hinsichtlich der sprachlichen, kulturellen und innenpolitischen Differenzierung.

Die Sprache und die ethnisch-nationale Zugehörigkeit, neben der Religion, zählen zu den wichtigsten Faktoren, aufgrund derer sich die Regionen der Ukraine unterscheiden. Insgesamt leben heute etwa 8 Millionen ethnische Russen in der Ukraine. Etwa 80% und somit die überwiegende Mehrheit lebt in den Großregionen Osten und Südosten, vor allem in den Oblasten Donezk, Luhansk und Dnipropetrowsk sowie in der AR (Autonome Republik) Krim.¹¹¹¹ Im Osten beträgt der Anteil der ethnischen Russen an der Bevölkerung zwischen 20% und 40% und im Süden zwischen 15% und 30%. Auf der Krim stellen ethnische Russen mit etwa 60% der Bevölkerung die Mehrheit.¹¹¹² Wie im Kapitel „Die

¹¹⁰⁸ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 306-308.

¹¹⁰⁹ Vgl. hierzu: Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. Kollektive Erinnerung und politische Zukunftsorientierung der Bevölkerung. S. 739-740.

¹¹¹⁰ „Малий словник історії України“ 1997; Kiew „Либідь“. S. 236; 323.

¹¹¹¹ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 302.

¹¹¹² Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. in: Ders. (Hrsg.): Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main [u.a.]: Lang. 55-108, S. 75-77.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Rolle der Sprache“ näher beschrieben wird, ist die Russischsprachigkeit im Alltag im Osten und Süden der Ukraine allerdings weiter verbreitet, was bedeutet, dass auch die hier lebenden ethnischen Ukrainer sich überwiegend des Russischen als Kommunikationssprache bedienen. In den Oblasten Donezk und Luhansk sowie auf der Krim wird Russisch von mehr als 50% der Bevölkerung als erste Kommunikationssprache verwendet, im Südosten erreicht die Nutzung des Russischen etwa 30% bis 40% der gesamten Bevölkerung.¹¹¹³ Aus diesen Gründen kann der Osten und Süden der Ukraine auch als die „russischsprachige“ Ukraine bezeichnet werden (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6. Russisch als Muttersprache in den ukrainischen Oblasten in % der Angaben in der jeweiligen ethnischen Gruppe¹¹¹⁴

Oblast/Region	Ethnische Russen	Ethnische Ukrainer
<u>Ost</u>		
Charkiw	95,6%	25,8%
Dnipropetrowsk	93,7%	17,4%
Donezk	98,6%	58,7%
Luhansk	98,2%	49,4%
Zaporischija	95,3%	30,9%
<u>Süd</u>		
Cherson	91,6%	13,0%
Mykolajiw	93,7%	17,5%
Odessa	97,0%	28,2%
AR Krim	99,7%	59,5%
Stadt Sewastopol	99,7%	70,1%
<u>Zentrum</u>		
Oblast Kiew	87,6%	1,5%
Kirowohrad	87,3%	3,3%
Poltawa	87,8%	2,9%
Tscherkassy	88,0%	1,6%
Tschernihiw	88,8%	5,6%
Zhytomyr	81,3%	2,2%
Winnycja	86,2%	1,2%
Sumy	89,6%	7,6%
<u>West</u>		
Chmelnyzkyj	84,0%	0,9%
Iwano-Frankiwsk	86,0%	0,2%
Lwiw	87,8%	0,4%
Riwne	83,2%	0,4%
Ternopil	80,3%	0,1%
Transkarpatien	91,6%	0,5%
Tscherniwzi	91,5%	1,3%
Wolhynien	85,6%	0,3%
Stadt Kiew	92,0%	14,2%

¹¹¹³ Ebd. S. 75-77; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 271.

¹¹¹⁴ Daten aus: Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населення України 2001 г.: Регіони України.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Je weiter westlich man sich auf der ukrainischen Landkarte bewegt, umso stärker wird die Ukrainischsprachigkeit im Alltag und umso größer der Anteil der ethnisch ukrainischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Während in der Zentralukraine der Anteil der Russen an der Bevölkerung sich zwischen 6% (Winnycja) und 20% (Stadt Kiew) beträgt, sinkt der entsprechende Anteil auf durchschnittlichen 5% der westukrainischen Oblaste.¹¹¹⁵ Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die überwiegende Mehrheit in diesem Teil des Landes ethnische Ukrainer sind bzw. sich als solche identifizieren. Dennoch gibt es auch hier entsprechende Unterschiede in der sprachlichen Nutzung: Während im Westen die ukrainische Sprache im Schnitt etwa zu 95% gesprochen wird, was sich somit mit der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung deckt, ist die russische Sprache in der Zentralukraine etwas verbreiteter. In Kiew ist die Nutzung beider Sprachen etwa mit 50:50 zu bewerten, im restlichen Zentrum sprechen etwa 10% bis 20% der Bevölkerung Russisch als erste Kommunikationssprache.¹¹¹⁶ Durch die überwiegende Ukrainischsprachigkeit der westlichen Regionen gilt dieser Teil der Ukraine demnach als die „ukrainischsprachige“ Ukraine, während das Zentrum der Ukraine als Region eine Art Pufferzone zwischen den beiden Gebieten darstellt. Die Besonderheiten der sprachlichen Situation der Ukraine werden später im Kapitel „Die Rolle der Sprache“ näher erläutert.

¹¹¹⁵ Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 69-79.

¹¹¹⁶ Ebd. S. 79.

Karte 3. Alltagssprachen in der Ukraine.¹¹¹⁷



¹¹¹⁷ Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Kompleksnyj Atlas Ukraïny, Kyïv 2005. Kartographie: Silke Dutzmann. Erschienen in: Osteuropa 2-4/2010, Einschub I, Karte 6. © Zeitschrift OSTEUROPÄ. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.

Karte 4. Ethnische Identität in der Ukraine.¹¹¹⁸



¹¹¹⁸ Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Kompleksnyj Atlas Ukraïny, Kyiv 2005. Kartographie: Silke Dutzmann. Erschienen in: Osteuropa 2-4/2010, Einschub I, Karte 5. © Zeitschrift OSTEUEUROPA. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

In der Ukraine gab es von vorneherein keine nennenswerte Russenphobie, mit Ausnahme der sich ganz im Westen befindenden Oblasten, wie Galizien oder Wolhynien.¹¹¹⁹ Die Dynamik des Systemwechsels und der Regionalismus führten jedoch mit der Zeit dazu, dass in den Oblasten der „rechtsufrigen“ – also der westlichen – Ukraine der Erhalt bzw. die Wiederbelebung der ukrainischen Sprache und Kultur große Anhängerschaft fanden. Im ukrainischen Osten wurden dieselben Ideen wiederum häufig als Angriff wahrgenommen. Sobald politische Kräfte an die Macht kamen, die von der Mehrheit im Westen unterstützt wurden, stieg stets die Gefahr der Proteste oder gar einer Sezession im Osten bzw. im Südosten.¹¹²⁰ Dies äußerte sich in Wahlergebnissen, wie später in einem weiteren Unterkapitel näher erläutert wird: Donezk und Luhansk erzielten stets relativ deutliche Unterschiede zu den benachbarten Oblasten sowie dem Rest des Landes, sowohl was die Unterstützung der Kandidaten bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen als auch was politische Sachfragen angeht. Als Gegenpol dazu können im Westen Lwiw und Iwano-Frankiwsk gelten, die ihrerseits meistens deutliche Mehrheiten für die jeweiligen Gegenkandidaten zeigten.¹¹²¹ Aufgrund ihrer relativ stark ausgeprägten ukrainisch-nationalen Mentalität unterstützten die Wähler der Westukraine auch nicht selten national-radikale Parteien, die zum Teil offen fremdenfeindliche Züge annehmen.¹¹²² Der Donbass zusammen mit dem gesamten Südosten wählten dagegen häufig Parteien, die sich für ihre ethnisch-nationalen Interessen sowie für die Zügelung der ukrainisch-nationalistischen Bewegungen einsetzten.¹¹²³ So waren hier die Kommunisten in den Jahren 1998 und 2002 dominant, bis sie 2006 von der „Partei der Regionen“ abgelöst wurden.¹¹²⁴ Die Beibehaltung des Russischen im Alltag bzw. Russisch als zweite Amtssprache waren Dauerbrenner im ukrainischen Osten, mit den Parteien oder Kandidaten häufig im Wahlkampf auf Stimmsuche gingen.¹¹²⁵ Ebenso verhielt es sich mit dem Thema der Föderalisierung und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Russland. Die Integration der Ukraine in die EU bzw. die NATO und die außenpolitische Nähe zu Russland sind ohnehin stets Themen gewesen, welche die regionale Spaltung der Ukraine in post-sowjetischen Zeiten weiter verdeutlichen. Im äußeren Westen fand die West-Integration der Ukraine ihre Anhängerschaft.¹¹²⁶ Je östlicher auf der ukrainischen Landkarte, umso mehr wurde einer EU-NATO Integration mit Skepsis begegnet.¹¹²⁷

Zwischen diesen zwei Polen spielte die Zentralukraine wiederholt eine Vermittlerrolle.¹¹²⁸ Zwar definieren sich die meisten Bewohner der Zentralukraine als ethnische Ukrainer und auch die ukrainische Sprache ist hier weiter verbreitet als im Osten des Landes, doch der ukrainische Nationalismus war und ist hier weniger präsent als im

¹¹¹⁹ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 271.

¹¹²⁰ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 81.

¹¹²¹ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 64.

¹¹²² Ebd.

¹¹²³ Vgl. hierzu: Ebd. S. 5.

¹¹²⁴ Ebd.

¹¹²⁵ Vgl. hierzu: Ebd. S. 303.

¹¹²⁶ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 303.

¹¹²⁷ Ebd. S. 5.

¹¹²⁸ Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. Osteuropa 5-6. 41-60, S. 47.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Westen.¹¹²⁹ Wahlergebnisse lassen die Vermutung zu, den Zentralukrainern ginge es um sozioökonomische Fragen sowie der Rolle des Staates; außenpolitisch schienen sie in der Vergangenheit sowohl die Beziehungen zu Russland als auch zur EU aufrechterhalten bzw. intensivieren zu wollen und somit keiner klaren Partei anzugehören.¹¹³⁰ Während der Krise im Jahr 2014 positionierten sich die Bewohner der zentralukrainischen Oblaste eher in die „pro-europäische“ Richtung.

Interessant ist dabei, dass während Fragen bezüglich des Status der russischen bzw. der ukrainischen Sprache und Kultur oft einen wichtigen Stellenwert in den Wahlprogrammen der Parteien einnahmen, waren sie für die Wähler nicht immer zentral.¹¹³¹ Eine gewisse Parteidentifikation ist insofern bedeutend, als dass viele angehalten waren und sind die „richtige“ Partei zu wählen – was häufig mit erheblichem Druck aus dem eigenen familiären oder beruflichen Umfeld verbunden war. Denn die „falsche“ Partei im Kerngebiet der jeweiligen Partei zu wählen, bedeutete häufig „für die anderen“ zu sein. Umfragen und Wahlergebnisse zeigen, dass bei der politischen Identifikation eher die Wohngegend als die tatsächliche ethnische Zugehörigkeit eine Rolle spielt. Diese ist wiederum mit dem Einfluss der regionalen Kanäle der Verwaltung und der Wirtschaft verbunden, welche die „richtige“ Wahl herbeiführen.¹¹³² Dabei unterscheidet sich die politische Anhängerschaft mehr durch den Wohnort als durch die ethnische Zugehörigkeit.¹¹³³ Auch deswegen ist die Differenzierung zwischen dem „rechten“ und dem „linken“ Dnepr-Ufer mit der Unterscheidung entsprechend der Himmelsrichtungen im Grunde deckungsgleich. Auf die Charakteristika der parteipolitischen Landschaft sowie die Fragen der außenpolitischen Ausrichtung mit Bezug zum ukrainischen Regionalismus wird im weiteren Verlauf der Arbeit näher eingegangen.

Ein weiterer Faktor, welcher an dieser Stelle allerdings nur kurz angeschnitten werden kann, ist die zum Teil unterschiedliche religiöse Zugehörigkeit der ukrainischen Bevölkerung. Obwohl die Unterschiede in der Glaubenszugehörigkeit bislang zu keinen bedeutenden Konflikten geführt haben, gehört die Religion dennoch zu bedeutenden Aspekten des kulturellen Wertesystems der ukrainischen Bevölkerung. Die hauptsächliche Unterscheidungslinie verläuft zwischen der orthodoxen und der römisch-katholischen bzw. protestantischen Glaubensgemeinschaft, wobei in der Ukraine auch noch einige Unterschiede innerhalb der orthodoxen Gruppe vorhanden sind. Über 90% der ukrainischen Bevölkerung gehören zwar der orthodoxen Kirche an, insgesamt gibt es allerdings vier miteinander konkurrierenden Kirchen, neben kleineren Gemeinden, welche sich mehr oder weniger eindeutig auf die Regionen verteilen:¹¹³⁴ die griechisch-katholische (unierte) Kirche in der Westukraine und in Transkarpatien, die autokephale ukrainisch-orthodoxe Kirche, die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats sowie die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats.¹¹³⁵ Die ukrainisch-

¹¹²⁹ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 6.

¹¹³⁰ Ebd.

¹¹³¹ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 76.

¹¹³² Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 47-54.

¹¹³³ Ebd. S. 47.

¹¹³⁴ Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 65; Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 740-744.

¹¹³⁵ Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 72-73; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 249; 272-273.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats wird von den meisten orthodoxen Gläubigen der Westukraine anerkannt, da die Unterstellung der ukrainischen orthodoxen Gemeinde dem Moskauer Patriarchat in diesem Teil des Landes von vielen Gläubigen aus historischen bzw. nationalen Gründen nicht akzeptiert wird.¹¹³⁶ Im südöstlichen Teil der Ukraine gehören die meisten orthodoxen Gläubiger jedoch der ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats an. Das Zentrum des Landes ist zwischen den beiden Kirchen noch „unentschieden“ und agiert auch hier, wie bereits bei der Nutzung der Alltagssprache und der parteipolitischen Zugehörigkeit, als eine Art Pufferzone.¹¹³⁷ Ironischerweise gibt es in der religiösen Auslegung der orthodoxen Kirchen der Ukraine so gut wie keinen Unterschied, was somit die nationale, emotionale und subjektive Einschätzung in den Vordergrund der Gemeindegewahl rückt.¹¹³⁸ Die Eigenschaft „православный“ – „pravoslavnyj“ („orthodox“) gilt für die slawisch-orthodoxe Welt bereits seit Jahrhunderten als eine Art grenzüberschreitendes Identifikationsmerkmal. Umso bedeutender ist es, dass die Anhänger des Kiewer Patriarchats sich der eigenen Auffassung entsprechend quasi zu ihrer ukrainischen Identität bekennen, womit sie die Gläubigen des Moskauer Patriarchats aus dieser wiederum quasi ausschließen.¹¹³⁹ Die Kirche kann damit als ein Beispiel dafür gelten, wie Religion zur identifikativen Unterscheidung zwischen der russisch- und der ukrainischsprachigen Ukraine instrumentalisiert wird, wobei die Gemeindezugehörigkeit in Wahrheit nur wenig über die „eigentliche“ bzw. die objektive Zugehörigkeit aussagt.

Die historische und kulturelle Heterogenität und zum Teil Gegensätzlichkeit der ukrainischen Regionen wurde durch die wirtschaftliche Struktur der Sowjetzeit weiter vertieft. Die Bergbauggebiete des Ostens mit den Zentren Donezk, Luhansk, Charkiw und Dnipropetrowsk bildeten dabei die Ballungsräume.¹¹⁴⁰ Genau in diesen Gebieten haben sich infolge der unübersichtlichen Zeit der 1990er Jahre Oligarchennetzwerke herausgebildet. Wichtig ist hierbei allerdings, dass die ostukrainischen Oligarchen stets für den Verbleib dieser Region in der Ukraine stimmten, was unter anderem zur Beruhigung der wiederholten Sezessionsbestrebungen beigetragen hat.¹¹⁴¹ Die Oblaste des Westens waren und sind dagegen ländlicher geprägt, was auch die traditionelle Verbundenheit mit der ukrainischen Dorfkultur aufrechterhält. Auch dies findet seinen Platz in der ukrainisch-nationalen Rhetorik des Westens. Auch diese Aspekte des ukrainischen Regionalismus werden im Laufe der Arbeit näher erläutert und analysiert.

¹¹³⁶ Yelensky, Viktor (2002): Religion und Kirchen in der Ukraine. Ost-West Europäische Perspektiven (OWEP) 4. 266-276, S. 268.

¹¹³⁷ Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 742; Yelensky, Viktor (2002): Religion und Kirchen in der Ukraine. S. 266-276.

¹¹³⁸ Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 742.

¹¹³⁹ Yelensky, Viktor (2002): Religion und Kirchen in der Ukraine. S. 266-276.

¹¹⁴⁰ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 302.

¹¹⁴¹ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5.

5.5.2 Russischsprachige Regionen der Ukraine

5.5.2.1 Die Krim und der Donbass als Sonderfälle

Wie bereits in den vorangegangenen Ausführungen angedeutet, nehmen zwei Regionen der Ukraine eine besondere Rolle ein, wenn es um die russischsprachige bzw. russische Bevölkerung geht. Diese sind zum einen die Halbinsel Krim als einzige Oblast mit einer ethnisch bzw. national russischen Mehrheit und zum anderen die Regionen Donezk und Luhansk, deren Teile zusammen als Donbass bekannt sind. Von der gesamten ethnisch russischen Bevölkerung der Ukraine leben knapp 50% in diesen drei Oblasten.¹¹⁴² Zudem gilt die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung, wie bereits erläutert, allgemein als „russischsprachig“. Doch nicht nur das macht sie besonders im Kontext der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine – diese Gebiete haben im Jahr 2014 nicht zum ersten Mal für Unruhen im unabhängigen ukrainischen Staat gesorgt, obwohl es in der Vergangenheit bekanntlich nie zu einem bewaffneten Konflikt gekommen ist. Es gab jedoch immer wieder Sezessionsbestrebungen und gesellschaftliche Spannungen, welche häufig mit einem Machtwechsel in Kiew einhergingen. Im Folgenden soll ein kurzer Einblick in die Historie und die jüngste Vergangenheit dieser Gebiete gewährt werden, damit ihre Bedeutung im Kontext der ukrainischen Staatlichkeit verdeutlicht werden kann.

5.5.2.1.1 Die Krim – Historie

Die Geschichte der Krim beginnt bereits im 8. Jahrhundert vor Christus, als die Kimmerer und Taurer die Halbinsel bewohnten.¹¹⁴³ Im Laufe des 13. bis 15. Jahrhunderts war die Halbinsel Teil der Goldenen Horde. Im 15. Jahrhundert, als Folge des Zerfalls der Goldenen Horde, entstand die erste eigenständige Staatlichkeit, die neben der Halbinsel Krim auch die Territorien im Süden der heutigen Ukraine umfasst – das Khanat der Krim.¹¹⁴⁴ Tatsächlich wurde das Khanat allerdings bereits bei der ersten Eroberung durch das Zarenreich formal annektiert – ein Schicksal, das sich ein paar Monate mehr als 230 Jahre später wiederholen sollte.¹¹⁴⁵ Doch selbst die frühzeitigen ukrainischen Nationalpatrioten betrachteten die Krim nicht als einen integralen Bestandteil des ukrainischen Staatsgebietes.¹¹⁴⁶ Ihren Status als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) verdankt die Krim ihrer besonderen Geschichte zwischen der Ukraine, Russland und dem Osmanischen Reich.¹¹⁴⁷ Seit dem Jahr 1783 war die Krim Teil des Russischen Imperiums, als Teil der Russischen Sozialistischen Föderalen Sowjetrepublik (RSFSR)

¹¹⁴² Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Про кількість та склад населення України за підсумками Всеукраїнського перепису населення 2001 року.

¹¹⁴³ Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 28-29.

¹¹⁴⁴ Ebd. S. 179.

¹¹⁴⁵ Damit wird die Übernahme der Krim durch Russland im Jahr 2014 angedeutet. Diese wird im Laufe der Arbeit näher erläutert (siehe Kapitel „Die „Ukraine-Krise“ und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung“).

¹¹⁴⁶ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine (Bd. 18729). Stuttgart: Reclam. S. 243.

¹¹⁴⁷ Ebd. S. 243; Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

war sie bis 1944 eine autonome Republik. Für die zehn nachfolgenden Jahre bis 1954 unterstand das Territorium RSFSR, ehe es an die Ukraine „verschenkt“ wurde. Die bedeutenden historischen Ereignisse für die Slawen und folglich für Russland und Ukraine gleichermaßen ist die Anwesenheit von Kirill (dem Grundleger des kyrillischen Alphabets) auf der Krim im 9. Jahrhundert sowie die Taufe des Fürsten Wladimir in der antiken Stadt Chersones (vermutlich) im Jahr 988.¹¹⁴⁸ Für die Verfechter der „russischen“ Krim zählt vor allem das letzte Ereignis als Anfang des russischen Einflusses.

5.5.2.1.2 Der Donbass - Historie

Der Name „Donbass“ stammt von der Wortkombination „Donezk-Becken“, bzw. „Донецкий басейн“ (Rus.), kurz „Donbass“ bzw. „Донбасс“ (Rus.). Die Region wurde bereits Anfang des 18. Jahrhunderts als Industriegebiet entdeckt, die hauptsächlichsten Vorkommen waren die der Steinkohle, um welche eine bedeutende industrielle Logistik entstand. Während der Sowjetzeit kamen weitere industrielle Bereiche wie Metallurgie, Chemie, Maschinenbau (u.a.) dazu, was dieser Region einen wichtigen Stellenwert in der Wirtschaftsstruktur der Russischen Imperiums und später der Sowjetunion verlieh.¹¹⁴⁹ In den 1920er Jahren galt die Region als das industrielle und wirtschaftliche Herz Russlands, diese Rolle verminderte sich etwas nach dem Zweiten Weltkrieg, doch der Donbass blieb weiterhin an führender Stelle des sowjetischen Industrieprojektes. Geographisch verteilt sich der Donbass über die administrative Region Donezk, die südliche Hälfte der Oblast Luhansk sowie den westlichen Teil von Dnipropetrowsk. Das Gebiet beheimatet heute ca. 15% der gesamten ukrainischen Bevölkerung.¹¹⁵⁰ Anteilig leben im Donbass 40% der gesamten ethnisch russischen Bevölkerung der Ukraine.¹¹⁵¹ Sowohl in Donezk als auch in Luhansk teilt sich die Bevölkerung grob geschätzt auf etwa 40% ethnische Russen und 60% ethnische Ukrainer.¹¹⁵²

Territorial nimmt die Region ca. 9% der gesamten Ukraine ein und sorgt für etwa ein Fünftel des industriellen Outputs.¹¹⁵³ Bereits in der Sowjetzeit stieg die wirtschaftliche Bedeutung des Donbass enorm, was auch Folgen für die gesamte sowjetische Herrschaftslegitimation hatte.¹¹⁵⁴ Lenin konstatierte seinerzeit, dass es ohne die Unterstützung der Bevölkerung aus dem Donbass im Jahr 1928 womöglich gar nicht erst zu der kommunistischen Herrschaft in der Ukraine gekommen wäre.¹¹⁵⁵ Im Grunde hat der

¹¹⁴⁸ Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 77.

¹¹⁴⁹ Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 16.

¹¹⁵⁰ Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Про кількість та склад населення України за підсумками Всеукраїнського перепису населення 2001 року.

¹¹⁵¹ Ebd.

¹¹⁵² Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 75-77; Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 748; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 82-83.

¹¹⁵³ Diese Daten entstammen der Vorkrisen-Statistik (vor 2014). Schätzungen zufolge ist die industrielle Produktion im Don-Becken infolge der Krise etwa um 50% eingebrochen, wobei eindeutige Zahlen fehlen. Das Wirtschaftswachstum der gesamten Ukraine betrug -10% bis -15% für die Jahre 2014 und 2015. Spiegel Online „Aus dem Nichts ins Nichts“ 24.05.2015 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ukraine-krise-wirtschaft-des-landes-liegt-am-boden-a-1034960.html> (Abgerufen am 20.06.2015).

¹¹⁵⁴ Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 706.

¹¹⁵⁵ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 83.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Donbass seinen Ruf aus dem 19. Jahrhundert als „wildes Feld“ bis heute nicht verloren.¹¹⁵⁶ Seine ambivalente und zugleich enorm bedeutende politische Rolle hat er bis heute beibehalten – nicht zuletzt im Zusammenhang mit seiner russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung.

5.5.2.2 „Neurussland“ als historisch bedeutendes Gebiet der russischsprachigen Ukraine

„Noworossija“ (Новоросси́я) oder „Neurussland“ ist eine Bezeichnung der Gebiete rund um die Hafenstadt Odessa im Süden der Ukraine.¹¹⁵⁷ Dieses stellt einen historischen Teil der Ukraine dar, das als russisches Kolonialland zusammen mit die Region rund um Donezk und Luhansk die stärker urbanisierten und industrialisierten Gebiete als Gegengewicht zu der stärker ländlich geprägten Westukraine bildeten.¹¹⁵⁸ Die Ukrainer stellten dort die nicht-dominierende Gruppe dar und wurden starken Russifizierungstendenzen ausgesetzt.¹¹⁵⁹ Bis heute bleibt das Gebiet multiethnisch und stark russischsprachig geprägt.¹¹⁶⁰ Weitere zu Noworossija zählende Oblaste sind Charkiw und Dnipropetrowsk im Osten sowie Cherson, Odessa und Mykolajiw im Süden der Ukraine. Die heutige Zahl der Einwohner beträgt ca. 14 Millionen Menschen.¹¹⁶¹

Tatsächlich entstand das Gebiet des „Noworossijskij Kraj“, später „Noworossijskaja Gubernija“ hauptsächlich in der zweiten Hälfte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, infolge der Eroberungen des Russischen Zarenreichs.¹¹⁶² Der Hauptgegner dieser Zeit auf diesen Gebieten war das Osmanische Reich, deren Hauptstadt Konstantinopel für Russlands Herrscher stets als die endgültige Bastion auf dem Weg zur „pan-slawischen“ Herrschaft und der Vereinigung aller slawischen Völker gewesen ist.¹¹⁶³ Verschiedene militärische und politische Kräfte waren auf dem Gebiet der „Noworossija“ versammelt, angefangen von kriegerischen Wandervölkern bis hin zum Bauernvolk und dem Don Heer (Войско Донское). Durch die jahrhundertelange Vermischung verschiedener Kulturen und Nationen auf diesem Gebiet – die fruchtbaren Länder wurden von der russischen Herrschaft günstig und ohne Leibeigenschaft an Bauern vergeben – entstand eine bunte Mischung aus Sprachen, Kulturen und Traditionen, die aber weiterhin von den „Neurossen“ mit einer russisch-ukrainischen Mischkultur und –

¹¹⁵⁶ Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 16; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 82-83.

¹¹⁵⁷ Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 71-72.

¹¹⁵⁸ Ebd. S. 71-72; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 302.

¹¹⁵⁹ Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 72.

¹¹⁶⁰ Ebd.

¹¹⁶¹ Benjamin Bidder: „Das ist Putins Neurussland“ Spiegel Online 15.09.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-neurussland-von-putin-in-der-ostukraine-mit-karten-a-989470.html> (Abgerufen am 20.09.2014).

¹¹⁶² Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 284-285.

¹¹⁶³ Дергачев В.А. «Геополитическая трансформация украинского Причерноморья» Дергачев В.А. Научные труды в семи книгах. Кн. 7. Электронное издание на CD. – Издательский проект профессора Дергачева, 2008.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Sprache („Surzhik“ – „суржик“) dominiert wurde.¹¹⁶⁴ Während des Bürgerkrieges Anfang der 1920er Jahre stellte sich die, hauptsächlich russische, städtische Bevölkerung des Gebietes auf Seite der imperialistischen „Weißen“ Kräfte, die wohlhabenden ukrainischen Bauern suchten ihre eigene Unabhängigkeit und die Kosaken kämpften für den Erhalt des Russischen Imperiums. Aus diesem Grund musste die Region zwischen den Weltkriegen heftige Repressionen seitens der neuen sowjetischen Herrschaft erleiden, wobei das Kosakentum endgültig ausgerottet und große Teile der Bevölkerung entweder deportiert wurden oder während der Hungerkatastrophe Anfang der 1930er Jahre ums Leben kamen.¹¹⁶⁵ Während der Umbruchsjahre kam es auch in diesen Gebieten zu Sezessionsbestrebungen – im Jahr 1991 erklärten die Oblaste Odessa, Mykolajiw und Cherson die Absicht „Neurussland“ als Staat auszurufen.¹¹⁶⁶ Doch selbst wenn viele der heutigen Bewohner der Ost- und Südukraine während der Sowjetherrschaft in diese Gebiete kamen, historisch war die Bevölkerung stets von einer besonderen Identität geprägt, die sich irgendwo zwischen Russland und Ukraine verorten lässt.¹¹⁶⁷

5.5.3 Einflussfaktoren der Bevölkerung im Donbass

Die Zuwanderung in die Region Donbass ergab sich aus den wirtschaftlichen Prozessen des 18. und 19. Jahrhunderts und erfolgte sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland, was die sprachliche und nationale Durchmischung des Donbass, wie im Übrigen auch der „Noworossija“ vorantrieb.¹¹⁶⁸ Die Siedlungen gliederten sich häufig gemäß der Nationalität der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, die in ihnen lebte, wobei die Städte mehrheitlich von Russen und die Dörfer von den Ukrainern bewohnt wurden.¹¹⁶⁹ Allerdings nahmen weiter südlich auch russische Dörfer zu. Wichtig ist hierbei, dass der Donbass historisch nie eindeutig auf dem ukrainischen Staatsgebiet lag.¹¹⁷⁰ Diese Zuteilung ergab sich nicht etwa infolge der ethnisch-kulturellen Verhältnisse, sondern folgte mehr oder weniger aus den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges und den territorialen Entscheidungen der Bolschewiki, wonach der Donbass als Teil der Ukraine mittels der sowjetischen Nationalitätenpolitik innerhalb des russischsprachigen Raumes erhalten werden sollte.¹¹⁷¹ Durch die zunehmende Russischsprachigkeit waren die Grenzen zwischen Russland und Ukraine in diesen Gebieten sehr fließend, selbst in den Zeiten der „korenizacija“. Beigetragen hat hierzu die durchgehende Förderung der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Donbass, wodurch die russische bzw. russischsprachige Bevölkerung in den Städten und Industriezentren sich von den Ukrainern auf dem Land

¹¹⁶⁴ Magocsi, Paul Robert (2010): *A History of Ukraine*. S. 740; Дергачев В.А. «Геополитическая трансформация украинского Причерноморья» Дергачев В.А. Научные труды в семи книгах. Кн. 7. Электронное издание на CD. – Издательский проект профессора Дергачева, 2008.

¹¹⁶⁵ Дергачев В.А. «Геополитическая трансформация украинского Причерноморья» Дергачев В.А. Научные труды в семи книгах. Кн. 7. Электронное издание на CD. – Издательский проект профессора Дергачева, 2008.

¹¹⁶⁶ Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 81.

¹¹⁶⁷ Vgl. hierzu Kapitel „Die Rolle der Identität“ in dieser Arbeit.

¹¹⁶⁸ Magocsi, Paul Robert (2010): *A History of Ukraine*. S. 285.

¹¹⁶⁹ Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 16.

¹¹⁷⁰ Ebd.

¹¹⁷¹ Ebd.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

und in den Kolchosen abheben konnte.¹¹⁷² Die Sowjetzeit festigte in den Bewohnern des Donbass eine starke lokal-regionale Identität, die durch industrielle, wirtschaftliche aber auch kulturelle Merkmale gekennzeichnet war.

Obwohl die Wiederbelebung der ukrainischen Sprache am Anfang der 1990er Jahre im Donbass mit Schwierigkeiten und Zeit verbunden war und Russisch nach wie vor dominant war, bedeutet das nicht, dass die hiesige Bevölkerung nach dem Zerfall der Sowjetunion zwangsläufig ein Teil von Russland sein wollte. Dies belegen bereits Umfragen Anfang der 1990er Jahre, wonach zwar die Sowjetunion von vielen als die Heimat angesehen wurde, jedoch in der Ukraine und nicht in Russland.¹¹⁷³ Zweierlei Faktoren beeinflussen die Bevölkerung bis heute: Erstens lebt die Sowjetunion in erster Linie in den Köpfen der zunehmenden Generation weiter, was somit die jüngere Generation ins Rampenlicht der Modernisierung rückt. Zweitens streben die Geschäftsleute auf den Weltmarkt und somit tendenziell in Richtung Westen. Diese zwei Gesellschaftsschichten – junge Leute und Geschäftsleute – sollten im Idealfall dafür sorgen, dass der Donbass sich zumindest für die Integration mit dem Rest der Ukraine einsetzt. Doch die Ereignisse des Jahres 2014 sprechen eine andere Sprache – warum? Schließlich wurden die Eliten dieser Regionen nie daran gehindert ihre Macht lokal und auf nationalstaatlicher Ebene auszuüben. Sein politisches Gegengewicht zum Westen des Landes hat der Donbass in allen bisher stattgefundenen Wahlen und Abstimmungen demonstriert, mit Ausnahme der Wahlen im Krisenjahr 2014. Zwar hatten die neuen wirtschaftlichen Netzwerke und das Interesse an neuen Märkten zur Folge, dass im Donbass nicht nur Kommunisten, sondern auch liberale Kräfte oder demokratische Kräfte unterstützt wurden.¹¹⁷⁴ Dennoch überwogen die Präferenzen in Richtung der linken Kräfte und der Parteien, die sich explizit auf den Südosten der Ukraine ausgerichtet hatten. Erstmals hatte sich das politische Tauziehen in den 1990er Jahren gefestigt, als Leonid Krawchuk und später Leonid Kuchma mithilfe der Stimmen aus dem Osten bzw. Süden sich gegen die vom Westen unterstützten Kandidaten durchsetzen konnten. Allein bei der Präsidentschaftswahl 1999 konnte Kuchma den Westen und die Mehrheit aus dem Zentrum und Süden auf seine Seite ziehen. Ansonsten demonstrierte der Südosten auch nach der Orangen Revolution munter seine politische Macht – indem erst die „Partei der Regionen“ (PdR) und dann 2010 schließlich Wiktor Janukowitsch an die Macht gehievt wurde.

Ebenso ist von Bedeutung, dass viele Vertreter der ukrainischen Oligarchen-Netzwerke aus dieser Region kommen, was weiterhin zur Stärkung der politischen Stellung des Donbass in der Ukraine geführt hat. Aus der Konstellation, in der ein Teil der Bevölkerung lange Zeit Sowjetnostalgie hegte, während ein anderer Teil kräftig an der ukrainischen Unabhängigkeit mitgewirkt und mitverdient hat, entstand eine Mischung aus verschiedenen Vorstellungen über die Rolle des Donbass und der dortigen Bevölkerung, obwohl die allgemeine Identifikation wohl weder als anti-ukrainisch noch als anti-russisch, sondern mehrheitlich als „pro-Donbass“ bezeichnet werden könnte.¹¹⁷⁵ Einerseits konnten die Russischsprachigkeit und die Nähe zu Russland nicht verloren

¹¹⁷² Ebd.

¹¹⁷³ Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. S. 726-727; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 83.

¹¹⁷⁴ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 84.

¹¹⁷⁵ Ebd. S. 85-86.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

gehen – zu stark sind nach wie vor die Kontakte, ob über Medien oder über familiäre bzw. geschäftliche Verbindungen, letztlich schlicht über die Gewohnheit Russland „um die Ecke“ zu haben. Andererseits wurde die Region durch ihre starke polit-ökonomische Elite auf der zentralstaatlichen Ebene der Ukraine gut vertreten, was ebenso zur Stärkung des regionalen Selbstbewusstseins der Bevölkerung beitrug. Schließlich sorgte die jüngere Generation für einen offenen Umgang mit dem ukrainischen Staat und der ukrainischen Sprache, was in Verbindung mit der ökonomischen Offenheit gegenüber dem Westen und Russland zu einer ambivalenten Stellung der Region führte.

Mitte der 1990er Jahre sowie im Jahr 2004 kam es im Donbass immer wieder zu fragwürdigen Abstimmungen, die Bestrebungen einer Sezession zeigten.¹¹⁷⁶ Meistens gingen diese mit liberalen Machtwechseln in Kiew oder mit wirtschaftlichen Krisenzeiten einher.¹¹⁷⁷ In den 1990er Jahren wurden ökonomische Probleme auf den Zerfall der Sowjetunion geschoben oder auf die Unfähigkeit der Regierung bzw. des Präsidenten.¹¹⁷⁸ Besonders erregte die Machergreifung der Orangen Kräfte im Jahr 2004 die Donbasser Gemüter. Allerdings waren die Stimmen der Sezession weniger dafür, sich Russland anzuschließen.¹¹⁷⁹ Eher ging es um die Geltendmachung der politischen Position auf der zentralstaatlichen Ebene und häufig auch um Aspekte der Dezentralisierung.¹¹⁸⁰ Auch immer präsent war im Donbass die Furcht vor dem westukrainischen Nationalismus. Diese wurde vor allem durch Wahlergebnisse, Slogans oder Parolen, neben Diskussionen um historische Ereignisse und nicht zuletzt durch den Status der russischen Sprache in der gesamten Ukraine geschürt. Mithilfe der Machtposition der im Donbass favorisierten Parteien, solche wie der KPU oder später der „Partei der Regionen“, konnten Proteste häufig beruhigt werden, indem Zugeständnisse wie das Gesetz zur Regionalsprache aus dem Jahr 2012 verabschiedet wurden.

Die Geschichte der Region zeigt somit eine starke Mischung aus einer ukrainisch-russischen-russischsprachigen Identität, welche sowohl politisch als auch wirtschaftlich den Donbass innerhalb der Ukraine hervorhebt. Zwar stand ein Anschluss an Russland über die Jahre hinweg weniger zur Disposition – allerdings ging es bei Protestaktionen, Sezessionsbestrebungen und politischen Statements durch Wahlen immer wieder um die politische Stellung der Region und um die Frage nach ihrer Russischsprachigkeit. Solange die Frage nach der Föderalisierung, der Nationalisierung und der Sprache in der Ukraine immer wieder auf die politische Tagesordnung kommt, wird der Donbass wohl ein „Problemfall“ bleiben, was nicht zuletzt durch die Machtposition Russlands gestärkt wird.¹¹⁸¹

¹¹⁷⁶ Vgl. Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 81.

¹¹⁷⁷ Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 15.

¹¹⁷⁸ Kuzio, Taras (1998): *Ukraine: state and nation building*. S. 85; Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 17.

¹¹⁷⁹ Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 17.

¹¹⁸⁰ Ebd.

¹¹⁸¹ Vgl. hierzu auch: Ebd.

5.5.4 Bevölkerung der Krim

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts haben die Krimtataren noch über 90% der Bevölkerung der Halbinsel Krim ausgemacht.¹¹⁸² In den ersten 100 Jahren unter russischer Herrschaft sank dieser Anteil zusammen mit der Gesamtbevölkerung, als Krimtataren massenhaft in das Osmanische Reich auswanderten. Infolge des Krimkriegs wurden weitere 200 000 Krimtataren von den Russen unter Anschuldigung einer Kollaboration vertrieben.¹¹⁸³ Insgesamt hatten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts etwa zwei Drittel der Krimtataren ihre Heimat in Richtung des Osmanischen Reiches verlassen. Bis zum Schicksalsjahr 1944 erholte sich die krimtatarische Gemeinde auf der Krim etwas und zählte grob 250 000 Personen, was im Jahr 1939 20% der gesamten Bevölkerung auf der inzwischen überwiegend russisch und ukrainisch besiedelten Krim ausmachte. Die ersten machten im Jahr 1939 bereits 50% und die zweiten 14% der Bevölkerung aus.¹¹⁸⁴

Während der Stalinistischen Repressionen wurde die gesamte krimtatarische Bevölkerung der Halbinsel nach Zentralasien deportiert. Am 18. Mai 1944 wurden etwa 220 000 Menschen, bzw. 23% der Bevölkerung der Halbinsel in der Vorkriegszeit „entfernt“.¹¹⁸⁵ Eine große Anzahl überlebte den Transport nicht, viele ließen aufgrund der schlechten Lebensbedingungen und mangelhafter Versorgung in Usbekistan ihr Leben. Entsprechend den Schätzungen der krimtatarischer Historiker starb etwa die Hälfte aller Krimtataren infolge der Repressionen. Russische Forschung stellt dem „nur“ ca. 18% gegenüber.¹¹⁸⁶ Die Krimtataren versuchen heute die Deportationen und ihre Folgen international als Genozid anerkennen zu lassen, was Ähnlichkeiten zu den Bemühungen der Ukrainer bezüglich des „Holodomor“ aufweist.¹¹⁸⁷ Als Grund für die kollektive Deportation galt für Stalin und seine politische Führung die Kollaboration der Krimtataren mit den Deutschen, die allerdings nicht nachgewiesen ist.¹¹⁸⁸ Auch andere auf der Krim lebende Volksgruppen wurden nicht vor Repressionen verschont: Armenier, Bulgaren, Griechen und Krimdeutsche sowie die jüdische Bevölkerung wurden, wenn nicht von den Bolschewiken, dann von Nationalsozialisten deportiert oder ermordet.¹¹⁸⁹ Die Deportation der Krimdeutschen fand beim Rückzug der Roten Armee am 18. Juli 1941 statt. Andere Nationalitäten wurden am 26. Juni 1944 „entfernt“.¹¹⁹⁰ Obwohl die Krimtataren von Nikita Chruschjow auf dem 20. Parteitag im Jahr 1956 rehabilitiert wurden, durfte

¹¹⁸² Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 97.

¹¹⁸³ Ebd.

¹¹⁸⁴ o.V. Bundeszentrale für politische Bildung: *Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung von 1939 bis zum letzten Zensus 2001 (in %)*. . <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim>. (Abgerufen am 20.10.2014). Ebenso vgl: Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 97.

¹¹⁸⁵ Крымские татары. *Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского*. unter: <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/nemcy/index.htm#m10> (Abgerufen am 20.11.2014).

¹¹⁸⁶ Jobst, Kerstin S. (2010): *Geschichte der Ukraine*. S. 239.

¹¹⁸⁷ Ebd. S. 243.

¹¹⁸⁸ Ebd. S. 240.

¹¹⁸⁹ Ebd.

¹¹⁹⁰ Немцы: Депортация. *Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского*. unter: <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/nemcy/index.htm#m10> (Abgerufen am 20.11.2014)

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

die Mehrheit dennoch erst nach 1990 in ihre alte Heimat zurückkehren.¹¹⁹¹ In der gesamten Sowjetunion außerhalb der Ukraine hatten sich bei der Volkszählung des Jahres 1989 etwa 225 000 Personen als Krimtataren bekannt.¹¹⁹² Die Rückkehr war sowohl mit einer Ablehnung seitens der lokalen russischen und ukrainischen Bevölkerung als auch mit Schwierigkeiten bei der Vergabe der ukrainischen Staatsbürgerschaft verbunden.¹¹⁹³ Zum Problem wurden die Besitzansprüche der russischen Bewohner der Krim. Deren Anteil hatte sich bis 1989 auf etwa 60% der Gesamtbevölkerung erhöht, der Anteil der Ukrainer lag bei etwa 26%.¹¹⁹⁴ Bis zur Volkszählung 2001 machten Russen 58%, die Ukrainer 24% und die Krimtataren 12% der Bevölkerung aus.¹¹⁹⁵ Tatsächlich glaubten viele der Krim-Russen im Laufe der Jahre, dass die Halbinsel „eigentlich“ russisches Land ist.

Die Geschichte der Ukrainer auf der Krim erstreckt sich vom Ende des 18. Jahrhunderts, als Katharina die Große der Zaporozher Kosaken Länder auf der Halbinsel versprach. Die Bedingungen des Landerwerbs waren günstig, so dass viele der ehemaligen Krieger zu sesshaften Landeigentümern wurden.¹¹⁹⁶ Nachdem viele Krimtataren erst infolge der Übernahme durch das Russische Imperium und aufgrund des Krimkrieges die historischen Länder verlassen haben, wurden diese neben Russen auch mit Ukrainern besiedelt. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts entstanden so zunehmend gemischte Siedlungen, die aus russischen und ukrainischen Bauern bestanden. Erhöht hat sich die Zuwanderung auch infolge der Aufhebung der Leibeigenschaft Ende des 19. Jahrhunderts.¹¹⁹⁷ Damals stieg der Anteil der Ukrainer auf der Krim auf 12% der Bevölkerung, von denen über 70% auf dem Land lebten. Die traditionelle Kleidung, Lebensart und kulturelle Besonderheiten der Ukrainer litten hauptsächlich unter dem Bürgerkrieg und der anschließenden Machtübernahme durch die Bolschewiken. Durch Deportationen, Kriegsverluste und Repressionen der Stalin-Zeit wurde die Bevölkerung der Krim durchgewirbelt und anschließend mit der sowjetischen – zunehmend russischen und russischsprachigen – Kultur assimiliert. Die *policy* der sowjetischen Regierung in der Nachkriegszeit beinhalteten häufig quasi-Zwangsumsiedlungen, obwohl diese als „Berufung“ durch die Regierung ausgelegt wurden. So wurden auch viele Ukrainer auf die Krim umgesiedelt.¹¹⁹⁸ Der letzte Zufluss der Ukrainer aus den westlichen Gebieten Wolhynien, Lwiw und Ternopil erfolgte in den 1950er Jahren, was unter der Prämisse des Kolhosen-Aufbaus bewerkstelligt wurde. Die Siedler der damaligen Zeit sowie spätere ethnische Ukrainer, die mehr oder weniger freiwillig auf die Krim kamen behielten oft ihre national-kulturelle Merkmale. So konnte die ukrainische Kultur und Sprache auf

¹¹⁹¹ Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 97.

¹¹⁹² Ebd.

¹¹⁹³ Ebd. S. 97-98.

¹¹⁹⁴ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 240; Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15-16.

¹¹⁹⁵ Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Всеукраїнська перепись населення (2001). Национальный состав населения Украины и его языковые признаки. 2003-2004; Розподіл населення за рідною мовою, Автономна Республіка Крим (у % до загальної чисельності населення) - Регіон, Рік, Вказали у якості рідної мову.

¹¹⁹⁶ Украинцы: Историко-этнографическая справка. Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского. unter: <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/ukrainzy/index.htm> (Abgerufen am 20.11.2014)

¹¹⁹⁷ Ebd.

¹¹⁹⁸ Ebd.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

der Krim zumindest ansatzweise überdauern, obwohl hier die Vorherrschaft des Russischen nicht zu überbieten war.¹¹⁹⁹

Die Besonderheit der Krimtataren liegt unter anderem darin, dass sie stets zu 90% ihre krimtatarische Sprache verwendeten und sich damit erfolgreich einer kompletten „umgekehrten Assimilation“ in die Sowjetisch-russische Kultur widersetzen.¹²⁰⁰ Seit 1991 hatten die Krimtataren eine Selbstverwaltung innerhalb des institutionellen Aufbaus der AR Krim. Damit war den Krimtataren formal eine angemessene Vertretung in den repräsentativen Organen garantiert. Die Selbstverwaltung sorgte unter anderem dafür, dass die Krimtataren mit einem Netzwerk aus Schulen, Kindergärten, Medienträgern sowie einer Universität in Simferopol ausgestattet wurden. Für Auseinandersetzungen mit den anderen Nationalitäten der Krim sorgte unter anderem eine gewisse Fundamentalisierung der Krimtataren, was sich durch finanzielle Unterstützung durch Arabische Länder sowie die zunehmende Befolgung bestimmter Gesetze, wie der Kopftuchpflicht bei Frauen, äußerte.¹²⁰¹ Aus dem Grund, kam es immer wieder zu Reibereien mit dem russischen bzw. russischsprachigen Teil der Bevölkerung: Die Krimtataren fanden, dass sie aufgrund ihrer Herkunft auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt wurden und Russen meinten, dass den Krimtataren zu viele Privilegien zuteilwurden.¹²⁰² Grundsätzlich sahen sich aber sowohl die Russen als auch die Ukrainer als auch die Krimtataren im Recht, wenn es um die Besitzansprüche in Bezug auf die Krim ging.

5.5.5 Politisches Konfliktpotential der Krim

Im Jahr 1954 wurde die Halbinsel vom damaligen Generalsekretär der KPdSU anlässlich der 300-Jahresfeier des Vertrages von Perejaslaw, der als Beginn der russisch-ukrainischen Einheit gilt, an die Ukraine „verschenkt“.¹²⁰³ Bereits Ende der 1980er Jahre erkannte der spätere Präsident Leonid Krawchuk den Sonderstatus und vor allem das Konfliktpotential der Krim.¹²⁰⁴ Im Zuge der Perestroika, noch vor der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991, hat die Halbinsel ihren Vorkriegsstatus als Autonome SSR Krim wiedererhalten. Dazu gehörte auch eine eigene Staatssymbolik mit einem Wappen und einer Staatsflagge.¹²⁰⁵ Es folgte eine Erklärung der Unabhängigkeit der Krim im Jahr 1992 nach dem Beschluss des Lokalparlamentes der Republik Krim. Nach einigen Verhandlungen, hauptsächlich geleitet von Leonid Kuchma, bekam Krim ein Status der Autonomen Republik Krim im Rahmen der Ukraine. Das Territorium erhielt Beschlussrechte in den Bereichen Justiz, Finanzen und Verwaltung, als offizielle Sprachen wurden Ukrainisch, Russisch und Krimtatarisch festgelegt.¹²⁰⁶ Zwischen 1994 und 1996 kam es erneut zu Sezessionsbestrebungen, diesmal angeführt von Juri Meshkov, der 1994 zum Präsidenten der AR Krim gewählt worden war. Wieder gelang es der

¹¹⁹⁹ Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

¹²⁰⁰ Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 98.

¹²⁰¹ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 241-242.

¹²⁰² Ebd. S. 242-243.

¹²⁰³ Ebd. S. 243.

¹²⁰⁴ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 86-87.

¹²⁰⁵ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

¹²⁰⁶ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 267.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Ukraine, die Halbinsel innerhalb der eigenen Grenzen zu behalten. Problematisch gestaltete sich die Lage der Krimtataren, die mit ihrer Situation unzufrieden waren. Beklagt wurden wirtschaftliche und politische Diskriminierungen und Verweigerung der Mitsprache;¹²⁰⁷ zumal der Kongress der Russen auf der Krim im Jahr 1996 die Russen zur indigenen Bevölkerung der Krim erklärt hatte. Zur Verschlechterung der Lage trug bei, dass 1998 beschlossen wurde, den Krimtataren ihre Garantie auf eine feste Anzahl der Vertreter im Parlament abzusagen.¹²⁰⁸ Bis hin zur Krise 2014 blieb die innerpolitische Lage damit angespannt.

Die Problematik der Krim besteht in ihrer nationalen Zusammensetzung, sowie in ihrer Position im Jahr 1991, als die Sowjetunion zusammenbrach. Die Zustimmungsmehrheit von 54% war die knappste der ganzen Ukraine, als am 1. Dezember 1991 über deren Unabhängigkeit abgestimmt wurde. Felix Schnell sieht dabei die Entscheidung als ein Votum gegen Moskau und nicht für die Zugehörigkeit zur Ukraine.¹²⁰⁹ Dabei hegte die Krim-Führung die Hoffnung der Autonomie bei gleichzeitiger Loslösung von der Sowjetunion, was letztlich unter der ukrainischen Führung auch gelang.¹²¹⁰ Moskau war zu dem Zeitpunkt zu schwach, um sich einen Konflikt um die Krim leisten zu können, zumal dies auch Sezessionsbestrebungen anderer Territorien innerhalb der RSFSR hätte herbeiführen können.¹²¹¹ Somit trat die Krim auch bereits 1991 bewusst die Entscheidung zur „Distanzierung von Kiew unter russischen Vorzeichen“.¹²¹² Die nationale und ethnische Situation der Krim ist ein anderes Umland als im Donbass. Hier bilden tatsächlich Russen und nicht etwa russischsprachige Ukrainer die Mehrheit der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass das Territorium aus russischer Perspektive, wie bereits erwähnt, faktisch nicht ukrainisches, sondern russisches Territorium ist.¹²¹³ Insofern halten viele Russen in Russland die „Schenkung“ aus dem Jahr 1954 für rechtswidrig.¹²¹⁴ Diese Nuance unterscheidet die Krim sowohl vom Donbass als auch von den nordöstlichen bzw. östlichen Gebieten des Baltikums, die ebenfalls mehrheitlich von Russen bevölkert sind – dort betrachtet niemand das Territorium als „eigentlich“ russisches Land.

Die andere Sichtweise ist die der Ukrainer, die die Krim als eindeutig ukrainisches Staatsgebiet betrachten. Ihnen sind sowohl separatistische Bewegungen der Krim-Führung sowie die Mentalität der dortigen russischen Bewohner stets ein Dorn im Auge gewesen.¹²¹⁵ Dieses Problem erkannte die ukrainische Führung aus der Zeit der Perestroika und des Systemübergangs unter den Präsidenten Krawchuk und Kuchma. Eine Verweigerung der Autonomie hätte in dieser Zeit mit großer Wahrscheinlichkeit zu Protesten und möglicherweise sogar zu einer echten Sezession geführt, womöglich schon damals unter „Assistenz“ von Russland. Diese Befürchtung wurde dadurch bestä-

¹²⁰⁷ Smith, Graham(1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities.S. 196.

¹²⁰⁸ Simon, Gerhard (2002): Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991-2001). Köln: Böhlau. S. 137.

¹²⁰⁹ Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

¹²¹⁰ Ebd.

¹²¹¹ Ebd.

¹²¹² Zitiert aus: Ebd.

¹²¹³ Ebd. S. 16.

¹²¹⁴ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

¹²¹⁵ Ebd.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

tigt, dass sowjetische und später russische Führer eine Rücknahme der Krim öfter angedroht haben.¹²¹⁶ Hinzu kommt, dass auch die politische Führung der Krim in der Übergangszeit bereit war direkt an den Obersten Sowjet der Sowjetunion zu appellieren, um die Entscheidung aus 1954 rückgängig zu machen. Die überwiegend russische Bevölkerung verweigerte zwar einige Aktionen der Krimischen Regierung – wie etwa den Übergang auf Moskauer Zeit im Jahr 1997 – haben dennoch eine starke lokal-russische, statt ukrainische Identität an den Tag gelegt. Im Jahr 1996 betrachteten die meisten die UdSSR an erster und die Krim an zweiter Stelle als Heimat.¹²¹⁷ Die erste Gruppe dürfte im Laufe der Zeit ihre Heimat-Projektionen eher auf Russland als auf die Ukraine verteilt haben. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass diejenigen auf der Krim, die Russland als Heimat betrachten, weitaus zahlreicher als die vergleichbare Gruppe im Donbass sind. Auf der Krim konnten daher stets stärkere Sezessionsbestrebungen erwartet werden, was sich im Laufe der 1990er Jahre bestätigt hat. Doch die Heimatgefühle der Bevölkerung waren nicht der einzige Grund, weshalb die Krim ein Konfliktpotential besitzt.

Die Präsenz der russischen Marine mit dem Hauptteil der Schwarzmeerflotte in Sewastopol stellte seit Beginn der ukrainischen Unabhängigkeit eine höchst brisante Tatsache dar, die zweierlei Probleme in sich barg. Erstens war Russland militärisch stets auf dem ukrainischen Territorium präsent, was sich im Zuge der Abspaltung von 2014 als hochgradig nützlich für Russland und tragisch für die Ukraine erwies. Zweitens nutzten beide Staaten die Stationierung als Druckmittel dem jeweils anderen gegenüber, was letztendlich ein gewisses Eskalationspotential mit sich brachte, ging es doch um bedeutende militärische Anlagen. Drittens war mit der gesamten Halbinsel Krim und der „Heldenstadt“ Sewastopol eine emotionsgeladene Geschichte verbunden, die der Frage der territorialen Zugehörigkeit dieser Gebiete höchste Brisanz verlieh. Die entsprechende Diskussion ging sogar so weit, dass Russlands Parlament im Juli 1993 Sewastopol, aufgrund ihrer Rolle im Krimkrieg (1853-1856) und im Zweiten Weltkrieg (1941-1942), zur „russischen“ Stadt und seinem wichtigsten Flottenstützpunkt erklärte.¹²¹⁸

Die Diskussionen um die Krim als Station der Schwarzmeerflotte stellten eines der wichtigsten Themen in den bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland dar und wurden als „Chefsache“ zwischen den Präsidenten beider Länder behandelt. Nach dem ukrainischen Referendum zur Unabhängigkeit im Dezember 1991 verblieb die Halbinsel innerhalb des ukrainischen Territoriums. Der erste Präsident Krawchuk bekräftigte die ukrainischen Besitzansprüche mit dem Beschluss der Oberbefehlshabung der Ukraine über alle sich auf ihrem Territorium befindende Streitkräfte. Die Schwarzmeerflotte wurde damit faktisch zu einem Fahneleid gegenüber der Ukraine verpflichtet, was Russlands Präsident Jelzin allerdings einige Tage später untergrub, indem er die Zugehörigkeit der Schwarzmeerflotte zu Russland per Dekret festhielt.¹²¹⁹ Bis 1993

¹²¹⁶ Артем Кречетников: „Царский подарок“: 60 лет передаче Крыма Украине“ BBC 18.02.2014. http://www.bbc.com/russian/international/2014/02/140217_crimea_ukraine_transfer (Abgerufen am 03.08.2014).

¹²¹⁷ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 87-88.

¹²¹⁸ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 274.

¹²¹⁹ Slavyane.org: „Раздел Черноморского флота“ 11.10.2014 <http://slavyane.org/history/razdel-flota.html> (Abgerufen am 28.10.2014).

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

haben sich die Staatsoberhäupter beider Länder auf eine gemeinsame Nutzung der Flotte bis 1995 geeinigt. Bereits im Jahr 1993 wurde ein Abkommen zwischen der Ukraine und Russland geschlossen, das 1995 noch mal erweitert und am 28. Mai 1997 festgeschrieben wurde.¹²²⁰ Mit dem Abkommen zwischen Leonid Kuchma und Boris Jelzin 1997 begann offiziell die Pacht der Militäranlagen auf der Krim. Demnach wurde das militärische Kontingent der Schwarzmeerflotte zwischen den zwei Ländern aufgeteilt, was die Ukraine 1999 ratifizierte.¹²²¹ Russland erhielt das Recht, ein Kontingent von 25 000 Soldaten als Begleit- und Belegpersonal der Schwarzmeerflotte in Sewastopol und anderen kleineren Stützpunkten auf der Krim zu stationieren. Die Nutzung der Militäranlagen wurde zwischen den zwei Ländern in einer Art Mietvertrag auf Zeit festgelegt, die ersten 20 Jahre sollten von 1997 bis 2017 laufen.¹²²² Die russische Seite ließ sich die Miete jährlich über 98 Millionen US Dollar kosten, was laut Kiew allerdings die Kosten der Instandhaltung nicht vollständig deckte.¹²²³

Die Verlängerung des Vertrages sorgte stets für bilaterale Diskussionen. Je nach politischer Führung in der Ukraine wurde die Schwarzmeerflotte entweder als ein Störfaktor oder aber als eine Möglichkeit, gute Beziehungen mit Russland aufrecht zu erhalten, empfunden. Mit der Machtübernahme des Orangen Lagers im Jahr 2004 begann die Zeit der Unruhen um die Schwarzmeerflotte. Als die Verlängerung der Vermietung im Jahr 2017 anstand, nutzte Wiktor Juschtschenko dies in den Jahren 2004 bis 2010 als Druckmittel, um Russland zur Einlenkung in bilateralen Fragen zu bringen. Russland empfand wiederum die Ukraine unter der Orangen Führung als „Trojanischen Pferd“ der NATO, da in der Zeit die Mitgliedschaft seitens der Ukraine aktiv, wenn auch vergeblich, angestrebt wurde.¹²²⁴ Zwischen 2005 und 2009 kam es wiederholt zu Diskussionen um unterschiedliche Anlagen, darunter Militärübungen, Stützpunkte, Leuchttürme und Militärtechnik.¹²²⁵ Den Anfang setzte die Aussage der Juschtschenko-Administration im Jahr 2005, dass der Pachtvertrag mit Russland über 2017 hinaus nicht verlängert würde.¹²²⁶ Weiter verschärfte sich die Rhetorik, als Kiew sich während der Georgien-Krise 2008 demonstrativ hinter die Politik Tbilisis stellte. Als Reaktion verbot Kiew eine doppelte Staatsbürgerschaft, um Moskau an der Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft zu hindern. Eine weitere Folge dieses Konfliktes waren Anti-NATO und Anti-Kiew Demonstrationen auf der Krim.¹²²⁷ Erst nach der Machtübernahme durch Wiktor Janukowitsch konnte Russland den Pachtvertrag erneut verlängern, was aber bei der Ratifikati-

¹²²⁰ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 274.

¹²²¹ Ebd. S. 274-275.

¹²²² Savin, Kyril: „Charkiw-Verträge: Doppelschlag gegen die Souveränität der Ukraine“ Heinrich-Böll-Stiftung, 27.10.2010 unter: <http://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-vertrag-charkiw-schwarzmeerflotte-9067.html> (Abgerufen am 28.10.2014).

¹²²³ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

¹²²⁴ Ebd. S. 244-245.

¹²²⁵ Dni.ru: „Украина отбирает у России маяки в море“ 11.08.2011 <http://www.dni.ru/polit/2011/8/11/216994.html>; News.mail.ru: „Украина грозит запретить возвращение боевых кораблей РФ в Севастополь“ 10.08.2008 <http://news.mail.ru/politics/1935886/> (Abgerufen am 28.10.2014) und Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

¹²²⁶ Russland-Aktuell: „Schwarzmeerflotte soll von der Krim abziehen“ 18.04.2005 http://www.aktuell.ru/russland/politik/schwarzmeerflotte_soll_von_der_krim_abziehen_2763.html (Abgerufen am 02.11.2014).

¹²²⁷ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 245.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

on für heftige Gefechte im Parlament sorgte.¹²²⁸ Am 21. April 2010, also kurz nach der Wiederwahl von Janukowitsch zum Präsidenten, unterzeichneten er und Dmitri Medwedew, der damalige Präsident der Russischen Föderation, das Abkommen von Charkiw über die Verlängerung.¹²²⁹ Dies sorgte wiederum für heftige Proteste seitens der Opposition und der westukrainischen Bevölkerung, wurde aber von der Bevölkerung der Krim und der Ostukraine begrüßt.¹²³⁰ Kritiker bemängelten die Bedingungen des Mietvertrages, wonach die Ukraine ab der Unterzeichnung des Abkommens bis zum Ablauf 40 Mrd. US-Dollar Rabatt auf russische Gaslieferungen bekommen sollte. Dies würde die Ukraine für die Zeit eng an Russland binden, was die Energieversorgung angeht, so die Kritik. Ebenso wurde erneut die Diskussion um die militärische Präsenz Russlands auf dem ukrainischen Territorium entflammt, was der Hauptgrund für die Proteste der Bevölkerung und der Opposition war. Dahinter stand die Befürchtung, und das war der dritte Kritikpunkt, dass die Stationierung Russlands einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und der EU im Weg stehen würde.¹²³¹

Seine Besitzansprüche bezüglich der Krim hat Russland zu keinem Zeitpunkt aufgegeben. Die Erwartung der ukrainischen Seite, dass Russland mit dem Bau eines neuen Stützpunktes in Noworossijsk beginnen würde, nachdem die Regierung unter Juschtschenko eine Absage für die Verlängerung des Mietvertrages nach 2017 angekündigt hatte, wurde nicht erfüllt.¹²³² Tatsächlich hat die Juschtschenko-Administration erwartet, dass Russland die Androhung ernst nimmt und Vorkehrungen trifft, um die Basis in Sewastopol, wenn nicht bis 2017, dann bis spätestens 5 Jahre danach zu räumen.¹²³³ Die Ereignisse von 2014 lassen aber mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass Russland die Basis der Schwarzmeerflotte auf der Krim nie ernsthaft zu räumen vorhatte. Interessant wäre die Frage, welche Strategie Russland gewählt hätte, wenn 2010 statt Janukowitsch beispielsweise Julia Timoschenko an die Macht gekommen wäre. Doch vermutlich hätte Russland auch dann an seiner Schwarzmeerflotte festgehalten, so wie an der gesamten Halbinsel Krim.

Weshalb Russland und die Ukraine gleichermaßen „verrückt“ nach diesem Stück Land sind, erklärt eine Reihe von Faktoren: Erstens ist die Krim geographisch günstig gelegen und stellt einen strategisch wichtigen Punkt im Schwarzmeer dar. Nicht umsonst wollten weder die Ukraine noch Russland den Anspruch auf die Schwarzmeerflotte aufgeben. Zweitens hat die Stadt Sewastopol mit ihrer Rolle im Krim-Krieg, dem Bürgerkrieg und dem Zweiten Weltkrieg sich tief in das psychologische Verständnis der eigenen Geschichte sowohl bei den Russen als auch bei den Ukrainern eingebrannt. Von

¹²²⁸ Deutsche Welle: „Ukraine: Eier und Nebelbomben im Parlament“ 27.04.2010 <http://www.dw.de/ukraine-eier-und-nebelbomben-im-parlament/a-5512220> (Abgerufen am 02.11.2014).

¹²²⁹ Ebd.

¹²³⁰ Stefan Hedlund: „Russische Schwarzmeerflotte bleibt „für immer“ in Sewastopol“ Worldreview.info 22.10.2012 <http://www.worldreview.info/de/content/russische-schwarzmeerflotte-bleibt-%E2%80%9Eefuerimmer-sewastopol> (Abgerufen am 28.10.2014).

¹²³¹ Savin, Kyril: „Charkiw-Verträge: Doppelschlag gegen die Souveränität der Ukraine“ Heinrich-Böll-Stiftung, 27.10.2010 unter: <http://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-vertrag-charkiw-schwarzmeerflotte-9067.html> (Abgerufen am 02.11.2014).

¹²³² Noworossijsk (Новоросси́йск) ist eine Stadt an der russischen Schwarzmeer-Küste. Sie ist nicht zu verwechseln mit dem Gebiet „Noworossija“, der ein historisches Gebiet auf dem ukrainischen Territorium darstellt, doch heute als solches nicht existiert.

¹²³³ Savin, Kyril: „Charkiw-Verträge: Doppelschlag gegen die Souveränität der Ukraine“.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

der besonderen Rolle als „Heldenstadt“ zeugen auch die über 2000 Monumente nebst Museen und Einrichtungen, die alle von der Standhaftigkeit von Sewastopol erzählen. Der russische Diskurs um die Krim blendet dabei große Teile der nicht-russischen Geschichte aus. So hält sich hartnäckig die Theorie, auf der Krim hätten sich bereits im frühen Mittelalter Slawen angesiedelt.¹²³⁴ Die Krim hat auch eine bedeutende Rolle in der russischen Kultur durch Gedichte und Schriften russischer Literaturklassiker Alexander S. Puschkin, Anton P. Tschechow und Lew N. Tolstoi. Schließlich spielte die Krim eine wichtige Rolle innerhalb des sowjetischen Kulturraumes, wo sie als Urlaubsparadies des Sowjetbürgers, aber auch des Apparatschiks galt; zumal bereits die Romanows auf der Krim geurlaubt hätten, was diese Halbinsel noch mehr zum Teil russischer Geschichte – zumindest für die Russen – werden lässt.¹²³⁵ Das sowjetische sowie gleichermaßen das historische Kulturgut beanspruchen auch die Ukrainer für sich, was die Krim zu einem Teil des historischen Selbstverständnisses beider Länder macht. So kann man von einem „ukrainisch-russischen Krim-Mythos“ sprechen, was die verbissenen Besitzansprüche beider Länder an dieser Halbinsel auf der emotionalen Ebene erklärt.¹²³⁶

Im Zuge der Ereignisse des Jahres 2014 wurden die Argumente rund um die Krim und deren Zugehörigkeit gebündelt und erneut auf die Tagesordnung gebracht. Als Hauptakteure der Maßnahmen rund um die Abspaltung bzw. Annexion durch Russland wurde, aber nicht nur die Geschichte oder die Schwarzmeerflotte, sondern die auf der Krim lebende russische und russischsprachige Bevölkerung. Wie später näher erläutert wird, haben die Proteste auf der Krim und der Einsatz Militärangehöriger der Russischen Föderation auf der Krim Ende Februar und Anfang März 2014 maßgeblich unter der Prämisse stattgefunden, dass die russische und russischsprachige Bevölkerung der Krim von den neuen Kiewer Machträgern diskriminiert und bedroht würde. Die Stimme der russischen und russischsprachigen Bevölkerung wurde somit von vorneherein von Seite Russlands instrumentalisiert, indem angenommen wurde, dass diese die Beschützerrolle Russlands herbeisehnte. Ohne die Präsenz der russischen Bevölkerung auf der Krim hätte die politische Führung der Russischen Föderation weitaus weniger Möglichkeiten gehabt, zumindest den Anschein einer legitimen Angliederung der Krim herzustellen. Insofern spielt die russischsprachige Bevölkerung eine zentrale Rolle in der Krim-Krise 2014, welche später auf das gesamte Gebiet der russischsprachigen Ukraine übergeschwappt ist.

5.5.6 Fazit: Regionale Besonderheiten der Ukraine

Obwohl die These über eine regionale Polarisierung und Teilung der Ukraine in der Literatur teilweise umstritten ist, sind Unterschiede in den Positionen und Orientierungen im regionalen Vergleich jedoch nicht zu übersehen. Die Frage ist eher, ob diese Unterschiede im Zeitverlauf zu- oder abgenommen haben. Die politischen Lager der Ukraine haben sich

¹²³⁴ Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 245-246.

¹²³⁵ Ebd. S. 247.

¹²³⁶ Zitiert aus: Ebd.

5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

stets dieser Disparitäten in ihren politischen Machtkämpfen bedient und sich jeweils an einem der Lager orientiert. Vermutlich wird es in der Ukraine keiner politischen Kraft möglich sein, die Interessen des Ostens und des Westens der Ukraine unter einen Hut zu bringen – was die Notwendigkeit der gemeinsamen Verhandlungsbasis umso stärker auf die politische Tagesordnung bringt.

Bereits die Historie bringt weite Teile der Ukraine auseinander – Westen, Osten, Süden, Zentrum und die Krim können anhand ihrer geschichtlichen Zugehörigkeit, sprachlicher Besonderheiten, religiöser Eigenarten und nationalen Identität unterschieden werden. Dennoch gehören sie alle dem modernen ukrainischen Staat an. Obwohl diese Landesteile über Jahrhunderte und Jahrzehnte hinweg relativ problemfrei neben- und miteinander existiert haben, kam es immer wieder zu Problemen und Sezessionsbestrebungen, welche in den meisten Fällen mit Aufkommen nationaler Parolen bzw. Bestrebungen in Richtung Europa oder Russland zu tun hatten. Der Osten der Ukraine mit dem Donbass bzw. dem Gebiet der historischen „Noworossija“ hat sich bereits seit Anfang der 1990er Jahre als politisches Gegengewicht zum Westen der Ukraine positioniert. Dafür sind nicht nur sprachliche Argumente von Bedeutung – auch die Nähe zu Russland, eigenständige Verwaltung, Geschäftsbeziehungen und lokale Identifikation figurieren als Gründe für die „Stimme des Donbass“.¹²³⁷ Zum Teil gab es in diesen Regionen während der 1990er Jahre Bestrebungen zur Sezession, welche weniger den Anschluss an Russland, sondern mehr die Eigenständigkeit der Regionen gegenüber ukrainisch-nationalen Bestrebungen des Westens zum Gegenstand hatten. Das zeigt auch die Unterstützung bestimmter politischen Parteien und die Resistenz gegenüber der europäischen Ausrichtung der Westukraine.

Die Krim stellt einen weiteren Sonderfall der regionalen Teilung der Ukraine dar. Die Halbinsel hat es aufgrund ihrer ambivalenten Geschichte geschafft, ein beachtliches Konfliktpotential als Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland zu entwickeln. Dabei sind sowohl die geopolitische Lage als auch die Stationierung der Schwarzmeerflotte, aber auch kulturell-historische Faktoren, wie die territoriale Zugehörigkeit, ebenso wie die große ethnisch-russische Bevölkerung von Bedeutung. Die Perioden des „faktisch“ ukrainischen bzw. russischen Besitzes der Krim stellte sowohl die politische Führung beider Länder als auch die politische Führung der Krim zum wiederholten Mal vor Entscheidungen über die politische Zugehörigkeit – als Autonome Republik genoss die Krim schließlich umfassende Verwaltungsrechte. Doch die Rangeleien um die Krim als „Chefsache“ der ukrainischen und russischen Präsidenten führten immer wieder zum Wiederaufflammen des Konfliktpotentials der Krim.

Die Unterscheidung zwischen der „rechts- und linksufrigen“ Ukraine ist im ukrainischen und russischen Sprachgebrauch geläufiger als die Unterscheidung zwischen „Ost- und Westukraine“ des europäischen Raumes. Doch die Faktoren, welche die Gegenden trennen, bleiben dieselben. Sprache, Kultur sowie die Ansichten über außen- und innenpolitische Ausrichtung können bisweilen für deutliche Unterschiede sorgen – was im Grunde zu politischen Differenzen führte, welche die heutige Unterscheidung zwischen der „russischsprachigen“ und der „ukrainischsprachigen“ Ukraine prägen.

¹²³⁷ Vgl. hierzu: Kerstin Zimmer: Kommentar: „Die Stimme des Donbass“. Bundeszentrale für politische Bildung, 03.06.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185619/kommentar-die-stimme-des-donbass> (Abgerufen am 02.12.2014).

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

5.6.1 Politische Institutionen, repräsentative Organe und die Rolle der russischsprachigen Regionen

5.6.1.1 Herausbildung des Präsidenten zur Identifikationsfigur des Landes und Stimmen der russischsprachigen Regionen

Die Dynamik des Systemwechsels in der Ukraine, in der die ersten freien Parlamentswahlen erst im März 1994 stattfanden, brachte die Dominanz des Präsidentenpostens hervor. Möglicherweise ist diese Entwicklung als eine der wichtigsten Folgen der sowjetischen Herrschaft zu bewerten, indem eine starke Führungsfigur, wie damals der Parteivorsitzende der KPU, dem Volk vertrauter war als eine parlamentarische Versammlung. Dafür spricht auch die mangelnde und heterogene historische Erfahrung der Bevölkerung mit der Demokratie – vor den insgesamt 70 Jahren der Sowjetherrschaft hatten lediglich die Regionen der Westukraine unter Polen und Österreich demokratische Prinzipien erleben können. Der Präsident musste also von vorneherein die Interessen des gesamten Landes vertreten und die Stimmen der teilweise sehr unterschiedlichen Regionen auf sich vereinen können. Mit der Zeit haben die bisherigen Präsidenten der Ukraine sowohl die Stimme ihrer Parteien geprägt als auch die Orientierung ihrer Wähler gebündelt. Zusätzlich wirkte sich die politische Richtung, welche von Präsidenten vorgegeben wurde, massiv auf die innen- und außenpolitische Ausrichtung der Ukraine aus. Die Herrschaftsträger der Ukraine, sei es Präsidentschaftskandidaten oder Parteiführer, haben früher oder später lernen müssen, dass die Stimmen der russischsprachigen Regionen entscheidende Wendepunkte bei Wahlen bringen konnten. Anders als im Baltikum, konnte keine Partei bzw. kein Kandidat der Ukraine es sich leisten, bewusst auf die Zustimmung der russischsprachigen Regionen des Südostens zu verzichten. Gleichzeitig brauchte auch jeder Herrschaftsträger die Stimmen aus dem ukrainischen Westen, ohne die es ebenso schwer war, eine Wahl eindeutig für sich zu entscheiden.

5.6.1.1.1 Erste Phase der Herrschaft von 1991 bis 2004 - Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma

Der erste Präsident Leonid Krawchuk schaffte es zunächst, durch seine geschickte Rollenverbindung zugleich als Parteitruer als auch als Reformier die Sympathien des Volkes auf sich zu vereinen. Seine Machtstellung musste er mit dem Premierminister und der Obersten Rada teilen, die bis 1994 in der halbfrei gewählten Zusammenstellung agierte. Diese politische Konstellation führte dazu, dass der Präsident bereits früh, im Jahr 1992 versuchte, seine Machtstellung auszubauen, indem er sich Sondervollmachten erteilen ließ. Die

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Regierung vermochte die Machtstellung nicht ernsthaft gefährden, da es innerhalb dieser stets zu einer sehr hohen Fluktuation der Mitglieder kam.

Der 1992 zum Ministerpräsidenten ernannte Leonid Kuchma wurde als erster Politiker dem Präsidenten Krawchuk in seiner Machtposition gefährlich, hauptsächlich weil er ökonomische Versprechen mit den Slogans der nationalen Frage zu verbunden wusste. Kuchma repräsentierte die neue Generation der Wirtschaftsoligarchen aus dem Osten und Südosten des Landes, da er selbst Präsident des „Juzhmasch“ (ЮЖНЫЙ машиностроительный завод «ИМЕНИ А. М. МАКАРОВА» (ЮЖМАШ)), eines großen Technikwerkes in Dnipropetrowsk, in den Jahren 1986 bis 1992 gewesen war. Obwohl Kuchma nur bis 1993 das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, ebnete ihm dies den Weg zur Präsidentschaft, da er die Stimmen der Bevölkerungsteile auf sich vereinen konnte, die mit dem Herrschaftsstil von Leonid Krawchuk zunehmend unzufrieden waren. Die östlichen und südöstlichen Gebiete der Ukraine und die Bergleute im Donbass-Becken spielten hierbei die zentrale Rolle, denn es ging unter anderem um den miserablen wirtschaftlichen Zustand, in welchen die Ukraine in den ersten Jahren der Unabhängigkeit verfallen war. Den Kumpels versprach Kuchma Verbesserungen der Wirtschaftsfrage und der Beziehungen zu Russland, was ihm bei der Stichwahl im Juli 1994 52,1% der Stimmen einbrachte, mit Zustimmung über 70% in den östlichen Oblasten.¹²³⁸

Leonid Kuchma spielte die Rolle des „Volksverstehers“ erneut im Jahr 1999, als er während der Präsidentschaftswahlen diesmal für Stabilität und Unabhängigkeit eintrat, als die Gefahr des Kommunismus durch den Gegenkandidat Petro Symonenko akut wurde. Kuchma verstand bei dieser Wahl die Ängste der eher demokratisch orientierten westlichen Landesteile zu mobilisieren und erhielt prompt die Mehrheit der Stimmen aus den westlichen und zentralen Regionen, was ihm zusammen mit den verbliebenen Stimmen aus dem Osten mit 56% den Wahlsieg einbrachte.¹²³⁹ Nach der Wiederwahl 1999 baute Kuchma seine Macht systematisch aus und sorgte mit seiner *policy* entscheidend für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Ukraine. Das Parlament wurde unter Kuchma geschwächt und die regionalen Verwaltungen erhielten direkte Weisungen des Präsidenten. Die Präsidialverwaltung und der Rat für Nationale Sicherheit konkurrierten entscheidend mit der eigentlichen Regierung um die Exekutivmacht. Kuchma verstand seine Rolle als Präsident verstärkt im Sinne des ukrainischen Staates und nicht der ukrainischen Nation einzusetzen, was ihm zu Beginn seiner ersten Amtszeit die Sympathien der russischsprachigen Mehrheit einbrachte. Krawchuk hatte in dieser Hinsicht eine viel stärker ukrainisch-national ausgeprägte Politikrichtung, die er als Grundlage der erfolgreichen Staatsbildung betrachtete.¹²⁴⁰ Kuchma „ukrainisierte“ seine politische Linie im Laufe der Zeit allerdings insofern, als er zunehmend auf Ukrainisch auftrat und diverse Maßnahmen zum Schutz der ukrainischen Sprache und Kultur verabschieden ließ, den Staat dennoch als möglichst multiethnisch darstellen wollte. Kuchmas Sichtweise versuchte somit eine Idee zu verwirklichen, in der die Ukraine ein Staat der Ukrainer ist, doch sich diese aus mehreren ethni-

¹²³⁸ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 256-257; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 355.

¹²³⁹ Lohmann, Manfred (1999): Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine vom 31. Oktober und 14. November 1999. Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsinformationen AI 12., 38-60. hier: S. 56.

¹²⁴⁰ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 139.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

schen Gruppen (also im Grunde zwei) zusammensetzt.¹²⁴¹ Diese relativ schwer umzusetzende politische Richtung sorgte im Zeitverlauf auch stets für Verwirrungen, wenn unklar war, ob der Staat nun als „Nationshersteller“ gelten kann oder ob diese von allein entsteht oder aber ob diese in der existenten Form bleiben sollte. Daher entschieden sich die russischsprachigen Oblaste des Ostens bei der Wahl 1999 für den kommunistischen Gegenkandidaten Petro Symonenko.

Die Verfassung von 1996 definierte die Ukrainer als eine Nation bestehend aus Ukrainern, aber auch aus allen Staatsbürgern und Vertretern aller Nationalitäten.¹²⁴² Für Kuchma war das Projekt der Nationsbildung mit der Niederschrift der Verfassung beendet, ein Fehler, den bereits die sowjetische Führung mehrmals gemacht hatte. Stattdessen konzentrierte sich Kuchma auf die Ökonomie, denn wie sein späterer Justizminister Serhiy Holovatyj im Jahr 1994 konstatierte: „[D]ie Ukrainer [könnten] weder ihre Flagge essen noch allein mit ihren nationalen Symbolen überleben“.¹²⁴³ Wegen Übergriffen auf kritische Medien („Kuchma-Gate“) und die Rechtsprechung baute sich schließlich eine Gegenbewegung im Volk auf („Ukraine ohne Kuchma“), die in den Ereignissen des Jahres 2004 mündete.¹²⁴⁴ Bis dahin hatten sich abermals zwei Gegenspieler, Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch etabliert, die wieder mal ihre Wählerschaft aus den verschiedenen Regionen der Ukraine schöpften und so deutliche Konflikte bezüglich der politischen Polarisierung aufzeigten.

5.6.1.1.2 Zweite Phase der Herrschaft von 2004 bis 2014 – Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch

In Kiew kam es in den Jahren 2001 bis 2003 immer wieder zu großen Protestbewegungen gegen die Präsidentschaft Kuchmas.¹²⁴⁵ Bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 hatte sich die Bevölkerung endgültig zwischen dem Kandidaten des Kuchma-Regimes Wiktor Janukowitsch und dem oppositionellen Wiktor Juschtschenko gespalten. Tatsächlich verlief die Grenze der Anhänger quer durch das Land und zeigte so, wohl erstmals in einer derartigen Klarheit, dass der Westen und die zentralen Teile des Landes sich in ihren Wahlpräferenzen deutlich vom Osten und Süden unterscheiden. Die östlichen und südlichen Regionen mit großen Anteilen von Russen bzw. der russischsprachigen Ukrainer unterstützten Janukowitsch, während westliche und zentrale Gebiete die Opposition mit Juschtschenko bevorzugten.¹²⁴⁶ Das Profil der beiden passte genau zu den Positionen, die sie vertraten. Janukowitsch war der Kandidat des Kuchma-

¹²⁴¹ Ebd. S. 126-130.

¹²⁴² Ebd. S. 131.

¹²⁴³ Zitiert in: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 139.

¹²⁴⁴ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 227-228; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 259.

¹²⁴⁵ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 228-229; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 262; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 46-47.

¹²⁴⁶ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Вибори Президента України. Повторне голосування 26.12.2004. Підсумки голосування. Підтримка лідерів по регіонах. Vgl. auch: Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 47.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Blocks und wurde von Wirtschaftsfunktionären aus Donezk unterstützt. Damit bezweckten diese eine Weiterführung der Politik von Kuchma, wonach sich ihre Machtstellung nicht verändern würde. Es wäre ebenfalls die außenpolitische Nähe zu Russland mit der Wahl von Janukowitsch mehr oder weniger garantiert. Mit diesen Argumenten traten die Funktionäre der Partei an die ostukrainischen Wähler heran: Unter Janukowitsch würden Arbeitsplätze im Osten erhalten bleiben, auch wären die Beziehungen zu Russland sicher. Dies wirkte bei den Ostukrainern, von welchen viele in Betrieben arbeiteten, die fest in Hand von eben solchen Oligarchen waren, als entscheidende Grundlage für die Wahlentscheidung. Die Wahlkampagne von Janukowitsch war fast ausschließlich auf die russischsprachigen Gebiete ausgerichtet und wurde „unterstützt“ durch die Tatsache, dass Janukowitsch schlecht Ukrainisch sprach. Dies hätte es für ihn unmöglich gemacht, im Westen der Ukraine oder auch im Zentrum und in Kiew auf Stimmsuche zu gehen. Weiterhin hatte Janukowitsch keine „oppositionelle“ politische Vergangenheit – ebenfalls keine guten Voraussetzungen für Wähler in Kiew oder dem Westen.¹²⁴⁷ Seine Wahlkampagne beinhaltete Vorhaben wie den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der Stärkung der russischen Sprache und der Förderung einer näheren Bindung an Russland.¹²⁴⁸ Auch diese Punkte hätten keine Wähler in Westen der Ukraine begeistert. Dass er dennoch als Kandidat aufgestellt wurde, zeigt, dass die Funktionäre sich sehr sicher waren genug Stimmen im Osten zu erhalten, ohne auf den ukrainischen Westen zählen zu müssen.

Der besagte Westen und das Zentrum der Ukraine war dagegen mit Wiktor Juschtschenko gut bedient – dieser sprach Ukrainisch als Muttersprache, vermittelte ein westlich geprägtes Image, trat als Familienmensch auf und hatte sich als Nationalbank-Chef einen Ruf als pragmatischer Ökonom gesichert.¹²⁴⁹ Zudem hatte er bereits in seiner Amtszeit als Premierminister und ehemaliger Chef der Zentralbank seine Kompetenz unter Beweis gestellt. Diese Tatsache brachte ihm sogar im Osten der Ukraine Sympathien ein, da auch dort Wirtschaftsreformen schmerzlich vermisst wurden. Die Popularität Juschtschenkos wurde bereits bei den Parlamentswahlen 2002 deutlich, als sein Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ (UU) stärkste Kraft im Parlament wurde.¹²⁵⁰ Die Wählerschaft kam überwiegend aus den zentralen und westlichen Gebieten. Seine Position verstärkte sich weiter, als er sich im Jahr 2004 mit Julia Timoschenko zusammentat und dieser im Falle des Wahlerfolges den Posten der Ministerpräsidentin versprach. Die wichtigsten Programmpunkte seiner Kampagne beinhalteten den Ausbau der Wirtschaftsreformen und einer sozialen Marktwirtschaft, Korruptionsbekämpfung und einer außenpolitischen Annäherung an die EU und die USA. Die Tatsache, dass Juschtschenko auch tatsächlich finanzielle Unterstützung aus den USA erhielt, gab ihm einerseits die Möglichkeit, einen professionellen Wahlkampf zu führen, andererseits konnte er so von

¹²⁴⁷ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 282.

¹²⁴⁸ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 243-245; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 54.

¹²⁴⁹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 243-245; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 282-283.

¹²⁵⁰ Bezeichnung auf Ukrainisch: Наша Україна (Üb.d.A.).

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

den politischen Gegenspielern als eine „Marionette Amerikas“ hingestellt werden, was die alten Ängste des Kalten Krieges im Osten des Landes schürte.¹²⁵¹

Die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und die Methoden des Wahlkampfes brachten immer mehr Sympathien auf die Seite Wiktor Juschtschenkos. Spätestens nach seiner Dioxin-Vergiftung im September 2004 wurden die alten Eliten in den Augen vieler Wähler diskreditiert, obwohl die Beteiligung Kuchmas oder seiner Anhänger an dieser Aktion nie bewiesen werden konnte. Die Bevölkerung spaltete sich endgültig zwischen den zwei Kandidaten, die nach dem ersten Wahlgang am 31. Oktober 2004 auch als die zwei Erstplatzierten in die zweite Runde mit Stichwahl gingen. Diese wurde dann am 21. November 2004 abgehalten und führte offiziell zu einem Wahlsieg von Wiktor Janukowitsch mit 49,5% der Stimmen gegenüber 46,6% für Wiktor Juschtschenko. Massive Wahlfälschungen, wie Manipulationen der Zentralen Wahlkommission, einer späten Abgabe von 1 Million Zetteln in der Ostukraine und Angaben von 100%-Stimmen für Janukowitsch in Donezk führten direkt im Anschluss an die Wahl zu einer Massenbewegung in Kiew. Dort protestierten täglich etwa 200 000 bis 500 000 Menschen auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz – dem Majdan.¹²⁵² Die Demonstrationen richteten sich gegen das Wahlergebnis und wurden von den Anhängern Juschtschenkos und Timoschenkos ausgetragen, woraufhin es zu Gegendemonstrationen im Osten des Landes kam. Bereits damals drohten die Gebiete Donezk, Luhansk und Charkiw mit einer Sezession, in Donezk demonstrierten 150 000 Personen gegen Juschtschenko und weitere 10 000 Personen errichteten Zeltlager in Kiew. Viele der Anhänger Janukowitschs, inklusive Bergleute, wurden nach Kiew gebracht, um gezielt gegen die Orangen Anhänger zu demonstrieren.¹²⁵³ Auch von außen wurden die Stimmen laut – die EU und die USA erkannten die Wahlergebnisse nicht an, die Präsidenten von Polen und Litauen kamen mit dem Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Javier Solana und dem Vorsitzenden der russischen Duma Boris Gryzlow Kiew zusammen, um Vermittlungsarbeit zu leisten. Als Resultat der Protestbewegung musste der Regierungslager endlich dem Druck nachgeben und am 27. November 2004 verkündete die Werhowna Rada, dass das Wahlergebnis gefälscht war. Das Misstrauen gegenüber der Regierung Janukowitsch wurde am 1. Dezember ausgesprochen und am 3. Dezember 2004 verkündete das Oberste Gericht, dass die Resultate der Wahl annulliert und eine Wiederholung für den 27. Dezember 2004 angesetzt wird.¹²⁵⁴

Die Wahlwiederholung zeigte einen eindeutigen Sieg für Wiktor Juschtschenko mit 52% der Stimmen gegenüber 44% für Wiktor Janukowitsch. Die regionale Verteilung der Stimmen war relativ eindeutig: Von der Gesamtzahl der Stimmen für Janukowitsch kamen 54% aus der Ostukraine, 25% aus dem Süden, 20% aus dem Zentrum und 0,8% aus der Westukraine. Bei Juschtschenko kamen wiederum 44% aus dem Zentrum, 31% aus dem Westen, 20% aus dem Süden und 6% aus dem Osten.¹²⁵⁵ Obwohl die Spaltung zwi-

¹²⁵¹ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 284.

¹²⁵² Vgl. hierzu ausführlich in: Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 242-256.

¹²⁵³ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 285-287; Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 251.

¹²⁵⁴ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 286-287.

¹²⁵⁵ Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 254-255.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

schen Ost und West relativ klar war, gab es auch viele Stimmen für Juschtschenko im Süden und für Janukowitsch im Zentrum der Ukraine. Daraus können zweierlei Erkenntnisse gewonnen werden: Erstens orientierten sich die Wähler wohl stärker an der politischen Stellung und Positionierung des Kandidaten, als von den Parteien hinter den Kandidaten angenommen. Zweitens hätten die Kandidaten vermutlich jeweils noch mehr Stimmen erzielt, wenn sie in den Kernfragen mehr auf die jeweils andere Wählergruppe eingegangen wären. Besonders gilt dies für Wiktor Juschtschenko, der auch so schon 6% der Stimmen im Osten und 20% im Süden erhielt. Doch gleichzeitig zeigt die regional-nationale Spaltung natürlich, dass die Entscheidung der Wähler stark mit der Figur des Kandidaten und dem Umfeld zusammenhing.

In jedem Fall reichte die Mehrheit für Wiktor Juschtschenko, um sich am 23. Januar 2005 zum Präsidenten vereidigen zu lassen. Seine Koalitionspartnerin Julia Timoschenko wurde entsprechend des Wahlversprechens am 4. Februar als Ministerpräsidentin von der Werhowna Rada bestätigt.¹²⁵⁶ Entgegen der Erwartungen kam es allerdings nicht zur politischen Wende – ganz im Gegenteil: Die Parlamentswahl 2006 ließ Juschtschenkos „Unsere Ukraine“ verlieren und Janukowitschs „Partei der Regionen“ siegen. Beigetragen zur Spaltung des Orangen Lagers hat dann die Präsidentschaftswahl 2010 – dort siegte der Wahlverlierer von 2004 Wiktor Janukowitsch. Zum Sturz des Präsidenten Juschtschenko haben mehrere Faktoren beigesteuert – die Streitigkeiten mit Julia Timoschenko, die Unfähigkeit die Wahlversprechen zur Korruptionsbekämpfung zu erfüllen, die hinkende Wirtschaft und letztlich auch die zunehmend nationalistische Parolen. Die Alternative stellte Julia Timoschenko dar, die 2010 knapp gegen Janukowitsch verlor. Doch auch sie hielt keine *carte blanche* und war für ihre Vergangenheit als Mitglied des sogenannten Dnipropetrowsker Clans bekannt. Zumal, und hier stellt sich die paradoxe Denkweise des ukrainischen Wahlvolkes bloß, hat sie zwischen 2008 und 2009 auch mit Janukowitsch über eine Koalition verhandelt, was für viele einem Verrat gleichkam. Hierbei verlor Timoschenko in den Augen vieler Wähler ihre Glaubwürdigkeit und wurde sogar als Unterhändlerin Moskaus bezeichnet. Vermutlich konnte Janukowitsch deswegen mit seinen umstrittenen, aber zumindest relativ klaren Ansichten bei seiner Stammwählerschaft aus dem Osten und Süden punkten. Die Extrastimmen aus den zentralen und westlichen Regionen brachten dann den entscheidenden Vorsprung.

5.6.1.1.3 Dritte Phase der Herrschaft – Wiktor Janukowitsch von 2010 bis 2014

Die Amtszeit von Wiktor Janukowitsch als Präsident begann beinahe direkt mit einer Verfassungsänderung, welche die Ukraine erneut in ein quasi-autoritäres präsidentiell-parlamentarisches System verwandeln sollte. Was die Regierungsführung für Janukowitsch vereinfachte, war der Sturz von Julia Timoschenko und die Mehrheit in der Werhowna Rada, welche durch die „Partei der Regionen“, die Kommunisten, den „Lytwyn-Block“ („Block Wolodimir Lytwyn“ (Блок Литвина)) und die „unabhängigen“ Abgeord-

¹²⁵⁶ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 287.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

neten zustande gebracht werden konnte.¹²⁵⁷ Fast unmittelbar folgten Berichte über Einflussnahme der Geheimdienste auf Medien, NGO-s, Kritiker und öffentliche Einrichtungen, ebenso wie die Erhöhung des Einflusses der russischen Sprache in der Bildung.¹²⁵⁸ Generell wurde die „Ukrainisierung“ gebremst, was der russischsprachige Osten demonstrativ begrüßte.¹²⁵⁹ Durch den Abschluss des Vertrages zur Schwarzmeerflotte auf der Krim mit Russland und den dadurch gewährten „Rabatt“ auf Erdgas – was unter dem Präsidenten Juschtschenko für Schwierigkeiten gesorgt hatte – konnten zwar einige strukturelle ökonomische Reformen durchgeführt werden, doch noch mehr vergrößerte sich die Korruption und der Einfluss informeller Netzwerke.¹²⁶⁰ Auch mit den nach Meinung von Beobachtern manipulierten Kommunalwahlen im Herbst 2010 hatte Janukowitsch seine Macht gefestigt, indem er die regionalen Verwaltungen mit „seinen“ Vertretern besetzte.¹²⁶¹ Unter der Präsidentschaft Janukowitschs etablierte sich die „Partei der Regionen“ zur Nachfolgerin der „Partei der Macht“ unter Kuchma, wodurch auch die Netzwerke der Oligarchen erneut gestärkt wurden.¹²⁶² Als Reaktion auf die Russland-freundliche und generell auf den Osten der Ukraine ausgerichtete Politik hat sich im Westen des Landes die radikalisierte nationalistische Front formiert, beispielsweise die „Swoboda“-Partei, welche bei den Parlamentswahlen 2012 auch einen erheblichen Erfolg feiern konnte. Auch neue oppositionelle Parteien, solche die UDAR (Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (Український Демократичний Альянс за Реформи – УДАР) des Vorsitzenden Witalij Klitschko, formierten als Opposition zur „Partei der Regionen“ unter Janukowitsch.¹²⁶³ Was die pro-russische Richtung der Präsidentschaft Janukowitschs charakterisierte, war auch die Wiederaufnahme der sowjetischen Geschichtsinterpretation, eine vollkommen einseitige Handhabung der ukrainischen religiösen Konfessionen sowie die demonstrative Annäherung an Russland.¹²⁶⁴ Zwar wurde die europäische Richtung nicht gänzlich aufgegeben, jedoch durch den Rückzug von dem EU-Assoziierungsabkommen Ende 2013 letztlich doch gekippt. Dies sowie die „Diktaturgesetze“ Anfang 2014 beendeten schließlich die Regierungszeit Janukowitschs.¹²⁶⁵

Es kann ohne Weiteres resümiert werden, dass die Politik Wiktor Janukowitschs letztlich zur Krise des Jahres 2014 führte. Allerdings war seine Wahl im Jahr 2010 rechtlich gesehen „frei und fair“, ebenso wie seine Abwahl im Jahr 2014 verfassungswidrig,

¹²⁵⁷ Luchterhandt Otto (2010): Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte. Ukraine Analysen. S. 6; Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. Kiew: Konrad-Adenauer-Stiftung. S. 1.

¹²⁵⁸ Hilkes, Peter (2010): Die Kunst des „Durchregierens“. Präsident Janukowitsch bedient sich alter Muster bei der Zukunftsgestaltung der Ukraine. Ukraine-Analysen 80. 10-11, S. 10-11; Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2.

¹²⁵⁹ Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. Ukraine-Analysen 80. 15-17, S. 15-16.

¹²⁶⁰ Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2; Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 16.

¹²⁶¹ Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2.

¹²⁶² Kuzio, Taras (2010): Viktor Janukowitsch, der Konterrevolutionär. Ukraine-Analysen 80. 12-13, S. 12

¹²⁶³ Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2; Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 50; Malygina, Katerina (2010): Die Etablierung Viktor Janukowitschs als Präsident der Ukraine ist noch nicht abgeschlossen. Ukraine-Analysen 80. 17-18, S. 17.

¹²⁶⁴ Kuzio, Taras (2010): Viktor Janukowitsch, der Konterrevolutionär. S. 12-13; Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 3; Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 16.

¹²⁶⁵ Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 56.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

was somit erneut die Rolle der russischsprachigen Regionen der Ukraine ins Rampenlicht rückt.¹²⁶⁶ Seine Machteinführung hatte er den Wählern aus dem Südosten zu verdanken, ebenso wie die Mehrheit der „Partei der Regionen“ in der Werhowna Rada – gleichermaßen verursachte seine Absetzung 2014 die massiven Proteste in eben denselben Regionen des Südostens. Dass Janukowitsch überhaupt abgewählt werden konnte, wurde seitens der Werhowna Rada in einem umstrittenen Verfahren Ende Februar 2014 bestimmt.¹²⁶⁷ Bis heute scheint ungeklärt, ob und in welchem Ausmaß – selbst das Datum scheint nicht eindeutig erkennbar zu sein – die Entscheidung der Rada legitim war.¹²⁶⁸ Das Ergebnis der Abstimmung, wonach Wiktor Janukowitsch als Präsident der Ukraine nach der Resolution „Über die Selbstentfernung des Präsidenten der Ukraine aus dem Amt und vorgezogene Präsidentschaftswahlen in der Ukraine“ abgesetzt wurde, hatte allerdings ab dem Tag der Abstimmung Gültigkeit.¹²⁶⁹ So wurde Olexandr Turtshinow als Interimspräsident einberufen, bis die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, welche von der Werhowna Rada auf den 25. Mai 2014 angesetzt wurden, stattfinden konnten.¹²⁷⁰

5.6.1.1.4 Die Krisenzeit – Petro Poroschenko 2014

Die vorangegangenen Ausführungen sollen verdeutlichen, unter welchen Vorzeichen die Präsidentschaft des im Mai 2014 gewählten Präsidenten Petro Poroschenkos stand. Seine Amtszeit fing mitten im bewaffneten Konflikt im Donbass an, bereits nachdem die Halbinsel Krim von Russland „übernommen“ wurde.¹²⁷¹ Dem neuen Präsidenten stand zum Anfang seiner Präsidentschaft die Lösung folgender übergeordneter Probleme bevor: Frieden im Osten der Ukraine und die Einheit zwischen der Ost- und der Westukraine, politische und wirtschaftliche Reformen, welche mehr Stabilität in beide Sphären

¹²⁶⁶ Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2; Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 57.

¹²⁶⁷ Das Datum 22. Februar 2014 taucht in den folgenden Quellen auf: Meleshevich, Andriy (2014): Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine. Ukraine-Analysen 132. 2-5, S. 2; Bundeszentrale für politische Bildung; Chronik: 10. bis 23. Februar 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179767/chronik-10-bis-23-februar-2014> (Abgerufen am 04.05.2014).

¹²⁶⁸ Für eine Absetzung wäre eine 2/3-Mehrheit der Rada nötig. Allerdings nennen verschiedene Quellen auch unterschiedliche Zahlen. So zum Beispiel ist die Rede von 324 Ja-Stimmen aus 328 anwesenden Abgeordneten, wobei die Abstimmung am 24. Februar stattgefunden haben soll (Melnykovska, Inna (2014): Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko. Ukraine-Analysen 135. 2-5, S. 2). Eine alternative Quelle macht die Angabe von 328 Ja-Stimmen aus 334 anwesenden Abgeordneten, wobei die Abstimmung am 22. Februar stattgefunden haben soll (Meleshevich, Andriy (2014): Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine. S. 2). Letztlich macht die Bundeszentrale für politische Bildung in der entsprechenden Chronik die Angabe über 317 von 331 Stimmen, welche als Einziges die nötige Mehrheit bedeuten würde. Angesichts der vorgenommenen Recherche ist es aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Zeitraum Mai 2014 bis Mai 2015) nicht möglich, eindeutige Angaben über die Zahl der Stimmen bzw. das genaue Datum der Absetzung zu tätigen.

¹²⁶⁹ Meleshevich, Andriy (2014): Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine. S. 2.

¹²⁷⁰ Ebd.

¹²⁷¹ Die Details und die Diskussion um das Völkerrecht werden näher im Kapitel „Die Ukraine-Krise“ erläutert.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

bringen sollten, die Konsolidierung des Parteiensystems und schließlich die erfolgreiche Außenpolitik, welche sowohl die Beziehungen zur Europäischen Union als auch zu Russland herstellen und aufrecht erhalten sollte. Direkt nach seiner Amtseinführung hatte Poroschenko beschlossen die bereits laufende „Anti-Terror-Operation“ gegen die Separatisten-Gebiete in Donbass auszuweiten. Ebenso legte er einen 14-Punkte-Plan für den Frieden fest – welcher in der Tat zu einer Waffenruhe zwischen dem 21. und dem 30. Juni 2014 führte.¹²⁷² Nachdem sich die Kriegstätigkeit im August 2014 erneut verschärfte und Russland sich massiv einzumischen schien (unter anderem durch mehrere umstrittene humanitäre Hilfskonvois), wurde am 5. September 2014 zwischen den Vertretern der Ukraine und den Separatisten das Friedensabkommen von Minsk geschlossen (Minsk I).¹²⁷³ Unter Poroschenko folgten ein Amnestiegesetz, welches die Separatisten in den abtrünnigen Donbasser Gebieten betraf, ebenso ein Gesetz über den verwaltungsrechtlichen und sprachlichen Sonderstatus der besetzten Gebiete. Gleichzeitig wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine von der Rada ratifiziert.¹²⁷⁴ Damit wurde der Frieden allerdings nicht erreicht – es dauerte noch bis zum 12. Februar 2015, bis das Friedensabkommen von Minsk erneuert werden musste (Minsk II), diesmal unter Mitwirkung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten François Hollande.¹²⁷⁵ Damit hatte Petro Poroschenko zwei seiner anfänglichen Ziele formal umgesetzt – doch zu welchem Preis? Letztlich ist die Kriegstätigkeit im Osten der Ukraine bis zum aktuellen Zeitpunkt (Sommer 2017) nicht vollständig eingestellt.¹²⁷⁶ Eine Rückführung der besetzten Gebiete scheint daher sehr unwahrscheinlich – damit wäre die Einheit der Ukraine als übergeordnetes Ziel zunächst nicht erreicht. Ebenso verhält es sich mit dem faktischen Frieden -, auch dieses Ziel scheint heute noch weit entfernt zu sein. Die Bevölkerung im Osten der Ukraine reagiert mittlerweile feindlich gegenüber dem Einsatz der ukrainischen Armee – für viele bedeutet dies einen Feldzug gegen das eigene Volk.¹²⁷⁷ Reformen, welche Poroschenko sich vorgenommen hat, sind formal zwar angestrebt, doch die wirtschaftliche und politische Lage der Ukraine in den aktuellen Zeiten kann von dem Erreichen dieser Vorhaben nicht zeugen. Zwar wurde das Abkommen

¹²⁷² Melnykovska, Inna (2014): Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko. S. 2-3; Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 23. Juni bis 15. September 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191831/chronik-23-juni-15-september-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).

¹²⁷³ Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 23. Juni bis 15. September 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191831/chronik-23-juni-15-september-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).

¹²⁷⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: Assoziierungsabkommen mit der EU/Humanitäre Lage/Religion im Ostukraine-Konflikt/Militärkonflikt in der Ost-Ukraine. 30.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/192456/assozierungsabkommen-mit-der-eu-humanitaere-lage-religion-im-ostukraine-konflikt-militaerkonflikt-in-der-ost-ukraine-30-09-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).

¹²⁷⁵ Heller, Regina: Kommentar: „Minsk II: neues Spiel, neues Glück?“ Bundeszentrale für politische Bildung 26.02.2015. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/201876/kommentar-minsk-ii-neues-spiel-neues-glueck> (Abgerufen am 01.03.2015); Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 9. bis 22. Februar 2015 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/201889/chronik-9-22-februar-2015> (Abgerufen am 01.03.2015).

¹²⁷⁶ Vgl. hierzu: Bereslavskiy, Dennis/Pleines Heiko (2015): Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt. Ukraine-Analysen 150. 2-5, S. 2-4.

¹²⁷⁷ Ebd. (2015): Umfrage: Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt. Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt. Ukraine-Analysen 150. 9-13, S. 10.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

zwischen der Ukraine und der EU unterzeichnet – die Beziehungen zu Russland sind aber so schlecht, wie seit der Unabhängigkeit der Ukraine nicht mehr. Sofern steht Petro Poroschenko die Lösung der anfangs gesetzten Probleme nach dem aktuellen Stand noch bevor.

5.6.1.2 Rolle der Exekutive nach der Unabhängigkeit und die Machtverhältnisse im Staat

Während der Zeit zwischen 1990 und 2004 waren mehr als zehn Premierminister im Amt.¹²⁷⁸ Die meisten Vertreter in diesem Amt waren auf die eine oder andere Weise mit den wirtschaftlichen Clans der Ostukraine verbunden.¹²⁷⁹ Die Clans entstanden vorwiegend während der unübersichtlichen Zeit der Privatisierungen und der wirtschaftlichen Umstrukturierungen der 1990er Jahre, wobei die Mehrzahl der strukturell bedeutenden Betriebe in die Hände einiger weniger Funktionäre fiel. Die Hochburgen dieser Funktionäre waren die Industriestädte des Ostens – Dnipropetrowsk und Donezk. Im Laufe des Jahres 1990 fanden erste Proteste gegen die kommunistisch dominierte Regierung statt, woraufhin der Ministerpräsident Witold Fokin zurücktrat.¹²⁸⁰ Im Jahr 1992 kam Leonid Kuchma als Vertreter der alten Nomenklatur, doch formell parteilos ins Amt, wovon er bereits im Jahr 1993 wegen seiner Kandidatur ins Präsidialamt zurücktrat. Es folgte eine Reihe Regierungschefs, die zwar faktisch die Mehrheit im Parlament hatten und die Exekutivmacht ausüben konnten, in Wahrheit aber stark vom Präsidenten bedrängt wurden. Die Ministerpräsidenten der Jahre 1993 bis 1999 waren beinahe alle parteilos, bis auf Pavlo Lazarenko mit seinem eigenen Wahlbündnis „Hromada“ und später Anatolij Kinach von der Partei der Unternehmer der Ukraine (Партія промисловців і підприємців України). Auch Wiktor Juschtschenko, obwohl auf der Seite der gemäßigten Opposition platziert, war während seiner Amtszeit parteilos. So waren nach dem Altkommunisten Fokin (bis 1992) und Leonid Kuchma selbst (1992 bis 1993) der Bürgermeister von Donezk Juchim Zvjahilkij (1993 bis 1994), der Ex-KGB-Funktionär Ewgenij Marchuk (1995 bis 1996) und zuletzt der Gouverneur von Donezk Wiktor Janukowitsch (2002 bis 2004) und die Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko (2005 und 2007 bis 2010) mehrere Repräsentanten der Dnipropetrowsker bzw. Donezker Wirtschaftselite an dem höchsten Regierungssitz beteiligt. Die Ausnahmen bildeten lediglich die besagten Wiktor Juschtschenko (1999 bis 2001) und Anatolij Kinach (2001 bis 2002) sowie der Interimspremier Olexandr Turtschinow (2010) und der letzte Vorkrisen-Premier Mykola Azarow (2005 und 2010 bis 2014).¹²⁸¹ Azarow war zwar Wirtschaftsprofessor und kein unmittelbarer Vertreter der Oligarchie, kam aber dennoch aus den Donezker Politikkreisen.¹²⁸² Unübersehbar ist indes, dass die meisten Ministerpräsidenten den Osten des Landes repräsentierten.

¹²⁷⁸ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 209-217.

¹²⁷⁹ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252.

¹²⁸⁰ Ebd.

¹²⁸¹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 209-217.

¹²⁸² Lenta.ru: Азаров, Николай: Премьер-министр Украины. (o.D.) <http://lenta.ru/lib/14159957/full.htm> (Abgerufen am 05.05.2014).

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Da die Verfassung die Rolle der Regierung erst 1996 festlegte, wurde die Aufgabenverteilung bis dahin nach der alten sowjetischen Verfassung betrieben. Demnach wurde die Regierung als Ministerkabinettt zu einem Spielball zwischen dem erst halbfrei und nach 1994 frei gewählten Parlament und dem Präsidenten, die beide Anspruch auf Mitsprache bei der Ausübung der Exekutivmacht erhoben. Die Zugehörigkeit der meisten Regierungschefs zu den „Unabhängigen“, was durch die Parteilosigkeit auch eine gewisse Ungebundenheit an Regeln implizierte – und die Verbindungen der meisten zu dem einen oder anderen Oligarchen-Clan führten unter der Leitung Kuchmas zu einer sukzessiven Verschlechterung der Transparenz. Die immer zunehmende Korruption leitete schließlich massive Proteste ein, weswegen der Präsident Kuchma im Jahr 1999 den Chef der Nationalbank Wiktor Juschtschenko ins Amt berief. Erstmals war mit Juschtschenko ein Reformler an die Macht gekommen. Zusätzlich war Juschtschenko der erste politische Repräsentant des ukrainischen Westens, der Ministerpräsident wurde. Zusammen mit der Vize-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bildete Juschtschenko bis zur Parlamentswahl 2002 die erste „echte“ Opposition als Gegengewicht zu Kuchmas „Partei der Macht“.¹²⁸³ Julia Timoschenko nutzte ihre Partei "Vaterland" und einige kleinere Gruppen, um das Wahlbündnis BJuT („Block Julia Timoschenko“) zu bilden.¹²⁸⁴ Juschtschenko gründete die Partei „Unsere Ukraine“, wo er neben den ehemaligen Ruch-Vertreter auch Oligarchen als Geldgeber integrierte. Kuchma organisierte seine Anhänger in das Bündnis „Für eine einheitliche Ukraine!“, die hauptsächlich die „Unabhängigen“ sowie die ostukrainischen Oligarchen, unter anderem aber auch die Vorgänger-Partei der „Partei der Regionen“ (PdR), beherbergte.¹²⁸⁵ Damit schufen sich in der Ukraine zum ersten Mal relativ klare politische Fronten zwischen Ost und West, Nord und Süd. Zwar war die Rhetorik im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 weniger von der nationalen Perspektive, sondern eher von aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen geprägt. Dennoch verteilte sich die Wählerschaft relativ klar zwischen den späteren Orangen Parteien und dem Wahlbündnis von Kuchma entlang des Südost-Nordwest-Rasters.

Obwohl Julia Timoschenko ebenfalls aus den Reihen des Clans von Dnipropetrowsk kam, setzte sie sich als Mitglied der Regierung Juschtschenko für die Bekämpfung der Korruption und dem Abbau der Willkür der Behörden ein. Diese Politikrichtung brachte ihr und Juschtschenko viele Sympathien seitens der oppositionell gestimmten Wähler ein. Gleichzeitig wurden sie im Osten der Ukraine als national gestimmte Kräfte wahrgenommen, die die Ukraine weg von Russland bewegen sollten.¹²⁸⁶ Doch auch die Sichtweise vieler, vor allem der jüngeren Generation im Südosten der Ukraine, erlebte einen Wandel im Zuge der Regierungstätigkeit Kuchmas (v.a. Kuchma-Gate) bzw. der oppositionellen Regierung unter Juschtschenko und Timoschenko. So wurden einige Kräfte für Reformen mobilisiert, was auch viele später dazu bewegte, die Orange Revo-

¹²⁸³ Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 34.

¹²⁸⁴ Bezeichnung auf Ukrainisch: Блок Юлії Тимошенко (Üb.d.A.).

¹²⁸⁵ Bezeichnung auf Ukrainisch: "За єдину Україну!"; Партія регіонів (Üb.d.A.); Vgl. hierzu: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 261-262; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 35-36.

¹²⁸⁶ Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 44-47.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

lution zu unterstützen.¹²⁸⁷ Angesichts der starken politischen – nebst der bereits vorhandenen wirtschaftlichen Stärke der Oligarchen – waren große Teile der ukrainischen Bevölkerung in der demokratischen Funktionsweise des Staates enttäuscht. Im Jahr 2001 standen sowohl Timoschenko als auch Kuchma und Juschtschenko auf der Liste derjenigen, die in den Augen der ukrainischen Öffentlichkeit als „Oligarchen“ galten.¹²⁸⁸ Für die ältere Generation im Südosten bedeutete die Enttäuschung einen wiederkehrenden Glauben an die „alte“ sowjetische Herrschaft und für die jüngere Generation eine zunächst unklare Positionierung hinsichtlich der existierenden politischen Lager.¹²⁸⁹ Was sich allerdings schwer umkehren ließ, war die nach wie vor starke Regionalisierung der Wähler, welche weder die Opposition noch die „Partei der Macht“ zu lösen schaffte.

Nach den Präsidentschaftswahlen 2004 formierte sich eine Koalition unter der Führung der Orangen Parteien sowie den Sozialisten. Die Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und der Präsident Juschtschenko haben sich grundlegende Reformen auf die Fahnen geschrieben, darunter die Bekämpfung der Korruption und des Oligarchentums sowie Stärkung der Stellung der ukrainischen Sprache, was angesichts der politischen Ausrichtung ein eher überraschendes politisches Versprechen war.¹²⁹⁰ Die Oligarchen blieben allerdings mehrheitlich an der Macht und behielten ihre wirtschaftliche Macht im Osten des Landes, denn Juschtschenko war auf deren Unterstützung angewiesen.¹²⁹¹ Problematisch war auch die Tatsache, dass einige Oligarchen, so wie Petro Poroschenko, dem neuen Regierungslager nahe standen und damit außerhalb der Reichweite der neuen Linie der Regierung waren. Poroschenko wurde vom Juschtschenko zum Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates ernannt, was praktisch eine Gegenposition zu der Julia Timoschenkos war. Juschtschenko trug nicht zur Entspannung der Konflikte bei, zumal bereits innerhalb der ersten sechs Monate nach Amtsantritt sich erste Gegensätze zwischen ihm und Timoschenko aufzeigten.¹²⁹² Bis zum Herbst 2005 hatten sich die Beziehungen derart verschlechtert, dass Juschtschenko einen neuen Ministerpräsidenten, Jurij Jechanurow, ins Amt berief und sich damit immer weiter von den Orangen Idealen des Jahres 2004 entfernte. Durch die zunehmende Nähe Juschtschenkos zu Oligarchen und alten Machtträgern sowie der „Partei der Regionen“ konnte sich Julia Timoschenko als alleinige Verfechterin der Orangen Ideale profilieren.¹²⁹³ Für Juschtschenko blieb dadurch kein Platz auf der politischen Bühne, da sich als Gegenlager zu Timoschenko die „Partei der Regionen“ unter der Führung von Wiktor Janukowitsch formierte.

Unter anderem wurden in den Zeiten der Regierung Juschtschenko/Timoschenko ukrainischsprachige und unabhängige Medien gefördert, was massiv zur Pressefreiheit beitrug. Dabei wurde die erfolgreich unter der Führung der Orangen Kräfte betriebene Förderung der ukrainischen Sprache von der „Partei der Regionen“ verwendet, um die russischsprachigen Regionen gegen die Orangen Kräfte zu mobilisieren. Ebenso wurde

¹²⁸⁷ Ebd. S. 44-45.

¹²⁸⁸ Ebd. S. 34.

¹²⁸⁹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 249.

¹²⁹⁰ Ebd. S. 245; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 288-289.

¹²⁹¹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 257.

¹²⁹² Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 288-289.

¹²⁹³ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 258; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 47.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

die West-Politik und hauptsächlich die NATO-Affinität der Orangen Kräfte im Südosten der Ukraine negativ aufgenommen – die Regierung der AR Krim erklärte die Halbinsel im Jahr 2006 für „NATO-frei“.¹²⁹⁴ Die Parole „Rache für die Orange Pest“ war derzeit im Südosten der Ukraine an der Tagesordnung.¹²⁹⁵

Die Parlamentswahlen aus dem Jahr 2007 wirbelten die Kräfteverteilung erneut durcheinander. Als Siegerin ging die „Partei der Regionen“ hervor. Die geschickte Wahlkampagne und Versprechen an beide Lager – sowohl Europa- und Reformfreundlichkeit als auch die Beibehaltung der russisch-freundlichen Politik – brachten, neben der Kritik an der Orangen Politik der vergangenen Jahre, eine Koalition mit den Sozialisten und der Kommunisten unter der Führung des Ministerpräsidenten Wiktor Janukowitsch zustande. Doch die Zusammenarbeit mit dem Orangen Präsidenten Juschtschenko klappte nicht. Bereits im Herbst 2006 traten vier Minister zurück, die zuvor in der Regierung von „Unsere Ukraine“ saßen. Janukowitsch kehrte immer mehr zu seiner Richtung der Russland-Nähe zurück und lehnte Reformen ab. Zusätzlich versuchte er stets die Macht des Präsidenten Juschtschenko zu schwächen.¹²⁹⁶ Die Regierungskoalition zerfiel, als für das Frühjahr 2007 Neuwahlen angekündigt wurden.

Nach den Wahlen des Jahres 2007 bis zur Präsidentschaftswahl 2010 regierte Julia Timoschenko erst in einer Koalition mit der Präsidentenpartei NU-NS („Unsere Ukraine – Selbstverteidigung der Volkes“), zu welcher der „Lytwyn-Block“ im Jahr 2008 hinzu kam.¹²⁹⁷ Die Regierungszeit der Julia Timoschenko war durch Konflikte mit dem Präsidenten, gleichzeitigen politischen Alleingängen bezüglich Gasverhandlungen mit Russland und Versuche der Kooperation mit der „Partei der Regionen“ geprägt.¹²⁹⁸ Aufgrund ihres Lavierens zwischen den Fronten gewann sie zum Teil an Sympathien im Südosten, verlor aber gleichzeitig ihre Basis im Westen.¹²⁹⁹ Am Ende ihrer Regierungszeit wusste keiner mehr so recht, für welche „Seite“ sie nun stand. Von den einen wurde sie nun als „Moskaus Marionette“ und von den anderen nach wie vor als USA-Verbündete wahrgenommen, was sie wahrscheinlich im Endeffekt auch ihre Präsidentschaft kostete.¹³⁰⁰

Schließlich hat der Ministerpräsident Mykola Azarow während der Präsidentschaft Janukowitschs und der Mehrheitskoalition der „Partei der Regionen“ in der Werhowna Rada sich der politischen Richtung des Präsidenten gefügt. Autoritärer Führungsstil unter Berücksichtigung der Oligarchen-Interessen im Osten des Landes, russisch-geprägte Sprach- und Geschichtspolitik sowie Religionsinterpretation und ausgedehnte Macht durch die problematischen Kommunalwahlen im Herbst 2010 waren Charakteristika dieser Regierung.¹³⁰¹ Azarow tauschte gleich zur Amtseinführung die Führung von

¹²⁹⁴ Boeckh, Katrin/Vökl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. 264-265.

¹²⁹⁵ Ebd. S. 261; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 289-290.

¹²⁹⁶ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 292-293.

¹²⁹⁷ Ukrainische Bezeichnung: Наша Україна - Народна самооборона (Üb.d.A.).

¹²⁹⁸ Schünemann, Manfred: „Wer schafft es in die zweite Runde?“ AG Friedensforschung <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine/wahl2010b.html> (Abgerufen am 15.05.2014).

¹²⁹⁹ Vgl. hierzu: Kyril Savin/Andreas Stein: „Beginn der neuen politischen Saison 2009/2010 in der Ukraine“.

¹³⁰⁰ Malygina, Katerina (2010): Die Etablierung Viktor Janukowitschs als Präsident der Ukraine ist noch nicht abgeschlossen. S. 17-18; Tomasz Konicz: „Schockstarre“ ukraine-nachrichten.de vom 21.09.2009 http://ukraine-nachrichten.de/tomasz-konicz-schockstarre_1764_meinungen-analysen (Abgerufen am 15.05.2014).

¹³⁰¹ Vgl. hierzu: Lange, Nico (2010): Zwischen Re-Sowjetisierung und korporativen Interessen. Ukraine-Analysen 80. 13-15, S. 13; Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 15-16.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

vielen Behörden aus, ernannte beinahe keine Minister, die den Westen des Landes vertraten und zeichnete sich durch seine Russischsprachigkeit aus. Dasselbe galt für sein Kabinett, was im Osten des Landes mit demonstrativem öffentlichem Desinteresse gegenüber weiterer Ukrainisierung belohnt wurde. Der neue Bildungsminister Dmitro Tabatschnik ließ direkt nach seinem Amtseintritt die Ukrainisch-Prüfung für den Bachelor-Studiengang abschaffen, ebenso wurde von dieser Regierung das Gesetz zu den regionalen Sprachen verabschiedet.¹³⁰² Somit kann gesagt werden, dass die Umkehr zur russisch-zentrierten Politik von der Regierung unter Azarow unter deutlichen Vorzeichen der Janukowitsch-Führung stand, welche wiederum auf den russischsprachigen Teil des Landes ausgerichtet war.

5.6.1.3 Innenpolitische und innerstaatliche Konflikte als Pendant zum politischen Machtkampf

Die innenpolitischen und innerstaatlichen Konflikte können als bedeutender Begleitfaktor im politischen Leben der Ukraine betrachtet werden. Diese resultieren aus der Bevölkerungsstruktur der Ukraine und ihrer regionalen Verteilung, neben historischen und sprachlich-kulturellen Merkmalen. Die anfängliche Entscheidung der Eliten in der Ukraine ein inklusives Modell der Staatlichkeit und der Nation zu implementieren, brachte das Problem der gemeinsamen Basis mit sich, welche die Bevölkerung des Landes hinsichtlich der politischen Ausrichtung vereinen konnte.¹³⁰³ Die Besonderheit der Ukraine hinsichtlich der häufigen Wahlen und Regierungswechsel ist die starke Ost-West Prägung des politischen Machtkampfes, neben sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Das bedeutet nicht, dass es unüberwindbare Differenzen zwischen dem russischsprachigen und dem ukrainischsprachigen Teil der Bevölkerung gibt – vielmehr bestehen Unterschiede in der Vorstellung über die Ausrichtung der Ukraine nach innen und nach außen, welche von den Machtinhabern stets für den politischen Kampf instrumentalisiert wurden. Hinzu kommt der beinahe unerschütterlicher Machtverbleib der alten Netzwerke und die damit verbundene Korruption, welche eine Art „wirkungslosen Pluralismus“ zustande gebracht hat.¹³⁰⁴ Dies bedeutet, dass sich immer wieder die gleichen Eliten „zeremoniell“ von ihrer Wählerschaft im Amt bestätigen bzw. wählen lassen, ohne dass daraus wesentliche Veränderungen des politischen Machtspiels entstehen.¹³⁰⁵

Unter dem Präsidenten Krawchuk wurden Anfang der 1990er Jahre bestehende zivilgesellschaftliche Organisationen zur Kooperation aufgerufen. Ziel war es, die Gesellschaft zum Konsens zu bringen und bewusst auf eine Konfrontation zu verzichten. Dies wurde unter dem Präsidenten Kuchma fortgeführt, der noch mehr als sein Vorgänger an eine vereinigte Ukraine durch eine zentralisierte Politik und Konfliktmanagement glaubte. Die Negativbeispiele, welche beiden Anführern vorschwebten, waren sicherlich

¹³⁰² Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 15-16.

¹³⁰³ Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 46.

¹³⁰⁴ Das Begriffspaar übernommen aus: Ebd. S. 42

¹³⁰⁵ Vgl. hierzu: Ebd. S. 42.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

bewaffnete Konflikte in Tschetschenien, sowie die ethnisch exklusive Politik im Baltikum. Kuchma sprach in dieser Hinsicht von dem besonderen „Ukrainischen Weg“, welcher alle Bürger der Ukraine vereinte.¹³⁰⁶ Krawchuk betonte am Anfang seiner Präsidentschaft, dass man die Russen in der Ukraine keinesfalls mit den Russen im Baltikum gleichsetzen dürfe – in der Ukraine seien sie seit Hunderten von Jahren ansässig und würden niemals diskriminiert werden.¹³⁰⁷ Auf der anderen Seite des Meinungsspektrums standen nationalbewusste Ukrainer, denen das Nachbarland im Norden – Belarus – als Negativbeispiel vor Augen geführt wurde, wie die Gesellschaft sich immer mehr russifizierte und die weißrussische Kultur beinahe verloren ging.¹³⁰⁸ In den Anfängen der Demokratisierung wurden bewaffnete Konflikte im Nachbarland Russland stets mit Ruhe wahrgenommen und von den Menschen als eine Sache der Unmöglichkeit in der Ukraine betrachtet. Die Ukrainer hielten sich selbst für „zentristisch“, „konservativ“ und dem Extremismus nicht zugeneigt, so dass innerstaatliche Konflikte nicht möglich gewesen wären und alle Probleme durch Konsens gelöst werden konnten.¹³⁰⁹

In der Ukraine gab es keinen Radikalschnitt in Sachen Personal von Behörden bzw. der staatlichen Betriebe. Während im Baltikum die Forderung nach den Kenntnissen der estnischen Sprache bereits automatisch einen Teil des Personals „freiwillig“ gehen ließ, blieb der alte Verwaltungsapparat in der Ukraine weitestgehend bestehen.¹³¹⁰ Auch diese „Kontinuität“ trug zum Fortbestehen der gesellschaftlichen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung bei. Die „sowjetische“ Problemlösungskompetenz war Anfang der 1990er Jahre ein fruchtbarer Nährboden für Korruption auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Daseins. Hinzu kam die schwierige Wirtschaftslage, welche in der Bevölkerung neben der Demokratisierung auch Zweifel an der Marktwirtschaft aufkommen ließ.¹³¹¹ Die so entstandene Verwaltungselite ließ sich mit der Zeit nicht mehr von ihrer Position abbringen, was mit dem entstandenen Netzwerk der politischen Parteien, Wirtschaftsoligarchen und kriminellen Organisationen einhergeht.¹³¹² Dies soll nicht bedeuten, dass die russischsprachigen Regionen ein Brutnest für Korruption waren, während die Westukrainer ihren Geschäften stets nach allen Regeln des Rechtsstaates nachgingen. Vielmehr soll verdeutlicht werden, dass durch das Fortbestehen der alten Verwaltungsmuster im ganzen Staat es zu einer gefühlten „wie immer“-Mentalität kam, welcher sich auch politische Parteien in ihrem Wahlkampf bedienten. Mittels regionaler Verwaltungsapparate, informeller Kanäle, regionaler Interessengruppen und nicht zuletzt der mit den politischen „Clans“ verwobenen Wirtschaftselite konnten Parteien mehr oder weniger „öffentlich“ Stimmkauf betreiben. Dadurch ist auch die Parteidentifikation nach Wohnort und nicht nach ethnischer Zugehörigkeit entstanden.¹³¹³ Damit sind politische Kräfte in der Ukraine zu „politischen Maschinen“ geworden, welche die

¹³⁰⁶ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 49-51.

¹³⁰⁷ Zitiert in: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 270.

¹³⁰⁸ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 128-129.

¹³⁰⁹ Ebd. S. 51.

¹³¹⁰ Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 267.

¹³¹¹ Ebd. S. 301-302.

¹³¹² Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 47-48.

¹³¹³ Ebd. S. 52-53.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Bevölkerung instrumentalisieren und nicht anders herum – eine Art Interessenrepräsentation „von oben“.¹³¹⁴

Die ukrainische Bevölkerung zeigte sich in einer Reihe Sachfragen gespalten, welche ihren Weg in den politischen Wahlkampf finden. Dazu gehörten Dezentralisierung bzw. Föderalisierung, Sprachen- und Minderheitenpolitik und die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine in Richtung EU und NATO oder Russland.¹³¹⁵ Dass sich verschiedene politische Parteien bzw. Interessengruppen dieser „cleavages“ bereits in den 1990er Jahren, aber verstärkt ab dem Jahr 2000, bedient haben, verwundert wenig.¹³¹⁶ Petra Stykow führt an, dass die Parteien aufgrund ihrer programmatischen Schwäche und des Wegfallens des Kommunismus-Demokratie-Konfliktes Ende der 1990er Jahre angefangen haben die regionale Spaltung für ihren Wahlkampf zu instrumentalisieren, um die Legitimation der eigenen Machtposition zu erreichen. Die Wählerschaft in den verschiedenen Regionen wurde dabei mittels Positionierung zu den genannten Themen mobilisiert.¹³¹⁷ Was die regionale Spaltung somit zu einem Mittel zum Zweck der verschiedenen politischen Gruppierungen machte, ist die Konzentration auf wenige Kernthemen, wobei in anderen Bereichen in der politischen Realität nur wenig umgesetzt wurde.¹³¹⁸ Die ukrainische Bevölkerung als Wählerschaft folgte dieser Interessenrepräsentation so lange, bis die so entstandene politische Ineffizienz überspannt wurde – daraus entstanden sowohl die Proteste der Jahre 2004 und 2014 als auch der präsidentiale Machtwechsel des Jahres 2010. Auch wenn Wiktor Juschtschenko versuchte in seiner Politik auf alle Seiten des gesellschaftlichen Spektrums einzugehen, hat weder er noch ein anderer Kandidat es bis 2014 geschafft, die Interessen des Westens und des Ostens (vereinfacht dargestellt) auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.¹³¹⁹ Solange die Innenpolitik an der gesellschaftlichen Spaltung russisch-ukrainisch und die Außenpolitik an der Richtung Europa-Russland scheitert, kann zumindest nicht von einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Konsens über die Gestaltung der ukrainischen Politik gesprochen werden.

Als interessantes Zeichen der Loyalität der unabhängigen Ukraine gegenüber kann das Ablegen des Treueides genommen werden, den ukrainische Abgeordnete der Werhowna Rada bei Amtsübernahme ablegen sollten. In der Parlamentszusammensetzung 1994 bis 1998 haben 85% der Personen diesen Eid freiwillig abgelegt und der Rest hat sich geweigert, wobei von der Zusammensetzung her es ca. 42% ethnische Ukrainer und 18% ethnische Russen waren, zuzüglich weiterer Repräsentanten kleinerer ethnischen Gruppen wie Juden, Polen und Ungarn. Von den Ukrainern haben 89% und von den Russen 64% den Treueid abgelegt. Die restlichen Abgeordneten beider Nationalitäten weigerten sich, was wiederum mit unterschiedlichen Faktoren in Zusammenhang gebracht werden kann: Erstens kamen die meisten (90%) der Verweigerer aus dem Block der KPU, obwohl es auch hier interne Unterschiede gab. So bestanden diese Verweigerer

¹³¹⁴ Den Begriff „politische Maschinen“ verwendet Petra Stykow.

¹³¹⁵ Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 47-48.

¹³¹⁶ Vgl. hierzu: Ebd. S. 53.

¹³¹⁷ Vgl. hierzu: Ebd. S. 52-53.

¹³¹⁸ Ebd. S. 48.

¹³¹⁹ Vgl. hierzu: Portnov, Andrij (2014): Postsowjetische Hybridität und „Eurevolution“ in der Ukraine. APuZ 47-48, 3-9, S. 6.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

fraktionsintern nur aus 66% der KPU-Abgeordneten. Der Rest der KPU, der den Eid freiwillig ablegte, waren wiederum fast 70% Ukrainer und 24% Russen. Man kann also im Umkehrschluss sagen, dass die meisten der Verweigerer zwar tatsächlich aus den Reihen der Russen bzw. der KPU kamen, doch nicht ausschließlich und auch nicht geschlossen. Zweitens haben 70% derjenigen, die sich gegen die Verfassung von 1996 aussprachen, auch nicht den Eid abgelegt. Abgesehen von den Vertretern der KPU gehörte ein Abgeordneter der Bauernpartei und zwei der Interregionalen Partei an. Keiner der Abgeordneten der Kuchma-nahen „Partei der Macht“ weigerte sich.¹³²⁰ Drittens zeigte die regionale Verteilung, dass die meisten Verweigerer aus der Donbass-Region kamen, genauer waren es 28 Abgeordnete. Diejenigen, die aus den Oblasten Donezk und Luhansk kamen, haben auch nur 39% der 72 Stimmen ausgemacht. Somit zeigten sich die meisten Repräsentanten des Donbass loyal gegenüber der unabhängigen Ukraine. Selbst auf der Krim war der Anteil der Verweigerer kleiner, nur 35%.¹³²¹ Viertens bestand ein Zusammenhang zwischen denjenigen, die für den offiziellen Status der russischen Sprache auftraten. Von diesen legten 56% den Treueid ab, was wiederum zeigt, dass potentielle Russischsprachler nicht geschlossen unloyal waren. Schließlich verweigerte rund die Hälfte derjenigen Abgeordneten den Eid, die sich eine vollständige Vereinigung mit Russland wünschten, was an sich schon fast kurios ist. Eine Beteiligung an der GUS sorgte dagegen für eine 100% Ablegung des Eides seitens der entsprechenden Abgeordneten.¹³²²

Die Krisen der Jahre 2004 und 2014 können als Höhepunkte der gesellschaftlichen und staatlichen Konflikte in der Ukraine betrachtet werden, allerdings unter verschiedenen Vorzeichen. Während im Jahr 2004 noch für demokratische Prinzipien gekämpft wurde, welche maßgeblich mit der Figur des Präsidenten Kuchma bzw. des Kandidaten Janukowitsch zu tun hatten, war der Unterton der Proteste im Jahr 2014 eher gegen die Beseitigung der durchweg korrupten und ineffizienten Staatlichkeit gerichtet.¹³²³ Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, dass mit der Orangen Revolution im Grunde die politische Dimension der innerstaatlichen Ost-West-Auseinandersetzung in der Ukraine ihren Anfang nahm hat, was auf die Ereignisse des Jahres 2014 übertragen wurde. Im Grunde repräsentierten die beiden Kontrahenten Juschtschenko und Janukowitsch während der Zeit 2004 bis 2010 beide Seiten des Konfliktes, wobei weder der eine noch der andere sich im Verlauf der nachfolgenden Jahre als geeigneter Repräsentant positionieren konnte. Die Fehler der Juschtschenko-Administration bestanden im Verfall in die alten Muster sowie das Fehlen einer geeigneten Rhetorik für den Osten des Landes. Janukowitsch beging wiederum den Fehler der gesamten Missachtung der Interessen des pro-europäischen Teils des Landes sowie der Überspannung der autoritären Linie mit den Gesetzen im Januar 2014 – was letztlich zum „Euromajdan“ geführt hat. Dadurch, dass es im Februar 2014 zu massiven Überläufen aus der „Partei der Regionen“ kam, diskreditierte sich die gesamte politische Elite der Ukraine, sowohl im Osten als auch im Westen des Landes. Da es im Februar 2014 erst zu einem Machtvakuum kam und die anschließend „neu“ entstandene politische Führung nunmehr pro-westlich

¹³²⁰ Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 89-90.

¹³²¹ Ebd. S. 90.

¹³²² Ebd.

¹³²³ Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 55-56.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

angestimmt war, kam es zur Aufkündigung der Loyalität seitens der Krim und der südöstlichen Oblaste der Ukraine.¹³²⁴ Ideologisch begründet wurde der südostukrainische Separatismus somit durch die entstandene „Dominanz des ukrainischen Westens“ ohne gleichwertige Repräsentation des Ostens – was auch ohne Einwirkung von Russland zustande kam.¹³²⁵

5.6.1.4 Parteien als Interessenvertreter oder Interessenvermittler „von oben“?

Wie bereits unter den vorangegangenen Ausführungen beschrieben, stellen Parteien in der Ukraine zwar ein Medium der politischen Willensbildung dar, sind allerdings in vielerlei Hinsicht Instrumente der Machtsicherung der Eliten. Zu diesen gehören sowohl politische Funktionäre aus der Sowjetzeit, welche allerdings generationsbedingt mit der Zeit kontinuierlich weniger wurden, als auch Wirtschaftsfunktionäre, wie der ehemalige Präsident Kuchma, der Kriegs-Präsident Petro Poroschenko oder die ehemalige Premierministerin Timoschenko. Im ukrainischen politischen Alltag spielt jedoch eher der Präsident bzw. die Führungsfiguren der Parteien die zentrale Rolle. Die Ost-West-Teilung des Landes wurde hauptsächlich seit der Orangen Revolution im Jahr 2004 verstärkt thematisiert, während die Weichen seitens des Präsidenten Kuchma und seiner „Partei der Macht“ eher in Richtung Einigkeit gestellt waren. Im vorangegangenen Kapitel wurde erörtert, welchen Einfluss innerstaatlichen Konflikte auf die Rolle der Parteien und auf die Wählerschaft ausgeübt haben – in diesem Kapitel soll gezeigt werden, welche Themen von den Parteien aufgegriffen worden sind, um eine Politikführung „von oben“ zu gewährleisten.

Die Einteilung der Parteien entlang des klassischen Links-Mitte-Rechts-Schemas gestaltete sich während der gesamten Zeit nach der Unabhängigkeit, aber vor allem seit dem Ende der 1990er Jahre schwierig. Dafür sind drei Gründe zu nennen: Erstens betrachteten die politischen Kräfte den Machtanspruch als programmatische Stärke immer mehr, weswegen ideologische Grundsätze immer weiter hinter Slogans und allgemein gehaltenen Gegenpolen (Ost-West, russisch-ukrainisch) blieben.¹³²⁶ Zweitens konzentrierten sich Wahlkämpfe beinahe immer um die Führungsfiguren der Parteien, an welchen sich auch die Wähler orientierten. Schließlich teilten sich die Parteien immer stärker auf die Südost- und Westukraine auf, weswegen den Wählern im Grunde quasi nur die „eine“ Seite dieser parteipolitischen Regionalschemas übrig blieb.¹³²⁷ Als einzige schaffte es „Block Julia Timoschenko“ (BJuT) nach 2007 eine Art überregionale Repräsentation zu erlangen, welche allerdings relativ schnell wieder abebbte.

Die Parteienlandschaft der Ukraine war in den 1990er Jahren zersplittert und zählte etwa 100 Gruppierungen, die sich Partei nannten, in Wahrheit die Bezeichnung „poli-

¹³²⁴ Vgl. hierzu: Ebd. S. 54-59.

¹³²⁵ Zitiert aus: Ebd. S. 59

¹³²⁶ Vgl. hierzu: Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 288.

¹³²⁷ Vgl. hierzu: Jilge, Wilfried (2010): Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der „Partei der Regionen“. Ukraine-Analysen 70. 2-8, S. 5.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

tisch“ aber gar nicht verdient hatten. Ständig wurden dabei neue Parteien gegründet, alte zerfielen und wurden neu formiert, wobei die Zugehörigkeiten der Führungspersonen oft wechselten.¹³²⁸ Bis zum Jahr 2000 hatten sich etwa sieben bis acht Parteien etabliert, welche zusammen mit den „unabhängigen“ Kandidaten teilweise die Kuchma'sche „Partei der Macht“ formten und teilweise der Opposition angehörten. Auch die Oligarchen fanden in der Zeit den Eingang in die Politik, welche sie als eine Art lukratives Geschäft zugunsten ihres Business betrachteten.¹³²⁹ Die Anfang der 1990er Jahre noch einigermaßen deutliche Links-Parteien KPU (Kommunistische Partei der Ukraine), SPU (Sozialistische Partei der Ukraine), Bauernpartei („Селянська партія України“) sowie Progressive Sozialisten sowie Rechts-Parteien NRU (Ruch), demokratische Volkspartei (NDPU) und Vereinigte Sozialdemokratische Partei SDPU(o) teilten sich auch mehr oder weniger deutlich entlang des Ost-West-Schemas. Im Westen wurden demnach die rechten Parteien, im Südosten die Links-Parteien und das Zentrum blieb gemischt, trotz einer Neigung zu den Links-Bündnissen.¹³³⁰

Bis zum Jahr 2002 hatten sich die Parteiblöcke entlang der Grenze „für“ oder „gegen“ Leonid Kuchma herausgebildet. Dabei hatte Kuchma bei den Präsidentschaftswahlen 1999 bekanntlich seine Wählerschaft im Südosten eingebüßt, an dessen Stelle die Kommunisten traten. Das Wahlbündnis „Für eine Einige Ukraine!“ ((FeU) "За Єдину Україну!") stand Kuchma nahe und war als Gegengewicht zu Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko mit „Unsere Ukraine“ zu verstehen. Diesem Präsidenten-Bündnis gehörte damals auch die „Partei der Regionen“ an, welche die Rolle der Vertretung des Ostens spätestens nach dem Einflussverlust der KPU endgültig übernahm. Daneben agierten linke Kräfte, wie die Kommunisten und die Sozialisten, die allesamt ihre Wählerschaft überwiegend im russischsprachigen Südosten hatten. Die Kuchma-Opposition repräsentierte den ukrainischsprachigen Westen.¹³³¹

Die neue Opposition war im Jahr 2002, so wie Ruch bis dahin, in ihrer politischen Programmatik eindeutig in Richtung der westlichen Region ausgerichtet. Auch Kiew und die zentralen Oblaste lagen im Interessengebiet dieser Kräfte. Parteien des linken Flügels wurden gleichzeitig von der KPU, den Sozialisten und anderen kleineren linken Bündnissen, so wie dem Wahlblock von Natalia Witrenko, die es aber nicht über die Vier-Prozent-Hürde schaffte, repräsentiert. Die neue „Partei der Macht“ unter der Führung des Leiters der Präsidentschaftsadministration Wladimir Litwin bekannte sich offen zum Präsidenten Kuchma sowie zu den Oligarchennetzwerken aus den Bereichen der Metallurgie, des Bergbaus, der Energie und der Kontrolle der Massenmedien. Die Vertreter kamen überwiegend aus den östlichen Regionen des Landes Donezk, Luhansk und

¹³²⁸ Ott, Alexander(2000): Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/BIOst 10/2000. S. 3-4.

¹³²⁹ Ebd. S. 4; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 32-33.

¹³³⁰ Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? Ukraine-Analysen 52. 2-7, S. 2; Ott, Alexander (2000): Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. S. 3-4.

¹³³¹ Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 2.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Dnipropetrowsk.¹³³² Die Sozialisten (Sozialistische Partei der Ukraine) positionierten sich irgendwo zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten, wandten sich nach der Präsidentschaftswahl 2004 aber verstärkt dem Orangen Lager zu.¹³³³ Schließlich kam die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine in die Rada, die zwar bereits 1998 eine zentristische Position bezog, aber programmatisch dem Präsidentschaftsblock näher stand. Ihre Führung bestand aus Vertretern der Wirtschaft und Medien, die etwas liberaler gestimmt waren als die Oligarchen der Machtpartei.

Bekanntlich hielt die Orange Koalition nach den Parlamentswahlen 2006 nicht lange – letztlich standen nur ein Jahr später Neuwahlen auf dem politischen Programm. Dies kam unerwartet – schließlich wurde die Parlamentswahl 2006 von Beobachtern gelobt, galt sie doch als der ultimative Härte-test für die ukrainische Demokratie nach der Orangen Revolution. Sowohl die Organisation und Durchführung als auch das Ergebnis wurden unter die Beobachter-Lupe genommen. An der Durchführung der Wahl, so waren sich die Beobachter aus dem OSZE, dem Europarat, der EU und Russland einig, gab es nichts auszusetzen. Dies wurde im Westen als Zeichen der demokratischen Konsolidierung und der Reife des ukrainischen politischen Systems gewertet.¹³³⁴ Die eigentlichen Spannungen entstanden nach der Wahl des Jahres 2006 allerdings nicht zwischen gegnerischen Parteien, sondern innerhalb der Koalition: Die Orangen Kräfte konnten sich nicht einigen und so zerfiel die am 22. Juni gebildete Koalition aus BJuT, UU und der Sozialisten bereits am 11. Juli 2006. An ihre Stelle trat nun eine neue Koalition aus PdR, KPU und den Sozialisten unter der Führung des Ministerpräsidenten Wiktor Janukowitsch. Es war im Grunde zu erwarten, dass das Gespann aus Juschtschenko und Janukowitsch unter der Präsidentschaft Juschtschenkos keine vernünftige Zusammenarbeit zustande bringen würde. So mussten die Wähler nur ein Jahr später, am 21. Juli 2007, erneut an die Wahlurne. Zusätzlich zu den Rangeleien um die Koalitionsbildung wurde dabei erstmals sichtbar, dass es den Machträgern in erster Linie um die Herrschaft und weniger um Wählerinteressen ging. Ebenso entfachte das politische Desaster der Jahre 2006 bis 2007 erneut die Diskussion um die innen- und außenpolitische Ausrichtung der Ukraine, was die Zugehörigkeit entweder zu Europa mit EU und NATO oder zu Russland erneut an die politische Tagesordnung brachte. Diese Seitenbildung hatte zur Folge, dass die Frage der jeweiligen parteipolitischen Zugehörigkeit in Verbindung mit Symbolen wie Freiheit, Demokratie, Autokratie, Europa, Russland etc. gebracht wurde, wobei auch die ehemalige Orange Opposition ihre positive Rolle im ukrainischen politischen System durch die fehlerhafte Regierungsführung und mangelnde Kooperationsbereitschaft untereinander einbüßte. Unter diesen Vorzeichen fanden die vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 statt.

Mit den Parlamentswahlen des Jahres 2007 sah es erstmals danach aus, als hätte sich eine überregionale Volkspartei der Julia Timoschenko – BjuT – herausgebildet. Auch im

¹³³² Schneider, Eberhard/Reimer, Alexander (2002): Die Ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werchowna Rada. Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Aktuell 18, Juni. S. 2-3.

¹³³³ Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? OSZE Jahrbuch 2006, Hamburg: IFSH. S. 77-78.

¹³³⁴ Ebd. S. 79-80; Wachsmuth, Ralf/Drewelowsky, André (2006): Parlamentswahl 2006 in der Ukraine., Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen AI 6/06. 28-56, S. 29.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Südosten schaffte es BJuT bei den vorgezogenen Parlamentswahlen des Jahres 2007 zwischen 15% und 25% der Stimmen zu mobilisieren. Damit schien der Weg frei für die Konkurrenz mit der „Partei der Regionen“ in den russischsprachigen Oblasten.¹³³⁵ Allerdings scheiterte der Siegeszug an der Person Julia Timoschenko, die durch ihre Tätigkeit als Premierministerin das Potential ihres Parteiblocks aufs Spiel setzte. Dass die Wähler im Osten und Westen sich auch in den 2000er Jahren stark an den Führungsfiguren der Parteien orientierten, zeigen auch schwache Ergebnisse der Partei von Wiktor Juschtschenko „Unsere Ukraine“ im Jahr 2007. Dieses Bündnis mit der Stammwählerschaft im Westen des Landes hielt etwa 14% der Stimmen, nur dank neuen Führungsgesichtern, wie des Innenministers Jurij Luzenko.¹³³⁶ Somit hat sich 2007 erstmals eine Situation ergeben, in der neben den im Westen, aber aufgrund ihrer Forderungen zur ukrainischen Sprache, Kultur und Geschichte im Osten nicht wählbaren Parteien wie NU-NS („Unsere Ukraine“) auch eine Partei über die Ost-West-Grenze hinweggehen konnte. Timoschenko appellierte dabei an regionale Interessen der Wähler im Südosten und warnte gleichzeitig vor dem russischen Kapital, welches in den Händen der ostukrainischen Oligarchen für mehr Intransparenz und Korruption sorgen würde. Ebenfalls gewählt, aber weitaus weniger erfolgreich als PdR im Südosten waren die Kommunisten und Wolodymyr Litwin mit ihrem Wahlblock im Jahr 2007. Beide Parteien wurden eher von ostukrainischen Sowjetnostalgikern präferiert.¹³³⁷ Mit der teilweisen Unterstützung des BJuT hat sich der russischsprachige Südosten repräsentativ erstmals der Zentralukraine und dem Westen angenähert.

Die Parlamentswahl von 2007 löste bei Beobachtern und Experten im Westen, wie schon die Wahl 2006, überwiegend positive Reaktionen aus. Vor allem wurde die Ukraine nun als ein (halbwegs) demokratischer Staat betrachtet. Die hauchdünne Mehrheit des ehemals Orangen Lagers, das nunmehr sowohl in den eigenen Reihen als auch im Westen als das „demokratische Lager“ bezeichnet wurde, sorgte für den Eindruck, dass sich die Ukraine nun auf dem Weg der Demokratie und des Rechtsstaates befinde. Erstens gab es nur in vier Donezker Wahlkreisen eine Mehrheit für die Sozialisten, was aber keine größeren Auswirkungen auf das Gesamtergebnis hatte.¹³³⁸ Zweitens wurde das Wahlergebnis und vor allem die Mehrheit des demokratischen Lagers sogar von PdR anerkannt – ein Zeichen dafür, dass auch diese Partei nun endlich auf dem Weg der Besserung und der „Europäisierung“ war. Dass PdR auch letztendlich den Neuwahlen zustimmte, wurde ebenfalls als ein positives Zeichen betrachtet.¹³³⁹ Weiterhin zeigten die ukrainischen Wähler eine bewundernswerte Standhaftigkeit, indem sie mit einer Wahlbeteiligung von 62% an zum zweiten Mal innerhalb von 18 Monaten an die Wahlurnen gingen. Tatsächlich wurde seitens einiger Beobachter gefragt, ob die korrupte und

¹³³⁵ Lindner, Rainer (2007): Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung. Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Aktuell 57, November. S. 2.

¹³³⁶ Ebd.

¹³³⁷ Ebd.

¹³³⁸ Pleines, Heiko (2007): Ein Sieg für die Demokratie – hoffentlich mal wieder (Oktober 2007). in: Ders.. (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 86/November. 57-58, S. 57.

¹³³⁹ Umland, Andreas (2007): Im Zickzack gen Europa: Zur Rolle der jüngsten Wahlen in der Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine. in: Pleines, Heiko. (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 86/November. 64-67, S. 64.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

machthungrige Elite der Ukraine ein solches Wahlvolk überhaupt verdiente.¹³⁴⁰ In süd-östlichen Regionen wurde die Wahldurchführung zudem akribisch beobachtet, was den Ruf der Region als Wahlfälscher verbesserte. Letztlich hatten die östlichen Oblaste ihre Stimme nun auch der Opposition (BJuT) gegeben, was sie nunmehr als „befreit“ von den Moskau-treuen Funktionären erscheinen ließ. Die „Partei der Regionen“ wurde im gleichen Zuge als Verliererin der Wahl betrachtet – obwohl sie die Mehrheit der Stimmen bekam –, da die demokratischen Kräfte nun gesiegt hatten.¹³⁴¹ In solchen optimistischen Schlussfolgerungen liegt im Übrigen das große Problem der Ukraine-Analysen der Post-Orangen-Revolutionsära begründet: Der politische Kampf und das gesellschaftliche Wahlverhalten wurden nach 2004 verstärkt nach Ost- oder West-Tendenz bewertet, wobei die West-Orientierung als „positiv“ und die Ost-Orientierung als „negativ“ für die Demokratisierung und die allgemeine Entwicklung der Ukraine hingestellt wurde. Allerdings zeigt vor allem die Periode von 2006 bis 2007 rund um die Neuwahlen, dass auch die vermeintlichen „Demokratisierer“ in erster Linie ihre eigene Macht sichern wollten. Dieser Trend zog sich auch durch die Wahlen 2012 – bis hin zur Krise 2014.

Die Wahlen 2006 bzw. 2007 zeigten, dass die ukrainische Bevölkerung sich durchaus auf gemeinsame Parteien einigen konnte. Dies belegen die Wahlergebnisse der beiden „Gegenblöcke“ BJuT und PdR im Osten bzw. Westen des Landes. Das hat natürlich viel mit der gemilderten Rhetorik der beiden Parteien im Wahlkampf 2007 zu tun – Janukowitsch gab sich nun verstärkt pro EU (aber gegen NATO) als Garant für die wirtschaftliche Stabilität der Ukraine.¹³⁴² Ebenfalls zeigte sich die Partei verstärkt „gesamtukrainisch-patriotisch“, wie Andreas Umland es nennt. Auf der anderen Seite verstand es Julia Timoschenko durch eine vereinigend-nationale Rhetorik, die Wähler in der Ost- und Südukraine für sich zu mobilisieren. Zu ihren Kernargumenten gehörte die Adressierung des gesamtukrainischen Volkes mit Hauptaugenmerk auf der wirtschaftlichen Entwicklung der östlichen Regionen, inklusive der Zusammenarbeit mit Russland.¹³⁴³ Das belegt durchaus, dass eine weniger radikale politische Positionierung in der Ukraine zu einem gesamtukrainischen Wahlergebnis führen kann, bzw. radikale Einstellungen zu Kernthemen die Bevölkerung spalten.¹³⁴⁴

Die Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 bedeutete, dass seine „Partei der Regionen“ nun zur wahren „Partei der Macht“ werden konnte. Erst beseitigte Janukowitsch die oppositionelle Konkurrenz, indem er die ohnehin unterlegene Präsidentschafts-Anwärterin Julia Timoschenko und den ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko

¹³⁴⁰ Harter, Stefanie (2007): Verdienen ukrainische Eliten ein solches Wahlvolk? in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 59-60, S. 59

¹³⁴¹ Simon, Gerhard (2007): Die Demokratie siegt – die Unsicherheit über die Zukunft bleibt. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 62-64, S. 63.

¹³⁴² Yurchuk, Yuliya (2007): Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 41-43, S. 41-42.

¹³⁴³ Lindner, Rainer (2007): Zentrale Trends der politischen Entwicklung. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 60-61, S. 61.

¹³⁴⁴ Vgl. hierzu: Umland, Andreas (2007): Im Zickzack gen Europa: Zur Rolle der jüngsten Wahlen in der Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine. S. 65; Simon, Gerhard (2007): Die Demokratie siegt – die Unsicherheit über die Zukunft bleibt. S. 63-

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

verhaften ließ, so dass die größte Konkurrenzpartei „Vaterland“ (vormals BJuT) nun ohne Anführerin blieb und infolge dessen zahlreiche Finanziere verlor, welche wiederum zur PdR überliefen.¹³⁴⁵ Letztlich vereinigten sich die größten Oppositionsparteien, was auch Persönlichkeiten wie Arsenij Jazenjuk (bereits Außen-, Wirtschaftsminister sowie Parlamentspräsident gewesen) als Oppositionelle hervorhob. Auch das wieder eingeführte gemischte Wahlsystem erschwerte die Parteienkonkurrenz und machte Platz für Einzelkandidaten. Was die autoritäre *policy* Janukowitschs allerdings auch zur Folge hatte, war die erstarkte Rolle anderer Oppositionsparteien, darunter UDAR und der radikal-nationalistischen „Swoboda“ (Всеукраїнське об'єднання „Свобода“ – „Freiheit“) unter der Führung von Oleh Tjahnibok.¹³⁴⁶ Auch die KPU war noch präsent und erhielt ihre Stimmen wie gewohnt primär in den östlichen Oblasten. Der Rest der Parteien erhielt seine Stimmen nach gewohnten Mustern – PdR ihre Mehrheit im Osten und im Süden, die Opposition im Zentrum und im Westen, die Radikale „Swoboda“ siegte in der Oblast Lwiw und UDAR erhielt Stimmen eher im Westen und im Zentrum. Das Muster des Ost-West-Zentrum-Schemas hatte sich bestätigt. Die einzigen Parteien, welche eine relativ klare Links-Rechts-Positionierung aufwiesen, nämlich KPU und „Swoboda“, beide am jeweils anderen Ende des ideologischen Kontinuums, wobei auch ihre Anhängerschaft sich zwischen den östlichen und den westlichen Oblasten scharf trennte.

Zwischen 2007 und 2012 kristallisierten sich damit eindeutig regional – entlang des Südost-West-Zentrum-Schemas – basierende Parteiformationen heraus, welche in der Ukraine anstelle des Links-Rechts-Zentrum-Schemas traten. Dazu gehörte im Südosten die „Partei der Regionen“ (PdR) als Repräsentantin des Oligarchentums und der Interessen russischsprachigen Oblasten. Als ehemalige Partei des Kuchma-Kreises signalisierte PdR den ostukrainischen Wählern mit dem Austritt aus dem Macht-Bündnis im Jahr 2005, dass sie eine Alternative sowohl zum Orangen Lager als auch zu den alten Eliten unter Kuchma hatten. Die Präsenz der Oligarchen verursachte ein relatives Gewicht der wirtschaftlichen Themen, aber auch die regionale Stärke der russischsprachigen Oblaste der Ukraine sowie die Nähe zu Russland und die Abneigung gegen NATO gehörten zu den Kernthemen der PdR.¹³⁴⁷ Damit hatte sich die Partei bereits Mitte der 2000er Jahre deutlich zu den drei zentralen Fragen der ukrainischen Politik Stellung bezogen und sich deutlich als Vertreterin der russischsprachigen Regionen der Ukraine positionierte.

BJuT als „Block Julia Timoschenko“ wurde anfangs aus der Orangen Revolution zum Lager der Repräsentanten der Westukraine gezählt, was sich aber im Laufe der Jahre veränderte. Nunmehr versuchte Timoschenko ihren Block einerseits mit linkspopulistischen Parolen und andererseits mit dem Bekenntnis zu ukrainisch-nationalen Werten und Demokratie „für alle“ wählbar zu machen. Wie bereits erwähnt, klappte dies zunächst im Jahr 2007, konnte aber danach nicht mehr wiederholt werden, unter anderem

¹³⁴⁵ Bader, Max: Analyse: „Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen“ Bundeszentrale für politische Bildung 21.05.2012. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/136876/analyse-die-politischen-parteien> (Abgerufen am 30.3.2014).

¹³⁴⁶ Ebd.

¹³⁴⁷ Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 3; Jilge, Wilfried (2010): Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der „Partei der Regionen“. S. 5.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

durch die Ambivalenz der Parteiführerin.¹³⁴⁸ Der mehr oder weniger eindeutig auf dem Westen der Ukraine ausgerichtete Flügel der Parteilandschaft wurde noch bis 2007 durch Juschtschenkos „Unsere Ukraine“ abgedeckt, welche allerdings aus sehr heterogenen Einzelteilen bestand. Hier waren sowohl nationalistische Interessengruppen als auch Wirtschaftsfunktionäre (unter anderem Petro Poroschenko) vertreten.¹³⁴⁹ Aufgrund der Ruch-Wurzeln war die Bedeutung der ukrainischen Sprache, Kultur und des nationalen Erwachens stets Teil der Parteiprogrammatik, womit das Bündnis ihre Wählerschaft eindeutig in der Westukraine bezog. Hinzu kam mit Bezug auf die Kernthemen der ukrainischen Politik die Offenheit gegenüber der EU und NATO und Distanz zu Russland.¹³⁵⁰

Infolge der Parlamentswahlen 2012 und der Machtstellung der PdR haben radikal-nationale Parteien sich im Westen der Ukraine immer stärker positioniert. Die Freiheits-Partei („Svoboda“) definierte sich über ihre Wurzeln in der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) der Zwischenkriegszeit, welche sich zu ukrainisch-nationalistischen Idealen bekannt hatte.¹³⁵¹ Zu den Forderungen gehörte der Kampf für ethnisch-ukrainische Identität und Einführung diverser auf dieses Ziel bedachter Maßnahmen, wie sprachliche Ukrainisierung und ethnische Quoten im öffentlichen Dienst.¹³⁵² Ebenso hatte sich Oleh Ljaschko mit seinem Wahlblock „Radikale Partei“ als ein populistischer Parteiführer im Parteiensystem etabliert, welcher sich „gegen alle“ aussprach und damit vor allem im Westen und im Zentrum punkten konnte.¹³⁵³

Die wichtigsten Geldgeber und Unterstützer der Parteien (allen voran der „Partei der Regionen“ während der „Zeit der Macht“ in den Jahren zwischen 2007 und 2014) gehörten vier Lagern an, die teilweise sehr unterschiedliche Auffassungen über die politische Ausrichtung des Landes hatten. Als Erstes ist hier Rinat Achmetow zu nennen, der als der reichste Mann der Ukraine eine Richtung näher zum Westen bevorzugte, um seine Geschäfte international abwickeln zu können. Sein Haupt-Metier ist (u.a.) Metallurgie, Bergbau, Energie und Finanzen.¹³⁵⁴ Ihm gegenüber stand die Gruppe um Dmitro Firtasch, der die Gas-Lobby repräsentiert und daher die engste Bindung zu Moskau bevorzugte. Eine dritte Gruppe konzentrierte sich um die Brüder Andrei und Sergei Klujew, die der Achmetow-Gruppe näher standen und hauptsächlich den ukrainischen Strommarkt betrieben. Zuletzt ist die Gruppierung um den Ministerpräsidenten unter Janukowitsch, Mykola Azarow, zu nennen, welcher aus Vertretern der alten Wirtschaftseliten der Donbass-Region und ehemaligen Parteibürokraten bestand.¹³⁵⁵ Auch diese strebten eine weitere Annäherung an Moskau an. Die ideologische Richtung der finanziellen

¹³⁴⁸ Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 3; Bader, Max: Analyse: Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen.

¹³⁴⁹ Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 4.

¹³⁵⁰ Ebd.

¹³⁵¹ Vgl. hierzu: Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 639-641.

¹³⁵² Parteiprogramm: http://www.diaspora.svoboda.org.ua/pro_partiyu/prohrama/ (Abgerufen am 20.05.2014).

¹³⁵³ Vgl. hierzu: Stein, Andreas (2009): Ukraine: Parlamentswahlen im Zeichen des Krieges. Heinrich-Böll-Stiftung 29.09.2014 <https://www.boell.de/de/2014/09/29/ukraine-parlamentswahlen-im-zeichen-des-krieges> (Abgerufen am 01.11.2014).

¹³⁵⁴ Solonenko, Iryna (2014): Interessengeflecht und Machtstrategien. Osteuropa 5-6. 197-216, S. 201.

¹³⁵⁵ Jilge, Wilfried (2010): Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der „Partei der Regionen“. S. 6.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Flügel der PdR war demnach relativ unterschiedlich. Die jeweiligen Stimmen kamen zum Ausdruck je nachdem, welche Vertreter welcher Gruppen an der Macht waren. Im Jahr 2010 besetzte Janukowitsch viele Posten mit den Anhängern der Firtasch-Gruppe, ebenfalls war das Kabinett rund um Azarow relativ deutlich in Richtung Russland geprägt. Doch das Problematische dabei war, dass die „Partei der Regionen“ durch ihre quasi-Monopolstellung im Osten und Süden des Landes häufig nicht den Wählerwunsch ausdrückte, sondern ihre eigene Interessenpolitik betrieb. Dies zeigte sich dann auch im Informationsfluss, wo alles pro-Europäische und pro-Westliche als negativ und schädlich dargestellt wurde.

Zusätzlich zu den Hauptproblemen des ukrainischen Parteiensystems – die mangelnde programmatische Profilierung, die Konzentration auf wenige Kernthemen, mit welchen sich die Parteien voneinander abzugrenzen versuchten und deren stark regionalisierte Wählerschaft, welche aus der Zeit des Systemübergangs geerbt wurden – kamen die fortwährenden klientelistischen Praktiken, der Eintritt von Wirtschaftsoligarchen in die Politik und in die Rolle der Parteifinanzierer, was von der späten Verfassungsgebung, mangelnder Regelbefolgung seitens politischer Akteure, sowie der starken Position des Präsidenten begleitet wurde.¹³⁵⁶ Was die Machtträger der „Partei der Macht“ über Jahre hinweg zusätzlich kennzeichnete, war der Einsatz der Familienmitglieder, Mitarbeiter, Vertrauten und Geldgeber in Ämtern, Ministerien oder Machtpositionen. Diese Praxis wurde sowohl unter Kuchma Janukowitsch als auch unter Juschtschenko betrieben und wurde auch aktuell noch nicht gestoppt.¹³⁵⁷ Beispielsweise kandidierte bei den Parlamentswahlen 2014 der Sohn von Petro Poroschenko im Wahlblock seines Vaters.¹³⁵⁸

Auf der Regierungsebene konnten die Parteien in 20 Jahren Unabhängigkeit keine hohe politische Kultur erzielen: Die Arbeit im Parlament war stets von vielen Partei- und Fraktionsaustritten gekennzeichnet, ebenso wie von mangelnder Debattenkultur, Vetternwirtschaft und geringer Konstruktivität bei Koalitionsbildung. Kurzum, die Parteien konnten weder vor noch nach der Orangen Revolution die Interessen der Bevölkerung adäquat artikulieren, sondern vertieften durch ihre gezielte Themenbildung die Ost-West-Teilung des Landes. Durch eine schwache zivilgesellschaftliche Organisation der Bevölkerung, vor allem in den südöstlichen Regionen, wurde die Interessenvertretung durch dieses defizitäre Parteiensystem übernommen, was Wahlen zu einer Art Pflicht werden ließ. Auch die Kontinuität des sowjetischen Wählerverhaltens, wonach man im Grunde das „Kreuzchen“ beim richtigen Kandidaten machen musste, trug dem weiter bei.

Ein bedeutender Aspekt, welcher die ukrainischen Parteien eher auf der Ost-West- als auf der Links-Rechts-Skala positionieren lässt, ist die Außenpolitik. Wie auch bei

¹³⁵⁶ Vgl. hierzu: Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 5-6.

¹³⁵⁷ Vgl. hierzu: Malygina, Katerina (2012): Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowitsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit. Ukraine-Analysen Nr. 109. 2-5, S. 2-4; Schneider-Deters, Wilfried (2013): Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – „Die Familie“ übernimmt die Regierung. Ukraine-Analysen Nr. 115. 2-7, S. 2-6; Stein, Andreas: Ukraine: Parlamentswahlen im Zeichen des Krieges; Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! Ukraine-Analysen 139. 2-5, S. 3-4; Solonenko, Iryna (2014): Interessengeflecht und Machtstrategien. S. 201-214.

¹³⁵⁸ Stein, Andreas: Ukraine: Parlamentswahlen im Zeichen des Krieges.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

anderen Sachfragen und politischen Bereichen orientierten sich die Parteien auch in diesem Bereich stets an den Slogans ihrer Führungsfiguren, obwohl es aufgrund des Lavierens zwischen Russland und dem Westen manchmal schwer fiel. Als „pro-westlich“ etablierten sich etwa ab Beginn der 2000er Jahre die Parteien rund um Wiktor Juschtschenko und Julia Timoschenko. Zu den Themenbereichen von „Unsere Ukraine“ bzw. BJuT gehörte klar die EU-Integration und eine NATO-Annäherung, westliche Wirtschaftskooperation und das oberste Gebot der Bewahrung der ukrainischen Unabhängigkeit.¹³⁵⁹ Im Laufe der Zeit lebten sich die zwei Führungsparteien bekanntlich auseinander, wobei BJuT unter Julia Timoschenko etwa ab 2007 auch noch in eine programmatische Grauzone geriet, was die Außenpolitik betraf. Timoschenko hatte sich nämlich sowohl zu Europa und den USA, als auch zu Russland bekannt, ebenso wie sie sich zu liberalen Wirtschaftsprinzipien Europas, aber gleichzeitig auch zu sozialpopulistischen Slogans bekannte.¹³⁶⁰ Wenn man die Präferenzen der Wählerschaft des „pro-westlichen“ Lagers betrachtet, wozu im Übrigen auch Ruch und später „Vaterland“ bzw. die „Volksfront“ gehörte, so hatte die EU-Richtung im Westen der Ukraine bedeutenden Stellenwert. Bekenntnisse zu Russland, wie sie von Timoschenko zwischen 2007 und 2010 kamen, wurden von der westukrainischen Wählerschaft stets mit großer Skepsis wahrgenommen. Die „andere“ Seite – die „pro-russische“ mit der „Partei der Macht“ Kuchmas oder später die „Partei der Regionen“ – orientierte sich „tendenziell“ eher in Richtung der Kooperation mit Russland, wobei auch die EU-Integration nicht vernachlässigt werden durfte.¹³⁶¹ Hierbei offenbarte sich die Kuchma'sche „Multivektoralität“, welche von bedeutenden ukrainischen Politikern und Parteien gerne angewandt wurde. Das Einzige, was PdR bzw. das „pro-russische“ Lager stets ablehnte, war die NATO-Mitgliedschaft.¹³⁶² Eine Kooperation sowohl mit Russland als auch mit dem Westen ergab sich außerdem aus der finanziellen Struktur der PdR, welche viele Oligarchen des Donezker Clans beinhaltete. Diese wollten Geschäfte in Russland mit Geschäften im Westen verbinden.¹³⁶³ Diese außenpolitische Position des „pro-russischen“ Lagers passte zu den Präferenzen der Wählerschaft im Südosten der Ukraine, woraus sich die umfassende Unterstützung aus dieser Gegend ergab. Allerdings, und das wird später näher erläutert, konnte sich keine ambitionierte Partei den vollständigen Ausschluss der jeweils anderen „Himmelsrichtung“ erlauben, zu groß waren die Gegensätze innerhalb der Bevölkerung, was einige Sachfragen angeht. Deswegen war die „Multivektoralität“ nur für Parteien der äußersten Pole fremd – „Swoboda“ propagierte dabei eine „raus aus allem – GUS, EEP, EU, NATO“-Politik, während die KPU vehement auf eine Union der ehemaligen Sowjetvölker beharrte.¹³⁶⁴ Eine breite Wählerschaft erreichten diese Slogans allerdings nicht.

Was hat sich im Zuge der Krise, bis zu den Wahlen im Herbst 2014 in der Parteienschaft verändert? Als erstes hat PdR als ehemalige „Partei der Macht“ ihre Machtpo-

¹³⁵⁹ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation. S. 290-292,

¹³⁶⁰ Ebd. S. 294-295.

¹³⁶¹ Ebd. S. 300.

¹³⁶² Ebd.

¹³⁶³ Ebd. S. 299-301.

¹³⁶⁴ Ebd. 290; 297.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

sition verloren und hat sogar darauf verzichtet, bei der Wahl eine eigene Liste aufzustellen.¹³⁶⁵ Dies geschah mehr oder weniger offiziell aus Protest über die unvollständige Repräsentation der ostukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk, doch wahrscheinlich auch, weil die Partei derart zersplittert war.¹³⁶⁶ Allerdings formierte der im Mai 2014 gewählte Präsident Petro Poroschenko nun seine eigene „Partei der Macht“ mit bekannten Führungsfiguren, wie sich selbst oder dem unter Janukowitsch inhaftierten Jurij Luzenko. Die ehemalige Opposition, ehemals unter der Führung von Julia Timoschenko, spaltete sich: Die „Volksfront“, unter der Führung des mittlerweile ebenfalls bekannten Interimspremier Arsenij Jazenjuk, legte einen starken Auftritt hin. Auch „Vaterland“ nahm an den Wahlen teil, erzielte jedoch sehr bescheidene Ergebnisse.¹³⁶⁷ Letztlich machten Jazenjuk und Poroschenko auch die Mehrheit der Stimmen unter sich aus, wobei Jazenjuks Partei sogar einen leichten Vorsprung schaffte.¹³⁶⁸ Der Rest der ehemaligen „Vaterland“-Opposition formierte eine wenig aussichtsreiche Allianz mit Majdan-Aktivisten und Vertretern der Freiwilligen-Bataillone im Osten des Landes.¹³⁶⁹ Solche waren allerdings auch in den Kreisen der neuen Führungsparteien von Poroschenko und Jazenjuk vorhanden, ebenso wie einige verbliebene Wirtschaftsfunktionäre.¹³⁷⁰ Im Zuge der Krise gewannen radikal-nationalistische Gruppen und Parteien an Unterstützung, zu „Swoboda“ gesellten sich der „Rechte Sektor“ oder auch die „Radikale Partei“ von Oleh Ljaschko, welche bereits 2012 einige Wählerstimmen auf sich vereinen konnte.¹³⁷¹ Zwar feierten diese Parteien nur mäßigen Erfolg, denn nur die Radikale Partei Ljaschkos schaffte es über die Fünf-Prozent-Hürde, doch ihr Einfluss in der Werhowna Rada blieb vorhanden.¹³⁷²

Zwei Entwicklungen hat die Parteienlandschaft im Zuge der Krise 2014 durchgemacht: Erstens scheinen die Parteien sich nun mehr auf programmatische Ziele zu besinnen, obwohl charismatische Leader nach wie vor bestimmend sind. Ebenso ist unklar, ob der Einfluss der Wirtschaftsfunktionäre und die Praxis des Klientelismus künftig abnehmen oder nach wie vor vorhanden bleiben werden. Die zweite Entwicklung bezieht sich auf die „neue“ Programmatik der Parteien – vor der Wahl 2014 besannen sich alle, die in die Werhowna Rada gewählt werden wollten, auf westliche Werte, Demokratie, Distanz zu Russland, Nähe zur EU bzw. NATO, neben national-radikalen Parolen einiger Kräfte. Dadurch ergibt sich eine weitere Entwicklung: Die Rolle der pro-westlichen Parteien im neuen Parlament hat enorm zugenommen. Gabriele Baumann schrieb im Vorfeld der Wahlen: „Pro-russische Abgeordnete werden in der kommenden Rada wohl eher die Ausnahme sein“, ¹³⁷³ was genau so zum empirischen Ausdruck kam:

¹³⁶⁵ Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? Länderbericht Ukraine. Konrad-Adenauer-Stiftung, September. S. 2.

¹³⁶⁶ Sputnik news: „Ukraine’s Party of Regions refuses to participate in Rada elections“ 14.09.2014. <http://sputniknews.com/politics/20140914/192930339.html> (Abgerufen am 15.09.2014).

¹³⁶⁷ Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 1-2.

¹³⁶⁸ Ukraine-Analysen: Grafik 3: Wahlergebnisse der Parlamentswahlen 2014. Ukraine-Analysen 139. S. 5.

¹³⁶⁹ Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 2.

¹³⁷⁰ Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 3.

¹³⁷¹ Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 2; Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 4.

¹³⁷² Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 26 жовтня 2014 року. (Abgerufen am 01.11.2014).

¹³⁷³ Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 2

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Die KPU hat es nicht über die 5% Hürde geschafft und Vertreter der ehemaligen PdR haben innerhalb des Oppositionsblocks kandidiert, welcher nur knapp 10% der Stimmen bekommen hat. Während die Bekenntnisse zur Demokratie und zu westlichen Werten eine positive Entwicklung ist, so scheint es, als hätten besonders die russischsprachigen Regionen des Ostens und des Südens (welche nicht unter Kontrolle der Separatisten standen) massiv an politischer Bedeutung eingebüßt. Davon spricht auch die Wahlbeteiligung, welche im gesamten Südosten unter 50% und in Donezk, Luhansk und Odessa sogar unter 40% blieb.¹³⁷⁴ Zudem waren etwa 5 Millionen Menschen auf der Krim und in den besetzten Gebieten gar nicht an der Wahl beteiligt, was etwa 12% der Bevölkerung ausmacht.¹³⁷⁵ Wie Ergebnisse der Umfragen zeigen, sind Beziehungen zu Russland für viele im Südosten noch von Bedeutung, ebenso wie die Abneigung gegen die EU bzw. vor allem die NATO. Diese Stimmen wurden durch die politischen Parteien der post-Krisen-Zeit wenig bis gar nicht vertreten – einzige Vertreter des Oppositionsblocks nehmen in der Werchowna Rada mit 32 Sitzen allerdings eine marginale Stellung ein.

5.6.1.5 Fazit: Der Präsident, die Exekutive und die Parteien - die Repräsentation

Alle Herrschaftsträger der Ukraine haben früher oder später lernen müssen, dass sie die regionale Heterogenität des Landes für ihre Zwecke berücksichtigen mussten. Dabei wurde die Konzentration auf bestimmte Kernthemen bzw. die Positionierung der Kandidaten in bestimmten Fragen in den russisch- bzw. ukrainischsprachigen Oblasten teilweise sehr unterschiedlich wahrgenommen, wobei bestimmte Kernthemen entlang der regionalen Ost-West-Verteilung zum Teil entscheidende Wahlerfolge mit sich bringen konnten. Der Präsidentschaftskandidat Kuchma verstand es im Jahr 1994 gegen seinen Konkurrenten Krawchuk, die Südöstlichen Teile der Ukraine zu mobilisieren, während er im Jahr 1999 mittels politischer Rhetorik und Aktionen das Zentrum und den Westen unter sich vereinen konnte. So gewann er gegen den Kommunisten Petro Symonenko. Schließlich wurde auch die regionale Spaltung, neben dem Links-Rechts-Schema, an sich von den Herrschaftsträgern als politisches Mittel verwendet, um Stimmen zu gewinnen. Generell tendierten die russischsprachigen Oblaste des Südostens in den 1990er Jahren eher zu linken Kräften, der Westen dagegen eher zu liberalen Präsidentschaftskandidaten und Parteien. Die Präsidentschaftswahl des Jahres 2004 verdeutlichte erstmals die Spaltung innerhalb des Landes und vertiefte diese gleichzeitig. Dabei wurde das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik durch die Tatsache geprägt, dass der ukrainische „wirkungslöse Pluralismus“ keine echte Repräsentation hervorbrachte. Die Herrschaftsperioden der Präsidenten Krawchuk/Kuchma, Juschtschenko/Janukowitsch und schließlich Janukowitsch zeigten, dass die Konzentration der Wahlkämpfe auf Führungspersonen und die genannten Kernthemen zu autoritären Elementen, Populismus, Skandalen und die Vertiefung gesellschaftlicher Konflikte geführt haben. So war auch die Krise des

¹³⁷⁴ Ukraine-Analysen: Grafik 2: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 nach Regionen. Ukraine-Analysen 139/2014. S. 5.

¹³⁷⁵ Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 4.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Jahres 2014 ein Resultat solcher Politik. Auch der Krisen-Präsident Poroschenko hat es bislang nicht geschafft, die Einigung des Landes zu gewährleisten und den Krieg im Osten des Landes zu beenden.

Bei der Gestaltung der ukrainischen Politik blockierten sich die politischen Gewalten häufig gegenseitig – wenn sie verschiedenen regionalen Lagern angehörten. Das Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister verdeutlicht dies anschaulich. Die Ausprägung des Parteiensystems mit der Konzentration auf die Führungsfigur und die klientelistischen Netzwerke neben dem Einfluss der Oligarchen brachten keine „echte“ Repräsentation. Die Verwendung des Ost-West-Schemas wurde hierbei besonders deutlich. Lediglich in der Krise des Jahres 2014 verlor die Repräsentation des Südostens durch den Zerfall der „Partei der Regionen“ an Gewicht. Allgemein sorgte die Krise für eine entscheidende Bewegung der politischen Meinungsbildung in die liberale und pro-europäische Richtung – mitsamt extremen nationalistischen Parteien. Während diese Entwicklung von den Anhängern begrüßt wird, darf nicht darüber hinweg gesehen werden, dass die Vertretung der Meinung der russischsprachigen Regionen aktuell zu kurz kommt – was künftig für neue oder für das Aufflammen alter Konflikte sorgen könnte.

5.6.2 Wahlverhalten in der Ukraine bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1998 und 1999 bis 2014 – Rolle der russischsprachigen Oblaste

5.6.2.1 Wahlgesetze und Wahlrecht

Die Parlamentswahlen der Ukraine sind durch das entsprechende Wahlgesetz geregelt, welches zwischen den Jahren 1998 und 2002 bzw. nach 2011 verändert wurde. Die wichtigste Änderung betraf die Ausrichtung der Wahl nach einem Mischsystem (zwischen absoluter und relativer Mehrheitswahl) bzw. als reine Verhältniswahl, was zum Teil bedeutende Einflüsse auf die Zusammensetzung des Parlaments und die Machtverhältnisse zwischen dem Parlament und dem Präsidenten hatte. Insgesamt war es in der Ukraine zwischen 1994 und 2007 „in Mode“ gekommen, das Wahlgesetz, abgesehen von dem grundsätzlichen Wahlmodus, zu modifizieren. Diese Veränderungen wurden stets aus dem Machtkalkül der jeweiligen Machträger getätigt, damit die jeweils kommenden Wahlen ihnen und ihren Anhängern den größtmöglichen Vorteil verschafften.¹³⁷⁶ Zunächst wurde nach dem Beschluss der Rada im Jahr 1993 nach einem reinen Mehrheitswahlrecht gewählt, bei dem in 450 ukrainischen Wahlkreisen je ein Mandat vergeben wurde. Beim Nichterreichen einer absoluten Mehrheit wurde erneut gewählt.¹³⁷⁷ Dieses Problem sorgte bereits bei den ersten freien Parlamentswahlen für lange Wahlperioden. Unter anderem deswegen tagte die erste Werhowna Rada eine lange Zeit in einer unvollständigen Zusammensetzung. Diese Art der Stichwahl begünstigte vor allem „unab-

¹³⁷⁶ Sander, Florian (2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli. S. 2.

¹³⁷⁷ Ebd.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

hängige“ Kandidaten, welche als ehemalige KPU-Mitglieder bereits Bekanntheitsgrade erlangt hatten und auf ihre Wählerschaft zurückgreifen konnten.

Am 29. März 1998 wurde ein Mischsystem für die Parlamentswahlen verabschiedet, hauptsächlich um den Einfluss des Präsidenten mittels „seiner“ Kandidaten einzuschränken. In 225 Wahlkreisen wurde demnach Verhältniswahlrecht mit geschlossenen Parteilisten angewandt, während in den anderen 225 Wahlkreisen weiterhin nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wurde.¹³⁷⁸ Diese Regelung brachte aber keine nennenswerte Änderung der Machtverhältnisse in der Rada, in der nach wie vor viele „Unabhängige“ einen Platz bekommen hatten. Erst nach den Parlamentswahlen 2002 und dem Wahlsieg Wiktor Juschtschenkos im Jahr 2004 wurde die fundamentale Änderung des Wahlgesetzes – Verhältniswahlrecht mit geschlossenen Parteilisten am 7. Juli 2005 – verabschiedet. Eine Sperrklausel wurde auf 3% festgelegt.¹³⁷⁹ Eine Bestimmung erlaubte allerdings dennoch gewisse Intransparenz, indem die Zulässigkeit von Wahlblöcken den Sprung über die Drei-Prozent-Hürde ermöglichte. Für die Fraktionsbildung konnten nach der Wahl wieder andere Bündnisse geschlossen werden, was die politische Disziplin im Parlament extrem schwächte.¹³⁸⁰ Von der Regelung haben beispielsweise Abgeordnete des BJuT im Jahr 2006 Gebrauch gemacht, als sie zu der Regierungskoalition aus PdR, den Sozialisten und den Kommunisten wechselten.

Unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs wurde das Wahlrecht erneut geändert – zurück zu einem Mischwahlsystem mit 225 Mehrheits- und 225 Verhältniswahlkreisen.¹³⁸¹ Auch die Sperrklausel wurde auf 5% erhöht und die Blockbildung abgeschafft.¹³⁸² Zahlreiche Kritikpunkte wurden daraufhin von internationalen Beobachtern hervorgebracht, welche mit Auszählung der Stimmen, Bestimmung und Abzug der Kandidaten durch Parteien sowie die Finanzierung der Parteien anbelangte.¹³⁸³ Ebenfalls blieben einige Lücken und Möglichkeiten für Wahlmanipulationen bestehen. Generell konnte das Gesetz als Rückschritt in die Vor-Orangen Zeiten aufgefasst werden, in der die Begünstigung der „Partei der Macht“, Stimmkauf, Einfluss durch Geldgeber und Klientelismus an der Tagesordnung waren.¹³⁸⁴

Im Zweifelsfall wurden grundsätzlich die östlichen und südlichen Oblaste als Erste des Wahlbetrugs beschuldigt. Die westlichen Oblaste standen weniger in der Kritik, was den Eindruck vermittelte, dass die „Partei der Regionen“ bzw. früher KPU oder die „Partei der Macht“ in den russischsprachigen Teilen des Landes ihre Stimmen erschlichen und deshalb die Wahl gewonnen hätten. Dies wiederum ließ die Bevölkerung dieser Regionen als „gelenkt“ erscheinen, ohne eigene politische Meinung und ohne wirklichen Willen, sondern nach wie vor verfangen in der sowjetischen Mentalität des Wahlzwangs. Tatsächlich verstärkte sich dieser Eindruck durch Vorfälle wie in Cherson und

¹³⁷⁸ Ebd. S. 2-3.

¹³⁷⁹ Ebd. S. 3.

¹³⁸⁰ Lange, Nico (u.a.) (Hrsg.) (2007): Wahlhandbuch Ukraine 2007. S. 28-29.

¹³⁸¹ Jilge, Wilfried (2012): Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. Ukraine-Analysen 99, 2-6, S. 2-4.

¹³⁸² Sander, Florian (2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. S. 3.

¹³⁸³ Jilge, Wilfried (2012): Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. S. 2-4; Lange, Nico (u.a.) (2007): Wahlhandbuch Ukraine 2007. S. 8-10; Sander, Florian (2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. S. 4-5.

¹³⁸⁴ Jilge, Wilfried (2012): Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. S. 2-4.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Mykolajiw, als bei der Wahl 2006 etwa 30% der Stimmen für die „Partei der Regionen“ aus wieder eingeführten Wanderurnen stammten, welche für bewegungsunfähige Wähler eingerichtet worden waren.¹³⁸⁵ Andere Verstöße wie Busladungen mit Wählern, die in unterschiedlichen Kreisen mehrfach abstimmten, bereits ausgefüllte Wahlzettel, Entfernung von Beobachtern usw. wurden meistens mit dem Osten der Ukraine in Verbindung gebracht.¹³⁸⁶

5.6.2.2 Präsidentschaftswahlen von 1999 bis 2014

Die Ukraine mit ihrem semi-präsidentiellen System hatte in regelmäßigen Abständen stets zwei Wahlgänge der Amtsträger zu bewältigen – die des Präsidenten und die des Parlaments. Da zwischen den Wahlen der jeweiligen Institutionen meistens zwei Jahre lagen – außer es fanden außerplanmäßige Wahlen statt –, musste die Bevölkerung immer wieder neu für den politischen Prozess interessiert werden. Mitunter kam es dabei zu kontroversen Entscheidungen und Stimmverteilungen, deren Erklärung sowohl in den tagespolitischen Fragen als auch in der nationalen und regionalen Verteilung der Bevölkerung zu finden ist. Obwohl die Präsidentschaftswahl aus dem Jahr 2004 das bis dahin wohl am meisten diskutierte Ergebnis hervorbrachte, zeigten die vorangegangenen und auch nachfolgenden Wahlen, dass die Stimmverteilung der Bevölkerung zwar gar nicht so eindeutig war, wie die Ost-West-Teilung vermuten lässt, aber dennoch einen deutlichen regionalen Trend zeigte.

Wie bereits beschrieben, hat Leonid Kuchma die Wahl im Jahr 1994 gewonnen, indem er die Stimmen in den Oblasten des Südostens und des Zentrums zu seinen Gunsten genutzt hatte. Die präferenztechnisch interessanteste Wahl ist die Präsidentschaftswahl am 14. November 1999, als Leonid Kuchma sich gegen den kommunistischen Kandidaten Petro Symonenko durchsetzte. Kuchma hatte sich bei der vorangegangenen Wahl im Jahr 1994 als Gegenkandidat zu dem damaligen Reformler Leonid Krawchuk positioniert, wobei sein Programm eine Russland- und Nomenklatur-freundliche Richtung einschlug. Seine Wählerschaft stammte fast ausschließlich aus den traditionellen „russischsprachigen“ Gebieten des Ostens und Südens. Im Jahr 1999 drehte Kuchma den Spieß um und positionierte sich als entschlossener Gegenkandidat zum Kommunisten Petro Symonenko. Infolge dessen gewann Kuchma diesmal die Stichwahl in den meisten westlichen Oblasten, wobei er auch in einigen östlichen Regionen die Oberhand behielt. Lag es nur an seiner geschickten Taktik oder auch an den Wählern, die sich womöglich doch nicht geschlossen entlang der nationalen Linien entschieden? Wahlergebnisse aus dem Jahr 1999 zeigen, dass Kuchma in allen östlichen Oblasten und ebenfalls im Süden und im Zentrum Stimmen verlor, aber dennoch in einigen Oblasten die Oberhand behielt. Über 40% der Stimmen verlor er in Luhansk, auf der Krim und in Sewastopol, wobei die Krim ihm dennoch mit 50,17% der Stimmen sein Mandat gab. Mehr als 20% betrug der Stimmverlust für Kuchma in Tschernihiw, Charkiw, Poltawa, Donezk, Zaporischja und Cherson, dennoch gewann Kuchma in Donezk und Charkiw, wenn auch

¹³⁸⁵ Lange, Nico (u.a.) (Hrsg.) (2007): Wahlhandbuch Ukraine 2007. S. 29.

¹³⁸⁶ Ebd.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

knapp. Dagegen zeigten sich die Oblasten der Zentralukraine deutlich Symonenko-freundlicher. Hier hatte Kuchma auch einige Stimmverluste gegenüber 1994 zu verzeichnen, diese bewegten sich aber fast alle unterhalb der 10%-Marke. Symonenko bekam eine relativ deutliche Mehrheit der Stimmen in den zentralukrainischen Oblasten Winnycja und Tscherkassy, etwas knapper war sein Vorsprung in Mykolajiw, Kirowohrad und Cherson. Alle anderen Oblasten gaben ihre Stimmen an Kuchma, wobei seine Position immer stärker wurde, je weiter man sich in Richtung Westen bewegte.¹³⁸⁷ Insgesamt gewann er mit 56,25% der Stimmen gegenüber 37,80% für Symonenko.

Die nächste, wohl bisher berühmteste Präsidentschaftswahl der Ukraine fand im Jahr 2004 statt. Hier werden nun die Ergebnisse analysiert, die nach dem dritten Wahlgang am 26. Dezember 2004 veröffentlicht wurden. Dennoch ist auch von Bedeutung, wie viel Prozent der Zuwachs der Stimmen für den Kandidaten Juschtschenko zwischen dem zweiten (am 21. November) und dem besagten dritten Wahlgang betragen hat. Der größte Zuwachs über ca. 15% konnte im zentralukrainischen Kirowohrad sowie dem westlichen Transkarpatien verzeichnet werden. Um etwa 10% wuchs die Zustimmung für Juschtschenko in den zentralen Oblasten Sumy, Tscherkassy, Winnycja, Chmelnyzkyj und Riwne. Selbst im Osten der Ukraine – Charkiw, Luhansk, Donezk und Poltawa konnte Juschtschenko kleine Zuwächse um etwa 2% bis 6% verzeichnen. Janukowitsch büßte dagegen in allen Regionen – selbst im Süden und im Osten prozentual an Stimmen ein.¹³⁸⁸ Und obwohl sich die Mehrheiten in den Oblasten zwischen den beiden Wahlgängen nicht verändert hatten, waren es genau diese Unterschiede in der Gesamtzahl der Stimmen, die Wiktor Juschtschenko letztlich mit 51,99% der Gesamtstimmen den Sieg brachten. Einige Überraschungen gab es auch in der Stimmverteilung. So war der Vorsprung für Janukowitsch in Charkiw (68,12%) und Dnipropetrowsk (61,13%) im Osten sowie Odessa (66,56%), Mykolajiw (67,13%) und Cherson (51,32%) im Süden gar nicht so deutlich, wie man hätte denken können. Im Jahr 1999 hatten Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa gar für Kuchma gestimmt und somit den Trend der geschlossenen ostukrainischen Stimmenabgabe für den „eigenen“ Kandidaten gebrochen. Dagegen hat Juschtschenko bei der Wahl 2004 es geschafft, die Stimmen derjenigen zentralukrainischen Oblaste, die 1999 noch für den Kommunisten Symonenko gestimmt hatten, für sich zu gewinnen. Dazu gehörten Tschernihiw (71,15%), Poltawa (66%), Tscherkassy (79,10%), Winnycja (84,07%) und Kirowohrad (52,58%).¹³⁸⁹ Auch der Wahlkreis im Ausland stimmte mit 59,52% für Juschtschenko. So konnte Janukowitsch die beiden bevölkerungsreichsten Oblasten Donezk und Dnipropetrowsk zwar für sich gewinnen, die Quantität der Stimmen aus dem Osten und Süden reichte jedoch nicht aus, um die Mehrheit aus dem Zentrum zu brechen.

Im Januar-Februar 2010 kam es zu den nächsten planmäßigen Präsidentschaftswahlen. Nach dem ersten Wahlgang am 17. Januar 2010 traten Wiktor Janukowitsch und die Mitstreiterin Juschtschenkos aus Tagen der Orangen Revolution, Julia Timoschenko, als

¹³⁸⁷ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Підтримка кандидатів, що набрали найбільшу кількість голосів по регіонах України. Вибори Президента України 14.11.1999 року.

¹³⁸⁸ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Вибори Президента України. Повторне голосування 26.12.2004. Підсумки голосування по регіонах України. Порівняння.

¹³⁸⁹ Ebd.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

stärkste Kandidaten zur Stichwahl an. Dieses Mal schaffte es Wiktor Janukowitsch, die Wahl knapp für sich zu entscheiden, obwohl er insgesamt sogar weniger Stimmen bekam als bei der ersten Wahl – 12 481 266 Personen stimmten für ihn. Das reichte für 48,95% des gesamten Quorums. Julia Timoschenko bekam ca. 4 Millionen Stimmen weniger als ihr Vorgänger Juschtschenko und auch weniger als Janukowitsch (insgesamt 11 593 357 Stimmen) und damit 45,47% der Gesamtstimmen.¹³⁹⁰ Die Tatsache, dass Janukowitsch bei einer geringeren Anzahl der Stimmen im Vergleich zu 2004 dennoch siegte, lag an der geringeren Wahlbeteiligung in allen ukrainischen Oblasten.¹³⁹¹ Bemerkenswert ist, dass Janukowitsch keine Oblast dazu gewann – für ihn stimmten erneut genau 10 Oblaste. Diesmal reichte aber die Mehrheit der Stimmen der bevölkerungsstarken ostukrainischen Donezk, Luhansk, Dnipropetrowsk und Charkiw mit allesamt über 1 Million „Für“-Stimmen (Donezk sogar 2,4 Millionen), gefolgt von Odessa und Krim mit mehr als 800 000 Stimmen. Julia Timoschenko konnte lediglich in Lwiw auf mehr als 1 Million Stimmen kommen, obwohl sie insgesamt in 17 Oblasten (exklusive der Stimmen aus dem Ausland, dort erreichte Timoschenko 60% der Stimmen) für sich gewinnen konnte.¹³⁹² Verglichen mit der Wahl 2004 verlor Timoschenko aber prozentual Stimmen in allen Oblasten, die für die Orangen Kräfte gestimmt hatten. Stimmen gewonnen hatte sie paradoxerweise nur in vier Hochburgen der Orangen Gegner – Donezk, Luhansk und auf der Krim, inklusive Sewastopol. In diesen vier Oblasten verlor Janukowitsch folglich an Stimmen – doch in allen anderen Oblasten kamen Wähler dazu. Am höchsten war der prozentuale Zuwachs für Janukowitsch im nördlichen Sumy sowie im westlichen Transkarpatien (ca. 14 Prozentpunkte) sowie in den zentralukrainischen Winnycja, Tscherkassy, Poltawa und in Oblast Kiew.¹³⁹³ Somit spielten hier erneut die zentralukrainischen Oblaste die Rolle des „Züngleins an der Waage“. Ebenfalls zeigen, wenn auch leichte, Stimmverluste für Janukowitsch in den ostukrainischen Hochburgen, dass hier andere Kräfte zusätzlich Chancen auf Stimmgewinne hatten. Letztlich zeigte die Wahl von 2010, dass tatsächlich jede Stimme der Ukraine die Wahl entscheiden konnte.

Wie bereits beschrieben, stand die Präsidentschaftswahl des Jahres 2014 unter besonderen Vorzeichen, welche vor allem die russischsprachigen Oblaste Donezk, Luhansk und die Krim, aber auch die restlichen Gebiete des Südostens betrafen. Als Kandidaten stellten sich der Oligarch und Politiker Petro Poroschenko neben Julia Timoschenko, Oleh Ljaschko sowie weitere weniger bekannte Kandidaten auf, wobei nach dem ersten Wahlgang feststand, dass es erstmals in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen keinen zweiten Wahlgang geben würde. Von den 18 019 504 Personen, die an der Abstimmung teilnahmen (Wahlbeteiligung 59,48%) stimmten 9 857 308 Personen und damit die absolute Mehrheit von 54,70% für Poroschenko. Von den Gegenkandidaten kam Julia Timoschenko mit 12,81% der Stimmen an zweiter Stelle.¹³⁹⁴ Damit war die Mehrheit für

¹³⁹⁰ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори Президента України. Повторне голосування з виборів Президента України 07 лютого 2010 року. Результати голосування по Україні.*

¹³⁹¹ Ebd.

¹³⁹² Ebd.

¹³⁹³ Ebd.

¹³⁹⁴ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Позачергові вибори Президента України 25 травня 2014 року (Abgerufen am 01.11.2014).*

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Poroschenko komfortabel und zeugte auf den ersten Blick von einem breiten Konsens. Doch war dem so? Vor allem in Osten und im Süden des Landes war die Wählerschaft aufgrund der Kriegshandlungen erstens verringert und zweitens politisch desorientiert bzw. verunsichert.¹³⁹⁵ Der Kandidat der „Partei der Regionen“ Michailo Dobkin (3,03% der Stimmen) war lediglich in Charkiw bekannt, ebenso wie die anderen Kandidaten, die entweder aufgrund ihrer Rhetorik oder ihrer politischer Programmatik in den russischsprachigen Oblasten nicht wählbar waren.¹³⁹⁶ Insofern konnte der Kandidat Poroschenko als das „kleinere Übel“ bzw. der „zentristischste“ Kandidat gelten, der im Südosten noch den größten Konsens erzeugte.¹³⁹⁷ Wie bereits bei vorangegangenen Wahlen war die Wahlbeteiligung im Osten niedrig, zumal die besetzten Gebiete des Donbass und die Krim an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten. In dem Teil der Oblast Donezk, in der abgestimmt werden konnte, lag die Wahlbeteiligung lediglich bei 15%. Auch in den restlichen Oblasten des Südostens war die Wahlbeteiligung durchschnittlich: in Luhansk bei 38%, in Charkiw und Odessa bei 47%, in Dnipropetrowsk, Zaporischija, Cherson, und Mykolajiw bei knapp über 50% der Wahlberechtigten.¹³⁹⁸ Dagegen waren die Oblaste des Westens mit Lwiw, Ternopil, Iwano-Frankiwsk, Wolhynien und Riwna allesamt mit über 70% Wahlbeteiligung an der Wahlurne.¹³⁹⁹ In den östlichen Oblasten Donezk, Luhansk, Charkiw und Zaporischija erhielt Poroschenko entsprechend unter 40% der Stimmen, in Dnipropetrowsk, Cherson, Mykolajiw und Odessa im Südosten sowie in Tschernihiw im Norden unter 50% und im Zentrum etwa zwischen 50% und 60% der Stimmen. Die höchste Zustimmung erzielte Poroschenko mit knapp 70% in der Oblast Lwiw.¹⁴⁰⁰ Julia Timoschenko erzielte im Südosten weniger als 10% und im Rest des Landes zwischen 10% und 18% der Stimmen. Ausreißer waren in Donezk, Luhansk und Odessa der Osten-Kandidat Serhij Tihipko (zwischen 15% und 18% in den genannten Oblasten) sowie der bereits erwähnte Michailo Dobkin in Charkiw mit 26% der dortigen Stimmen.

5.6.2.3 Parlamentswahlen von 1998 bis 2014 – Wahlergebnisse und die regionale Stimmverteilung

Die Stimmverteilung bei den ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 1994 hatte die Mehrheit für die Kommunisten gebracht, welche mit dem linken Lager und den „Unabhängigen“ ihre Machtstellung sichern konnten. Die Parlamentswahlen im Jahr 1998 (29. März) wurden zwar nach einem neuen Wahlsystem abgehalten, was aber kaum Veränderungen in den Machtverhältnissen einbrachte. Von den 30 Parteien, die sich zur Wahl gestellt haben, schafften es „nur“ 8 über die Vier-Prozent-Hürde. Auch diesmal siegten

¹³⁹⁵ Vgl. hierzu: Melnykovska, Inna (2014): Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko. S. 2.

¹³⁹⁶ Ebd. S. 2-3.

¹³⁹⁷ Ebd. S. 3.

¹³⁹⁸ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори Президента України 25 травня 2014 року (Abgerufen am 01.11.2014).

¹³⁹⁹ Ebd.

¹⁴⁰⁰ Ukraine-Analysen: Dokumentation: Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014. Ukraine-Analysen 133/2014. S. 2-4.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

die „Unabhängigen“ mit 117 der 445 Sitze, alle in Wahlkreisen mit einem Direktmandat. Die Kommunisten verstärkten ihre Position im Vergleich zu 1994 und erhielten 121 Sitze, was sich zu etwa 60% aus den Wahllisten ergab. Zusammen mit den Sozialisten, die 29 Sitze erhielten, bildete die KPU eine deutliche Mehrheit mit etwa 37% der Sitze, was die Opposition unter Ruch mit 32 Sitzen (9%) nicht ausgleichen konnte.¹⁴⁰¹ Weitere Kräfte bildeten die Demokraten (28 Sitze), „Hromada“ Partei des Petro Lazarenko (24 Sitze), die Grünen (19 Sitze) und weitere kleinere Parteien, die wie bei den Wahlen 1994 regionale, nationale und liberale Interessen vertraten und ihre Wählerschaft hauptsächlich im Westen des Landes hatten.

Die Stimmverteilung, welche der KPU im Jahr 1998 die Mehrheit brachte, erstreckte sich von Donezk bis Winnycja und Schitomir, lediglich die westlichen Oblaste Lwiw, Wolhynien, Riwna, Ternopil und Iwano-Frankiwsk wählten Ruch zur stärksten Kraft. Die Sozialistische Partei in Bündnis mit der Bauernpartei wurde in den Oblasten Tscherkassy und Chmelnyzkyj zur stärksten Kraft, das westukrainische Transkarpatien wählte mehrheitlich die Sozialdemokraten. Das ostukrainische Dnipropetrowsk, eigentlich eine Hochburg der pro-östlich und pro-russisch geprägten Politik, wählte überraschend das Wahlbündnis „Hromada“ unter der Führung des Präsidentenkritikers und Ex-Premierministers Pawlo Lazarenko.¹⁴⁰² Die Abgeordneten dieser Partei formierten später die Partei „Vaterland“, welche ihre Stammwählerschaft überwiegend im Westen und Zentrum hatte.

Die Wählerschaft der Ukraine rückte bei der Wahl 1998 zwar etwas von den „Unabhängigen“ ab, diese konnten ihren Einfluss aber dennoch behalten. Hauptsächlich in den ostukrainischen Oblasten Donezk, Luhansk, Charkiw, Dnipropetrowsk und Krim, aber auch im zentralukrainischen Winnycja konnten die meisten „Unabhängigen“ ihre Mandate bekommen.¹⁴⁰³ In der Oblast Donezk waren es ganze 12 Mandate. Die zentralen Oblaste wiederum schienen sich wieder die Herrschaft der KPU zurück zu wünschen, so kann die überwiegende Mehrheit für diese Partei in dieser Oblast gedeutet werden. Allein der Westen glaubte noch an die Ruch, ebenfalls wurde hier verstärkt die nationalistische Nationale Front gewählt, in Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk kam sie über die Parteilisten in die Rada. Der Süden mit Cherson, Odessa und Zaporischija wählte hinter der KPU überraschend die Grünen, die sogar noch vor der präsidententreuen Volksdemokratischen Partei (VDPU) in die Rada kamen.¹⁴⁰⁴ Die Legislaturperiode 1998 bis 2002 zeigte jedoch, dass die Parteibindung der Kandidaten nicht sonderlich stark war, da die Rada am Ende der Legislatur 8 Fraktionen mehr zählte als noch 1998. Einige Fraktionen hatten gar keine Abgeordnete mehr (z.B. Hromada) bzw. wurden ganz neue Bündnisse gebildet (wie „Vaterland“ mit „Ukraine ohne Kuchma“). Dies zeigte unter anderem die Regierungsweise „von oben“, ohne starke Bindung an Wählerinteressen.

¹⁴⁰¹ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 257-258.

¹⁴⁰² Ott, Alexander (1998): Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998. S. 4-5.

¹⁴⁰³ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Вибори до Верховної Ради 1998. Оперативні підсумки голосування 29.03.1998 Чергові вибори.

¹⁴⁰⁴ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Парламентські вибори в Україні 1998. 29.03.1998 Чергові вибори. Результати голосування; Оперативні підсумки голосування.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Auch zeigte die Kräfteverteilung bis zu den Wahlen im Jahr 2002 keine Änderung der Machtverhältnisse.

Die Parlamentswahlen am 31. März 2002 brachten neue Kräfte in die Werchowna Rada, die verstärkt nationale und demokratische Interessen repräsentierten und prompt zur stärksten Kraft wurden. Diese wurden vertreten durch den Wahlblock Wiktor Juschtschenkos „Unsere Ukraine“, welches mit 24% der Stimmen 70 Sitze über Parteilisten und weitere 42 über Direktmandate erhielt. Ebenfalls gehörte der neue oppositionelle Wahlblock von Julia Timoschenko (BJuT) zur neuen Opposition und erhielt mit 7% der Stimmen 22 Sitze in der Rada. Die zwei neuen Bündnisse UU und BJuT traten somit gewissermaßen als Opposition an die Stelle der Ruch-Kräfte, welche mit nur 0,16% der Wählerstimmen bei den Wahlen 2002 als politische Kraft größtenteils abtraten. Die Kommunisten als zweitstärkste Kraft mit 20% der Stimmen (59+6 Sitze) hinter „Unsere Ukraine“ zusammen mit einer erneut relativ großen Gruppe von „unabhängigen“ Kandidaten (94) waren vertreten. Die Sozialisten und Sozialdemokraten mit je 6% der Stimmen und 20+3 bzw. 19+5 Sitzen schafften es auch ins Parlament. Leonid Kuchma, der bis dahin seine Macht bereits systematisch ausgebaut hatte, repräsentierte mit seinem Wahlbündnis „Für eine einige Ukraine!“ (FeU) das präsidentielle Gegengewicht zur neuen Opposition, konnte aber nur knapp 12% der Stimmen und 35 Sitze über die Parteilisten sammeln. Dagegen bündelte er die überwiegende Mehrheit der Direktmandate in den einzelnen Wahlkreisen. Zusammen mit den „Unabhängigen“ gelang es ihm damit in der Rada doch noch, die Mehrheit zu erhalten. Obwohl lediglich die Oblast Donezk FeU als stärkste Kraft gewählt hatte, konnte die ihre Stellung als „Partei der Macht“ behalten. Die 94 Mandate, welche die „Unabhängigen“ über die Personenwahlkreise bekamen, waren nämlich genug für FeU und die Sozialdemokraten, um ihre eigenen 206 Mandate für eine Mehrheit aufzustocken. Diese nutzte er dann, um einen weiteren politischen Spieler, Wiktor Janukowitsch, auf die politische Bühne zu bringen.

Bei der Parlamentswahl 2002 offenbarten sich erstmals deutlich die vorhandenen gesellschaftlichen Konflikte, welche in der Kräfteverteilung ihren Ausdruck fanden. Während bei der Wahl 1998 bereits 2/3 der Wählerschaft der Ukraine vom Osten über die zentralen Oblaste die Kommunistische Partei nach Wahllisten und die unabhängigen Kandidaten nach den Direktmandaten gewählt hatten, teilte sich die Wählerschaft 2002 deutlich entlang einer Südost-Nordwest-Linie. Die westlichen und nördlichen Oblaste, inklusive Kiew, votierten beinahe geschlossen für das Bündnis von Wiktor Juschtschenko „Unsere Ukraine“. Der Osten und Süden wählte überwiegend die KPU bzw. das Präsidenten-Bündnis „Für eine einige Ukraine!“. Insgesamt war FeU in 12 Oblasten unter den drei stärksten Parteien, doch ihre Position war selbst im Südosten eher schwach: auf der Krim, in Zaporischija, in Cherson und in Poltawa war FeU nicht mal unter den drei stärksten Kräften. An ihrer Stelle war hier UU gewählt worden.¹⁴⁰⁵ Der Verlust der parlamentarischen Mehrheit trotz des Wahlsieges über Parteilisten in allen 15 Oblasten der zentralen und der westlichen Ukraine war eine derbe Niederlage für die späteren Orangen Parteien. Die meisten Stimmen für die „Unabhängigen“ kamen

¹⁴⁰⁵ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Zentrale Wahlkommission der Ukraine. Центральна виборча комісія. Парламентські вибори в Україні 2002. 31.03.2002 Чергові вибори. Оперативні підсумки голосування.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

dabei über Personenmandate aus den Oblasten des Zentrums Poltawa, Oblast Kiew und Tscherkassy neben Mandaten aus Dnipropetrowsk, Charkiw, Cherson, Odessa und der Krim. Die restlichen Oblaste des Zentrums und des Südens gewannen für sich die KPU, welche allerdings nicht Teil der „Partei der Macht“ war und in der Opposition blieb. Da die Opposition nun aber ebenfalls aus zwei Lagern bestand, die beide keine Mehrheit hatten – UU und BJuT sowie KPU und Sozialisten –, konnten sie untereinander zu keinem Konsens kommen. Somit siegte „unterm Strich“ formal die einzige Oblast, die FeU zur stärksten Kraft gewählt hatte – Donezk im russischsprachigen Osten. Auch die Verteilung der Direktmandate zeigte ein viel heterogeneres Bild, als es noch 1998 der Fall gewesen war: In den westlichen Gebieten rund um Lwiw wurden Kandidaten aus „Unsere Ukraine“ gewählt. Im Osten rund um Donezk und im Nordosten rund um Charkiw dominierte dagegen die Präsidentenpartei. Das Zentrum um Kiew sowie der Süden mit der Krim wählten verstärkt die unabhängigen Kandidaten, wobei sich deren Wählerschaft generell etwas östlicher lokalisieren ließ. Die Wahlbeteiligung, bei über 75% im Westen, sank bis unter 60%, je mehr man sich der Grenze zu Russland näherte.¹⁴⁰⁶ Daher, obwohl es formal zu keiner Änderung der Machtstellung der alten Eliten gekommen ist, brachten die Wahlen 2002 erstmals ein Bild der gespaltenen Ukraine hervor.

Die Wahlperiode zwischen 2004 und 2007 kann als wegweisend bezeichnet werden. Erstens weil im Jahr 2004 mit der Präsidentschaft der Orangen Kräfte ein scheinbarer Richtungswechsel eingeschlagen wurde. Zweitens, weil es wahltechnisch eine Neuerung zur Parlamentswahl 2006 gab – nun wurde nach einem reinen Verhältniswahlrecht abgestimmt. Damit entfielen die Stimmen für die „Unabhängigen“. Schließlich kam die „Partei der Regionen“ als eine neue Macht am politischen Horizont der Ukraine auf.

Die nächsten Parlamentswahlen am 26. März Jahr 2006 fanden zu einer strukturell wichtigen Zeit statt: Seit dem Umbruch des Jahres 2004 waren zwei Jahre vergangen und die Kräfte der Orangen Revolution hatten Zeit, sich als Herrschaftsträger zu etablieren. Die Wahlen von 2006 wurden erstmals nach einem reinen Verhältniswahlrecht mit einer 3%-Hürde ausgetragen. Nur 5 der registrierten 45 Parteien schafften diese Hürde: „Partei der Regionen“ (32%), BJuT (22%), „Unsere Ukraine“ (14%), die Sozialisten (5,6%) und die Kommunisten. Letztere erlebten mit nur 3,66% der Stimmen einen historischen Tiefstand.¹⁴⁰⁷ Insgesamt wählten „nur“ 10 Oblaste PdR zur stärksten Kraft: Die prozentuale Zustimmung war am höchsten in Donezk und Luhansk – jeweils 73% und 74% für PdR. In den Oblasten Charkiw, Dnipropetrowsk, Zaporischija, Cherson, Mykolajiw, Odessa, Krim und Sewastopol schwankten die Ergebnisse zwischen 40% und 65%. Obwohl die Orangen Parteien BJuT und UU, wie auch schon 2002, insgesamt mehr Oblaste gewonnen haben – 18 inklusive des Auslands – konnte die „Partei der Regionen“ die meisten Einzelstimmen auf sich vereinen und erhielt 186 Mandate in der 450-köpfigen Rada. Damit hatten wieder die bevölkerungsstarken ostukrainischen Oblaste eine bedeutende Rolle gespielt, zumal PdR auch in einigen zentralen und westukrainischen Teilen Stimmen bekommen hat. In Kirowohrad, Poltawa, Schytomir und Transkarpatien gab es

¹⁴⁰⁶ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори до Верховної Ради 2002. Оперативні підсумки голосування 31.03.2002 Чергові вибори.*

¹⁴⁰⁷ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 26 березня 2006 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України.*

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

um die 20%, in Tscherniwzi, Tschernihiw, Sumy, Chmelnyzkyj und der Hauptstadt Kiew immerhin stets über 10% der Stimmen für PdR. Insgesamt stimmten 32,14% der gesamtukrainischen Bevölkerung (aus den besagten 10 Oblasten) für PdR. Ansonsten dominierten im Osten noch radikalere pro-russische Kräfte wie der Wahlblock von Natalija Witenko in Donezk, Luhansk und Sewastopol. Doch auch die Orangen Kräfte konnten in einigen ostukrainischen Oblasten punkten. So gab es nur in Donezk, Luhansk und Sewastopol unter den ersten drei Kräften weder BJuT noch UU. In Charkiw, Dnipropetrowsk, Zaporischija, Cherson, Mykolajiw, Odessa und auf der Krim kam BJuT auf 7% bis 17% Stimmen, in der Heimat von Julia Timoschenko, Dnipropetrowsk, waren es 15%. In den Oblasten des Westens eroberte der Orange Lager Lwiw, Iwano-Frankiwsk und Trankskarpatrien (UU) sowie im Zentrum und im restlichen Westen BJuT. Außer den Orangen konnte ein Bündnis aus Christdemokraten und Agrarpartei (Український Народний Блок Костенка і Плюща) im Westen Stimmen sammeln, kam aber nicht über die neue Drei-Prozent-Hürde.¹⁴⁰⁸ Die Sozialisten, die sich anfangs dem Orangen Lager zuwandten, später aber doch mit PdR und KPU eine Koalition eingingen, sammelten ihre Stimmen hauptsächlich in den zentralen Oblasten. Die Kommunisten fanden Anhänger im Osten und Süden. Insgesamt hatte BJuT 129 Mandate, UU 82, die Sozialisten 33 und die Kommunisten 21 Sitze in der Rada.¹⁴⁰⁹ Die Sitzverteilung erlaubte es den Orangen Parteien (mit den Sozialisten), eine klare Mehrheit mit 243 Sitzen gegenüber der „Partei der Regionen“ mit 207 Sitzen zu bilden. Doch die Koalition kam aufgrund der Meinungsverschiedenheiten zwischen Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko ins Stocken: Juschtschenko wollte seinen Vertrauten, den Oligarchen Petro Poroschenko zum Premierminister ernennen, woraufhin der sozialistische Koalitionspartner die „Orange“ Zusammenarbeit absagte und eine Koalition mit der „Partei der Regionen“ und den Kommunisten einging. Durch weitere vereinzelt Mitglieder der „Unsere Ukraine“-Fraktion konnte diese Koalition Wiktor Janukowitsch am 4. August 2006 zum Premierminister wählen, was dann im Endeffekt mal wieder einen Machtwechsel bedeutete. Die Wähler aus den östlichen Gebieten der Ukraine hatten bei dieser Wahl somit gesiegt. Julia Timoschenko wurde zur Oppositionsführerin als Vorsitzende der größten verbliebenen oppositionellen Partei BJuT.

Präsident Wiktor Juschtschenko löste die Werhowna Rada am 2. April 2007 auf und verordnete Neuwahlen für den 30. September 2007. Im Zuge der Neuwahlen veränderte sich die Kräfteverteilung nur ein wenig. Die „Partei der Regionen“ wurde erneut stärkste Kraft (34%), gefolgt von BJuT (31%) und „Unsere Ukraine“ (14%). Die Sozialisten schafften es diesmal nicht über die Drei-Prozent-Hürde, wohl aber die Kommunisten mit 5% und die Wahlbündnis „Block Wolodimir Lytwyn“ mit 4% der Stimmen.¹⁴¹⁰ Obwohl BJuT in ihrer Wahlkampagne es versuchte, alle Regionen mit einzubeziehen und die Ukrainische Nation als gemeinsamen Nenner hervorzuheben, erhielt ihr Block die meisten

¹⁴⁰⁸ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Парламентські вибори в Україні 2006. Вибори народних депутатів України 26 березня 2006 року. Результати голосування по кожній партії (блоку).

¹⁴⁰⁹ Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 78.

¹⁴¹⁰ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 30 вересня 2007 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Stimmen aus den westlichen und zentralen Oblasten. Die „Partei der Regionen“ blieb stärkste Kraft im Osten und Süden. Die Sozialisten schafften es nicht mehr ins Parlament – wahrscheinlich, weil sie mit dem Lagerwechsel nun endgültig das Vertrauen der Wähler missbraucht hatten. Stattdessen kam der Wahlblock von Wolodimir Lytwyn, „Block Lytwyns“, in die Rada, welcher sich um den Parlamentspräsidenten Lytwyn aus der ehemaligen Arbeiterpartei herausbildete. Die politische Prägung der Partei ging eher in Richtung der PdR als der ehemaligen Orangen Kräfte. Gewählt wurde Lytwyns Block vorwiegend im Zentrum (Tscherkassy, Kiew Oblast und Stadt und Zhytomyr) sowie im Westen (Chmelnyzki, Riwne, Transkarpatien und Wolhynien). Insgesamt erzielte dieser Parteiblock 3,96% der Wählerstimmen und 20 Abgeordnete. PdR erhielt bei der Wahl 2007 sogar etwas mehr Stimmenanteile als noch 18 Monate zuvor – 34,37% und 175 Sitze in der Rada. Dabei behielt PdR die Mehrheit in „ihren“ Oblasten – Donezk und Luhansk mit über 70% der Stimmen (obwohl etwa 1% weniger als noch 2006) wie auch allen weiteren Oblasten des Ostens und Südens, in welchen sie bereits im Jahr 2006 gesiegt hatte. In den zentralukrainischen Oblasten Kirowohrad, Poltawa, Zhytomyr und Cherson erhielt PdR jeweils über 20% der Stimmen und damit überall mehr Stimmen als 2006. In allen anderen Oblasten kam PdR auf mehr als 10% der Stimmen, mit Ausnahme von Ternopil, Iwano-Frankiwsk, Wolhynien und Lwiw, wo sie auch zwischen 4% und 7% der Stimmen bekam. Damit verbesserte die PdR ihre Position im gesamten Land. Lediglich im äußersten Westen in den Oblasten Ternopil und Iwano-Frankiwsk kam PdR nicht unter die Top-drei der politischen Kräfte. In diesen Oblasten kam eine andere Partei unter die Bestplatzierten – die nationalistische und rechtspopulistische „Swoboda“. Obwohl diese Partei insgesamt im Landesdurchschnitt nicht genug Stimmen erzielte, um die Drei-Prozent-Hürde für den Einzug in die Rada zu nehmen, hatte ihre Popularität im Westen der Ukraine seit einiger Zeit deutlich zugenommen. In den beiden genannten Oblasten sowie in Lwiw bekam sie über 3% der Stimmen.¹⁴¹¹ Dagegen verzeichnete die Partei des Präsidenten „Unsere Ukraine“ in einigen Oblasten Verluste. Das höchste Minus über 13% wurde in Lwiw verzeichnet, wobei die verlorenen Stimmen an die Partei BJuT unter der Führung der ehemaligen Koalitionspartnerin Julia Timoschenko gingen. Die Verluste der UU beschränkten sich jedoch nur auf die westlichen Oblaste, während sie in den zentralen und östlichen Gegenden im Vergleich zu 2006 gleiche oder etwas höhere Stimmenanteile bekam. Die noch 2006 gehaltene Vorreiterrolle in Iwano-Frankiwsk und Lwiw verlor die UU jedoch und behielt lediglich in Transkarpatien die Oberhand mit 31% der Stimmen vor BJuT (mit 29%) und vor PdR (mit 20%). Der „Timoschenko-Block“, ähnlich die PdR, verbesserte seine Position in allen Oblasten. Aus den 16 gewonnenen Oblasten sammelte BJuT 7 162 193 Stimmen und damit 30,71%, die aber gegen die 10 Oblaste der PdR mit 8 013 895 Stimmen und 34,71% für Platz 1 landesweit nicht reichten. Timoschenko konnte allerdings sowohl im Osten als auch im Westen und im Zentrum Stimmzuwächse verzeichnen. Etwa 20% mehr bekam BJuT in den westlichen Oblasten Wolhynien, der zentralukrainischen Oblast Kiew, in Ternopil, Riwne, Iwano-Frankiwsk und Lwiw, wo sie auch jeweils als Wahlsiegerin hervorging. In den zentral-westlichen Oblasten Chmelnyzkyj, Tscherkassy, Stadt Kiew, Winnycja, Tscherniwzi, und dem nördlichen Sumy betrug der Stimmzuwachs für BJuT etwa 15

¹⁴¹¹ Ebd.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Prozentpunkte, in den restlichen zentralen Oblasten Poltawa und Kirowohrad sowie Transkarpatien lag der Zuwachs bei etwa 10 Prozentpunkten und im Osten sowie im Süden bei 5 bis 10 Prozentpunkten. In Luhansk stieg BJuT sogar in die Top-drei auf. Der „Timoschenko-Block“ verdrängte damit die Sozialisten bzw. die KPU im Süden und Osten, was als eine kleine Wende im Wählerverhalten bezeichnet werden kann. Unter anderem deswegen wurde BJuT infolge der Wahl als die nächste potentielle Volkspartei der Ukraine gehandelt.¹⁴¹² Die KPU verzeichnete im Jahr 2007 vor allem im Osten und Süden leichte Zuwächse, die größten davon in Sewastopol und Luhansk. Die restlichen Stimmenanteile für die Kommunisten kamen überwiegend aus der südöstlichen Ukraine.¹⁴¹³ Es ergab sich eine hauchdünne Mehrheit von 228 gegenüber 222 Sitzen für die Orangen Parteien, die nach mehreren Versuchen Julia Timoschenko zur Ministerpräsidentin wählten. Die Regierungsdauer sollte aber kurz werden: Bereits im Frühjahr 2008 verlor die Regierung ihre Mehrheit, da einige Abgeordnete ihr die Unterstützung versagten. Im September 2008 zerbrach die Koalition.¹⁴¹⁴

Die Parlamentswahlen im Jahr 2012 (28. Oktober) standen unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs und wurden deswegen aufmerksam im In- und Ausland beobachtet. Eine Neuerung gab er wieder in dem Wahlsystem, das jetzt erneut Direktmandate zuließ. So wurde die Hälfte der 450 Abgeordneten über Direktmandate gewählt. Die „Partei der Regionen“ erreichte abermals den ersten Platz unter den Parteien – mit 30% der Wählerstimmen und 185 Sitzen in der Werhowna Rada war sie stärkste Kraft. Darunter waren 114 Mandate aus Einzelwahlkreisen und lediglich 73 Mandate über Parteilisten.¹⁴¹⁵ Deutlich verlor PdR allerdings an der absoluten Stimmzahl der Wähler, beinahe 2 Millionen Stimmen. In ihren Stammwahlkreisen im Osten und im Süden wurde PdR zwar zur stärksten Kraft gewählt, verlor aber prozentual Stimmen in allen Oblasten. Auch Julia Timoschenko mit ihrer umbenannten Partei „Vaterland“ („Batkivschtschyna“ (Батьківщина)) behielt den zweiten Platz mit 25,54% der Stimmen, der etwa 2 Millionen Wähler abhanden gingen.¹⁴¹⁶ „Vaterland“ erhielt mit 42 relativ viele Direktmandate, welche etwa 40% ihrer Gesamtsitze ausmachten. Verluste erlitt „Batkivschtschyna“ beinahe in allen Teilen des Landes. Die Partei Timoschenkos verlor die meisten Stimmen (zwischen 15% und 20%) in den ehemaligen Hochburgen des Westens Wolhynien, Lwiw sowie in der Stadt und in der Oblast Kiew. Mehr als um 10% weniger Stimmen erhielt „Vaterland“ in Iwano-Frankiwnsk, Riwnne, Ternopil, Chmelnyzkyj, Cherkassy und Tschernihiw. Den einzigen, wenngleich minimalen, Stimmzuwachs verzeichnete „Vaterland“ kurioserweise in Donezk, Luhansk und auf der Krim. Im Vergleich zu der Wahl im Jahr 2007 büßten beide große Konkurrenzparteien PdR und BJuT damit etwa 5 Prozentpunkte ein. Die verlorenen Stimmen der beiden großen Parteien gingen an die – teilweise neue – Konkurrenz: UDAR, Swoboda und KPU, die allesamt Stimm-

¹⁴¹² Lindner, Rainer (2007): Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung, S. 1-2.

¹⁴¹³ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 30 вересня 2007 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України.

¹⁴¹⁴ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 293-294.

¹⁴¹⁵ Ukraine-Analysen: Grafik 3: Sitzverteilung im Parlament (nach Parteilisten und Einerwahlkreisen). Ukraine-Analysen 109/2012. S. 11.

¹⁴¹⁶ Ukraine-Analysen: Grafik 1: Amtliches Endergebnis der Parlamentswahl vom 28.10.2012 (nach Verhältniswahl). Ukraine-Analysen 109/2012. S. 10.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

zuwächse verzeichnen konnten. Als drittstärkste Kraft kam die neue Partei UDAR mit 13,96% der Stimmen in die Rada. Ihr folgten die Kommunisten mit 13,18% und schließlich die national-radikale „Swoboda“ mit 10,44% der Stimmen.¹⁴¹⁷ Dabei profilierte sich UDAR als die neue oppositionelle Kraft, die sich deutlich sowohl gegenüber PdR sowie gegenüber KPU positionierte. UDAR erreichte mit ihrem intensiven Wahlkampf 13,96% der gesamten Stimmen und wurden drittstärkste Kraft. Die meisten Stimmen bekam diese Partei in der Hauptstadt Kiew mit 25,45% der gesamten Wähler, in der Oblast Transkarpatien mit 20,03% der Stimmen, in Iwano-Frankiwsk, Wolhynien, Tschernihiw, Chmelnyckyj, Riwna, Oblast Kiew, Cherkassy Poltawa und Sumy mit zwischen 15% und 20% der Stimmen. In den restlichen Oblasten außer Donezk, Luhansk und Krim betragen die Anteile zwischen 10% und 15%. Immerhin gaben die drei letztgenannten Oblasten UDAR fast 5% der Stimmen, die Krim 7,2% der Stimmen.¹⁴¹⁸ „Swoboda“ erhielt teilweise enorme Stimmenzuwächse, hauptsächlich im Westen des Landes: So verzeichnete diese von Oleh Tjahnibok angeführte national-radikale Partei einen Zuwachs von 35% in der Oblast Lwiw und von 30% in den Oblasten Iwano-Frankiwsk und Ternopil. Noch im Jahr 2006 hatte die Partei hier 3% erzielt, was auch schon bezeichnend für die politische Entwicklung dieser Oblaste war. In anderen westlichen Oblasten verzeichnete „Swoboda“ Zuwächse zwischen 10 und 20 Prozentpunkten, beispielsweise in Wolhynien, Riwna, Chmelnyckyj sowie in der Oblast und in der Stadt Kiew. Außerdem erhielt diese radikale rechtspopulistische Partei zwischen 5% und 10% der insgesamt abgegebenen Stimmen in den Oblasten Winnycja, Zhytomyr, Kirowohrad, Poltawa, Sumy, Cherkassy, Tscherniwzi, Tschernihiw und sogar in den von PdR-dominierten Oblasten Transkarpatien und Dnipropetrowsk.¹⁴¹⁹ Die Kommunisten erhielten Stimmzuwächse in beinahe allen Oblasten, hauptsächlich in Sewastopol, wo sie 19% bekamen, gefolgt von der Krim, Dnipropetrowsk, Donezk, Zaporischija, Mykolajiw, Odessa, Charkiw, und Cherson mit 10% bis 15% mehr Stimmen.¹⁴²⁰ Die Wahlbeteiligung lag bei 57,98% in der gesamten Ukraine und nahm in der Tendenz in Richtung Westen zu (Höchstwert 67,12% in Lwiw) und in Richtung Südosten ab (Tiefstwert 49,45% auf der Krim). PdR behielt erneut die Mehrheit in den östlichen Oblasten und „Vaterland“ die Mehrheit im Zentrum und im Westen. Einzig in Lwiw konnte „Swoboda“ historisch mit 38,01% stärkste Kraft werden.¹⁴²¹ Was Direktmandate angeht, so waren es bei „Swoboda“ 12 (aus insgesamt 37) Mandate, bei UDAR 6 (aus insgesamt 40) und von der Radikalen Partei Ljaschkos kam ein Kandidat über das Direktmandat in die Rada. Die Kommunisten hatten keine Di-

¹⁴¹⁷ Ebd.

¹⁴¹⁸ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року. Відомості про підрахунок голосів виборців по загальнодержавному багатомандатному виборчому округу в межах регіонів України.*

¹⁴¹⁹ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року. Відомості про підрахунок голосів виборців по загальнодержавному багатомандатному виборчому округу в межах регіонів України. Всеукраїнське об'єднання «Свобода».*

¹⁴²⁰ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року. Відомості про підрахунок голосів виборців по загальнодержавному багатомандатному виборчому округу в межах регіонів України.*

¹⁴²¹ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Хід голосування по регіонах України. Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року; Vgl. hierzu: Rosenberger, Christine/Baumann, Gabriele (2013): *Konstituierung der Werchowna Rada und Regierungsbildung in der Ukraine.* Konrad-Adenauer-Stiftung, Januar. S. 1-3.*

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

rektmandate zu verzeichnen. Die Wählerschaft der Kandidaten, welche als „Unabhängige“ einen Direktmandat erhielten, kam hauptsächlich aus den zentral- und westukrainischen Oblasten Wolhynien, Chmelnyzkyj, Winnycja, Tschernihiw, Tscherkassy und Poltawa.¹⁴²² Diesen „unabhängigen“ Kandidaten wurde nachgesagt, eher in Richtung der Regierungspartei PdR zu tendieren, was im Falle der Regierungsbildung für fehlende Mandate hätte ausgenutzt werden können.¹⁴²³

Die letzten (vorzeitigen) Parlamentswahlen im Jahr 2014 (26. Oktober) standen ganz im Zeichen der Ukraine-Krise 2014 und waren noch mehr als die Präsidentschaftswahlen 2014 von dem bewaffneten Konflikt in Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk geprägt. Etwa 3 Millionen Wahlberechtigte in den umkämpften Gebieten hatten keinen Zugang zu den Wahlen, was zusammen mit etwa 1,7 Millionen Wahlberechtigten auf der Krim die Ukraine beinahe 5 Millionen Wähler kostete. Während einige Beobachter die Legitimität der Wahlen aus diesem Grund anzweifeln, sorgten 88% der Wahlberechtigten der Ukraine, welche teilnehmen konnten, nach Meinung anderer für genügend Legitimationsgrundlage.¹⁴²⁴ Tatsächlich war die Wahlbeteiligung der Oblaste Donezk und Luhansk sehr niedrig – die Teile der Körperschaften, welche wählen konnten, zeigten Beteiligungen von jeweils lediglich 32%. In den südlichen Oblasten Odessa, Mykolajiw und Cherson lag dieselbe bei etwa 40%, in Dnipropetrowsk und Charkiw, aber auch in Transkarpatien und Tscherniwzi bei weniger als 50%.¹⁴²⁵ Nicht zuletzt deswegen lag auch die Beteiligung im gesamten Landesdurchschnitt nur bei 51,20%, obwohl sowohl im Zentrum als auch im Westen zwischen 50% und 70% der Wahlberechtigten gewählt haben. Aufgrund dessen, dass pro-westliche Parteien repräsentativ und zahlenmäßig diesmal deutlich überlegen waren, sorgte auch die niedrige Wahlbeteiligung im Südosten für den Niedergang der pro-Südost-Kräfte. Der Oppositionsblock (mit ehemaligen PdR-Mitgliedern) erhielt in den Oblasten Donezk, Luhansk, Charkiw Zaporischija und Dnipropetrowsk die relative Mehrheit der Stimmen. In Donezk, Luhansk und Charkiw zwischen 32% und 39% (in Donezk knapp 40%) und in Dnipropetrowsk und Zaporischija zwischen 22% und 24% der Stimmen. Damit blieb die pro-Ost-Opposition im Osten stärkste Kraft. Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung und des Wegfalls von einem Teil der Wählerschaft bekam der Block allerdings vergleichsweise wenige Sitze in der Rada: 29 von 450. In den Oblasten des Südens Odessa, Mykolajiw und Cherson er-

¹⁴²² Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Відомості про підрахунок голосів виборців в межах одномандатних виборчих округів. Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року.

¹⁴²³ Savin, Kyryl/Stein, Andreas (2012): Parlamentswahl 2012: Prüfung in Demokratie nicht bestanden. Heinrich-Böll-Stiftung <https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-parlamentswahl-2012-dsukraine-16019.html> (Abgerufen am 20.04.2014.); Rosenberger, Christine/Baumann, Gabriele (2013): Konstituierung der Werchowna Rada und Regierungsbildung in der Ukraine. S. 1-3.

¹⁴²⁴ Vgl. hierzu beispielsweise: Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 4; Ukraine-Analysen: Parlamentswahlen 2014: Internationale Reaktionen. Ukraine-Analysen 139/2014. S. 14-16; Herrmann, Klaus Joachim: „Werchowna Rada rückt nach Westen“ AG Friedensforschung 25.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl6.html> (Abgerufen am 01.11.2014); Heyden, Ulrich: „Erfolg für Antirussen und Marktradikale“ AG Friedensforschung 28.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl7.html> (Abgerufen am 01.11.2014); Lauterbach, Reinhard: „Run auf die Posten“ 29.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl8.html> (Abgerufen am 01.11.2014).

¹⁴²⁵ Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 26 жовтня 2014 року (Abgerufen am 01.11.2014); Ukraine-Analysen: Grafik 2: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 nach Regionen. S. 5.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

hielt die Opposition zwischen 10% und 18% der Stimmen. In allen anderen Oblasten stimmten weniger als 10% der Wähler für die Opposition.¹⁴²⁶ Die Oblaste des Südens gaben im Verhältnis die Mehrheit ihrer Stimmen für den „Block Petro Poroschenko“ – etwa 20% der Gesamtstimmen. Der Block ging außerdem als stärkste Kraft in den Oblasten Winnycja, Zhytomyr, Tschernihiw, Tscherniwzi, Transkarpatien und in der Stadt Kiew hervor – damit regional querbeet durch den Süden und das westliche Zentrum. Der „Poroschenko-Block“ erhielt überall etwas über 20% der Stimmen, nur in Winnycja waren es 37% der Stimmen. Damit kann der Block mit Poroschenko als Führungsfigur als neue Kraft der „Mitte“ gelten, welche weder im äußersten Osten noch im Westen die Mehrheit erhalten konnte (sondern stets zwischen 15% und 20% der Stimmen), aber dennoch in den südlichen Oblasten punkten konnte.¹⁴²⁷ Etwa regional umgekehrt zum Oppositionsblock verhielt es sich mit der Unterstützung der „Volksfront“ unter Arsenij Jazenjuk. Diese Partei erhielt in Wolhynien, Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk – kurzum in den Oblasten des äußersten Westen – jeweils über 30% der Stimmen. Im Zentrum blieben die Prozentanteile zwischen 20% und 29% und nur im Osten sank die Unterstützung auf unter 10% der Bevölkerung in Odessa, Donezk und Luhansk.¹⁴²⁸ Überraschend siegte die Volksfront des Arsenij Jazenjuk mit 22,14% der gesamten Stimmen, gefolgt von dem „Block Petro Poroschenko“ mit 21,82% der Stimmen. Der Oppositionsblock, dem auch Vertreter der ehemaligen PdR angehörten, kam als viertstärkste Kraft mit 9,43% in die Werhowna Rada. Weitere Parteien, welche es in die Rada geschafft haben, waren „Selbsthilfe“ (10,97%), Radikale Partei Ljaschkos (7,44%) und „Vaterland“ mit 5,68% der Stimmen.¹⁴²⁹ Die beiden radikalen Flügel KPU und „Swoboda“ scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Zusätzlich zu den zwei Siegerparteien kamen die Radikale Partei von Ljaschko, „Vaterland“ und „Selbsthilfe“ in die neue Regierung.¹⁴³⁰ Somit lässt sich sagen, dass sich im Krisenjahr 2014 erneut zwei politische Kräfte herauskristallisiert haben, welche jeweils den Osten und den Westen der Ukraine repräsentierte – den Oppositionsblock und die Volksfront. Dadurch, dass die südlichen Oblaste sich nun auch etwas mehr den pro-westlichen Kräften zuwandten und dem äußersten Osten ein Teil seiner Wählerschaft fehlte, zusätzlich zum Bekenntnis des Zentrums zu den neuen Machträgern, konnte sich der Westen repräsentativ sehr dominant gegenüber dem Osten positionieren. Die kleineren Parteien „Selbsthilfe“ um den ebenfalls als rechts-konservative geltenden Lwiwer Bürgermeister Andrij Sadowij und die Radikale Partei unter der Führung des Populisten Oleh Ljaschko hatten ihre Wählerschaft ebenfalls im Westen bzw. im nördlichen Zentrum der Ukraine.¹⁴³¹

¹⁴²⁶ Ukraine-Analysen: Grafik 8: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für den Oppositionsblock in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.

¹⁴²⁷ Ukraine-Analysen: Grafik 5: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für den Block Petro Poroschenko in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.

¹⁴²⁸ Ukraine-Analysen: Grafik 6: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für die Volksfront in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.

¹⁴²⁹ Ebd. S. 5.

¹⁴³⁰ Stein, Andreas: „Das zweite Kabinett von Arsenij Jazenjuk“ 02.12.2014 http://ukrainenachrichten.de/zweite-kabinet-arsenij-jazenjuk_4155_politik (Abgerufen am 05.12.2014).

¹⁴³¹ Oleh Ljaschko als „gnadenloser Populist“ betitelt in: Kahlweit, Cathrin: „Was vom Majdan-Traum übrig bleibt“ Süddeutsche Zeitung 26.10.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-der-ukraine-was-vom-maidan-traum-uebrig-bleibt-1.2189542> (Abgerufen am 02.12.2014).

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

5.6.2.4 Fazit: Wahlverhalten im regionalen Vergleich

Der Wahlkalender in der Ukraine wurde stets von zwei Abstimmungen geprägt – der Wahl des Präsidenten und der Wahl des Parlamentes. Doch nicht nur die Ergebnisse der Abstimmungen bestimmten die Machträger – auch Manipulationen, Stimmenkauf und nicht zuletzt das Wahlrecht beeinflussten die Abstimmungsergebnisse. So sorgten die gesetzlichen Bestimmungen dafür, dass in der Ukraine bis 2006 nach einem Mischsystem gewählt wurde. Dieses ließ die Wahl „unabhängiger“ Kandidaten zu, welche wiederum in den 1990er Jahren als Überläufer der alten Nomenklatur für Verwirrung in den Machtstrukturen sorgten. Doch während die Unterstützung der Wählerschaft hierbei relativ flächendeckend im ganzen Land war, konnten bei Präsidentschaftskandidaten und Parteien stets deutliche Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen der Ukraine festgestellt werden. Bereits bei der Wahl des Jahres 1999 konnte Leonid Kuchma die Wähler des Westens überzeugen, denn er hatte seit der Wahl im Jahr 1994 deutlich am Image des nationalen Ukrainers gefeilt. Sein Widersacher Symonenko punktete im Osten, wo Kuchma wiederum seine Stellung aus dem Jahr 1994 verloren hatte. Als Wiktor Juschtschenko die Stichwahl 2004 für sich entscheiden wollte, ging er im Osten des Landes auf Stimmenjagd und gewann damit den entscheidenden Vorsprung vor Janukowitsch. Auch gelang es Juschtschenko, die zentralukrainischen Wähler für sich zu gewinnen – welche bei der Wahl 2010 endgültig zum „Zünglein an der Waage“ wurden. Mit deren Stimmen inklusive der bevölkerungsreichen russischsprachigen Gebiete des Ostens konnte Janukowitsch bei der Wahl 2010 seinen knappen Vorsprung vor Julia Timoschenko sichern.

Die ukrainischen Parlamentswahlen und die vorangegangene Analyse der Parteilandschaft zeigen, dass es für Parteien und deren Führer einfacher war, mit einer abgemilderten Rhetorik in den Kernfragen (Außenpolitik, ukrainische Nation, russische Sprache) breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. Das gelang im Jahr 2007 sowohl der „Partei der Regionen“ als auch Timoschenkos Partei. Extrempole konnten in den äußeren Randgebieten punkten und führten daher zu einer programmatischen Links-Rechts-Teilung der regionalen Ost-West-Spaltung – beispielsweise „Swoboda“ in Lwiw bzw. KPU in Donbass im Jahr 2012. Die Kontrahenten waren in den 1990er Jahren Ruch im Westen und KPU bzw. später FeU im Osten, in der Orangen Ära standen sich UU bzw. BJuT und PdR gegenüber, was sich im Grunde bis zur Krise 2014 fortgeführt hat. Selbst die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 zeigten keine Einigung der Ukrainer auf gemeinsame Parteien bzw. Kandidaten – Petro Poroschenko hatte keine nennenswerte Konkurrenz, so dass es nicht einmal zu einer Stichwahl kommen musste. Wiederum konnte seine Partei das Zentrum und den Süden der Ukraine erobern, aber nicht den Osten mit der sehr geringen Wahlbeteiligung – hier siegte der Oppositionsblock, mit hoher Wahrscheinlichkeit mangels Alternativen aus den Reihen der ehemaligen PdR. Der Westen hielt dagegen zu Arsenij Jazenjuk, nebst kleineren und radikaleren Parteien.

Resümieren kann man somit, dass die Wählerschaft der Ukraine eine relativ deutliche Ost-West-Spaltung aufweist. Nicht zufällig fällt diese mit der sprachlichen und identifikativen Teilung des Landes zusammen. Eine Annäherung der Pole muss somit

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

zur höchsten Priorität der politischen Führung der Ukraine werden. Das Ausbleiben einer solchen Annäherung wird zu einer Vertiefung der bereits bestehenden Konflikte führen.

5.6.3 Gesellschaftliche Spaltung und ukrainische Außenpolitik

5.6.3.1 Einflussfaktoren und Themenkomplexe

Die ukrainische Außenpolitik ist ein Bereich, der auf den ersten Blick wenig mit der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu tun hat. Schließlich ist die Außenpolitik für gewöhnlich ranghohen Politikern und Staatsführern vorbehalten und betrifft nur in Fällen zwischenstaatlicher Konflikte die Bevölkerung eines Staates. Einige Autoren haben sogar versucht, die Ost-West-Spaltung der Ukraine hinsichtlich ihres Einflusses auf die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine zu befragen.¹⁴³² Doch genau an diesem Punkt überschneiden sich die ukrainische Außenpolitik und die regionale bzw. ethnisch-nationale Situation, abgesehen davon, dass es im Jahr 2014 in der Tat zu einem zwischenstaatlichen Konflikt unter Beteiligung der Ukraine und Russland gekommen ist. Schließlich ist die Zugehörigkeit bzw. die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine nach Europa oder nach Russland eine der Kernfragen, welche im regionalen Schnitt der Ukraine stets für Spannungen gesorgt haben. Die westlichen Oblaste der Ukraine mit ihrer überwiegend ukrainischsprachigen Bevölkerung strebten in ihrer außenpolitischen Ausrichtung nach Europa, während der Osten und der Süden der Ukraine die engen Beziehungen zu Russland aufrechterhalten wollten. Dies belegen zahlreiche Umfragen in den 1990er und 2000er Jahren und während der Krise des Jahres 2014. Die Richtungen sind nicht nur geographisch betrachtet einander entgegen gesetzt – auch politisch bedeutet die Lage der Ukraine zwischen Ost und West, dass die Landesführung häufig zwischen den zwei Polen lavieren musste, sei es in der Energiepolitik, in der politischen Blockbildung oder in Wirtschaftsbeziehungen. Auch weitere Themen, welche der Außenpolitik zuzuordnen sind, lösten im Laufe der Jahre öfter gesellschaftliche Spannungen in der Ukraine aus. Dazu gehören beispielsweise der Status der Krim, das ukrainische Militär, die Energieabhängigkeit und die historische Verbundenheit der Ukraine mit Russland bzw. dem Westen. Auch die jeweiligen außenpolitischen Verhandlungspartner stellten die Ukraine in der Vergangenheit häufig vor eine „Entweder-oder“-Wahl, was die politischen Führer dazu zwang, sich für „eine“ Seite zu entscheiden.

Eines der Probleme, mit welchen sich die Ukraine bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik seit dem Systemwechsel konfrontiert sah, ergab sich aus der Dynamik der ukrainischen Systemtransformation. In der Diplomatie waren lange Zeit die alten sowjetischen Eliten präsent und wurden durch das Fortbestehen der alten politischen Kaders weiter getragen. Damit war die alte „sowjetische“ außenpolitische Prägung verbunden, welche gewisse Stereotypen der Ost-West-Konfrontation, des Eisernen Vorhanges und der

¹⁴³² Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 261-264.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

„Gut-Böse“-Beziehungen in den weltweiten Blockbildungen fortführte.¹⁴³³ Erst nach dem Jahr 2000 etwa kamen allmählich neue und jüngere Eliten, welche die Überwindung der alten Stereotype allerdings nur schwer schafften. „Weitergelebt“ hat lange Zeit auch eine gewisse restliche Loyalität gegenüber der alten Allianz mit dem östlichen Nachbarn Russland, welche durch ökonomische Beziehungen ergänzt wurde.¹⁴³⁴ Dem Westen gegenüber hatte die Ukraine anfangs schlicht weniger Erfahrung, was zusätzlich mit einer Portion Skepsis verbunden war. Schließlich war die regionale Spaltung der ukrainischen Bevölkerung ein Grund dafür, dass die Außenpolitik sich sowohl in Richtung Russlands als auch in Richtung Europas entwickeln musste, weil ein „clean-cut“ der diplomatischen Beziehungen mit Russland nach dem baltischen Muster Proteste im südöstlichen Teil des Landes nach sich gezogen hätte.

Das Buhlen der großen Mächte USA, Russland und EU um die Vorherrschaft in der Ukraine offenbarte bereits in den 1990er Jahren die wichtige strategische Rolle des Landes.¹⁴³⁵ Die politische Führung der Ukraine musste daher Balanceakte vollbringen, um nicht zwischen die Fronten zu geraten und dazu noch ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Das gelang nicht immer. Die Tatsache, dass die Ukraine Anfang der 1990er Jahre ihr Militärpotential reduzierte, machte sie einerseits kooperationsfreudiger, doch andererseits anfälliger für machtpolitische Spiele des Ostens bzw. des Westens. Im Jahr 1996 vernichtete bzw. übergab die Ukraine gemäß eines trilateralen Abkommens mit den USA und Russland aus dem Jahr 1993 bzw. 1994 alle ihre vorhandenen Atomwaffen.¹⁴³⁶ Im Gegenzug garantierten die Vertragsparteien USA, Russland, Großbritannien, China und Deutschland mit dem „Budapester Memorandum“ die wirtschaftliche und politische Sicherheit der Ukraine.¹⁴³⁷ Ebenfalls reduzierte die Ukraine den Umfang ihrer Streitkräfte bis zum Jahr 2006, indem von den ehemals 800 000 Mann, die zu den sowjetischen Truppen gehört hatten, etwa ein Viertel übrig blieb. Dass die militärische Frage ein wichtiger Bestandteil der ukrainischen außenpolitischen Position war, zeigte sich, als der US-amerikanische Präsident Bill Clinton erst nach der Vernichtung der Atomwaffen der Ukraine im Mai 1995 der Ukraine einen Besuch abstattete.

Als die Prozesse der Demokratisierung in der Ukraine in den 1990er Jahren voranschritten, witterte auch die NATO ihre Chance, in einer derart wichtigen geopolitischen Lage ganz nah an die Grenzen zu Russland zu kommen. So fanden bereits im Mai 1995 gemeinsame Manöver der ukrainischen und amerikanischen Truppen in der Westukraine statt. Im Jahr 1997 unterzeichnete die Ukraine mit der NATO eine „Charta über besondere Partnerschaft“ (distinctive partnership). Eine volle Mitgliedschaft wurde zunächst jedoch nicht in Aussicht gestellt.¹⁴³⁸ Im Jahr 2002 wurde ein gemeinsamer Aktionsplan unterschrieben und immer wieder fanden gemeinsame Manöver, unter anderem

¹⁴³³ Vgl. hierzu Ebd. S. 265-266.

¹⁴³⁴ Ebd. S. 266.

¹⁴³⁵ Im November 1995 wurde die Ukraine Mitglied des Europarates, der allerdings häufig Kritik an den politischen Missständen der Ukraine übte. Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 231; Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 280.

¹⁴³⁶ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 278-279.

¹⁴³⁷ Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 231.

¹⁴³⁸ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 280.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

im Schwarzen Meer, statt.¹⁴³⁹ Die Folge der NATO-Annäherung waren zahlreiche Proteste in den östlichen und südlichen Oblasten der Ukraine. Im Jahr 2006 hat das Parlament der Krim die Halbinsel für „NATO-frei“ erklärt. Der Erklärung war eine Behinderung der Landung eines NATO-Transportschiffes durch die aufgebrauchte Bevölkerung der Krim vorausgegangen.¹⁴⁴⁰ Zu dieser Zeit war sich die Bevölkerung der gesamten Ukraine hinsichtlich der militärischen Rolle des Landes zwischen Russland und NATO relativ einig: Im Jahr 2006 sprachen sich nur 19% aller Ukrainer für einen NATO-Beitritt aus und deutliche 55% waren dagegen.¹⁴⁴¹ Jedoch entwickelten sich im Laufe der Jahre auch in dieser Frage regionale Unterschiede. Die westlichen Regionen sahen die NATO zunehmend als den Wunsch-Kooperationspartner, wohingegen Russland hier als Bedrohung wahrgenommen wurde. Der Südosten war gegenteiliger Meinung – hier wurde Russland als der näher gelegene und erwünschte Verbündete betrachtet und die NATO aus Gewohnheit des Kalten Krieges gefürchtet.¹⁴⁴² Regional betrachtet hätten sich bereits im Jahr 2008 47% der Westukrainer in einem Referendum „für“ einen NATO-Beitritt entschieden, während im Südosten etwa 65% „dagegen“ gewesen wären.¹⁴⁴³ Dass der NATO-Antrag der Ukraine im Jahr 2008 seitens der NATO-Entscheidungsträger abgelehnt wurde, nicht zuletzt aus Rücksicht auf Russland, zeigt die außenpolitische Abhängigkeit der Ukraine relativ klar auf.¹⁴⁴⁴ Die Krise des Jahres 2014 brachte das NATO-Thema erneut auf die politische Tagesordnung.

Ein Kurs auf die EU wurde in der Ukraine Ende der 1990er Jahre zum Thema. Zur damaligen Zeit steckten die baltischen Staaten bereits mitten in den Beitrittsverhandlungen und der Evaluation seitens der EU-Kommission. In der Ukraine war eine volle Mitgliedschaft zunächst keine Option, hauptsächlich aufgrund der schwachen Wirtschaft und des niedrigen Grades an demokratischer Qualität. Im Juni 1994 unterzeichnete die Ukraine ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU, das im Jahr 1998 in Kraft trat. Dieses Instrument der EU-Kooperation stellte jedoch keine Mitgliedschaft in Aussicht, sondern war der Förderung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Ukraine gewidmet.¹⁴⁴⁵ In der Tat stieg der Handel zwischen der EU und der Ukraine zwischen 1998 und Mitte der 2000er Jahre auf 40% (unter Berücksichtigung der neuen Mitgliedstaaten), während der Export nach Russland sich von 40% auf unter 20% verringerte. Es verwundert wenig, dass Russland von einer solchen Entwicklung wenig begeistert war. Der ukrainische Osten stand in der Frage nach der außenpolitischen Ausrichtung eher für eine intensive Partnerschaft mit Russland und dem ehemaligen Sowjetraum mithilfe der GUS-Kanäle.¹⁴⁴⁶ Der Westen der Ukraine war im Jahr 2008 zu 65% eher einer Kooperation mit der EU zugewandt, während im Südosten nur 20% sich für die Kooperation mit der EU aussprachen.¹⁴⁴⁷ Auch in dieser Frage war

¹⁴³⁹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 230-231.

¹⁴⁴⁰ Ebd. S. 263-265.

¹⁴⁴¹ Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 87-88.

¹⁴⁴² Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 265.

¹⁴⁴³ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 263.

¹⁴⁴⁴ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 230.

¹⁴⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁴⁶ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 272; 280.

¹⁴⁴⁷ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 262.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

somit eine gewisse regionale Spaltung zu sehen. Als Polen und Ungarn am 1. Mai 2004 in die EU aufgenommen wurden, rückte die Ukraine nunmehr in eine zwiespältige Lage: Einerseits grenzte sie nun direkt an die EU und konnte ihre Beziehungen zu ihr besser ausbauen. Andererseits schotteten die neuen Regelungen über Grenzen und Handel die Ukraine gegenüber der EU ab, was sie wiederum zwangsläufig näher zu Russland brachte.¹⁴⁴⁸

Auch Russlands Führung schien von der Idee, dass die Ukraine in die Interessensphäre Europas bzw. der NATO rückt, nie begeistert zu sein. Diese ambivalente Position zwischen der EU und Russland isolierte die Ukraine außenpolitisch – die westlichen Politiker versuchten aus Rücksicht auf den mächtigen östlichen Nachbarn Russland die Kooperation mit der Ukraine nicht zu eng zu gestalten. Im Jahr 2006 befürworteten 56% der gesamten ukrainischen Bevölkerung einen Beitritt zum SES – dem Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland – während 42% der gesamten Bevölkerung Mitte der 2000er Jahre einen „Stattdessen“-Beitritt zur EU bevorzugten.¹⁴⁴⁹ Erst als im Jahr 2008 klar wurde, dass ein tatsächlicher Beitritt der Ukraine nicht in Aussicht stand, wurden vor allem die Erwartungen der pro-europäischen westlichen Ukraine enttäuscht. Letztlich entfachte die Diskussion um das EU-Assoziierungsabkommen bzw. der Beitritt zur Zollunion mit Russland die Krise Ende 2013, was die Bedeutung dieses Themas für die ukrainische Außenpolitik und ihre gesellschaftlichen Umstände aufzeigt. Denn die Verweigerung der Unterschrift seitens Janukowitschs hatte nicht nur außenpolitische Folgen – auch die Bevölkerung spaltete sich in Befürworter und Gegner der Annäherung an Europa, wenn dies im Umkehrschluss eine Entfernung von Russland bedeutete. Es überrascht kaum, dass die Westukrainer dabei für die Annäherung an Europa und die Ostukrainer für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Russland aufgetreten sind.

5.6.3.2 Russland als außenpolitischer Einflussfaktor

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 und ihrer Loslösung von der Sowjetunion bestimmte das Verhältnis zu Russland im besonderen Maße die Außenpolitik der Ukraine. Anders als das Verhältnis zum Westen, das relativ neu war, blieb Russland in den 1990er Jahren weiterhin wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner der Ukraine. Drei Themenbereiche bestimmten diese Beziehung durchgehend: Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, allen voran Energielieferungen, militärische Fragen, hauptsächlich bezüglich der Krim und der dort stationierte russische Schwarzmeerflotte, aber auch die NATO und die historische Verbundenheit beider Länder, insbesondere verkörpert durch die in der Ukraine lebenden Russen bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine. Doch auch die Ukrainer im Allgemeinen als russisches „Brudervolk“ gehörten zu diesem außenpolitischen Themenbereich zwischen Russland und der Ukraine.

Bereits in den Anfängen des Systemzusammenbruchs signalisierte Russland sein bleibendes Interesse an der Ukraine. Michail Gorbatschew erklärte im August 1991, dass es ohne die Ukraine keine Sowjetunion geben könnte, da Russland und die Ukraine

¹⁴⁴⁸ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 278.

¹⁴⁴⁹ Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 87-88.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

aufgrund ihrer jahrhundertelangen Geschichte das Fundament des Gebildes bilden würden. Als die Unabhängigkeit der Ukraine per Referendum im Jahr 1991 bestätigt wurde, versuchte die Moskauer Führung dieses Verhalten als antirussisch darzustellen und nahm dies als Grundlage, die Grenzen mit der Ukraine neu definieren zu wollen.¹⁴⁵⁰ Dennoch entspannte sich die Lage etwas, als die neue ukrainische Führung unter Leonid Krawchuk und vor allem unter Leonid Kuchma ihre enge Kooperationsbereitschaft mit Moskau bekräftigte.¹⁴⁵¹ Als der russische Präsident Boris Jelzin am 31. März 1997 Kiew besuchte, unterzeichneten die beiden Länder einen Grundlagenvertrag über Freundschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, der 1998 von der Ukraine, aber erst 1999 von der Duma der Russischen Föderation ratifiziert wurde. In diesem Vertrag verpflichteten sich die Vertragsparteien dazu, die gegenseitige Souveränität, territoriale Integrität und Gleichberechtigung in den Beziehungen zu wahren.¹⁴⁵² Dieser Vertrag, insbesondere der Verweis auf die territoriale Integrität, wurde wiederholt im Zuge der Krise des Jahres 2014 erwähnt.

„Fehlende Loyalität“ der Ukraine, wie die Hinwendung zum Westen aufgefasst wurde, tolerierte Russlands Führung nur schwer. Der euro-atlantische Kurs der Ukraine während der Jahre 2005 bis 2006 wurde seitens der russischen Führung kritisiert und brachte einige alte Probleme, welche in Zeiten Kuchmas „eingeschlafen“ waren, wieder auf die Tagesordnung. Dazu gehörte die Beteiligung der Ukraine an der GUS, die Zugehörigkeit der Schwarzmeerflotte und der Stadt Sewastopol, ebenso Grenzprobleme im Asowschen Meer und die Aufteilung von wirtschaftlichen Ressourcen sowie Fragen zu Energielieferungen. Öl ins Feuer goss der Antrag der Ukraine auf NATO-Mitgliedschaft, Pläne zur Stationierung von internationalen Übungsgruppen sowie die bereits erwähnten geplanten NATO-Übungen auf der Krim, welche Russland scharf kritisierte.¹⁴⁵³ Die außenpolitische Lage entspannte sich, als Wiktor Janukowitsch 2006 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde und den rigorosen euro-atlantischen Kurs des Vorgängers Juschtschenko revidierte.¹⁴⁵⁴ Unter anderem umfasste seine Agenda „gutnachbarliche Beziehungen“ zu Russland, die Beteiligung am SES, jedoch ohne Teilnahme an der geplanten Zollunion sowie die Aufschiebung der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Unter anderem sollte die Verabschiedung des „NATO Membership Action Plan“ unter Janukowitsch zunächst nicht vorgenommen werden.¹⁴⁵⁵ Diese Aktionen wurden von Seite Russlands begrüßt und sorgten für einen freundlicheren Tonfall zwischen den Ländern.¹⁴⁵⁶

Die russische und russischsprachige Bevölkerung auf der Krim und im Südosten der Ukraine stellte für Russland öfter einen Grund dar, sich in ukrainische Angelegenheiten einzumischen. Hierbei wurden meistens, anders als im Baltikum, die Gefühle der Brüderlichkeit und der gemeinsamen Abstammung in den Vordergrund gestellt. Neben moderaten Stimmen in Russland mit Bezug zur Sprache und dem orthodoxen Glauben,

¹⁴⁵⁰ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 275.

¹⁴⁵¹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 229.

¹⁴⁵² Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 276.

¹⁴⁵³ Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 85-87.

¹⁴⁵⁴ Ebd. S. 86.

¹⁴⁵⁵ Ebd. S. 86-87.

¹⁴⁵⁶ Ebd. S. 87.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

sahen radikale Akteure die ukrainische nationale und staatliche Emanzipation in den 1990er Jahren als direkte Bedrohung für die russische Nation. Der russische Kommunistenführer Gennadi Zjuganov sprach sich 1997 offen für eine Wiedervereinigung der „ostslawischen Dreieheit“ mit Russland, Ukraine und Belarus aus, als Garantie für die Wiederherstellung der „russischen Zivilisation“.¹⁴⁵⁷ Generell wurde die Kooperation zwischen Ukraine und Russland seitens der russischen Führung häufig als etwas dargestellt, was angesichts der Geschichte und der geopolitischen Lage „selbstverständlich“ sei und womit der Westen gar nicht mithalten könne. Es ging sogar so weit, dass Russland der Ukraine im Jahr 2008 die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung bzw. der russischen Sprache im Land vorwarf und damit drohte, den 1997 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag im selben Jahr nicht zu verlängern.¹⁴⁵⁸ Immer wieder wurden die Gemüter dadurch besänftigt, dass politische Führer der Ukraine in den für Russland relevanten Fragen einlenkten. Als Wiktor Janukowitsch sich im Jahr 2006 die Einführung von Russisch als zweite Amtssprache vornahm, wurde dies von Russland begrüßt und die vorausgegangenen Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten Juschtschenko wurden „vergessen“.¹⁴⁵⁹ Die Bevölkerung der russischsprachigen Oblaste des Südostens betrachteten ihrerseits die Kooperation mit Russland gegenüber der Kooperation mit der EU oder mit der NATO stets als wichtiger: Im Jahr 2008 wurde Russland in den außenpolitischen Beziehungen der Ukraine von etwa 60% der Bürger des Südostens für bedeutender gehalten als die EU oder die NATO.¹⁴⁶⁰ Insofern hatte ein Russland-freundlicher Kurs der Kiewer Führung in diesem Teil des Landes seine Legitimation.

Die Krim mit ihrer diffusen Geschichte zwischen der Ukraine, Russland und dem osmanischen Reich stellte einen weiteren Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland dar, wobei die dortige ethnisch russische Bevölkerung von Seiten Russlands öfter für dessen Ansprüche gegenüber der Ukraine instrumentalisiert wurde. Kaum eine Sezessionsbestrebung auf der Krim im Laufe der 1990er Jahre wurde von Russlands Seite nicht unterstützt. Die Instrumentalisierung der Verhandlungen um die Krim vollzog sich dabei sowohl in Bezug auf die russische Schwarzmeerflotte als auch hinsichtlich der „Heldenstadt“ Sewastopol sowie der Krim als „russisches“ Land mit „russischer“ Bevölkerung. Durch die Erklärung der Duma im Jahr 1993 über Sewastopol als „russische“ Stadt wurden die Ansprüche Russlands gegenüber der Krim des Weiteren gefestigt. Russland nutzte den Vorwand des „Schutzes“ der russischen Bevölkerung zuletzt Ende Februar und Anfang März 2014, was dann tatsächlich zur Übernahme der Halbinsel führte.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und Russland gestalteten sich zunächst als relativ einseitig – Russland war in den 1990er Jahren der Hauptabnehmer für ukrainische Waren und der Hauptlieferant für Energieprodukte. Fortan blieb Russland der wichtigste Partner für Erdgas und Öl, was für die Ukraine eine

¹⁴⁵⁷ Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 277.

¹⁴⁵⁸ Knut Mellenthin: „Verlängerung angekündigt“ 23. September 2008. Junge Welt.

¹⁴⁵⁹ Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 86.

¹⁴⁶⁰ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 262.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

langfristige Bindung und Abhängigkeit bedeutete.¹⁴⁶¹ Im Jahr 1995 wurde ein Abkommen über die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit unterzeichnet. Jedoch sank das Volumen der ukrainischen Handelsbeziehungen mit Russland, als der Handel mit der EU zunahm. Etwa bis zum Jahr 2005 stammten ca. 40% der ukrainischen Importe aus Russland, hauptsächlich Öl, Gas und Maschinen. Ebenso war die Ukraine mit 80% des Transitvolumens ein wichtiger Knotenpunkt zwischen Russland und Europa im Bereich der Energielieferungen.¹⁴⁶² Da das Lavieren der Ukraine auf der außenpolitischen Bühne immer wieder für Konfliktstoff sorgte, nutzte Russland seine wirtschaftliche Machtposition des Öfteren aus und spielte mit seinen Möglichkeiten der Preisgestaltung – bis hin zu drastischen Preiserhöhungen für Gaslieferungen als Reaktion auf „russlandfeindliche“ Politik der ukrainischen Führung. Dies wurde allerdings natürlich nie als offizieller Grund für die Preissteigerung genannt. Russland argumentierte stets mit den Sonderkonditionen und „Freundschaftspreisen“ für die Ukraine, welche durch Preis Anpassungen an das Weltmarktniveau angehoben werden sollten.¹⁴⁶³ Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Krisen stets mit Perioden zusammenfielen, in denen in der Ukraine europäisch und westlich orientierte Kräfte an der Macht waren. Zum Beispiel im Jahr 2004, als Wiktor Juschtschenko das Präsidentenamt übernahm und zum Jahreswechsel zwischen 2005 und 2006 mit Russland eine der Konsequenzen ein „Erdgaskrieg“ war.¹⁴⁶⁴ Weitere sollten folgen – in den Jahren 2006, 2007 und 2008 sowie 2014. Anfang des Jahres 2006 setzte das russische Gasmonopol Gazprom die Lieferungen an die Ukraine vorübergehend aus – die Ukraine reagierte, indem sie das für Europa bestimmte Gas zurückhielt. So verliefen auch alle anderen Gasstreitigkeiten, indem die Ukraine im Gegenzug ihre Rolle als Transitland ausspielte, indem es beispielsweise Transitpreise erhöhte.¹⁴⁶⁵

Alle diese Themen wurden sowohl seitens der ukrainischen Führung als auch seitens Russlands häufig dafür verwendet, Einfluss auf die ukrainische Wählerschaft und die öffentliche Meinung auszuüben. Die fehlende Sicherheit in Bezug auf die russischen Erdgaslieferungen wurde seitens der Orangen Kräfte im Jahr 2004 genutzt, um auf die Abhängigkeit der Ukraine von russischen Importen hinzuweisen. Zum Teil war diese Strategie erfolgreich und brachte der pro-westlichen Opposition Stimmen ein.¹⁴⁶⁶ Jedoch wurden Schwierigkeiten bei Gasverhandlungen sowie zahlreiche Erdgas-Krisen während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos und ebenso im Zuge der Krise 2014 seitens des pro-russischen Lagers als „Unfähigkeit“ der pro-europäischen politischen Kräfte ausgelegt. Die Argumentation schloss mangelnde Verhandlungsfähigkeit und „sinnlose“ Orientierung in Richtung des Westens ein, welche den Beziehungen mit Russland schaden würden. Damit konnten vor allem diejenigen Ukrainer überzeugt werden, die für den Erhalt der Russland-Beziehungen standen. Insgesamt lässt sich sagen, dass außenpolitische Themen und besonders das Thema „Russland“ des Öfteren mit dem Zweck verwendet wurden, die ukrainische Bevölkerung in pro-westliche bzw. pro-russische Lager zu spalten.

¹⁴⁶¹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 262.

¹⁴⁶² Ebd.

¹⁴⁶³ Ebd. S. 262-263.

¹⁴⁶⁴ Ebd. S. 263.

¹⁴⁶⁵ Ebd.

¹⁴⁶⁶ Ebd. S. 262-263.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

5.6.3.3 Der Auftritt der Themenkomplexe und der Ost-West-Spaltung im außenpolitischen Handeln der ukrainischen Führungsfiguren

Wie bereits an einigen Stellen sichtbar wurde, hatten vor allem die Präsidenten an der Spitze der Ukraine einigen Einfluss auf die Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik. Generell wurden außenpolitische Beziehungen direkt durch den Präsidenten, bzw. die regierende Partei, der oder die in der Ukraine gerade an der Macht war, geprägt. Dabei spielte immer das Pendant der gesellschaftlichen Unterstützung eine bedeutende Rolle, welche in den Sachfragen öfter entweder die eine oder die andere Seite befürwortete.

Der zweite ukrainische Präsident Leonid Kuchma wurde durch seine Politik der sogenannten „Multivektoralität“ bekannt, welche einiges an Lob aber auch an Kritik geerntet hat. Die „zweispurige“ Außenpolitik diente zwei Zwecken: Erstens die beiden geopolitischen Lager Russland und Europa so zu vereinen, dass keiner das Gefühl hatte, ausgeschlossen zu sein. Ebenso sollte die Ukraine entsprechend ihren Nutzen aus der jeweiligen Kooperation ziehen. Zweitens sollten die gesellschaftlichen Pole im Südosten und im Westen innerhalb des Landes thematisch „bedient“ werden, da sie etwa ab Mitte der 1990er Jahre außenpolitisch in jeweils entgegengesetzte Richtungen (nach Russland bzw. Europa) schauten. Kuchma bezeichnete den EU-Beitritt am 30. November 1999 in seiner Antrittsrede zwar als langfristiges strategisches Ziel, unter seiner Präsidentschaft kam aber auch der Nuklearwaffenvertrag aus dem Jahr 1996 mit Russland und den restlichen Mächten zustande. So bekam Russland die Atomwaffen zurück und der Westen entledigte sich einer nuklearen Gefahr im ehemaligen Sowjetblock. Ebenso konnte der Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Russland im Jahr 1997 geschlossen werden, womit Russland ob der möglichen westlichen Orientierung der Ukraine nach der Unabhängigkeit besänftigt wurde. Gleichzeitig reiste Kuchma bereits im November 1994 in die USA und unterzeichnete im Jahr 1998 das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU – beides Zugeständnisse an das „westliche“ Lager. Für Kuchma schien diese „multivektorale“ Ausrichtung seiner Außenpolitik die einzige Möglichkeit zu sein, die Unabhängigkeit der Ukraine zu bewahren – dafür durfte er seiner eigenen Auffassung entsprechend sich nicht zu nah an eine der Seiten wagen.¹⁴⁶⁷ Zusätzlich ging Kuchma damit auf die jeweiligen Teile der Bevölkerung ein, so dass ihm keiner vorwerfen konnte, jeweils mit Russland oder dem Westen zu kooperieren. Dies garantierte ihm auch die Zustimmung der Wählerschaft. Gleichzeitig – und das sagen Kritiker – verpasste Kuchma die Chance, die Ukraine im Westen zu etablieren.¹⁴⁶⁸

Als Wiktor Juschtschenko im Jahr 2004 die Präsidentschaftswahl für sich entschieden hatte, forcierte er sofort die Zusammenarbeit mit NATO.¹⁴⁶⁹ Obwohl ein Beitritt im Jahr 2008 nur von einem Drittel der Bevölkerung unterstützt wurde, stellte Juschtschenko Anfang des Jahres einen Antrag auf einen Aktionsplan für eine Mitglied-

¹⁴⁶⁷ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 270.

¹⁴⁶⁸ Ebd. S. 271.

¹⁴⁶⁹ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 263.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

schaft in der Allianz.¹⁴⁷⁰ Für Juschtschenko war die Bewegung der Ukraine in Richtung des Westens aufs Engste mit der innerpolitischen Demokratisierung und Liberalisierung des Landes verbunden, weshalb er neben der NATO-Annäherung auch die Zusammenarbeit mit Europa vorantrieb.¹⁴⁷¹ Kurz nachdem Wiktor Juschtschenko seinen ersten Amtsbesuch in Russland geleistet hatte, flog er nach Brüssel und in die USA und bezugte damit seinen westlichen Kurs.¹⁴⁷² Am 25. Februar 2005 unterzeichnete er einen bilateralen EU-Aktionsplan als Ersatz für das Partnerschaftsabkommen von 1994. Allerdings stieß seine Politik auf Grenzen, sobald es zu Konflikten mit Russland kam. Nicht nur Russland selbst hat die Zusammenarbeit torpediert, auch die Bevölkerung des Südostens war an der Verschlechterung der ukrainisch-russischen Beziehungen wenig interessiert. Dies zeigte sich vor allem nach 2005, als sein Kurs zunehmend als anti-russisch und pro-amerikanisch wahrgenommen wurde. Insbesondere im Zuge des Russisch-Georgischen Krieges im Jahr 2008 wurde Juschtschenko für Russland-Anhänger zur „persona-non-grata“. Während die Ministerpräsidentin Timoschenko sich zu keiner klaren Position bekannte, verurteilte Juschtschenko die Aktionen Russlands als offen bedrohlich für die Unabhängigkeit der Ukraine. Er untersagte demnach der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim die Einmischung in den Konflikt und sagte dem georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili die Unterstützung seitens der Ukraine zu.¹⁴⁷³ Bestraft wurde diese Aktion im Südosten durch den Verlust jeglichen Vertrauens in die politische Figur Juschtschenko.

Im Gegensatz zu Wiktor Juschtschenko hat Julia Timoschenko relativ schnell die Bedeutung der Außenpolitik für die gesellschaftliche Unterstützung sowohl im Südosten als auch im Westen der Ukraine antizipiert. Deswegen hat sie nach ihrer missglückten Zeit als Orange Premierministerin im Jahr 2005 statt einer einseitigen EU-NATO-Ausrichtung ein Image der Kooperationspartnerin mit Russland vermittelt.¹⁴⁷⁴ Zu den Plänen Juschtschenkos bezüglich des NATO-Aktionsplans im Jahr 2007 hat Timoschenko die Unentschlossenheit der ukrainischen Bevölkerung als Grund dafür genannt, das NATO-Thema nicht in den Vordergrund rücken zu wollen. Ebenfalls schlug sie im Jahr 2007 unterschiedliche Kooperationsmöglichkeiten mit Russland vor.¹⁴⁷⁵ Ihre außenpolitischen Aktionen und das bewusste Lavieren erinnerten an Kuchma'sche „Multiverktoalität“ – und waren dennoch klar machtpolitisch auf die innere Spaltung der ukrainischen Gesellschaft bezogen. So konnte Timoschenko als eine starke Gegenkandidatin zu Wiktor Janukowitsch in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 auftreten und wurde nicht nur von den westukrainischen Oblasten bevorzugt. Auch die Unterstützung der BJuT erlebte im Südosten während der Periode 2007 bis 2010 einen Aufschwung. Timoschenko verkalkulierte sich jedoch insofern, als sie das Vertrauen

¹⁴⁷⁰ Ebd. S. 263-264.

¹⁴⁷¹ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009) S. 273-274.

¹⁴⁷² Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 262-263; Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 85-86.

¹⁴⁷³ Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 276.

¹⁴⁷⁴ Ebd. S. 277-281.

¹⁴⁷⁵ Ebd. S. 282-283.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

ihrer Wähler im Westen des Landes einbüßte – ebenso spielte ihre Orange Vergangenheit im Südosten nach wie vor eine Rolle.

Auch Wiktor Janukowitsch verstand nach seiner Niederlage im Jahr 2004, dass er für Wahlerfolge auch die Interessen der westukrainischen Wähler in seine außenpolitischen Ziele mit einbeziehen musste. Allerdings bedeutete es nicht, dass er nun von Ost nach West umschwenkte bzw. dass es unter ihm keine regionale Spaltung der Ukraine mehr gab, wie André Härtel in seiner Untersuchung andeutet.¹⁴⁷⁶ Vielmehr bezog Janukowitsch durch außenpolitisches Lavieren im Stil von Kuchma sowohl das Thema der NATO- und EU-Zusammenarbeit in seine Rhetorik mit ein, ohne jedoch die partnerschaftlichen Beziehungen gegenüber Russland zu vernachlässigen. Janukowitsch konnte bereits als Ministerpräsident im Jahr 2006 durch die Korrektur des NATO-Kurses des Präsidenten Juschtschenko Proteste in der Bevölkerung und den Unmut von Russland besänftigen. Damals wurde unter seinem Mitwirken beschlossen, dass ein Beitrittsge-such zu NATO in einem Referendum entschieden werden muss.¹⁴⁷⁷ Generell hat sich Janukowitsch zunehmend für einen „blockfreien“ Status der Ukraine ausgesprochen, hat sich aber weder vom „NATO Membership Action Plan“ noch vom EU-Assoziierungsabkommen vollständig losgesagt – alles andere wäre für sein außenpoliti-sches Image sowohl im In- als auch im Ausland schädlich gewesen.¹⁴⁷⁸ Die Offenheit Janukowitschs gegenüber den europäischen Märkten wurde allerdings vorrangig von den Finanziers der „Partei der Regionen“, allen voran Rinat Achmetow, forciert.¹⁴⁷⁹ Dies machte Janukowitsch somit nicht zum „pro-europäischen Politiker aus den Reihen der „Partei der Regionen“, wie André Härtel anführt.¹⁴⁸⁰ Vielmehr war seine Offenheit so-wohl gegenüber der EU als auch gegenüber Russland schlicht unvermeidlich.¹⁴⁸¹ Janukowitsch konnte es sich weder leisten, die EU als Interessenten zu verlieren, noch durfte er Russland mit dem Präsidenten Putin als Verbündeten fallen lassen. Dass es letztlich zum tragischen Zusammenspiel Ende 2013 kam, als Janukowitsch sich für eine der Sei-ten entscheiden musste, liegt nicht nur an seiner außenpolitischen Orientierung. Auch die innerstaatliche gesellschaftliche Spaltung hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung spielte eine Rolle, ebenso wie die Unfähigkeit der außenpolitischen Partner, auf die spezielle Situation der Ukraine einzugehen.

5.6.3.4 Fazit: Außenpolitik als Faktor der gesellschaftlichen Spaltung

Als Auslöser der Ukraine-Krise 2013 gilt an erster Stelle die verweigerte Unterschrift des Präsidenten Wiktor Janukowitsch unter dem EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukra-ine. Insofern kann die Außenpolitik durchaus als ein Bereich gelten, welcher in gegen-

¹⁴⁷⁶ Ebd. S. 283-287.

¹⁴⁷⁷ Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 265; Kappe-ler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 297.

¹⁴⁷⁸ Vgl. dazu: Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 285-287.

¹⁴⁷⁹ Ebd. S. 301-302.

¹⁴⁸⁰ Ebd. S. 286.

¹⁴⁸¹ Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 230; Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 86-88.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

seitiger Wechselwirkung mit der Stimmung der ukrainischen Bevölkerung steht. Der „Euromajdan“ widmete sich Ende 2013 und Anfang 2014 dem Zweck der europäischen Öffnung und der westlichen Integration der Ukraine – dabei wurden die Proteste hauptsächlich von der Bevölkerung der westlichen und zentralen Oblaste unterstützt. Wäre es zu dem Abkommen gekommen, wäre es womöglich auch zu gegenläufigen Protesten der südöstlichen Oblaste gekommen, vor allem wenn dadurch die außenpolitischen Beziehungen zu Russland gelitten hätten. An dem Beispiel der „Euromajdan“-Proteste werden die zentralen Themenkomplexe sichtbar, welche in Bezug auf die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine von entscheidender Bedeutung sind – die EU-Integration bzw. die Öffnung nach Westen, die Beziehungen zu Russland sowie die regionale Spaltung der Bevölkerung. Spezielle Themen, welche unter diese Komplexe fallen, sind beispielsweise die Position der Krim als ein strategisch wichtiger Militärstützpunkt, ferner die EU- bzw. NATO-Kooperation, neben der politischen und kulturellen Verbundenheit zu Russland. Alle diese Themen wurden seit der Unabhängigkeit der Ukraine von ihrer politischen Führung immer wieder auf die außenpolitische Tagesordnung gebracht, wobei dadurch wiederholt Probleme entstanden sind, wenn sich das Land zu sehr in die eine oder die andere Richtung lehnte. Insofern könnte die „Multivektorialität“ der Kuchma-Zeit die einzig richtige außenpolitische Lösung für die Ukraine sein – was Befürworter der West-Integration der Ukraine jedoch entschieden ablehnen würden. Hierbei stellt sich die Frage, ob eine West-Integration grundsätzlich immer die beste Lösung für den postsowjetischen Raum ist. Eine „entweder-oder“-Sichtweise kann – und das zeigte erneut der „Euromajdan“ – zu ernsthaften gesellschaftlichen Konflikten führen, wenn die Bevölkerung, so wie es in der Ukraine der Fall ist, außenpolitisch gespalten ist. Mitunter ist nicht zu vernachlässigen, dass Russland stets außenpolitischen Druck auf die Ukraine ausgeübt hat – sei es mittels militärischer Fragen der Atomwaffen, bezüglich der Krim oder mit energiepolitischen Machtspielen. Es fällt allerdings auf, dass Probleme mit Russland immer gravierender waren, wenn „pro-westliche“ Kräfte in Kiew regierten. Letztlich scheint es in der Ukraine doch von entscheidender Bedeutung sein – und auch das beweist der „Euromajdan“ –, dass, wenn es um die außenpolitische Ausrichtung geht, die Ukraine immer zwischen den zwei Polen stehen wird und diese Situation auch in der Bevölkerung ihre Entsprechung findet. Der innerstaatliche Frieden in der Ukraine wird also vermutlich bis auf weiteres unter dem Zeichen des außenpolitischen Friedens stehen.

5.6.4 Sozioökonomische Faktoren

5.6.4.1 Regionale Spaltung in der Ökonomie

Die sozioökonomische Transformation der Ukraine wurde, anders als im Baltikum, der Nationsbildung nachgestellt. Zumindest sehen das viele Autoren, die die Geschichte der Ukraine in den Umbruchsjahren beobachtet und beschrieben haben, so.¹⁴⁸² Womöglich

¹⁴⁸² Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 58.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

erklärt die wirtschaftliche Stärke des ukrainischen Ostens die inklusive Nationsbildung als Leitidee der unabhängigen Ukraine Anfang der 1990er Jahre: Wäre der russischsprachige Osten zur damaligen Zeit nicht zufrieden gestellt gewesen, hätte die ukrainische Ökonomie vollständig kollabieren können. Hinzu kommt eine weitere Besonderheit der ukrainischen ökonomischen Struktur – die Tatsache, dass der Großteil der industriellen Produktion in den russischsprachigen Gebieten des Donbass konzentriert war. Dagegen waren das Zentrum und der Westen des Landes stark landwirtschaftlich geprägt. Diese Verteilung verschob sich im Laufe der 1990er Jahre in Richtung des Zentrums, doch grundsätzlich konnte der Osten nach wie vor als stark industrialisiert gelten, während im Zentrum und im Westen die Landwirtschaft konzentriert war.¹⁴⁸³ Nicht zufällig deckt sich diese Verteilung mit der sprachlichen Ost-West-Verteilung der ukrainischen Bevölkerung, welche sich in den russischsprachigen Osten und den ukrainischsprachigen Westen teilt: Die sowjetische Großindustrie mit den ostukrainischen Städten absorbierte einen großen Teil der russischsprachigen Arbeitsmigranten. Anfang der 1990er Jahre waren 70% des privaten Kapitals in und um die Städte Donezk, Luhansk, Odessa, Zaporischija, Charkiw und Dnipropetrowsk konzentriert, ein Teil entfiel auch auf die Hauptstadt Kiew und die Krim. Diesen Gegenden war die Verbindung zwischen dem wirtschaftlichen Aufschwung und der ukrainischen nationalen Idee allerdings fremd. Dagegen wehrte sich Lwiw als einzige westukrainische industrielle Hochburg, wo das Unternehmertum stark mit der „ukrainischen Idee“ verbunden war.¹⁴⁸⁴ Sicherlich war dies ein bedeutender Aspekt des ukrainischen Staatsaufbaus der 1990er Jahre. Problematisch war bei dieser Wahrnehmung allerdings die Tatsache, dass der „ökonomische Osten“ der Ukraine nur wenig Patriotismus für die „ukrainische nationale Idee“ übrig hatte.¹⁴⁸⁵

Etwa ein Drittel der ukrainischen Oblaste gewannen aus den Zeiten des postsowjetischen Wirtschaftsaufbaus, während ein Drittel zu den Verlierern gehörte. Ab 1999 erzielte die Ukraine seit dem Zusammenbruch der Sowjetwirtschaft erstmals wieder positive Wachstumsraten (ca. 5% pro Jahr) und einen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens.¹⁴⁸⁶ Vor allem stachen zwei Großregionen heraus: Kiew Stadt und die Oblast Kiew, welche etwa einen Viertel der gesamten Produktion erzielten nebst Donbass, Dnipropetrowsk, Charkiw und Zaporischija, welche zusammen weitere 23% des Outputs herstellten.¹⁴⁸⁷ Die Oblaste des Ostens und die Hauptstadt gehörten demnach zu den Gewinnern des ökonomischen Aufbaus der 2000er Jahre. Der Westen, der Süden und vor allem das Zentrum stellten weniger als ein Viertel der Produktion und gehörten somit zu den

¹⁴⁸³ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. Ukraine Analysen 111. 2-5, S. 4; Ukraine-Analysen: Grafik 3: Anteil der Regionen an Industrie- und landwirtschaftlicher Produktion. Ukraine-Analysen 111/2013. S. 9.

¹⁴⁸⁴ Ähnliche Strategien wurden beispielsweise in Estland verfolgt, indem nationale Ideen als Prämisse für erfolgreiche Markteinführung vieler Produkte verwendet wurden. So wurden landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Milch oder Käse teilweise zu neuen nationalen Symbolen, indem „made in“ bzw. Produktbezeichnungen als Kaufgrund gelten konnten. Beispielsweise würden Esten in Estland bis heute den Käse „Eesti juust“ („Estnischer Käse“ Üb. d. A.) viel eher kaufen als den „Vene juust“ („Russischer Käse“ Üb. d. A.), obwohl dies nur Sorten sind und beide in Estland von derselben Molkerei produziert werden. Vgl. hierzu auch: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 59.

¹⁴⁸⁵ Ebd.

¹⁴⁸⁶ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2.

¹⁴⁸⁷ Ebd. S. 2-3.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Verlierern.¹⁴⁸⁸ Insbesondere die zentralukrainischen Oblaste (z.B. Sumy und Tschernihiw) büßten mangels Industrie und Grenzverkehr viel an wirtschaftlicher Stärke ein. Dagegen sorgte die wirtschaftliche Struktur des Ostens mittels Industrie und Handel für positive sozioökonomische Entwicklungen. Auch in südlichen Oblasten brachte der Handel positive Ergebnisse hervor.

Aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Handel mit Russland, vor allem im Energiesektor, aber auch im Bereich des Güterverkehrs, beim Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Maschinen war die Ukraine ohnehin anfällig für Krisen. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen auf den Weltmärkten in den Jahren 2007 und 2008 offenbarten sich die regionalen Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung.

Der Einfluss des russischsprachigen Ostens und Südens der Ukraine auf die wirtschaftliche und die politische Transformation zeigte sich hauptsächlich über die Herausbildung des Oligarchentums und der Familien-Clans, die sich große Anteile des ehemals kollektiven industriellen Eigentums im Laufe der 1990er Jahre angeeignet hatten. Aufgrund extensiver Beziehungen zu Russland und den Staaten der GUS hatten diese Clans kein Interesse an einer umfangreichen Ukrainisierung im Sinne der westlichen Ukraine. Somit spielte das ostukrainische Kapital eine entscheidende Rolle bei der sozioökonomischen Konsolidierung des Landes, wobei viele Oligarchen auch auf den westlichen Markt strebten, was wiederum die Richtung der von ihnen finanzierten Parteien (z.B. Rinat Achmetow und die „Partei der Regionen“) beeinflusste. Die Oligarchen-Netzwerke sind im Wesentlichen infolge der Politik Leonid Kuchmas entstanden, der im Rahmen der „Kuchmanomics“ sein Augenmerk auf die Unterstützung von Großkapitalisten statt „belangloser Kleinunternehmer“ legte.¹⁴⁸⁹ Diese politische Strategie änderte sich etwas infolge der Juschtschenko-Timoschenko-Politik, welche auf die Förderung des wachsenden Finanzsektors und Abschaffung der Mega-Industrie in Händen weniger Oligarchen abzielte.¹⁴⁹⁰ Dennoch beschleunigte die Förderung des kreditbasierten Konsums eher die regionalen Unterschiede, indem dienstleistungsstarke Städte auf Basis des Finanzsektors in ihrer Wirtschaftsleistung wuchsen, während landwirtschaftlich und industriell geprägte Oblaste zurückfielen. Daher wurden die Oblaste des Westens, welche die Orangen Kräfte an die Macht gebracht hatten, in ihrer sozioökonomischen Entwicklung weiter zurückgeworfen, was die Orange Politik wiederum diskreditierte.¹⁴⁹¹ Die Folgen des staatlich begünstigten Konsumbooms zeigten sich spätestens während der Krise 2008, als der künstlich aufgeblasene Wohlfahrtsstaat zusammenbrach. Stärker betroffen waren davon die westlichen Oblaste, die hohe staatliche Transferzahlungen erhalten hatten.¹⁴⁹²

Diese grobe Aufteilung erlaubt es zwar, einige Rückschlüsse auf die sozioökonomische Unterschiede der ukrainischen Bevölkerung im Osten und Westen, bzw. im Süden

¹⁴⁸⁸ Ebd. S. 3.

¹⁴⁸⁹ Zitiert aus: Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 4.

¹⁴⁹⁰ Ebd.

¹⁴⁹¹ Ebd. S. 2.

¹⁴⁹² Vgl. hierzu: Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 5.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

und im Zentrum zu ziehen, aber nicht in der Präzision, wie die Integrations-Monitorings in Estland es zulassen. Aufgrund des Fehlens einer offiziellen Integrationsstrategie werden in der Ukraine keine entsprechenden statistischen Daten erhoben, welche die sozioökonomischen Unterschiede zwischen der russisch- und der ukrainischsprachigen Bevölkerung aufzeigen. Als einzige Belege können insofern statistische Daten herangezogen werden, welche Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung der ukrainischen Oblaste bzw. Regionen zeigen. Daraus können Rückschlüsse auf die sozioökonomische Lage der russisch- und ukrainischsprachigen Bevölkerung gezogen werden, wobei diese natürlich sehr viel ungenauer sind als die Daten aus den Integrations-Monitorings in Estland, welche im vorangegangenen Kapitel behandelt wurden.

Im ukrainischen Westen betrug die Urbanisierungsquote Mitte der 2000er Jahre zwischen 40% und 60%. Dies hängt vorwiegend mit der späten Industrialisierung und Sowjetisierung dieser Region zusammen, welche die ökonomische Rückständigkeit und ländlich geprägte Wirtschafts- und Sozialstruktur nicht brechen konnte.¹⁴⁹³ Dementsprechend nahm die Landwirtschaft in der Produktionsstruktur des Westens durchgehend einen bedeutenden Stellenwert ein. Die vorhandenen industriellen Schwerpunkte lagen in den Bereichen des Maschinenbaus, der Leichtindustrie sowie der Holzverarbeitung.¹⁴⁹⁴ Sozioökonomisch blieb die Region dennoch hinter dem industrialisierten Osten zurück.¹⁴⁹⁵ Bis Mitte der 1990er Jahre wurden die Oblaste Lwiw und Iwano-Frankiwsk zum Teil industrialisiert und konkurrierten daher gewissermaßen mit dem Osten, was die überwiegend geringe Produktivität der Region allerdings nicht ausgleichen konnte. Aus diesem Teil der Ukraine gab es auch eine relativ hohe Arbeitsmigration ins europäische Ausland, die zur Wertschöpfung beitrug. Dennoch blieb die Arbeitslosenquote im Westen relativ hoch im Vergleich zum industrialisierten Osten sowie der Metropolregion Kiew – im Jahr 2012 war die Arbeitslosenquote im Westen etwa doppelt so hoch wie in Kiew (10% in Riwna, Ternopil und Tschernihiw im Vergleich zu 5% in Kiew Stadt).¹⁴⁹⁶ Generell konnten die westukrainischen Oblaste zwischen 1990 und 2007 vom Grenzverkehr profitieren, was diese Region während der Krisenjahre 2007 und 2008 nicht vor einem ökonomischen Zusammenbruch bewahrte.¹⁴⁹⁷ Die geringere Produktionskapazität der Landwirtschaft trug im Laufe der Jahre dazu bei, dass die westlichen Oblaste in ihrem Wohlstand hinter dem Osten bzw. Kiew zurückblieben. Allgemein waren die westlichen Oblaste bis 2012 durch geringe Produktivität, hohe Arbeitslosigkeit, langsames Wirtschaftswachstum, geringes verfügbares Einkommen, hohe Schwarzarbeitsraten und Ungleichheiten in der Einkommensverteilung gekennzeichnet. Zusätzlich blieben die westlichen Oblaste auch durchgehend von staatlichen Transferleistungen wie Renten, Zuschüsse und Sozialleistungen abhängig.¹⁴⁹⁸

Der Osten schöpfte seine Produktion vorwiegend aus der Montanindustrie des Donbasser Industriegebietes, wobei auch der Dienstleistungssektor in Städten wie Charkiw

¹⁴⁹³ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 4.

¹⁴⁹⁴ Ebd. S. 4; 9.

¹⁴⁹⁵ Ebd. S. 4.

¹⁴⁹⁶ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 3.

¹⁴⁹⁷ Ebd. S. 2.

¹⁴⁹⁸ Ebd. S. 3-4.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

zunehmend an Bedeutung gewann. Weitere Wirtschaftsbranchen der Ostukraine waren Rohstoffabbau in Dnipropetrowsk, wobei diese Oblast im Gegensatz zum Donbass neben Eisen- und Kohlevorkommen auch im Bereich der Rüstungsindustrie sowie Raumfahrttechnik weitere ökonomische Standbeine hatte.¹⁴⁹⁹ Die Oblaste Charkiw und Zaporischija waren durch Maschinenbau sowie den immer zunehmenden Dienstleistungssektor gekennzeichnet.¹⁵⁰⁰ Als das industrielle und wertschöpferische Rückgrat der ukrainischen Wirtschaft exportierten die Oblaste Donezk, Dnipropetrowsk, Poltawa und Zaporischija Industrieerzeugnisse und trugen so zur wirtschaftlichen Erholung in Krisenzeiten rund um das Jahr 2008 bei.¹⁵⁰¹ Entsprechend waren die Oblaste des Ostens besser gestellt, wenn es um die regionale Verteilung der Wertschöpfung ging – der Osten zeigte durchgehend eine hohe Produktivität und bessere Beschäftigungsraten, niedrigere Arbeitslosenzahlen, höheres Einkommen und geringere Schattenwirtschaft, begleitet durch ein moderates Wirtschaftswachstum. Damit stellten die östlichen Oblaste netto Mittel zur Verfügung, um die wirtschaftlichen Differenzen im Westen auszugleichen.¹⁵⁰²

Gegen die ökonomisch starken Oblaste des Ostens kamen auch die südkrainischen Gebiete nicht auf: Aufgrund geringer Rohstoffvorkommen konzentrierte sich die dortige Wirtschaftsstruktur auf die günstige Lage am Schwarzen Meer, wodurch Schifffahrt, Handel und Tourismus zu den wichtigsten Branchen aufgestiegen waren. Auch die Landwirtschaft war hier breiter entwickelt als im Osten des Landes.¹⁵⁰³ Ab Mitte der 2000er Jahre konzentrierten sich die südlichen Oblaste auf öffentliche Sozialdienstleistungen konzentriert, welche ihre wertschöpferische Position etwas verbesserte.¹⁵⁰⁴ Die Landwirtschaft als Hauptbranche war auch verstärkt in den zentralukrainischen Oblasten zu finden, obwohl hier aufgrund mangelnder Reformen und Investitionen Mitte der 2000er Jahre eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit herrschte.¹⁵⁰⁵ Die Hauptstadt Kiew hielt durch einen starken Dienstleistungssektor den wirtschaftlichen Schnitt der zentralukrainischen Region oben, obwohl auch in anderen Oblasten Industrie vorzufinden war.¹⁵⁰⁶ So konnten in Poltawa, Sumy und Kirowohrad geringe Rohstoffvorkommen abgebaut werden, ebenso gab es Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau sowie Lebensmittel- und Leichtindustrie.¹⁵⁰⁷ Mangels der Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Handelstätigkeit traf die Krise der Jahre 2007 und 2008 die zentralukrainischen Oblaste am härtesten. Zu den größten Verlierern der Krise gehörten die zentralukrainischen Oblaste Sumy und Tschernihiw.¹⁵⁰⁸ Die dienstleistungsstarken Städte des Zent-

¹⁴⁹⁹ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5.

¹⁵⁰⁰ Ebd. S. 5; 9; Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2-3.

¹⁵⁰¹ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 3.

¹⁵⁰² Ebd. S. 3-4

¹⁵⁰³ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5; 9.

¹⁵⁰⁴ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S.3-4.

¹⁵⁰⁵ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5.

¹⁵⁰⁶ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2-3.

¹⁵⁰⁷ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 6; 9.

¹⁵⁰⁸ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

rums und des Westens zeichneten sich durch hohe Produktivitätssteigerungen und Einkommensniveaus aus, was aus diesen Nettozahler im Finanzausgleich machte.¹⁵⁰⁹ Dagegen blieben die Oblaste des Südens mit dem unterdurchschnittlich produktiven Transport und niedrigem Einkommensniveau abhängig von staatlichen Transfers und waren damit, genau wie der Westen, Netto-Empfänger.¹⁵¹⁰

Von den Einkommensquellen dominierte im Jahr 2007 in fast allen Teilen die abhängige Erwerbstätigkeit, relativ hohen Anteil nahmen auch staatliche Transferzahlungen ein.¹⁵¹¹ Je weiter östlich, umso mehr waren die Arbeitnehmer in einem Angestelltenverhältnis. Die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden 2007 von den Oblasten der Zentralukraine verkauft, was den Lebensunterhalt sicherte. Die Oblaste des Südens und des Südwestens zeichneten sich durch relativ hohe Anteile an selbstständiger Tätigkeit aus.¹⁵¹²

Die Stadt-Land Verteilung der Bevölkerung verschiedener Regionen zeigte 2007 ein relativ unverändertes Bild: stark urbanisiert mit über 75% der Bevölkerung der jeweiligen Oblaste war der Osten der Ukraine mit Charkiw, Luhansk, Donezk, Dnipropetrowsk und Zaporischija. Auch die Oblast Kiew war erwartungsgemäß ebenso stark urbanisiert, was den Rest der zentralen Oblaste weniger betraf: Etwa ein Drittel der dortigen Bevölkerung lebte auf dem Land.¹⁵¹³ Je weiter westlich, desto stärker ländlich geprägt war im Jahr 2007 die Wohnstruktur. Tatsächlich zeigte nur die Oblast Lwiw eine Urbanisierungsquote von etwa 60%.¹⁵¹⁴ Nicht zuletzt aus diesem Grund stellt Lwiw das kulturelle und urbane Zentrum der westlichen Ukraine dar.

Obwohl in der Ukraine eine spezifische Unterscheidung zwischen der russisch- und der ukrainischsprachigen Bevölkerung nicht möglich ist, zeigt der Einfluss der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungsphasen Auswirkungen auf die regionale Spaltung des Landes. So hat die Entwicklung unter Leonid Kuchma für Wachstum im industrialisierten Osten gesorgt, indem Oligarchennetzwerke durch Export und Handel mit den entsprechenden Erzeugnissen für Produktivität sorgten. Der Westen und das Zentrum des Landes blieben mit der überwiegend ländlich geprägten Struktur zurück, bis die Orange Politik diese Region mittels Transferzahlungen ankurbelte.¹⁵¹⁵ Der finanziell schwache Staat konnte in Krisenzeiten 2008 allerdings weder die Transferzahlungen aufrechterhalten noch strukturelle Reformen der Industrie durchführen, was zu einer Stagnierung der Wirtschaft und zur regionalen Spaltung führte. Die wirtschaftliche regionale Diversität in der Ukraine war nach der Orangen Revolution die höchste in Europa.¹⁵¹⁶

Interessant ist der Vergleich zwischen den Oblasten, was das durchschnittliche Monatseinkommen sowie die Arbeitslosenquote im Jahr 2012 betrifft. Das mit Abstand höchste Durchschnittseinkommen wies demnach die Stadt Kiew auf (416€) auf, was

¹⁵⁰⁹ Ebd. S. 4.

¹⁵¹⁰ Ebd.

¹⁵¹¹ Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 9.

¹⁵¹² Ebd. S. 9.

¹⁵¹³ Ebd. S. 11.

¹⁵¹⁴ Ebd.

¹⁵¹⁵ Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 5.

¹⁵¹⁶ Ebd.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

deutlich über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt lag. Das zweithöchste durchschnittliche Einkommen zeigte sich in der Oblast Donezk, gefolgt von der Oblast Kiew und den Oblasten Luhansk sowie Dnipropetrowsk. Selbst der Süden lag mit Sewastopol noch über dem höchsten durchschnittlichen Einkommen des Westens in der Oblast Riwna, welche ihrerseits deutlich unter dem Landesdurchschnitt lag.¹⁵¹⁷ Somit kann resümiert werden, dass die Hauptstadt mit der Oblast Kiew sowie die Industriezentren des Ostens das höchste Durchschnittseinkommen im Landesvergleich erzielten. Dieselben Oblaste mit dem höchsten Durchschnittseinkommen verzeichneten im Übrigen, zusammen mit Odessa, im Jahr 2012 auch die niedrigsten Arbeitslosenquoten des Landes.¹⁵¹⁸ Wenngleich die Industriestätten der Ostukraine veraltete Infrastruktur und eingleisige Wirtschaftsstruktur mit Russland als größten Abnehmer aufwiesen, so hat die mangelnde Diversifizierung der ukrainischen Volkswirtschaft dafür gesorgt, dass die ostukrainischen Oblaste vor der Krise im Jahr 2014 durchschnittlich ökonomisch besser dastanden als die westukrainischen. Die wirtschaftliche Aufholung der anderen ukrainischen Regionen im Vergleich zum Donbass seit der 1990er Jahre sorgte zwar dafür, dass diese Region im gesamtstaatlichen Vergleich in ihrem wirtschaftlichen Wachstum zurückfiel, bis 2013 wiesen die Bewohner von Donezk dennoch die höchsten Löhne und Einkommen im Landesvergleich auf. Auch war Donezk im Jahr 2010 der landesweite Spitzenreiter der industriellen Produktion mit 16% des landesweiten Outputs und mit über 20% der Export-Vorreiter der Ukraine. Luhansk hinkte in beinahe allen ökonomischen Bereichen hinter Donezk hinterher. Negative Entwicklung erfuhr der industrielle Osten am Rückgang der Bevölkerung seit den 1990er Jahren sowie der sinkenden wirtschaftlichen Aktivität der arbeitsfähigen Bevölkerung. Mangelnde Diversifizierung der Wirtschaft – die meisten Stellen waren im Industriesektor besetzt – sowie fehlende ausländische Direktinvestitionen sind Faktoren, welche die sozioökonomische Schwäche des industrialisierten ukrainischen Ostens für die künftige Entwicklung ausmachen.¹⁵¹⁹

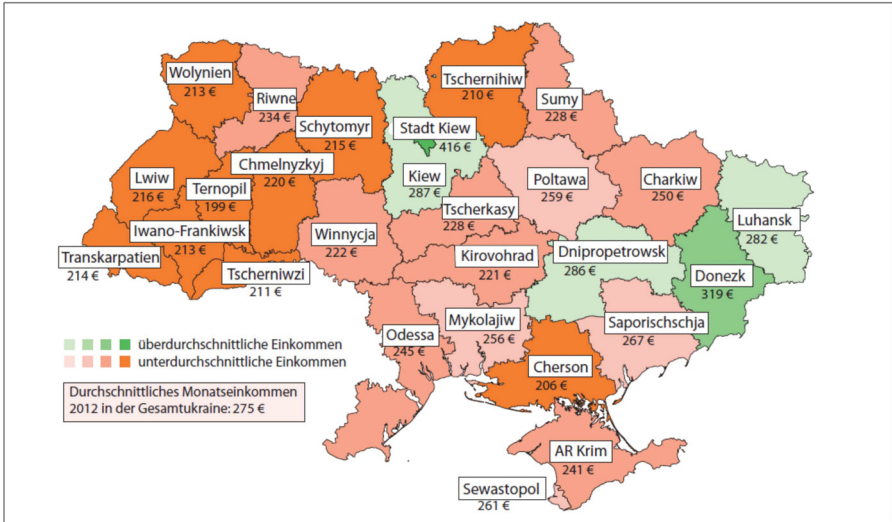
¹⁵¹⁷ Vgl. Ukraine-Analysen: Grafik 1: Durchschnittliches Monatseinkommen in der Ukraine (nominal) nach Regionen (Januar–November 2012). Ukraine-Analysen 111/2013, S. 7.

¹⁵¹⁸ Vgl. Ebd.: Grafik 2: Arbeitslosigkeit (nach ILO-Methode) in den Regionen 2012 (in %). S. 7.

¹⁵¹⁹ Vgl. Mykhnenko, Vlad (2015): Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass. Ukraine-Analysen 147. 2-5, S. 2.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

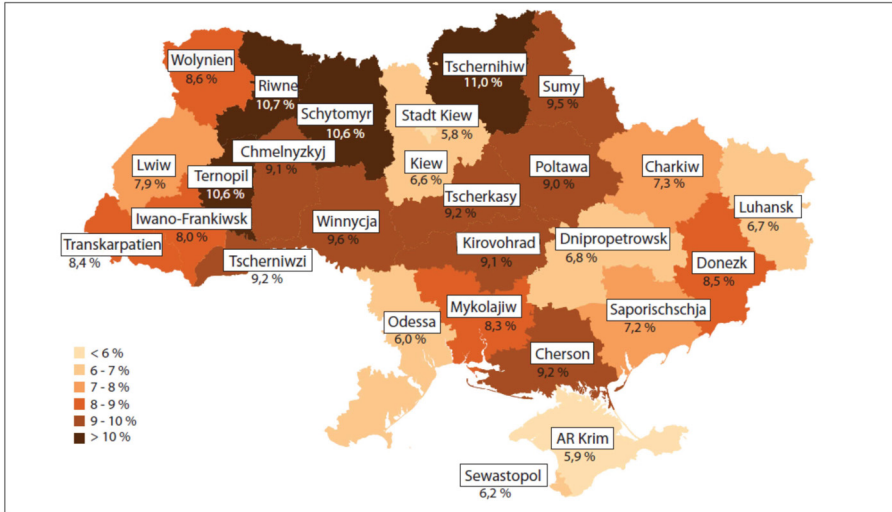
Karte 5. Durchschnittliches Monatseinkommen in der Ukraine (nominal) nach Regionen (Januar-November 2012).¹⁵²⁰



¹⁵²⁰ Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Staatliches Statistkamt, nach <http://index.minfin.com.ua/index/average/detail.php?2012-11>. Kartographie: Sebastian Klüsener. Erschienen in: Ukraine-Analysen 111/22.01.2013. S. 7. Die Originalkarte wurde seitens der Redaktion der „Ukraine-Analysen“ modifiziert und wurde in der vorliegenden Form veröffentlicht. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Karte 6. Arbeitslosigkeit (nach ILO-Methode) in den Regionen 2012 (in %).¹⁵²¹



¹⁵²¹ Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Staatliches Statistkamt, <http://www.ukrstat.gov.ua>. Kartographie: Sebastian Klüsener. Erschienen in: Ukraine-Analysen 111/22.01.2013, S. 7. Die Originalkarte wurde seitens der Redaktion der „Ukraine-Analysen“ modifiziert und wurde in der vorliegenden Form veröffentlicht. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.

5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

5.6.4.2 Fazit: Sozioökonomische Spaltung der Ukraine entlang ethnisch-nationaler Grenzen

Anders als in Estland, bzw. im Baltikum, kann in der Ukraine keine eindeutige Unterscheidung zwischen der sozioökonomischen Stellung der russischen, der ukrainischen oder der russischsprachigen Bevölkerung vorgenommen werden. Aufgrund der einfachen Tatsache, dass der Sprachgebrauch des Ukrainischen bzw. des Russischen im Arbeitsalltag vom Umfeld und der Branche, aber auch der Region abhängt, aber auch weil beide Sprachen im sozioökonomischen Kontext jeder Region präsent sind, können keine eindeutigen Rückschlüsse darauf gezogen werden, ob die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine besser oder schlechter gestellt ist als die ukrainische bzw. die ukrainischsprachige. Allerdings können regionale Unterschiede in der ökonomischen bzw. der sozioökonomischen Lage der Oblaste festgestellt werden, welche eine Schlussfolgerung erlauben: Anders als in Estland bzw. im Baltikum scheint in der Ukraine der überwiegend russischsprachige Teil des Landes in der besseren sozioökonomischen Lage zu sein, als der ukrainischsprachige Teil des Landes. Diese Feststellung – obwohl nur sehr verallgemeinernd – erlaubt einen weiteren Rückschluss: Angesichts der wirtschaftlichen Stärke des Ostens, der noch 2012 mehr als 50% des wirtschaftlichen Outputs der gesamten Ukraine herstellte, hat kein politischer Führer es gewagt, die Bevölkerung dieser Region „zu verlieren“ bzw. gegen sich aufzubringen. Insofern kann resümiert werden, dass die wirtschaftliche Stärke des russischsprachigen Ostens sich direkt auf die sozioökonomisch und politisch bedeutende Position der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine ausgewirkt hat.

5.6.5 Ukrainische Zivilgesellschaft und regionale Spaltung

Postsowjetische bzw. postkommunistische Staaten weisen häufig eine relativ niedrige zivilgesellschaftliche Beteiligung auf. Dies wird meistens damit erklärt, dass in einer autoritären Gesellschaft, wie der sowjetischen, eine zivilgesellschaftliche Beteiligung keine Auswirkung auf politische Entscheidungen bewirkt hätte und die Opposition ohnehin verfolgt worden wäre. Implizit wird damit ein Unterschied zwischen demokratischen und autokratischen Denkweisen betont, welcher eine postsozialistische von einer westlichen Gesellschaft unterscheidet. Diese vereinfachte Darstellung der Denkmuster passt auch auf die regionale Spaltung der Ukraine, deren Osten traditionell als eher post-kommunistisch und der Westen als Demokratie-affin angesehen wird. In der Tat bestehen Unterschiede in der Dichte der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Beteiligungen zwischen Lwiw im Westen und Donezk im Osten, nicht zuletzt was die freiwillige Beteiligung und Protestbereitschaft angeht.¹⁵²² Auch andere Faktoren spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle: Beispielsweise ist bis zum Jahr 2009 die Gesamtzahl der Non-Profit-Organisationen in der gesamten Ukraine stetig gewachsen, wobei

¹⁵²² Banakh, Mykhaylo (2011): Die Entwicklung der institutionellen Zivilgesellschaft im regionalen Vergleich. Ukraine-Analysen 92. 2-5, S. 2.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

der Wachstum erwartungsgemäß in Kiew am höchsten war. Dagegen lagen sowohl der Westen als auch der Osten gleichermaßen unter dem Durchschnitt, allein in der Oblast Odessa sind überdurchschnittlich viele solche Organisationen entstanden.¹⁵²³ Hier kann man also keinen nennenswerten Unterschied zwischen den russisch- und den ukrainischsprachigen Oblasten erkennen. Was die Städte insgesamt angeht, so waren diese stets Ballungsräume für die zivilgesellschaftliche Organisation, und zwar neben Spitzenreiter Kiew gleichermaßen in Lwiw und Donezk bzw. Odessa.¹⁵²⁴ Allerdings konnte Donezk angesichts der Dichte der Organisationen und der Bevölkerungszahl nicht an den Landesdurchschnitt herankommen. Dagegen konnte der Westen, selbst in ländlichen Regionen, besser abschneiden.¹⁵²⁵ Unterschiedlich waren dagegen die Entwicklungen im Südosten und Nordwesten der Ukraine im Vergleich der demokratischen Tradition und der sozioökonomischen Struktur: Während der Westen im ersten Bereich mehr Erfahrungen vorzuweisen hatte und dessen Bevölkerung daher sich engagierter zeigte, konnte der industrialisierte Südosten bessere gewerkschaftliche Organisation vorweisen.¹⁵²⁶ In der Tat ist es in der Ukraine schwer festzuhalten, welche Vereinigungen aus zivilgesellschaftlicher Beteiligung und welche aus sozialistischem gewerkschafts- bzw. Verbandswesen entstanden und entsprechend „von oben gelenkt“ sind.¹⁵²⁷ Anhand Statistiken ließ sich im Jahr 2009 feststellen, dass im Südosten karitative und Wohlfahrtsvereinigungen seltener waren, als im Zentrum oder im Westen. Traditionelle Vereine für Kultur konnten dagegen auch in der Kosaken-Oblast Zaporischija gefunden werden.¹⁵²⁸ Während im Osten politisch orientierte Vereinigungen dominierten, konnten im Westen eher kulturelle und religiöse Initiativen beobachtet werden. Die politischen Vereinigungen waren und sind bis heute allerdings häufig „verlängerte Arme“ der Parteien bzw. der parteipolitischen Geldgeber, welche demnach als Teil der Regierungsweise „von oben“ zu betrachten sind. Diese Art des Einflusses ist sowohl im Westen als auch im Osten des Landes zu finden.¹⁵²⁹

Insgesamt lässt sich aber sagen, dass zwischen der Ost- und der Westukraine grundsätzlich keine bemerkenswerten Unterschiede in der Quantität des zivilgesellschaftlichen Organisationsgrades bestehen, wohl aber in der Ausrichtung und Akzentuierung der Vereine und Organisationen.¹⁵³⁰ Bis 2012 sind einige Gesetze verabschiedet worden, welche die Arbeit der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO-s) in der Ukraine vereinfachten.¹⁵³¹ Wenn man sich die Ereignisse des Jahres 2014 anschaut, so kann von allen Regionen der Ukraine behauptet werden, dass die Bevölkerung Protestpotential entwickeln kann, wenn es um existentielle Fragen geht.

¹⁵²³ Ebd. S. 3.

¹⁵²⁴ Ebd.; Stewart, Susan (2013): Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen. Ukraine-Analysen 114. 2-5, S. 2.

¹⁵²⁵ Stewart, Susan (2013): Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen. S. 3-4.

¹⁵²⁶ Ebd. S. 4.

¹⁵²⁷ Ebd. S. 2.

¹⁵²⁸ Banakh, Mykhaylo (2011): Die Entwicklung der institutionellen Zivilgesellschaft im regionalen Vergleich. S. 5.

¹⁵²⁹ Ebd.

¹⁵³⁰ Vgl. hierzu: Ebd.

¹⁵³¹ Stewart, Susan (2013): Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen. S. 3.

5.6.6 Indikatoren gesellschaftlicher Integration während der Konsolidierungsphase

In der Ukraine bestimmten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen das politische Geschehen der Konsolidierungsphase. Dabei hat mit der erneuten Wahl Leonid Kuchmas zum Präsidenten 1999 die Herausbildung des Präsidenten als Identifikationsfigur zugenommen. Ebenfalls festigte Kuchma den Einfluss der „Partei der Macht“. Bedeutend war im Jahr 1999 die Tatsache, dass Kuchma diesmal mit der Stimmmehrheit im Westen des Landes gewann – die russischsprachigen Oblaste des Ostens und des Südens wählten den kommunistischen Gegenkandidaten Petro Symonenko. Da Kuchma dennoch wichtige Mehrheiten beispielsweise in Donezk und Charkiw und auf der Krim holte, reichte sein Vorsprung für den Gesamtsieg. Ein Tauziehen mit immer offensiverem Bekenntnis der Kandidaten zum ukrainischsprachigen Westen bzw. dem russischsprachigen Osten fand bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 statt. Dabei zeigte sich erstmals das innerstaatliche gesellschaftliche Konfliktpotential zwischen den ukrainischen Regionen. Obwohl das oppositionelle Lager unter Wiktor Juschtschenko 2004 bzw. 2005 siegte, wurde die Regierungszeit nicht vom politischen Erfolg im ganzen Land gekrönt. Im Jahr 2010 gewann durch die massive Unterstützung im russischsprachigen Osten Wiktor Janukowitsch die Präsidentschaftswahl. Der politische Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung wurde ferner durch die „Partei der Macht“ und ab dem Jahr 2004 durch die Partei der Regionen (PdR) untermauert (Mehrheiten im Osten bei den Parlamentswahlen 2006; 2007 und 2012). Diese stellte den Gegenpol zu Parteien wie „Unsere Ukraine“ oder „Vaterland“, welche parlamentarische Wahlmehrheiten im Westen erzielten. Die Vertretung durch Präsidentschaftskandidaten Leonid Kuchma, Petro Symonenko und Wiktor Janukowitsch sowie die parteipolitische Stärke war der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf die Gesetzgebung als stark zu bezeichnen. Es wurden keine restriktiven Gesetze bezüglich der Sprache oder der Staatsbürgerschaft verabschiedet und ebenfalls unter Wiktor Janukowitsch wurde das – im Westen der Ukraine umstrittene – Gesetz zu den „regionalen Sprachen“ verabschiedet. Insgesamt ist der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf den politischen Prozess in der Konsolidierungsphase als stark zu bezeichnen, was sich außer in der Gesetzgebung auch in Fragen zur außenpolitischen Orientierung der Ukraine äußerte.

Die Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen eine weitreichende Kontinuität in der Position der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine. Nachweisbar und gleichermaßen bedeutend ist der Wandel in der kulturellen Dimension und dem Indikator „Sprache“ sowie im Bereich der identifikativer Einschätzung der Position der russischsprachigen und der ukrainischsprachigen Bevölkerung und der zunehmenden Aufteilung in „wir“ und „andere“, welche im Zuge der Krise im Jahr 2014 zugenommen hat. In der politischen Dimension ist der Zugang zu Grundrechten, zu Wahlen und zu politischen Ämtern für die russischsprachige Bevölkerung mit keinerlei Hürden verbunden. Repräsentative Mehrfachintegration beim Zugang zu Wahlen war zumindest bis hin zur Krise im Jahr 2014 durch das Vorhandensein politischer Parteien, welche sich explizit auf die russischsprachige Wählerschaft ausgerichtet haben, gegeben. Bereits zu Zeiten Leonid Kuchmas war das Vorhandensein und die Nutzung sowohl der russischen

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

als auch der ukrainischen Sprache in öffentlichen Ämtern zu beobachten, was sich mit der Amtszeit Wiktor Juschtschenkos in Richtung verstärkt ukrainischsprachigen und in Zeiten Wiktor Janukowitschs in Richtung verstärkt russischsprachigen politischen Rhetorik bewegte. Somit kann hier von einer sprachlichen Mehrfachintegration gesprochen werden. In der kulturellen Dimension hat sich die Mehrfachintegration und die vorhandene „umgekehrte“ Assimilierung der Ukrainer in die russischsprachige Kultur kontinuierlich abgenommen, obwohl teilweise ein „asymmetrischer Bilingualismus“ zugunsten des Russischen im Alltag zu beobachten war. Die zunehmende Nutzung der ukrainischen Sprache im Alltag und die wachsende Bedeutung ukrainisch-national geprägter öffentlicher Rhetorik schmälern die Bedeutung der russischen Sprache im Alltag, obwohl sie nach wie vor stark präsent ist. Auch in dieser Dimension kann insofern von einer Mehrfachintegration gesprochen werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und einer selbstständigen Grundversorgung ist für die russischsprachige Bevölkerung ebenso vorhanden wie für die ukrainischsprachige. Allein im Bereich der Bildung – was in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert wird – hat der Anteil russischsprachigen Unterrichtes auf allen Ebenen kontinuierlich abgenommen. Dies zeigt einerseits, dass die russischsprachigen Schüler verstärkt in ukrainischsprachige Schulen gehen und somit stärker mehrfachintegriert sind. Andererseits ist eine Segmentierung im Bereich der Bildung nach wie vor vorhanden und wird seitens der russischsprachigen Bevölkerung begrüßt. Eine räumliche Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine besteht vor allem auf Grundlage der regionalen Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung im Osten und Süden sowie auf der Halbinsel Krim. Diese Konzentration sorgt für eine Segmentierung der Wohngegend, der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und des Soziallebens, obwohl keine gesetzlichen Hürden existieren, welche es der russischsprachigen Bevölkerung nicht erlauben würden, in eine andere Gegend zu ziehen. Insofern ist auch hier überwiegend von einer Mehrfachintegration zu sprechen. Die Position der russischsprachigen Bevölkerung in der identifikativen Dimension, welche in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert wird, kann im Indikator „Individuelle Einschätzung des Umfelds und Einverständnis mit den kulturellen und sozialen Werten“ zwar als mehrfachintegriert gelten, jedoch taucht infolge des verstärkten Einsatzes ukrainisch-nationalistischer Rhetorik immer mehr die Wahrnehmung „wir“ und „andere“ auf. Diese bezieht sich auf die ukrainischsprachige und russischsprachige bzw. die ethnisch ukrainische und ethnisch russische bzw. die Bevölkerung der West- und Ostukraine – je nach Anwendung – und sorgt für eine wachsende Segmentierung in dieser Dimension der gesellschaftlichen Integration.

5.7 Zusammenfassung

Wie auch in anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat sich die oppositionelle Bewegung in der Ukraine Ende der 1980er Jahre herausgebildet. Maßgeblich wurde diese von der Gorbatschew'schen „Perestroika“ und „Glasnost“ beeinflusst, aber auch von Ereignissen im benachbarten Polen und den baltischen Staaten, welche mit Soli-

darność und den baltischen Volksfronten die Vorreiterrolle des sowjetischen Widerstandes übernahmen. In der Ukraine hat „Nadordnyj ruch“ (Ruch) die Rolle der Opposition ergriffen. Die Explosion von Tschernobyl im Jahr 1986 hat die Proteststimmung der Bevölkerung endgültig angefacht, denn dadurch wurden erstmals die Mängel in der Führungsqualität der sowjetischen Eliten offenbart. Dennoch verlief der Übergang in der Ukraine anders als im Baltikum, wofür unter anderem die Sonderstellung des Landes innerhalb der Sowjetunion als „kleiner Bruder“ Russlands verantwortlich war, denn nicht alle wollten diese aufgeben. Ein großer Teil der Bevölkerung, überwiegend in den südöstlichen Gebieten der Ukraine, hat die Oppositionsbewegung nur mäßig unterstützt. Die alten Eliten – zumal sie sich rasch als reformiert gaben – waren in diesen überwiegend russischsprachigen Oblasten beliebter. So stellte sich Ruch als Repräsentantin der westlichen und überwiegend ukrainischsprachigen Oblaste auf, was auch deutlich an der Stimmverteilung nach den ersten halbfreien Parlamentswahlen in das Parlament – die Werhowna Rada – im Jahr 1990 deutlich wurde.

Die Chronologie des Übergangs vom alten autoritären zum neuen, zumindest quasi-demokratischen System war mit weitaus weniger revolutionären Ereignissen verbunden als beispielsweise in Estland. Vieles hat mit der anfänglichen Bestrebung der ukrainischen Eliten zu tun, dem politischen Übergang nicht auch einen national-geprägten Konflikt hinzuzufügen. Erstens wurde eine Reaktion der russischsprachigen – und nicht nur der russischen – Bevölkerung befürchtet, wofür auch vereinzelt Protestaktionen in Donbass und in Odessa Anfang der 1990er Jahre verantwortlich waren. Zweitens sollte die Ukraine, und das hat der erste Präsident Leonid Krawchuk wiederholt betont, nicht nach dem Beispiel des Baltikums im Umgang mit der russischsprachigen Bevölkerung handeln, wenn es um den Aufbau des ukrainischen Staates ging. Deswegen war sowohl die Gesetzgebung als auch die politische Repräsentation darauf ausgelegt, der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine die bestmögliche Vertretung zu garantieren. Die russischsprachige Bevölkerung war sowohl verfassungsrechtlich als auch auf der Grundlage der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft der ukrainischsprachigen Bevölkerung gleichgestellt. Auch die russische Sprache, obwohl nicht offiziell zur Staatssprache erhoben, war im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Alltag nach wie vor präsent.

Sowohl die ersten Präsidentschaftswahlen als auch die ersten freien Parlamentswahlen bestätigten eine starke Position der alten Nomenklatur und kündigten gleichzeitig eine sich anbahnende Spaltung des Landes entlang regionaler Grenzen der „rechtsufrigen“ und der „linksufrigen“ Ukraine an. Obwohl „unabhängige“ Parlamentsabgeordnete anfangs flächendeckend im gesamten Land gewählt wurden, etablierte sich die Kommunistische Partei im Laufe der ersten zwei parlamentarischen Legislaturperioden im Südosten des Landes, während sich der Westen durchgehend der Opposition unter Ruch zuwandte. Präsident Leonid Kuchma, dem es gelang, im Jahr 1994 den Südosten und im Jahr 1999 den Westen für sich stimmen zu lassen, etablierte zusätzlich die erste „Partei der Macht“, welche die ambivalente Rolle des Präsidenten im politischen System der Ukraine stützte. Daraus entstand auch gewissermaßen der „Personenkult“ der ukrainischen politischen Führer, ohne die keine Partei Chancen hatte, bei Wahlen zu bestehen. Nach Kuchma kamen die beiden Anführer der Orangen Revolution Julia Timoschenko

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

und Wiktor Juschtschenko, danach Wiktor Janukowitsch als Gesicht der „Partei der Regionen“, neben Witalij Klitschko mit UDAR und Oleh Tjahnibok mit „Swoboda“. Allein die Kommunistische Partei war eher als Partei bekannt und weniger aufgrund der starken Anführer. In jedem Fall offenbarten sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen in den 1990er Jahren und vor allem vor und nach der Orangen Revolution die regionale Spaltung der Ukraine im Hinblick auf die politische Repräsentation und die Unterstützung der Parteien: Der Südosten stimmte für kommunistische bzw. sozialistische Parteien, neben der „Partei der Macht“ unter Leonid Kuchma bzw. Wiktor Janukowitsch, während die Wähler im Westen für die Opposition unter Ruch, später für die Parteien Wiktor Juschtschenkos und Julia Timoschenkos bzw. für radikal-nationale Kräfte votierten.

Die regionale Spaltung der Ukraine ist nicht überraschend, wenn man sich die Entwicklung der Bevölkerung, der politischen Stellung innerhalb der Ukraine oder die historische Verbundenheit mit Ost bzw. West anschaut. Die „Russischsprachigkeit“ des Ostens bzw. des Südostens und die „Ukrainischsprachigkeit“ des Westens ist kein oktroyierter Zustand, welcher von Wissenschaftlern oder Medienvertretern erfunden ist, obwohl der Zusammenhalt der beiden „Ukrainen“ dadurch nicht zwangsläufig in Frage steht. Die Spaltung ist nicht erst während der Zeit nach der Sowjetunion entstanden und gar nicht erst im Laufe der Sowjetzeit – die Gleichzeitigkeit der Differenzierung und Koexistenz der Ukrainer und Russen auf dem Gebiet der Ukraine dauert bereits seit einigen Jahrhunderten an. Problematisch wurde es in der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion, als existentielle Fragen, welche für beide Seiten von Bedeutung waren, mit politischem Gewicht gefüllt wurden. So entfachte sich das Konfliktpotential der Krim auf Grundlage der historischen und strategischen Rolle der Halbinsel und der Schwarzmeerflotte, ebenso wie an der Diskussion um die politische Rolle des Donbass innerhalb des unabhängigen ukrainischen Staates. Das Zentrum des Landes als ethnisch-nationaler, historischer und nicht zuletzt geographischer Vermittler in diesem Gegensatz spielte oft die politische Rolle des „Züngleins an der Waage“ zwischen Ost und West der Ukraine. Die regionale Teilung der Ukraine trug somit wesentlich zur gesamten Ausgestaltung des politischen Systems während der Zeit der demokratischen Konsolidierung bei.

Die Fraktionskultur und der allgemeine Umgang mit dem Parlaments- bzw. dem Präsidentschaftsmandat gehörten dabei nicht zu den Stärken der ukrainischen Politiker. Die Repräsentation der gesamten Bevölkerung – ob der russisch- oder der ukrainischsprachigen Teile – wurde zum Teil nur formal übernommen. Vielmehr war die politische Macht an sich die Hauptmotivation der Repräsentanten. Das politisch relevante Potential der „rechts- bzw. linksufrigen“ Ukraine mit ihren teilweise kardinal einander entgegen gesetzten Ansichten wurde von Parteien und deren Führern im Laufe der Zeit jedoch für ihre Zwecke instrumentalisiert. Gab es am Anfang der Kuchma-Periode noch den „ukrainischen Weg“, so ging er spätestens nach der Orangen Revolution verloren, denn seit dieser Zeit wurde die gesellschaftliche Spaltung offen diskutiert und im politischen Machtkampf verwendet. Zu Themen wie Föderalisierung, Russisch als zweite Amtssprache oder Außenpolitik mussten sich die Machträger lediglich entsprechend positionieren, um die Unterstützung der einen oder der anderen Seite für sich zu gewin-

nen. Aus diesem „wirkungslosen Pluralismus“ entstand aber keine „echte“ Repräsentation.

Trotz dieser relativ ernüchternden Bilanz der Machtfiguren war das ukrainische Wahlvolk durchaus fleißig, obwohl ihm oft vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mit allen Anzeichen eines stets andauernden Wahlkampfes zugemutet wurden. Die Parlaments-, aber vor allem die Präsidentschaftswahlen zeigten dabei relativ deutlich, dass es erstens eine regionale Spaltung der Wählerschaft gab und zweitens, dass die russischsprachigen Oblaste ein ernstzunehmendes politisches Gewicht entfalten konnten. Die 1990er Jahre brachten dabei viel Verwirrung in die politische Repräsentation, hauptsächlich aufgrund der „Unabhängigen“, die jeder Koalition oder Partei die eindeutige Mehrheit sichern oder auch verweigern konnten. So konzentrierten sich die Wähler auf die Führungsfiguren, die meistens auch in den Präsidentschaftswahlen dominierten. Leonid Kuchma demonstrierte 1994, wie man mittels Mobilisierung des Ostens und des Zentrums die Wahl gewinnen kann, was er fünf Jahre später gegenüber dem kommunistischen Widersacher Petro Symonenko wiederholte, wobei er diesmal den Westen und das Zentrum auf sich vereinte. Weshalb dies so bemerkenswert ist, wird durch die Tatsache deutlich, dass es keinem Nachfolger Kuchmas gelungen ist sowohl die ukrainisch- als auch die russischsprachigen Oblaste für sich zu gewinnen. Die regionale Stimmverteilung war abgesehen von dieser Wahl immer relativ eindeutig zwischen Südost und West gespalten. Dass Wiktor Janukowitsch es im Jahr 2010 schaffte, sich die Präsidentschaft zu sichern, lag an der Unterstützung der bevölkerungsreichen südöstlichen Oblaste. Selbst im Jahr 2014, als die West-Orientierung der ukrainischen Parteien *en vogue* wurde, wählten viele Wähler des Südostens die Opposition, die zum Teil noch aus Resten der „Partei der Regionen“ bestand. Insofern kann das politische Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung eindeutig an den Wahlergebnissen abgelesen werden und wird auch künftig von entscheidender Bedeutung für die politische Entwicklung der Ukraine sein.

Die Außenpolitik bzw. die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine stellt einen Bereich dar, der die Bevölkerung besonders stark spaltet. Die Krise des Jahres 2014 und ihre Auslöser können dafür als besondere, wenngleich tragische, Belege gelten. Schon seit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Ukraine waren sowohl die Interessenten von außen – Russland, die Europäische Union, die NATO, die USA – an der außenpolitischen Position der Ukraine interessiert, teils aus historisch-kulturellen, teils aus handelspolitischen und teils aus militärisch-strategischen Überlegungen. Dass Russland ein besonderes Interesse an der Ukraine hatte, zeigt schon verstärkte Aufmerksamkeit der russischen Führung für jeden Schritt der Ukraine, insbesondere im Umgang mit dem Westen. Ebenso nahm Russland in jeder möglichen Situation Einfluss auf die Ukraine, sei es über Wirtschaftsbeziehungen oder über die Schwarzmeerflotte der Krim. Dass die Ukraine als souveräner Staat ihre außenpolitischen Aktionen vor niemanden rechtfertigen musste, bleibt außer Frage, allerdings blieb die eigene Bevölkerung in einigen außenpolitischen Sachfragen gespalten. Insofern sind die Ereignisse des Jahres 2014 im Grunde wenig verwunderlich – wenn man sich die Meinungen der russisch- und der ukrainischsprachigen Oblaste zur EU bzw. zu Russland anschaut, war eine Spaltung vorsehbar.

5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Obwohl explizite Untersuchungen in der Ukraine fehlen, kann die Unterscheidung zwischen dem russischsprachigen Osten und dem ukrainischsprachigen Westen ebenfalls grob aus sozioökonomischen Gegebenheiten der Ukraine gezogen werden. Der stark industrialisierte Osten hielt seine stärkere ökonomische Position gegenüber dem Rest des Landes auch nach dem Wegfall der sowjetischen Nachfrage aufrecht – was durch die politische Führung und die Oligarchen-Netzwerke begünstigt wurde. Der Westen holte mit der Zeit etwas auf, dennoch zeigten die ostukrainischen Oblaste noch bis zum Jahr 2012 stets höhere Gehälter und bessere Produktivität als andere Teile des Landes. Die wirtschaftliche Stärke des Ostens kann mitunter als Grund dafür gelten, dass die Nationalitäten-Politik der 1990er Jahre derart moderat gestaltet wurde – einen Verlust der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Stärke des Donbass konnte die ukrainische Führung nicht riskieren. Allein im Bereich der Zivilgesellschaft scheint sich die ukrainisch- und die russischsprachige Ukraine zu ähneln – die Zivilgesellschaft ist eher schwach ausgeprägt. Allerdings zeigen Ereignisse im Jahr 2014, dass auch hier erhebliches Protestpotential entwickelt werden konnte.